

**PREUBISCH HOLLAND/PASŁEK – DIE WENDE DES  
JAHRES 1945. DIE VERTREIBUNG/AUSSIEDLUNG DER  
DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG 1945-1947.**

**Dissertation**

**zur Erlangung der Doktorwürde  
durch den  
Promotionsausschuss Dr. phil.  
der Universität Bremen**

vorgelegt von

**Joanna Ewa Wiśniewska**

2006

1. Gutachter: Prof. Dr. Zdzisław Krasnodębski

2. Gutachter: Prof. Dr. Imanuel Geiss

Eingereicht am 11.10.2005

Öffentliches Kolloquium am 19.01.2006

Herrn Prof. Dr. Zdzisław Krasnodębski und Herrn Prof. Dr. Imanuel Geiss danke ich für die Überlassung des Themas, intensive und hilfreiche Betreuung, sowie ihre ständige Diskussionsbereitschaft.

*Rodzicom*

## Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	6
KAPITEL 1	
Genesis der Vertreibung.....	17
KAPITEL 2	
Die Flucht.....	47
KAPITEL 3	
Die Rote Armee in Ostpreußen am Beispiel des Kreises Preußisch Holland. Sowjetische Militärstrukturen, Aufbau der polnischen Verwaltung und die deutsche Bevölkerung des Kreises.....	72
KAPITEL 4	
Die Aussiedlungen der Deutschen aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland.....	113
KAPITEL 5	
Verifizierung im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland.....	146
KAPITEL 6	
Kollektives Gedächtnis. Frage der Konstruktion der Vergangenheit auf Grund der narrativen Interviews und der Heimatliteratur.....	161
Zusammenfassung.....	181
Literaturverzeichnis.....	186
Anhang .....	204

## EINFÜHRUNG

Die Vertreibung/Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten war eine der Konsequenzen des vom nationalsozialistischen Regime entfesselten Weltkrieges, und nur in diesem Zusammenhang kann diese Frage betrachtet werden: Exodus und Bevölkerungsaustausch waren unmittelbar mit den Grenzänderungen verbunden. Zuerst wurde laut des geheimen Protokolls des Paktes Ribbentrop-Molotow vom 23. August 1939 das Nachbarland Polen geteilt. Im zweiten Protokoll, das am 28. September 1939 in Moskau unterzeichnet wurde, hat die UdSSR die polnischen Ostgebiete annektiert.<sup>1</sup> Westliche polnische Wojewodschaften mit Posen (Poznań) und Bromberg (Bydgoszcz), sowie Teile Zentral- und Südpolens wurden nach dem 1. September 1939 in das Dritte Reich einverleibt. Aus dem Rest des Landes bildete man das Generalgouvernement, in das die polnischen und jüdischen Bewohner aus den ins Reich annektierten Gebieten zwangsumgesiedelt wurden. Fast zur gleichen Zeit begann auch die Sowjetunion mit der Deportation polnischer Bürger aus den Ostgebieten.

1945 und in den Nachkriegsjahren traf das Schicksal die deutsche Bevölkerung, vor allem Frauen, Kinder und Alte. Die Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung begann mit der sowjetischen Winteroffensive: Für die einen war es die Flucht, für die anderen Deportationen, Vergewaltigungen, Demütigungen und Hunger unter den sowjetischen „Befreiern“. Dieser Exodus entsprach de facto den Plänen der Alliierten, die die Verkleinerung Deutschlands und die Westverschiebung Polens entschieden. Der Rest der deutschen Bevölkerung in Polen, sowie aus der Tschechoslowakei und Ungarn sollte gemäß dem Potsdamer Abkommen nach Deutschland „überführt“ werden. Angesichts der Grausamkeit und der Brutalität des Krieges sahen die Verbündeten in dieser Entscheidung den einzigen Weg für einen dauerhaften europäischen Frieden.

Ziel der Dissertation ist die objektive Darstellung dieser Ereignisse am Beispiel der Stadt Preußisch Holland/Pasłęk in folgenden Phasen: Flucht (Januar-April 1945), Einmarsch der

---

<sup>1</sup> Am 27. und 29. Oktober haben Volksversammlungen der Westukraine und Westweißrusslands, die eine Woche früher in der Stimmung des Terrors und der Massenverhaftungen gewählt wurden, Erklärungen über den freiwilligen Beitritt in die UdSSR bekannt gegeben. Wilna mit der Umgebung hat man unter die Verwaltung Litauens gegeben. Schon im Juni 1940 wurden Litauen, Lettland und Estland in die Sowjetunion annektiert.

Roten Armee und Aussiedlung (1945-1947). In der Dissertation wurden auch folgende Fragen berücksichtigt: Anfänge der polnischen Verwaltung und einzelner Institutionen (wie: PUR: Państwowy Urząd Repatriacyjny w Pasłęku – Staatliches Repatriierungsamt in Pasłęk), Verifikation der „Autochthonen“, das Verhältnis des Staates und der neuen Siedler zu dieser Bevölkerungsgruppe, Anfänge der sowjetischen Militärverwaltung und Beschlagnahm der landwirtschaftlichen Güter durch die Rote Armee im Kreis Preußisch Holland/Pasłęk. In der Arbeit wurden auch soziologische Prozesse behandelt, wie die Frage des deutschen kollektiven und kulturellen Gedächtnisses und seiner Konstruktion in der Vergangenheit.

Die geographische Beschränkung des Themas erlaubt eine sachlich-kritische Klärung der Prozesse der Vertreibung/Aussiedlung und ihre detaillierte Darstellung auf dem Niveau einer Kreisstadt; zugleich stehen der Mensch und sein individuelles Schicksal im Mittelpunkt. Solche Konzipierung der Arbeit ist gerade bei der Beschreibung menschlicher Tragödien von besonderer Bedeutung. In dem Fall der Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa ist diese Aufgabe schwieriger, weil sich hier komplizierte Täter- und Opferrollen verschränken. Durch die Politisierung und Ideologisierung des Themas auf beiden Seiten wird die Aufgabe nicht einfacher, denn es ist leicht, ins nationale Lagerdenken zu verfallen. Bei der Darstellung dieser heiklen Thematik ist es also wichtig einerseits auf die Verschiedenheit der historischen Kontexte hinzuweisen, andererseits einen angemessenen Bezug auf das menschliche Leid zu nehmen. Gerade bei der Sichtung der einschlägigen deutschen und polnischen Fachliteratur fällt das Fehlen eines der Elemente besonders auf.

Die vorliegende Dissertation basiert auf drei Quellengattungen: An erster Stelle stehen polnische und deutsche archivalische Überlieferungen, vor allem die Sammlungen des Staatsarchivs zu Olsztyn/Allenstein, hauptsächlich Akten des Staatlichen Repatriierungsamtes (PUR), des PRN (Kreisnationalrat in Pasłęk), der Kreisabteilung in Pasłęk, Dokumentation des Wojewodschaftsamts in Olsztyn und Akten des Bevollmächtigten der Regierung der Republik Polen im Masurischen Bezirk. Hilfreich waren Dokumente aus dem Archiv der Neuen Akten in Warschau – vor allem zum Wirken des Aufenthalts der Roten Armee im Kreis Preußisch Holland/Pasłęk: Akten des Ministeriums der Öffentlichen Verwaltung, des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete, des Handels- und Industrieministeriums, des Ministeriums der Landwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Reformen. Ferner wurden Dokumente des Archivs des Außenministeriums in Warschau (Ministerstwo Spraw Zagranicznych) geprüft, darunter Akten des Politischen Departments/Sowjetische Abteilung, sowie die Kollektion der Russischen Akten aus den Sammlungen des Zentralmilitärarchivs in Rembertów (Centralne Archiwum Wojskowe). Außerdem erwies sich die Ostdokumentation

des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth besonders in der Recherche über den Zeitraum bis zum Juni 1945 (Übernahme der Stadt und des Kreises durch polnische Verwaltung) als hilfreich – die Fragen- und Erlebnisberichte zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa/Ostprien.

Als zweite Quellengattung sind publizierte Quellen und wissenschaftliche Veröffentlichungen zu diesem Thema zu nennen. Die ethnische Bereinigung Ostmitteleuropas weckte das Interesse verständlicherweise vor allem in der Bundesrepublik, sodass eine Fülle von Büchern zu dieser Thematik vorliegen, meistens Erinnerungen<sup>2</sup> der Betroffenen selbst oder Sammlungen von Dokumenten mitsamt kurzer Einführung.<sup>3</sup> In der Bundesrepublik Deutschland blieb allerdings die Historiographie über die Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung über lange Jahre die fast ausschließliche Domäne der Vertriebenenverbände. Eine sachlich-kritische Behandlung des Themas, auch nach den Brandtschen Ostverträgen und Neuorientierung der Bundesaußenpolitik, fand in der Regel nicht statt. Die zahlreichen Publikationen beschränkten sich grundsätzlich anhand von einzelnen Erlebnisberichten darauf, den verbrecherischen Charakter der polnischen Verwaltung zu dokumentieren.<sup>4</sup> Wertvoll sind dagegen die Arbeiten junger deutscher Historiker, wie die Dissertation von Gerd Becker aus dem Jahre 1988;<sup>5</sup> nach der Wende waren es vor allem die Analyse von Michael G. Esch, der auf die innerpolnischen Motivationen für die Bevölkerungsverschiebungen hinwies, und mehrere Publikationen von Samuel Salzborn über die Anfänge und Umsetzung der politischen Konzepte der

---

<sup>2</sup> MARION GRÄFIN DÖNHOF: Namen, die keiner mehr nennt, Köln 1980; GERHARD FITTKAU: Mój trzydziesty trzeci rok życia, Olsztyn 1994; CHRISTIAN VON KROCKOW: Czas kobiet: wspomnienia z Pomorza 1944-1947 według relacji Libussy Fritz-Krockow, Warszawa, 1990; HANS LEHNDORFF: Ostpreußisches Tagebuch. Erinnerungen eines Arztes 1945-1947, München 1961; FRANZ SCHOLZ: Dziennik Görlitz-Zgorzelec 1945-1946, Konkard 1993; FRANZ SCHOLZ: Dziennik niemieckiego księdza, in: *Karta*, 1991, 21; HANNY H. STRAUSS: Der weite Weg. Wie ich es sah, Königslutter 1999.

<sup>3</sup> Die Tragödie Schlesiens 1945-1946 in Dokumenten unter besonderen Berücksichtigung des Erzbistums Breslau, hrsg. von J. Kaps, München 1952-1953; KLAUS BEKKER: Flucht übers Meer. Ostsee – Deutsches Schicksal 1945, Oldenburg 1964; Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder-Neiße, hrsg. von T. Schieder, Bonn 1953.

<sup>4</sup> WILFRIED AHRENS: Verbrechen an Deutschen. Die Wahrheit, die Bonn verschweigt, Sauerlach-Arget 1980; WOLFGANG BENZ: Flucht und Vertreibung, hrsg. von D. Blumenwitz, Köln – Bonn – Berlin – München 1987; Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/Main 1985; GERHARD RICHTER: Flucht und Vertreibung – Deutschland zwischen 1944-1947, Hamburg 1980; HEINZ NAWRATIL: Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand. Motive. Bewaltung, München 1984; ALFRED M. DE ZAYAS: Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1987; ALFRED M. DE ZAYAS: Das Recht auf die Heimat, ethnische Säuberung und das Internationale Kriegsverbrechengericht für das ehemalige Jugoslawien, in: *Archiv des Völkerrechts*, Bd. 35, H. 1, 1997, S.34; ALFRED M. DE ZAYAS: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Frankfurt/Main – Berlin 1988; ALFRED M. DE ZAYAS: Zeugnisse der Vertreibung, Krefeld 1983.

<sup>5</sup> GERD BECKER: Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen und den ehemals deutschen Ostgebieten. Vorgeschichte, Ursachen und Abläufe, Gießen 1988



Vertriebenenverbände.<sup>6</sup> Nennenswert sind auch Arbeiten zur Rolle der sowjetischen Verwaltung in Ostpreußen von Maurice Zeidler und Stefan Kerner.<sup>7</sup> Dank der sozialpolitischen Änderungen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wächst auch das Interesse an der Thematik in den Kreisen derjenigen deutschen Journalisten, die sich ursprünglich mit den Idealen der Linken identifizierten. Nennenswert sind hier Publikationen von Helga Hirsch und Thomas Urban.<sup>8</sup> Auch die regionale Thematik wird von den deutschen Historikern immer häufiger aufgegriffen: die Arbeiten von Claudia Kraft und zahlreiche Publikationen von Andreas Kossert zur Geschichte Masurens und Ostpreußens vor dem Hintergrund der wachsenden Nationalismus in der Region und deutsch-polnischen Konflikts sind hier als Beispiel zu nennen.<sup>9</sup> Den Beitrag von Claudia Kraft über die Wojewodschaft Olsztyn in der beachtlichen deutsch-polnischen 5bändigen Quellenedition zur Aussiedlung und Lage der deutschen Bevölkerung in Polen darf man hier nicht vergessen.<sup>10</sup>

In Polen stand die Erforschung dieser Problematik über lange Zeit im Schatten des kommunistischen Regimes, der die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen ohne tiefere Reflexion ausschließlich polnischer Staatsräson unterordnete. Die ersten polnischen Publikationen zu dieser Frage betonten demnach verständlicherweise eine Gemeinsamkeit: sie stellten einseitig kausale und letztendlich legitimierende Zusammenhänge zwischen dem Zweiten Weltkrieg samt der Potsdamer Konferenz und der Abschiebung der deutschen Bevölkerung aus Polen und versuchten gleichzeitig den Nachweis zu liefern, dass die Aussiedlungen „human“ und „ordentlich“ durchgeführt wurden, um westdeutsche

---

<sup>6</sup> MICHAEL G. ESCH: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939-1950, Marburg 1998; SAMUEL SALZBORN: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001; SAMUEL SALZBORN: Kampf gegen die Aufklärung. Das ethnokulturelle Konzept der Volksgruppenpolitik, in: *Forum Wissenschaft*, 1/03.

<sup>7</sup> STEFAN KARNER: Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1994, Nr. 3; MAURICE ZEIDLER: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/1945, München 1996.

<sup>8</sup> HELGA HIRSCH: Schweres Gepäck: Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2004; HELGA HIRSCH: Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern, Berlin 1998; THOMAS URBAN: Der Verlust: die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, Bonn 2005; THOMAS URBAN: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993; THOMAS URBAN: Wypędzeni wszytkich krajów, in: *Rzeczpospolita*, 29. August 2002.

<sup>9</sup> CLAUDIA KRAFT: Pierwsze lata w województwie olsztyńskim po drugiej wojnie światowej. Trudne początki nowego społeczeństwa, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1999, Nr. 4, S. 532- 553; ANDREAS KOSSERT: Die Masuren im Spannungsverhältnis des deutsch-polnischen Konflikts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939), Berlin 1996; ANDREAS KOSSERT: Masuren: Ostpreußens vergessener Süden, Berlin 2001; ANDREAS KOSSERT: Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005; ANDREAS KOSSERT: Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1871- 1956, in: *Deutsches Historisches Institut. Quellen und Studien*, Bd. 12, Wiesbaden 2001.

<sup>10</sup> „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ Die Deutsche östlich von Oder und Neiße 1945-1950, 5 Bde, hrsg. von Włodzimierz Borodziej, Hans Lemberg, Marburg 2000.

Behauptungen über polnische „Vertreibungsverbrechen“ widerzulegen.<sup>11</sup> Eine gewisse Ausnahme stellt die nur für den internen Gebrauch veröffentlichte Studie von Stefan Banasiak dar.<sup>12</sup> Auch in der Darstellung der Aufgabenverteilung der beteiligten Behörden und Institutionen sind manche Veröffentlichungen, wie Studie von Mieczysław Jaworski, Krystyna Kersten und Stefan Banasiak, zuverlässig.<sup>13</sup> Die Integration der heterogenen Bevölkerungsgruppen in den neuen polnischen Gebieten behandelten Studien von Arkadiusz Ogrodowczyk, Stanisław Łach, Tomasz Szarota und Leszek Kosiński.<sup>14</sup> Nennenswert sind Arbeiten, die sich auf regionale Merkmale der Aussiedlung fokussiert haben: für diese Dissertation waren die statistische Berechnungen und Strukturanalyse der Ausgesiedelten aus Wojewodschaft Allenstein von Stanisław Żyromski nützlich.<sup>15</sup>

Der politische Wandel in Ostmitteleuropa entideologisierte und entpolitisierte Geschichtswissenschaft und führte zum Paradigmawechsel in der Betrachtung der Nachkriegsbevölkerungsverschiebungen unter polnischen Wissenschaftlern und Intellektuellen: Erste Publikationen hatten die Lage der deutschen Bevölkerung unter sowjetischer Verwaltung zum Thema<sup>16</sup>, allerdings unterschiedlich inhaltlichen Werts.<sup>17</sup> Nennenswert sind dagegen neuere Forschungen, die auf die archivalischen Beständen fußen: vor allem die Studien von Czesław Madajczyk, der u.a. Bestände des Amtes für Staatsschutz (UOP) recherchiert hatte und die Publikationen des Oppelner Historikers, Edmund Nowak,

<sup>11</sup> TADEUSZ BIAŁECKI: Przesiedlenie ludności niemieckiej z Pomorza Zachodniego po II wojnie światowej, Poznań 1969; Konsekwencje polityczne klęski III Rzeszy w Europie środkowej i południowo-wschodniej, Warszawa 1971; KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI: Wysiedlenie Niemców po drugiej wojnie światowej, Warszawa 1968.

<sup>12</sup> STEFAN BANASIAK: Przesiedlenie Niemców z Polski w latach 1945-1950, Łódź 1968.

<sup>13</sup> DERSELBER: Państwowy Urząd Repatriacyjny w latach 1944-1946, in: *Przegląd Zachodni*, 1961, Nr. 4, S. 345-364; MIECZYŚLAW JAWORSKI: Główne problemy Ziem Odzyskanych, Warszawa 1970; MIECZYŚLAW JAWORSKI: Na piastowskim szlaku. Działalność Ministerstwa Ziem Odzyskanych w latach 1945-1949, Warszawa 1973; KRYSZYNA KERSTEN: Nowy model terytorialny Polski a kształtowanie postaw ludności w pierwszych latach władzy ludowej, in: *Dzieje Najnowsze*, VI, 1974, H. 2, S. 7-31; KRYSZYNA KERSTEN: U podstaw kształtowania się nowej struktury agrarnej ziem zachodnich (1945-1947), in: *Polska Ludowa. Materiały i studia*, Bd. 1, 1962, S. 37-83.

<sup>14</sup> ARKADIUSZ OGRODOWCZYK: Nad Odrą i Bałtykiem. Osadnictwo wojskowe na zachodnich i północnych ziemiach polskich po drugiej wojnie światowej, Warszawa 1979; ARKADIUSZ OGRODOWCZYK: Pomorze przywrócone. Wkład Wojska Polskiego w przejęcie i zagospodarowanie Pomorza Zachodniego 1945-1947, Warszawa 1974; ARKADIUSZ OGRODOWCZYK: Żołnierze Wojska Polskiego na Śląsku Opolskim i Dolnym 1945-1948, Opole 1978; STANISŁAW ŁACH: Przemiany społeczno-polityczne na Pomorzu Zachodnim 1945-1950, Poznań 1978; TOMASZ SZAROTA: Osadnictwo miejskie na Dolnym Śląsku w latach 1945-1948, Wrocław 1969; LESZEK KOSIŃSKI: Procesy ludnościowe na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1960, Warszawa 1963.

<sup>15</sup> STANISŁAW ŻYROMSKI: Kształtowanie się społeczności wiejskiej w województwie olsztyńskim w latach 1945-1959, in: *Współczesne przemiany wsi olsztyńskiej. Materiały seminariów w latach 1970-1971*, Olsztyn 1973, S. 33-42.

<sup>16</sup> ZENON ROMANOW: Ludność niemiecka na ziemiach północnych 1945-1947, Słupsk 1992.

<sup>17</sup> Es waren vor allem: MARIA PODLASEK: Wypędzenie Niemców z terenów na wschód od Nysy i Odry Łużyckiej. Relacje świadków, Warszawa 1995; JOHN SACK: Oko za oko. Przemilczana historia Żydów, którzy w 1945 roku mścili się na Niemcach, Gliwice 1995.

der die Geschichte des Lagers Lambsdorf/Łambinowice aufgrund der Akten des polnischen Departements für Gefängnis- und Lagerwesen erforschte und die bisherigen statistischen Einschätzungen von Heinz Essers in Frage stellte.<sup>18</sup> In der letzten Zeit sind auch, nicht zuletzt im Rahmen der neueren polnischen Diskussion, wie sie im 1996 veröffentlichten Bericht Borodziejs und Hajniczs dokumentiert ist<sup>19</sup>, weitere Arbeiten entstanden: erwähnenswert ist hier vor allem die inzwischen auch ins Deutsche übersetzte und viel gelobte Monographie jünger polnischen Historikerin, Bernadetta Nitschke, die die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen einerseits aus breiter Perspektive beschrieb, andererseits auf die regionale Disparitäten der Bevölkerungsverschiebungen in Polen nach 1945 hinwies.<sup>20</sup> Generell hat die Erforschung dieses heiklen Themas gerade in Polen der letzten zwei Dekaden viel geleistet: es wurden mannigfaltige Arbeiten zur Aussiedlung der Deutschen publiziert, teilweise über sehr beschränkte Thematik. Madajczyk Piotr untersuchte beispielweise die Frage der deutschen Waisenkinder nach 1945,<sup>21</sup> Stanisław Jankowiak konzentrierte sich auf den Aussiedlungen der Deutschen in die britische Besatzungszone.<sup>22</sup> Auch die sog. Verifizierung auf den „Wiedergewonnenen Gebieten“, die die bürokratische Ermittlung der nationalen Zugehörigkeit der ehemals deutschen Bürger zum Ziel hatte, wurde von den polnischen Historikern häufig aufgegriffen: die Arbeiten von Leszek Belzyt und Jan Misztal sind hier zu nennen.<sup>23</sup> Die Veröffentlichung von Mariusz Krogulski, sowie Sammelband der historischen Konferenz in Słupsk warfen Licht auf die Rolle der Roten Armee in den neuen polnischen Gebieten.<sup>24</sup> In der letzten Jahren beobachtet man außerdem das wachsende Interesse der Wissenschaftler an der regionalen Thematik. Für die vorliegende Dissertation waren es vor

<sup>18</sup> PIOTR MADAJCZYK: Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski 1945-1948, Warszawa 1996; EDMUND NOWAK: Cień Łambinowic. Próba rekonstrukcji dziejów obozu pracy w Łambinowicach 1945-1946, Opole 1991; EDMUND NOWAK: Spis osądzonych i zmarłych w obozie pracy w Łambinowicach (lipiec 1945-październik 1946), Opole 1998. Zur Geschichte der Lager für Deutsche auch: WITOLD STANKOWSKI: Lager für Deutsche in Polen am Beispiel Pommerellen/Westpreußen (1945-1950), Bonn 2001. HEINZ ESSERS: Die Hölle von Lambsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, Münster 1971.

<sup>19</sup> Komplex wypędzenia, hrsg. von W. Borodziej, A. Hajnicz, Kraków 1998.

<sup>20</sup> BERNADETTA NITSCHKE: Wysziedlenie czy wypędzenie? Ludność niemiecka w Polsce w latach 1945-1949, Toruń 2001. Aus dem Polnischen von Stephan Niedermeier, München: Oldenbourg 2003. Rezensiert von Claudia Kraft, in: SEHEPUNKTE – Rezensionjournal für die Geschichtswissenschaft, 11/2003.

<sup>21</sup> PIOTR MADAJCZYK: Dzieci niemieckie w Polsce po 1945 roku, in: *Dzieje Najnowsze*, 1999, Nr. 1, S. 125-134.

<sup>22</sup> STANISŁAW JANKOWIAK: Wysziedlenie ludności niemieckiej z Polski do brytyjskiej strefy okupacyjnej w Niemczech w latach 1945-1949, in: *Studia Historica Slavo-Germanica*, Bd. XXI, 1996/1997, S. 119-1937.

<sup>23</sup> LESZEK BELZYT: Między Polską a Niemcami. Weryfikacja narodowościowa i jej następstwa na Mazurach, Warmii i Powiślu w latach 1945-1960, Toruń 1998; LESZEK BELZYT: Zur Frage des nationalen Bewusstseins der Masuren in 19. und 20. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, 45, Nr. 1, 1996, S. 35-71; JAN MISZTAL: Weryfikacja narodowościowa na Śląsku Opolskim, Warszawa 1984; JAN MISZTAL: Weryfikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych, Warszawa 1990.

<sup>24</sup> KROGULSKI LESŁAW MARIUSZ: Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944-1956, 2 Bde, Warszawa 2001; Ziemie Odzyskane pod wojskową administracją radziecką po Drugiej Wojnie Światowej. Konferencja pod red. Stanisława Łacha, Słupsk 2000.

allein die Arbeiten zur Geschichte Ermlands und Masurens<sup>25</sup> von besonderer Bedeutung: die Quelleneditionen von Tadeusz Baryła sowie Publikationen von Andrzej Sakson und Grzegorz Strauchold sind hier an der ersten Stelle zu nennen.<sup>26</sup> Darüber hinaus erwiesen sich die regionalen Publikationen zur Geschichte der Stadt und des Kreises Preußisch Holland/Pasłęk, vor allem von Józef Włodarski, als aufschlaggebend.<sup>27</sup>

Die Diskussion über die Flucht und Vertreibung wurde auch in der polnischen Presse geführt; als novum ist hier zu vermerken, dass in dieser Polemik um die „verlorene Heimat“ außer polnischen und deutschen Intellektuellen auch einige dem Bund der Vertriebenen nah stehende Persönlichkeiten teilnahmen.<sup>28</sup> Letztendlich wurde im Rahmen der Kontroverse um das Zentrum gegen Vertreibungen in Polen entbrannten Debatte, in der sich auch deutsche und tschechische Kollegen zum Wort meldeten, „die Rückkehr der Vertriebenen“ (Piotr Buras) in die deutsche Politik diskutiert.<sup>29</sup> Die gravierende Frage des Gedenken der deutschen Opfer wurde auch in Deutschland im Rahmen des Kongresses der Historischen Kommission SPD und der deutsch-polnischen Konferenz in Stuttgart von 2003 ausgiebig besprochen.<sup>30</sup> Außerdem wurde ein ganzes Heft der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* ausschließlich dem Thema gewidmet.<sup>31</sup>

Das „deutsche Dilemma“ (Reich, Markovits) beschäftigt auch Wissenschaftler international. In seinem viel gelobten Buch präsentierte Norman M. Naimark die Darstellung der

<sup>25</sup> Z.B.: ACHREMCZYK STANISŁAW: *Historia Warmii i Mazur. Od pradziejów do 1945 roku*, Olsztyn 1992; BOŻENA DOMAGAŁA: *Warmia i Mazury – dezintegracja tożsamości po 1945 roku*, in: *Borussia*, 1992, Nr. 3-4, S. 54-64; ROBERT TRABA: *Anpassen, Anstoßen oder leben lassen? Die ostpreußische Südgrenze als identitätsstiftender Faktor für die Masuren und ihren polnischen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Studien zur internationalen Schulbuchforschung*, hrsg. von Georg-Eckert-Institut, Braunschweig 1999.

<sup>26</sup> TADEUSZ BARYŁA: *Warmiaczy i Mazurzy w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945*, Olsztyn 1994; TADEUSZ BARYŁA: *Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina. Wybór dokumentów*, Olsztyn 1996; ANDRZEJ SAKSON: *Mazurzy – społeczność pogranicza*, Poznań 1990; ANDRZEJ SAKSON: *Polityka władz wobec ludności rodzimej Warmii i Mazur w okresie stalinizmu (1945-1955)*, in: *Przegląd Zachodni*, Bd. 46, 1990, Nr. 2, S. 23-24; ANDRZEJ SAKSON: *Stosunki narodowe na Warmii i Mazurach 1945-1947*, Poznań 1997; ANDRZEJ SAKSON, JOANNA STERZYŃSKA: *Postawy mieszkańców Ziemi Zachodnich i Północnych a pretensje środowisk ziomkowskich*, in: *Zeszyty Instytutu Zachodniego*, Nr. 23, 2001; GRZEGORZ STRAUCHOLD: *Odzyskanie czy zagarnięcie. Mazurzy w 1945 roku*, in: *Borussia*, 1996, Nr. 12, S. 94-108; GRZEGORZ STRAUCHOLD: *Polska ludność rodzima ziem odzyskanych i północnych. Opinie nie tylko publiczne z lat 1944-1948*, *Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego Olsztynie. Rozprawy i materiały*, Nr. 151, Olsztyn 1995.

<sup>27</sup> *Pasłęk. Z dziejów miasta i okolic 1297-1997*, hrsg. von Józef Włodarski, Pasłęk 1997; RODZIEWICZ WIESŁAW, WŁODARSKI JÓZEF: *Pasłęk. Spotkania z historią i legendą*, Pasłęk 1996;

<sup>28</sup> *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, hrsg. von K. Bachmann, J. Kranz, unter Mitarbeit von J. Obermeier, Bonn 1998.

<sup>29</sup> *Pamięć wypędzonych. Grass, Beneš i środkowoeuropejskie rozrachunki*, bearb. von P. Buras, P.-M. Majewski, Biblioteka „WIĘZI”, Warszawa 2003; WOJCIECH PIĘCIAK: *Niemiecka pamięć. Współczesne spory w Niemczech o miejsce III Rzeszy w historii, polityce i tożsamości (1989-2001)*, Kraków 2002.

<sup>30</sup> *Zwangsmigration in Europa: zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, hrsg. von B. Faulenbach, Essen 2005; *Vertreibung europäisch erinnern? Historische Erfahrungen, Vergangenheitspolitik, Zukunftskonzeption*, hrsg. von D. Bingen, Wiesbaden 2003.

<sup>31</sup> 53(2005), H.10.

„ethnischen Säuberungen“ in Europa des 20. Jahrhunderts. Naimark vertritt die These, dass die Hauptfälle „ethnischer Säuberung“ nicht etwa in den lokalen Umständen, sondern in der gesamten europäischen Geschichte dieser Zeit wurzeln. Der Terminus „Hochmoderne“ (James Scott) ist hier Schlüsselbegriff. In Sache der Klassifizierung der Ereignisse hat sich Naimark bewusst für den Begriff „ethnische Säuberungen“ entschieden, weil er den von ihm gewählten konzeptuellen Ansatz am besten wiedergibt: Bevölkerungsaustausch, Vertreibung und Völkermord liegt der übereinstimmende primäre Wunsch – nationale Homogenität – zugrunde. Solche Formulierung der Begriffe verringert thematische Distanz zwischen verschiedenen von Naimark präsentierten Fällen „ethnischer Säuberung“ und lässt dem Autor ohne moralischen Bedenken die Vertreibung der Deutschen und die Ermordung europäischer Juden nebeneinander zu präsentieren, obwohl sie den ganz anderen historischen Zusammenhängen angehören.<sup>32</sup>

Die dritte Quellengattung, auf der die vorliegende Dissertation basiert, sind mündliche Überlieferungen: Lebensgeschichtliche Interviews gaben trotz ihres Mangels gerade über diese Aspekte meines Themas Aufschluss, die über archivarische Quellen nur schwer zugänglich waren – d.h. über den Zeitraum zwischen der Flucht vor der Roten Armee und der Bildung der neuen Administration. Überlieferungen aus den polnischen Archiven spiegeln zwar viele Informationen über diesen Zeitraum wider, doch nur seit dem Erscheinen der ersten Polen in dem Gebiet und der Entstehung der polnischen Verwaltungsstrukturen. Im Kreis Preußisch Holland/Pasłęk geschah es spät, erst am 1. Juni 1945. Andererseits wird der Prozess der Konstruktion der Vergangenheit und des kulturellen und kollektiven Gedächtnisses in den Interviews besonders sichtbar. Die Befragung wurde zunächst in Form der narrativen Interviews durchgeführt. Nach der Erzählphase wurden gewöhnlich Fragen gestellt. In einem Fall wurde ein Interview für das ZDF aufgenommen und später per Post zugeschickt.

Die Interviewpartner kann man zwei Gruppen zuordnen. Als Erstes sind hier die ehemaligen deutschen Bewohner der Stadt und des Kreises Preußisch Holland zu nennen. Diese Gruppe stellt allerdings die Zeitzeugen dar, die alle drei Phasen des Prozesses miterlebt hatten, d.h. es waren Flüchtlinge, die auf eigene Faust ausgereisten Bewohner und Ausgesiedelten. Im zweiten Fall wurden deutsche Wehrmachtsoldaten befragt; einer von ihnen hat als Gefangener die sowjetische Deportation überlebt.

---

<sup>32</sup> NORMAN M: NAIMARK: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004.

Zu der zweiten Gruppe zählen deutsche Bewohner, die aus verschiedenen Gründen den Kreis nach dem Krieg nicht verlassen hatten, sowie Polen, die wegen ihrer Position in der neugebildeten Stadtverwaltung an der Aussiedlung beteiligt waren. Die Namen der Befragten wurde in einigen Fällen auf deren Bitte nicht bekannt gegeben. Nach Wojciech Łukowskis Methode wurden diese Interviews mit Symbolen versehen.<sup>33</sup> Die erste Ziffer entspricht der Nummer des Interviews, der erste Buchstabe bezeichnet das Geschlecht (M – männlich, W – weiblich), der zweite Buchstabe weist auf die Nationalität (D – deutsch, P – polnisch) hin, der dritte Buchstabe, wenn vorhanden, bezeichnet die besonderen Fälle der Deutschen, deren Wohnort in Polen blieb (Buchstabe P) oder das für das ZDF aufgenommene Interview (Buchstabe F - Fernsehen).

Gewisse Schwierigkeiten in der Darstellung der historischen Ereignisse bereitet nach wie vor die unterschiedliche Betrachtungsweise der Geschichte in der polnischen und deutschen Historiographie. Die Differenzen sind auch nicht mit der Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze vom 14. November 1990 (ratifiziert vom Bundestag am 26. November 1991) und der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit beseitigt, sondern, wie es die jüngste Debatte über das Zentrum der Vertreibungen zeigt, spalten die beiden Nationen immer mehr. Dieser s.g. „Konflikt der zwei Gedächtnisse“ (W. Borodziej) ist in der Terminologie besonders sichtbar: „Vertreibung“ hat sich im deutschen Bewusstsein tief verankert. Doch dieser Ausdruck beinhaltet wesentlich mehr als nur die bloße Bezeichnung eines historischen Ereignisses: Wie Bernadetta Nitschke richtig bemerkte, befindet sich die deutsche Auslegung der Begriffe „Vertreibung“ und „Heimat“ an der Grenze der juristischen Terminologie, Psychologie und Soziologie.<sup>34</sup> Diese Bezeichnung trägt außerdem eine große emotionale Last in sich und besitzt eine starke Prägung in der moralischen Bewertung<sup>35</sup>. Es ist also schwierig, diesen Begriff in historischen Analysen zu verwenden. Es ist auch markant, dass für alle anderen Bevölkerungsabschiebungen – und das 20. Jh. war davon vielfach geprägt – meistens andere Begriffe verwendet werden, in der deutschen wie polnischen Geschichtsschreibung. Meistens sind das: „Umsiedlung“ (przesiedlenie), „Repatriierung“ (repatriacja), „Aussiedlung“ (wysiedlenie), oder „Deportation“ (deportacja).<sup>36</sup> Von diesen Begriffen weisen nur die zwei

<sup>33</sup> WOJCIECH ŁUKOWSKI: Polnisch-ukrainischen Lebenswelten in lokalen masurischen Räumen, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Heimat und Ethnizität*, B. VIII, 1999, H. 1.

<sup>34</sup> B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 17.

<sup>35</sup> Laut Brockhaus Enzyklopädie ist die Vertreibung mit einer Ausnahme völkerrechtswidrig.

<sup>36</sup> Vgl. W. BORODZIEJ: *Historiografia polska o wypędzeniu Niemców*; ADAM KRZEMIŃSKI: *Nie wracajcie, przyjeżdżajcie*, in: *Polityka*, 27/2002.

letzten auf einen gewissen Zwang hin. Für die polnische Bevölkerung, die 1945 ihre angestammten Wohnorte im Osten verlassen musste, werden beispielsweise Termini wie „Umsiedlung“ und „Aussiedlung“ verwendet. Diese Begriffe gebrauchte man im Krieg auch für die in Pommerellen und im Warthegau auf Grund des Planes „Heim ins Reich“ angesiedelten Baltendeutschen; nach 1945 wurden sie jedoch der Kategorie „Vertriebene“ zugeordnet. Die Reservierung dieses Begriffs nur auf dieses eine Ereignis verleiht ihm Einzigartigkeit und hebt es über andere erzwungene Bevölkerungsverschiebungen hinaus.

Aus allen diesen Gründen ist der Terminus „Vertreibung“ für die polnische Seite nur schwer akzeptabel, obwohl er in der letzten Zeit auch in polnischer Literatur immer häufiger vorkommt. Stattdessen neigen polnische Historiker dazu, die verschiedenen Phasen dieser Zeit mit anderen Begriffen zu beschreiben. Als Vertreibung gilt danach nur die erste Etappe des Prozesses – Abschiebungen bis zur Potsdamer Konferenz, die noch keine internationale Legitimität hatten. Die nächste Phase (bis ca. 1950) heißt meistens „Aussiedlung“. Unproblematisch scheint der polnische Begriff „Ausreisen“ für den Abschnitt nach 1950, als man die Ausreiseerlaubnis beantragen musste. Ausreisen erfolgten in Personenzügen. Sie sind also unter dem Aspekt der Bedingungen mit den ersten Abschiebungen nicht vergleichbar, obwohl sie in Deutschland häufig als „Spätaussiedlung“ gelten. Andererseits, wenn man die Art und Weise der Durchführung der Aussiedlungen betrachtet, muss man hervorheben, dass sie besonders in den ersten Jahren einer Vertreibung glichen. Darüber hinaus besitzt dieses Ereignis den Rang einer kollektiven und traumatischen Erfahrung in Deutschland. Dementsprechend wird das Begriffspaar „Vertreibung“/„Aussiedlung“ für den Prozess und „Aussiedlung“/„Abschiebung“ für die detaillierte Beschreibung der Durchführung genutzt.

Preußisch Holland, heute Pasłęk, ist eine kleine Stadt zwischen Elbling/Elbląg und Allenstein/Olsztyn im ehemaligen Ostpreußen, etwa 100 km südöstlich von Danzig/Gdańsk entfernt. Sie wurde an der Stelle alter prussischer Siedlung (Burg Patzlok) durch den Deutschen Orden 1297 gegründet und erhielt die kulmischen Stadtrechte als „Holland“ (das Adjektiv „preußisch“ sollte seit 1701 die Verbundenheit dem Königreich Preußen symbolisieren). Der Name weist möglicherweise auf die holländischen Ritter oder Siedler hin, die sich nach der Flucht aus ihrer Heimat (der Aufruhr von Gisbert IV. von Amsterdam) um 1290 in den Burg niederlassen und mit ihren Wissen und Können zur Entwicklung und Bewirtschaftung der Siedlung beitragen sollten. Über diese Ereignisse erinnert alte Steintafel von 18. Jahrhundert aus dem alten Rathaus zu Preußisch Holland. Die Gründungsurkunde erwähnt zwar drei Bevölkerungsgruppen in der Siedlung (Deutschen, Prussen und Polen),

schweigt aber über die holländischen Ankömmlingen. Man vermutet, dass sie nach dem verlorenen Aufruhr in ihre Heimat zurückkehrten.<sup>37</sup> Interessant ist, dass sich die nächsten holländischen Siedler in der Zeit der Gegenreformation in der Stadt und Umgebung niederließen: es waren vertriebene Mennoniten, die sich in der Erinnerung der Einheimischen als tüchtige und fleißige Einwohner einprägten.

Die politische Geschichte Preußisch Hollands bis zur Säkularisierung Preußens spiegelt dagegen die Geschehnisse der ganzen Provinz wider: 1410 und 1414 wurde die Stadt durch das polnisch-litauische Heer belagert; nach dem Thorner Frieden von 1466 blieb Holland bei dem Deutschen Orden, das nah gelegene Elbing fiel allerdings an die polnische Krone. Zahlreiche Rechte und Belehnungen Elbings, welche die Stadt unter Kazimierz Jagiellończyk genoss, bereicherte vor allem das Patriziat der Stadt, was den Bürgern Hollands offensichtlich nicht gefiel, schon weil sie, zusammen mit Elbing und anderen Städten des Preußischen Bunds, die Kosten des Krieges gegen den Deutschen Orden mitzufinanzieren mussten, die im Polnischen Königreich herrschenden Freiheiten allerdings nicht genießen durften. Der Entwicklung Elbings konnte Holland einfach nicht standhalten, obwohl die Stadt zum Komtursitz erhoben wurde. Dies führte zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen beiden Städten, die in die lokale Geschichte als „Papierkrieg“ 1515-1518 eingingen. Der Konflikt erreichte ihren Höhepunkt im letzten Krieg 1519-1521 zwischen Polen und dem Deutschen Orden, als Elbinger Soldaten Holland belagerten.

Auch in den schwedisch-polnischen Kriegen des 17. Jahrhunderts wurde die Stadt arg mitgenommen: 1627 haben in Holland erst mal das schwedische nachher das polnische Heer geplündert. Nach dem Frieden von Oliva 1666 verlor der polnische König endgültig die Lehnshoheit in Preußen.

1997 beging Preußisch Holland/Pasłęk 700 Jahre seines Bestehens. Davon gehören lediglich letzte 50 Jahre zur polnischen Geschichte. Noch heute finden sich dort allerdings noch einige Spuren aus der deutschen Zeit – in deutscher Schrift auf einigen Grabmälern oder in Überresten eines deutschen Schildes: „Lederfabrik“ an einem alten Gebäude. Der Ort, in dem schon die vierte Generation Polen nach dem Krieg aufwächst und wo vor nicht einmal 60 Jahren die gleichen Straßen in deutscher Sprache bezeichnet wurden. Für die jüngeren Generationen ist es sicherlich heutzutage unvorstellbar, dass es westlich von der Oder Menschen gibt, die diese Stadt als ihre Heimat wahrnehmen können. Viele der ehemaligen Bewohner kommen auch heute noch regelmäßig nach Pasłęk, um nach der eigenen Jugend

---

<sup>37</sup> WIESŁAW RODZIEWICZ, JÓZEF WŁODARSKI: Pasłęk. Spotkania z historią i legendą, Pasłęk 1996.



und den Spuren des einstigen Lebens zu suchen und um – mit den Worten einer Preußischholländerin gesprochen – die Straßen und Gassen der Stadt „noch mal bewusst erleben. Ja, noch einmal bewusst durch Preußisch Holland gehen. Von Straße zur Straße und nur stehen und gucken. Und so richtig, in aller Ruhe. Dann wäre es für mich erledigt.“<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> Interview mit Elli Eggerstedt.

## I

## GENESIS DER VERTREIBUNG

Die Balkankonflikte des 20. Jahrhunderts und der Vertrag von Lausanne als *idee fixe* der Westalliierten.

Die rechtliche Grundlage für die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz<sup>39</sup> und der entsprechende Entwurf eines Aktionsplans über Zeitrahmen und ungefähre Zahlen der Aussiedler, vorbereitet von den Mitgliedern des Alliierten Kontrollrats.

Die Beschlüsse zur „Einrichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens“<sup>40</sup> bildeten ohne Zweifel die Maßstäbe für die zukünftige Ordnung in Europa, doch gleichzeitig bewiesen sie deutlicher als nie zuvor, dass der Schwerpunkt der „new order“ eben „im Bereich der Bevölkerung, nicht bei den formalrechtlichen Bestimmungen,“<sup>41</sup> lag. Die Entscheidung, eine viele Millionen Personen umfassende Umsiedlung durchzuführen, hatte ihre Wurzel im Prozess der Entwicklung der Ideologie des Nationalstaates und wuchs aus der Überzeugung heraus, dass ethnische Säuberungen und Einrichtung nationalhomogener Staaten der beste Garant des Friedens seien. Die Entwicklung dieses Grundsatzes entstand jedoch unter zahlreichen verschiedenen Umständen: Die Nationalbewegung, die in der europäischen Revolution 1848 und dem italienischen Risorgimento zum Ausdruck kam, war der Beweggrund für den Ausbruch der blutigen nationalen, ethnischen und religiösen Konflikte vom Anfang des 20. Jahrhunderts, die besonders grausam auf der Balkanhalbinsel verliefen; die Fehlentwicklung des Minderheitenschutzes und letztlich die Verzerrung der Idee des Nationalstaates in der Zwischenkriegszeit und während des Krieges, die von den Befürwortern der Appeasementpolitik akzeptiert wurde, implizierten letztlich die internationalen Entscheidungen von Jalta und Potsdam. Man berief sich dabei auf den

---

<sup>39</sup> Im Artikel XIII hieß es im ersten Absatz: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll“. M. A. DE ZAYAS: Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 125; Teheran-Jalta-Potsdam. Dokumentensammlung, hrsg. von Sch. P. Sanakojew, B. L. Zybulewski, Moskau 1978, S. 430-431.

<sup>40</sup> Teheran-Jalta-Potsdam, S. 413.

<sup>41</sup> KRYSZYNA KERSTEN: Jalta w polskiej perspektywie, Londyn – Warszawa 1955, S. 205.

„erfolgreichen“ Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei aus dem Jahre 1923.<sup>42</sup>

Der Vertrag von Lausanne war zwar ein novum in der europäischen Geschichte, weil er die schon teilweisen und unter menschenverachtenden Umständen durchgeführten Säuberungen legitim machte. Die gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen – ohne ökonomischen Gründe, wie Krieg, Revolution, Verfolgungen oder Grenzänderungen – reichen allerdings historisch weit zurück und waren ursprünglich mit ethnischen, religiösen, ideologischen oder Rassenantagonismen verbunden. Sie sind universal nach Zeit und Raum. Seit den Anfängen der überlieferten Geschichte haben dominierende Völker die schwächeren oder untergeordneten Gruppen vertrieben oder gar ausgelöscht. Ihre Grundlage war die Aggression generierende Feindseligkeit den Anderen gegenüber, die als Fremde angesehen wurden. In neuerer Zeit lagen die Gründe hauptsächlich in religiösen Unterschieden. Von diesem Standpunkt aus gehören zwar weit auseinanderliegende Ereignissen, wie die Vertreibung Juden aus Spanien 1492, Hugenotten aus Frankreich 1685 und 1701, Protestanten aus Salzburg 1731/35 und 15.000 französischer Bauern aus Neuschottland 1755 zu gleichem Phänomen, sind jedoch tief in der Epoche der Vormoderne verankert und weisen gravierende Unterschiede im Vergleich mit den Bevölkerungsverschiebungen, die man seit den ethnischen Säuberungen aus dem Osmanischen Reich kennt. Die Vertreibungen und Massenaussiedlungen aus dem 20. jh. basierten nämlich auf dem Nationalprinzip, dessen Wurzeln in jener Zeit zu suchen sind, in der sich moderne Nationalbewegungen zu formieren begannen – also seit der Aufklärung. Einleitend mit der großen französischen Revolution (1789) bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1914) und der Oktoberrevolution (1917) fällt auf das 19. jh. die Zeit der Geburt der Nationalbewegungen in Mittel- und Osteuropa, die sich in den mehreren Revolutionen, Aufständen und Kriegen manifestiert haben. Das politische Ziel der erwachten Nationalbewegungen war der Nationalstaat. Und wenn man in Deutschland den Partikularismus und die Konfessions- und Landeszersplitterung zu überwinden versuchte, drängte man in Polen nach der staatlichen Unabhängigkeit. In dem Polens Fall war die Entwicklung der Nationalbewusstseins mit der Sozial- und Agrarfrage strickt verbunden: Die Elite der Nation und zugleich der Träger des Unabhängigkeitsgedankens war der grundbesitzende Adel (szlachta), der nicht imstande war, die Grund- und Bodenverhältnisse zu ändern, um die breiten bäuerlichen Volksschichten für nationale Frage zu gewinnen. Diese Verflechtung erwies sich für die weitere Entwicklung der

---

<sup>42</sup> IMANUEL GEISS: »Ethnische Säuberungen«, Massaker und Genozid. Ein historischer Überblick, in: *Sozial.Geschichte*, 2004, H. 1, S. 44-74.

polnischen Nationalbewegung als verhängnisvoll: Ein neues Modell der Nation, das alle soziale Schichten umfasste, sollte sich erstmalig mit der Ablösung der Leibeigenschaft (am spätesten im russischen Teilungsgebiet 1861, jedoch unter Ausschluss des Königreichs Polen) durchsetzen. Insofern war die europäische Revolution von 1848 zwar einen wichtigen Punkt in der polnischen Metamorphose von der Adels- zu einer Gesamtnation, hatte aber nicht den gleichen Einfluss, wie für die deutsche oder die italienische Nation. Darüber hinaus bedeuteten die Ereignisse von Galizien (galizischer Blutbad 1846), sowie frühere Verhaftungen der politischen Führungskräfte ein Schock sowohl für Demokraten, als auch für Konservative, schwächten die polnische Nationalbewegung und enttäuschten die adelige Elite.<sup>43</sup>

Wenn auch die Revolutionen von 1848/1849 nach innen eine konstruktive Wirkung hatten, trat ihrer destruktiver Einfluss in den Grenzgebieten desto deutlicher hervor: Sie zerrieben alte regionalen Identitäten und polarisierten lokale Konflikte zu ethnischen und nationalen Antagonismen – seit 1848 in Posen und später (in zweiter Hälfte der 19. Jh.), als die polnische nationale Publizistik die Masuren, Ermland und Schlesien „entdeckte“, auch in diesen Regionen.<sup>44</sup> Die Sprach- (Masuren, Ermland) und religiösen Differenzen (Ermland, Schlesien) entwickelten sich zu nationalen Gegensätzen. Die konkurrierenden Nationalismen zwangen dabei die lokalen Gemeinschaften zur polarisierenden Identifizierung – diese Vorgehensweise wurde seit der zweiten Hälfte 19. Jh. bis hin zur „Verifikation“ der „autochthonischen“ Bevölkerung in den 40er Jahren des 20. Jh. ununterbrochen fortgesetzt. Auch die Verordnung über die Volksplebiszite in den ethnisch gemischten Regionen erwies sich, wider die Absichten der Entscheidungsmächte, als destruktiv: Anstatt die lokalen Antagonismen zu dämpfen, wurde dabei das sprichwörtliche Öl ins Feuer gegossen. Nachdem man an der beiden Seiten äußerst aggressiv und rücksichtslos für jeweilige Nationalität agierte, sodass aufgebrachte Bevölkerung politische Morde zu begehen anfang, gab es keine Rückkehr mehr: Es schien unüberwindlich, dass es im Fall eines nächsten Konfliktes, und dieser war seit den 20er Jahren zumindest zu vermuten, spätestens seit 1933 nicht zu übersehen, die Situation bedrohlich eskalieren würde.

Demnach wurde die Schaffung homogener Bevölkerungsverhältnisse, die den Frieden in der künftigen Europa zu garantieren hätten, zu einer *idee fixe* der Westalliierten. Der angeblich vollkommen staatlich gesteuerte und dadurch auch scheinbar kontrollierte

---

<sup>43</sup> ANDRZEJ BROŻEK: Die Nationalbewegung in den Teilungsgebieten Polens 1794-1864, in: *Die Entstehung der Nationalbewegung in Europa 1750-1849*, hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1993.

<sup>44</sup> IMANUEL GEISS: Die Europäische Revolution 1848 – 1998. Makro- und welthistorische Perspektiven, in: *1848. Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen*, hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1999.

Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei galt dabei als Matrix. Der englische Premierminister Winston Churchill war derjenige, der sich in Potsdam auf die Balkanerfahrung berief: „Es fällt mir schwer zu glauben, dass Polen so ein Angebot ablehnen könnte. Es müsste aber mit dem Transfer der Bevölkerung im Osten und Norden verbunden sein. Diese Verschiebung von Millionen von Menschen müsste von Osten nach Westen oder Norden parallel zu der Aussiedlung der Deutschen verlaufen, weil das der Vorschlag ist: vollkommene Entfernung der Deutschen – aus dem Gebiet, das Polen gehören sollte. [...] Es wird keine Bevölkerungsvermischung geben; das verursacht nur Probleme, wie es in dem Fall von Elsass und Lothringen war. Es wird eine genaue Säuberung durchgeführt werden. Ich empfinde auch keine Furcht vor großen Verschiebungen, die jetzt unter modernen Umständen möglicher als nie zuvor sind.“<sup>45</sup> Der britische Außenminister, Anthony Eden, benutzte ebenfalls das Beispiel des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches nach dem Vertrag von Lausanne als legitimierten Präzedenzfall für Aussiedlung der Deutschen: „Wir sollten Vorkehrungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden“.<sup>46</sup>

Dieser vollgelobte Bevölkerungstransfer, der unerwartet zur Paradigma für die friedliche Lösung ethnisch aufgefasster Konflikte mittels Umsiedlung wurde, verlief allerdings alles andere als friedlich. Die Massenumsiedlungen wurde von bestialischen Morden begleitet, die griechische Kultur in Anatolien und Pontien, deren Anfänge in die erste Jahrtausend vor Christus reichten, wurde vernichtet. Dabei waren die Ursachen, die zu den ethnischen Säuberungen in Kleinasien und auf dem Balkan führten, mit den bekannten aus Mittel- und Osteuropa durchaus vergleichbar. Der Zuwachs der Nationalgefühle auch unter der nichttürkischen Völker des Osmanischen Reiches, innere Spannungen und Konflikte wurden u.a. durch die Einmischung und Interventionen der Westmächten und Russlands auf dem Balkan begünstigt: Genau wie in Europa folgten dieser Entwicklung zahlreiche Kriege, Aufstände und Massaker. Mit dem Unterschied, dass das Problem in dem Gebiet viel komplexer und komplizierter und mit den wachsenden Interessen der ausländischen Kräfte verflochten war. Die inneren Konflikte mündeten demnach häufig in den internationalen sog. Orientkrisen. Unter diesem Druck zerbrach das empfindliche „Millet-System“, das Balance zwischen „offizieller Ungleichheit und relativer Toleranz“, wie es Naimark treffend

---

<sup>45</sup> Zitiert nach: PIOTR LIPPÓCZY/ TADEUSZ WALICHNOWSKI: Przesiedlenie ludności niemieckiej z Polski po II wojnie światowej w świetle dokumentów, Warszawa 1986, S. 194.

<sup>46</sup> NORMAN M. NAIMARK: Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert; München 2004, S. 141.

bezeichnete.<sup>47</sup> Dieser Jahrhunderte alte Staatskonzept, die zwar auf der Minderwertigkeit der nichtislamischen Völker basierte, der aber paradoxerweise zur wirtschaftlichen Entfaltung Griechen, Juden und Armenier im Osmanischen Reich (reiche Küstenstädte) führte<sup>48</sup>, konnte der größten Herausforderung des 19. Jahrhunderts – der Entwicklung des Nationalbewusstseins, nicht standhalten. Mit der Revolution der Jungtürken (1908) kam nächste schwerwiegende Ideologieänderung: Es war eine neue Extremform des Nationalismus, die religiöse massive Züge trug und in der zwischen der „Essenz“ einer Volksgemeinschaft und dem Fremdkörper in der Gesellschaft strenge Linie gezogen wurde. Es fanden Kreuzzüge gegen die verräterischen Ungläubigen (giaur) statt. Dabei war die jungtürkische Revolution eine Reformbewegung, die gegen der theokratischen und reaktionären Regierung austrat und das Reich durch die Herstellung der Verfassung und Modernisierung zu heilen versuchte. Sie waren hochmodern inspirierte Elite des Landes, ausgebildete Fachleute und progressivste Offiziere. Es darf also nicht wundern, dass die Armenier, das spätere Opfer der Revolution, die Jungtürken ursprünglich aktiv unterstützte. Der nächste Einschnitt kam ebenfalls mit den Balkankriegen (1912, 1913), deren Folge gewaltige durch Morde und Gräueltaten begleitete Bevölkerungsverschiebungen waren.<sup>49</sup> Auf diesen Zeitpunkt fällt auch der erste Versuch, die blutigen ethnisch-religiösen Kämpfe, durch einen zwischenstaatlichen Vertrag über den freiwilligen Bevölkerungsaustausch zu verhindern (Konvention von Adrianopel 1913). Die Umsetzung solches griechisch-türkischen Abkommens vom Mai 1914 konnte allerdings erst in Lausanne 1923 legitimiert werden. Dieser unter dem Druck der Westmächte unterschriebene Vertrag, der eindeutig im Schatten der Armenierkatastrophe stand, schloss sehr düstere Zeit in der türkisch-griechischen Geschichte (gegenseitige Massakern an der Zivilbevölkerung, Katastrophe von Smyrna) ab und ließ lediglich die andauernden ethnischen Säuberungen zu Ende zu führen. Diese konzeptuelle Zäsur von Adrianopel und Lausanne – die massiven Bevölkerungsteilen kontrolliert umzusiedeln, kehrte diesmal auf dem europäischen Boden zurück: 1913, im Jahre

---

<sup>47</sup> Ebenda, S. 32.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 30-37.

<sup>49</sup> B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 25. Der Ausmaß und die Frequenz der Bevölkerungsbewegungen waren kolossal. Im Jahre 1912 flohen mehr als 100.000 Türken vor der Koalitionsarmee. Ein Jahr später, als die Balkanstaaten gegeneinander kämpften, verließen ca. 15.000 Bulgaren Mazedonien. Nach dem Frieden von Bukarest (1913), als ein Teil Mazedoniens von Bulgarien und Serbien annektiert wurde, verließen das Gebiet ca. 10.000 Griechen. Dazu kommen noch ca. 70.000 Griechen, die Westthrakien, nach deren Eroberung durch die Bulgaren, verließen. Nach der Unterzeichnung des Friedens von Konstantinopel (1913) wanderten 48.570 türkische Muslime und 46.764 Bulgaren aus Westthrakien aus. Die letzten Bevölkerungsbewegungen wurden von der bulgarisch-türkischen Konvention von Adrianopel (November 1913) reguliert. Formal hat die Konvention nur den status quo legitimiert. Nach dem ersten Weltkrieg fand der Bevölkerungsaustausch zwischen Bulgarien und Griechenland (Friede von Neuilly – insgesamt ca. 12.000 Bulgaren und 46.000 Griechen) statt.

der Konvention von Adrianopel, agierten deutsche Marineoffiziere für Annexion und „völkische Flurbereinigung“ der Grenzgebiete.<sup>50</sup> Zwei Jahre später empfahl der Schweizer Anthropologe Georges Montandon für die Nachkriegsordnung die Umsiedlung („transplantation massive“) ethnischer Minderheiten aus den Vielvölkerstaaten<sup>51</sup>. Und wenn auch viele Politiker und Diplomaten damaliger Zeit sich eindeutig gegen massiven Umsiedlungen ethnischer Minderheiten aussprachen (u.a. Lord Curzon, französischer Sozialist und Ministerpräsident Leon Blum), lebte die Idee des „Bevölkerungstransfers“ in der Zwischenkriegszeit als eine dauerhafte Lösung ethnischer Konflikte fort. Einmal eingedrungen in die diplomatische Sprache eines unter internationaler Aufsicht unterzeichneten Vertrages inspirierte sie die Köpfe der alliierten Politiker und Intellektuellen, die in Wirren eines totalen Krieges die ethnische und politische Neugestaltung Europas im Sinne hatten.

#### Die Eskalation der deutsch-polnischen Konflikte in der Zwischenkriegszeit

Die Architekten der neuen Ordnung nach dem ersten Weltkrieg waren begeisterte Anhänger der Idee der Selbstbestimmung der Völker. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der sich in seiner großen Rede vom 8. Januar 1918 für die Entstehung eines freien und unabhängigen Polens aussprach, war einer der größten Befürworter der Idee der Befreiung der unterdrückten Völker. Er war überzeugt von der Idee der Schaffung eines neuen Europas durch die Annerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und hoffte, dass es zu einem dauerhaften und gerechten Frieden beitragen würde. Doch das Erbe der Welt des ancien regimes waren ethnisch gemischte Staaten. Daher sollten Minderheitenschutzverträge die gerechte Behandlung aller nationalen und ethnischen Minoritäten sicherstellen. Doch dieses im Grunde genommen demokratische Prinzip erwies sich als katastrophale und verhängnisvolle Maßnahme und wendete sich gegen seine Befürworter – es förderte sogar die Entwicklung der Nationalgefühle unter den Völkern – laut Krystyna Kersten hat „die Sanktionierung des Nationalitätsgrundsatzes als Basis jeder staatlichen Existenz die

---

<sup>50</sup> I. GEISS: »Ethnische Säuberungen«, Massaker und Genozid, S. 45.

<sup>51</sup> N. M. NAIMARK, S. 30.

Radikalisierung der Nationalströmungen unter Titularvölkern wie den Minderheiten begünstigt“.<sup>52</sup>

Der Erste Weltkrieg, Versailler Vertrag, Wiederherstellung Polens und Entstehung der Tschechoslowakei schufen eine neue politische Konstellation in Mitteleuropa, die bereits den Zündstoff für einen neuen Weltkonflikt in sich barg. Die neue Grenzziehung war für die Weimarer Republik ein schwerer territorialer Verlust und ein unvorstellbarer demütigender Schlag gegen die durch die kaiserlichen Pläne der deutschen Vorherrschaft in Europa erwachte Hoffnung, und nationalen Stolz und ließ das Wort „Grenzrevision“ entstehen. Gleichzeitig wurde der Begriff „völkisch“, „Volkstum“ „zum programmatischen Schlagwort zahlloser politischer Kräfte“ in Deutschland nach 1918.<sup>53</sup> Eine Korrektur der Grenze im Osten war nächstliegende Ziel der deutschen Außenpolitik, denn kein deutscher Außenminister hätte es wagen können, die Ostgrenze anzuerkennen, urteilte Golo Mann.<sup>54</sup> Die Erhaltung des Deutschtums im Osten durch staatlichen Subventionen wurde in dieser Hinsicht zu einer der obersten Prioritäten der Weimarer Republik mit dem Ziel „den Bestand der deutschen Volksteile für eine spätere Grenzrevision zu sichern“<sup>55</sup>. In diesem Zusammenhang galt die freiwillige Umsiedlung von Deutschen aus Polen ins Reich, die schon von der Übernahme der an Polen abzutretenden Provinzen massive Züge trug, als Staatsverrat<sup>56</sup> und beunruhigte die Reichsregierung, die seitdem bemüht war, die Abwanderungswelle zum Stillstand zu bringen. Denn die in Polen lebenden Deutschen (vor allem in Pommerellen, die als Brücke zur abgetrennten Ostpreußen betrachtet war) waren wichtige Stützpunkte in der deutschen Revisionspolitik.<sup>57</sup> Und da offene Unterstützung des Auslanddeutschtums in Polen und den anderen Ost- und Südeuropäischen Ländern kaum möglich war, bediente man sich in der Weimarer Republik sogenannter „Tarnorganisationen“ (Tammo Luther), die die staatlichen Subventionen in die Abtrennungsgebiete weiter leiteten.<sup>58</sup>

<sup>52</sup> KRYSZYNA KERSTEN: Przymusowe przemieszczenia ludności – próba typologii, in: *Utracona ojczyzna*, hrsg. von Hubert Orłowski und Andrzej Sakson, Poznań 1996, S. 14.

<sup>53</sup> MARTIN BROZAT: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: *Deutsche Rundschau*, 1958, Jg. 84, S. 53-68.

<sup>54</sup> MANN GOLO: Deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M 1997, S. 743.

<sup>55</sup> TAMMO LUTHER: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslanddeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalisten, in: *Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft*, München 2004, S. 33.

<sup>56</sup> PRZEMYSŁAW HAUSER: Mniejszość niemiecka na Pomorzu w okresie Międzywojennym, Poznań 1998, S. 55.

<sup>57</sup> Eine Abweichung von dieser Linie brachte der deutsche Außenminister Gustav Stresemann. Er schrieb zwar ebenfalls den Auslanddeutschen eine wichtige Rolle in der Revisionsplänen zu, aber repräsentierte auch die Aussicht, dass der deutsche Staat „moralisch verpflichtet“ sei, die in Ausland lebenden „Stammesgenossen“ zu unterstützen. T. LUTHER, S. 35.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 33.



Zu den die deutsche Minderheit im Ausland unterstützenden Verbänden, die sich als Ziel die Revision der Grenze setzten, gehörten vor allem der mit dem Auswärtigen Amt eng arbeitende Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), dem viele anderer Grenzvereine als korporative Mitglieder angehörten, der stark politisch und propagandistisch ausgerichtete Deutsche Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutschtum<sup>59</sup>, sowie mehrere andere Heimatbünde.<sup>60</sup> Viele private Institutionen wurden ebenfalls von deutscher Regierung unterstützt. Dazu gehörten u.a.: Parlamentarischer Aktionsausschuss-Nord, Deutsche Stiftung, Ossa-Vermittlungs- und Handelsgesellschaft GmbH. Gleichzeitig wurde das System der Ostforschung in der Zeit der Weimarer Republik besonders aktiv entwickelt. Die Tätigkeit solcher Forschungsinstitute war besonders auf die Frage „des deutschen Volksbodens in Europa“<sup>61</sup> fokussiert. Einige deutsche Wissenschaftler, wie Werner Essen oder Theodor Schieder, die sich mit diesem Thema vor dem Krieg befassten, haben nach dem Kriegsausbruch an Hitlers Generalplan Ost mitgearbeitet.<sup>62</sup>

Die Festlegung der deutsch-polnischen Grenzziehung erwies sich als besonders problematisch in den Gebieten, die zum Teil von einheimischer Bevölkerung bewohnt waren. Masuren und Ermländer sprachen zwar polnisch, fühlten sich jedoch meistens mit der deutschen Kultur verbunden. Die Volksabstimmung für Ermland und Masuren verlief unter den Bedingungen der kompromisslosen Propaganda und des politischen Kampfes, die zur Radikalisierung der Nationalgefühle beitrugen. Die deutsche Abstimmungspropaganda koordinierte der Ostdeutsche Heimatbund, der einen starken psychologischen Druck auf die propolnisch gesinnten Einheimischen ausübte. Einer der schärfsten Schritte gegen die „Schwankenden“ war die Veröffentlichung der Listen der „Polenfreunde“ in der Lokalpresse.

Polnische Propaganda hatte wesentlich geringere Chancen im Kampf um masurische und ermländische Stimmen. Paradox aber erscheint die Tatsache, dass man sich auf deutscher Seite gezwungen sah, für den Verbleib Masurens zu Deutschland in polnischer Sprache zu

<sup>59</sup> MARTIN BROSZAT: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Frankfurt/Main 1965.

<sup>60</sup> Major Kurt Dieckert berichtete von einem anderen Ziel der Landesschutz-Organisationen, die auf Grund der schwachen militärischen Ausstattung der Provinz „die alten kriegserprobten Soldaten des Weltkrieges zur Verteidigung ihrer Heimat zusammenzufassen suchten.“ KURT DIECKERT, HORST GROSSMANN: Der Kampf um Ostpreußen. Ein authentischer Dokumentbericht, München 1960, S. 16.

<sup>61</sup> JANUSZ SOBCZAK: Hitlerowskie przesiedlenia ludności niemieckiej w dobie II wojny światowej, Poznań 1966, S. 17.

<sup>62</sup> GÖTZ ALY: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/Main 1998, S. 16; GÖTZ ALY: Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten des deutschen Denkens, Frankfurt/Main 1999; Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Martin Broszat und Klaus Schwabe, München 1989; INGO HAAR: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.

werben. Umgekehrt, wenn die polnische Seite die jungen Masuren ansprechen wollte, musste sie es mit der Hilfe deutschsprachiger Medien tun. Während der Wahlkampagne kam es zu vielen Ausschreitungen, Straßenkämpfen und politischen Morden<sup>63</sup>, die die Beziehungen zwischen den Einwohnern stark prägten. Die Entscheidung von 1920, als über 90 % der Wähler<sup>64</sup> ihre Stimmen für Deutschland abgaben, bedeutete für Polen eine furchtbare Niederlage.

Die Frage der Staatszugehörigkeit der Ermländer und Masuren kehrte jedoch zurück; im Jahre 1945 sollten sich die „autochthonischen“ Bewohner des Landes zwischen den beiden Staaten entscheiden. Und weil die Entscheidung der Wahl zwischen der Heimat und Aussiedlung gleich und es im kommunistischen Polen keinen Platz für ethnische Minderheiten gab, teilten die Ermländer und Masuren das Los der alten Prussen.

Eine der Bedingungen des Versailler Vertrags besagte, dass die am Ende des Ersten Weltkrieges entstandenen ostmitteleuropäischen Nachfolgestaaten die Minderheitenschutzverträge erfüllen sollten. Damit wurden ohne Rücksicht auf Nationalität, Sprache und Religion Freiheit und Gleichberechtigung gewährt. Die Untersuchung jeder Klage auf Missbrauch der Verträge lag beim Internationalen Tribunal in Den Haag.<sup>65</sup> In diesen Verträgen sah man die Alternative zu den Völkerumsiedlungen, die, wie damalige Politiker meinten, nur für den Nahen Osten oder die Balkanstaaten, aber nicht für Europa geeignet waren.<sup>66</sup> Darüber hinaus hofften die Initiatoren der Pariser Ordnung, die demokratisch-parlamentarischen Verfassungen der Nachfolgestaaten mit ihrer Garantie der Freiheit und Gleichberechtigung vermögen die durch neue Grenzziehungen zwangsläufig entstandenen Nationalitätenkonflikte zu entschärfen. Die Minderheitenschutzverträge sollten in dieser Hinsicht nicht nur die Diskriminierung einer Minderheit vorbeugen, aber vor allem zu deren politischen Integration in den neuen Staaten dienen.<sup>67</sup> Diese Erwartungen kollidierten allerdings mit der unter den Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht ergriffenen Idee des nationalsoveränen Staates, der sich „am Modell der Kultur- und Sprachnation“ (Erwin Viefhaus) orientierte. Auch die Tatsache, dass der politische

<sup>63</sup> Z.B. Mord an Bogumił Linka.

<sup>64</sup> In den masurischen Kreisen waren 99,32 % Stimmen für „Ostpreußen“ während dessen in der Stadt Allenstein 13,4 % der Stimmen für Polen votierten. Vgl. ANDRZEJ ALBERT: *Najnowsza historia Polski 1919-1993*, Bd. 1, Warszawa 1995, S. 97.

<sup>65</sup> B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 29.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>67</sup> ERWIN VIEFHAUS: *Nationale Autonomie und parlamentarische Demokratie. Zur Minderheitenproblematik in Ostmitteleuropa nach 1919*, in: *Politischen Ideologien und nationalstaatliche Ordnung*, hrsg. von Kurt Kluxen und Wolfgang J. Mommsen, Oldenbourg – München – Wien 1968, S. 377-392.

Emanzipationsprozess der ostmitteleuropäischen Nationalitäten im Widerstand gegen die fremden Machthaber und keineswegs gleichmäßig verlief, führte eher zum Nebeneinanderleben der Volksgruppen innerhalb der neuen Grenzen, anstatt die Integration der Minoritäten zu fördern. In dieser Situation führte die unter der deutschen Minderheit verbreitete Enttäuschung für das demokratisch-parlamentarische System, das vom Grund aus auf dem Mehrheitsprinzip basiert, zur erhöhten Bereitschaft der Preisgabe der demokratisch-rechtsstaatlichen Gedanken: Die Ideen des völkischen Nationalismus, der überstaatlichen Gemeinschaft zwischen dem „Stammvolk“ und den Volksgruppen fielen bei der deutschen Minderheit auf den Nährboden – der Volkstumsgedanke wurde für viele Deutschen ohnehin zum „Ersatz für die bisherige Zugehörigkeit zum deutschen Nationalstaat“<sup>68</sup> – sodass sie für totalitäre Ideologie anfällig wurden. Das Minderheitenschutzprinzip wurde in dieser Situation wider die Absichten seiner Protagonisten zur destabilisierenden und separatistischen Nationalismen unter den Minderheiten fördernden Faktor.

Darüber hinaus wurden die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit häufig vom Problem der deutschen Minderheiten belastet. Obwohl viele Deutsche bereits noch vor Übernahme der Provinzen Posen und Westpreußen durch die polnische Verwaltung flüchteten (im Pommerellen waren es z.B. 46 % des gesamten deutschen Exodus aus den Jahren 1919-1925<sup>69</sup>), was aber Martin Broszat als „ein unweigerlich rückläufiger Prozess nach den vorangegangenen künstlichen Subventionen und Stützung des Ostmarkendeutschums“<sup>70</sup> bezeichnete, war die polnische Politik tatsächlich gegen die deutsche Bevölkerung in Posen und Westpreußen gerichtet. Ungünstige ökonomische Bedingungen (ungerechte Geldumstellung – die deutsche Mark wurde der polnischen Mark gleich gestellt, was viele deutsche Familien ruinierte), s.g. Optierungsstreit (viele Deutsche und Masuren entschieden sich für Deutschland, um den Wehrdienst im polnischen Heer zu vermeiden, was in beiden Regierungen Beunruhigungen hervorrief), waren die häufigsten Ursachen der Abwanderung. Die Zahl der Deutschen in Westpreußen sank in den ersten Nachkriegsjahren deutlich – von 42 % der gesamten Bevölkerungszahl der Provinz (ohne Danzig) 1910 auf 9,7 % 1931.<sup>71</sup>

Nach dem Maiumsturz 1926 setzte sich die polnische Regierung die Entdeutschung der Provinzen zum Ziel mit mehreren drastischen Maßnahmen – einige der deutschen Schulen

---

<sup>68</sup> Ebenda.

<sup>69</sup> P. HAUSER, S. 57.

<sup>70</sup> MARTIN BROSZAT: *Zweihundertjahre deutscher Polenspolitik*, Frankfurt/Main 1972, S. 212. Im Fall Posen sprach man sogar von der „Verbeamtung“ der Stadt.

<sup>71</sup> P. HAUSER, S. 53.

wurden geschlossen, Lehrer in Zentral- oder Ostwojewodschaften versetzt;<sup>72</sup> die Landwirtschaftsreform wurde zur Parzellierung des deutschen Grundbesitzes ausgenutzt.

Die Beziehungen zwischen den Ländern waren nicht immer so gespannt. Ein kurzes Aufatmen brachte paradoxerweise die NS-Machtübernahme vom Januar 1933.<sup>73</sup> Diese Entspannung, die man eigentlich als Folge des harten politischen Kursus Piłsudskis betrachten muss, war im Prinzip eine von Hitler gut überlegte Täuschung. Zuerst bemühte man sich in Polen gegen die deutsche These der „blutenden Grenze“ und des „polnischen Raubes“ am deutschen Osten<sup>74</sup>, Verbündete gegen Deutschland in Europa zu gewinnen. Schon am 21. Februar 1921 unterschrieben Polen und Frankreich einen Bündnisvertrag mit geheimer Militärkonvention, was Bismarcks These über das „französische Militärlager an der Weichsel“ zu bestätigen schien.<sup>75</sup> Dass diese These nicht so unwahrscheinlich war, stellte sich in den ersten Monaten des Jahres 1933 heraus, als, angesichts der terroristischen Provokationen der SA in Ostpreußen, Schlesien und Danzig und für Polen ungünstigen internationalen Situation (Viererpakt), Marschall Piłsudski nach der Radikallösung griff und in Paris durch Sonderbevollmächtigte aus Militärkreisen „Sondierungen wegen einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen das nationalsozialistische Deutschland vornehmen ließ“, mit dem Ziel, durch die Okkupation deutscher Gebiete nach dem Vorbild der Ruhrbesetzung 1923, Hitler zur „Einhaltung des Versailler Vertrages zu zwingen“.<sup>76</sup>

Polen überschätzte zwar in dem Punkt die eigene internationale Bedeutung – die französische Regierung ging auf Polens Angebote nicht ein; die Haltung Piłsudskis imponierte jedoch Hitler, der sich sowieso zu diesem Zeitpunkt keinen militärischen Konflikt leisten konnte und

---

<sup>72</sup> Die Maßnahme war aber rechtmäßig. Polnische Verwaltung dürfte deutsche Schulen mit der geringeren Zahl Kinder schließen. Vgl. P. HAUSER, S. 77. Als deutsche Gegenmaßnahme ist hier die Tätigkeit der s.g. „Wanderlehrer“, die deutsche Kinder in deutscher Sprache und im Geiste der deutschen Traditionen unterrichteten, zu nennen.

<sup>73</sup> Hitler fand treue Unterstützung in Ostpreußen. In Preußisch Holland begann der Aufschwung der NSDAP, als Erich Koch von Hitler im Jahre 1928 zum Gauleiter ernannt wurde. Das Stimmenverhältnis für die NSDAP in der Stadt während der folgenden Reichstagswahlen betrug: am 14.09.1930 42 % bei der Wahlbeteiligung von 79 %; am 31.07.1932 55 % bei der Wahlbeteiligung von 85 % und am 6.11.1932 49 % bei der Wahlbeteiligung von 84 %. Während der Reichspräsidentenwahlen vom 10. April 1932 bekam Hitler 57 % Stimmen bei der Wahlbeteiligung von 83 %.

<sup>74</sup> M. BROSZAT: Zweihundertjahre deutscher Polenspolitik, S. 214-215. Der Begriff des ungefertigten Raubes war ein propagandistischer Begriff – Polen hatte nirgends die historischen Grenzen vor der ersten Teilung 1772 überschritten. Das katholische Ermland und der Bezirk Marienwerder, die seit 1466 zu Polen gehörten, sind, auf Grund ihrer überwiegend deutschen Bevölkerung, bei Deutschland verblieben.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 217.

<sup>76</sup> HANS ROOS: Die „Präventivkriegspläne“ Piłsudskis von 1933, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1955, S. 362. Wie sehr man den polnischen Überfall befürchtete und wie hysterisch die Stimmung in Ostpreußen war, weist deutlich der Titel des 1932 erschienen Buches: „Achtung! Ostmarkenrundfunk! Polnische Truppen haben heute Nacht die ostpreußische Grenze überschritten!“ hin. Die deutsche Regierung entschied sich außerdem, im Heilsberger Dreieck Befestigungen anzulegen, deren Bauwerke der Wirkung der damaligen polnischen Artillerie angepasst werden würden. Vgl. K. DIECKERT, H. GROSSMANN, S. 16.

ebenfalls nach der Regulierung der angespannten Situation im Osten strebte. Andererseits sah sich Polen gezwungen, wegen des Fehlschlags der Präventivkriegspläne, einen anderen Weg für die Normalisierung seines Verhältnisses mit dem deutschen Nachbarn zu suchen. Es folgte die oben erwähnte Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen, die mit der Gewaltverzichtserklärung (26.01.1934) gekrönt wurde. Darüber hinaus verbesserte sich auch die Lage der deutschen Minderheit in Polen: Polen wurde zurückhaltender und passiver gegenüber der deutschen politischen Organisationen, die sich gegeneinander bekämpften.<sup>77</sup> Mit den Erfolgen des Dritten Reichs auf internationaler Ebene wurden auch diese Minderheitsorganisationen in Polen aktiver. Zum ersten Mal forderten sie die Postulate der Autonomie in Polen. Zu dieser Zeit stieg die Zahl deutscher Deserteure aus der polnischen Armee erheblich; wobei viele davon als Militärspione in Polen eingesetzt wurden.<sup>78</sup> Diese Haltung hatte ihre Folgen: Die Abschiebung der Deutschen aus Polen war eine der ersten Forderungen der polnischen Exilregierung, die alle anderen Territorialforderungen übertraf. Die Ausnutzung einer nationalen Minderheit zu irredentistischen Zwecken, die besonders stark in der Tschechoslowakei zum Ausdruck kam, ergab sich fast immer aus dem Fremdgefühl. Die Minderheitsschutzverträge garantierten zwar die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, stifteten aber keine Gemeinschaft zwischen dem Staat und deren Minderheiten, wie folgendes Zitat belegt, auch in Polen: „Wir lebten neben den Polen, nicht mit ihnen. Es gab Nachbarschaft, aber Freundschaft war selten. Denn es herrschte Angst vor der Vermischung: dass der Sohn aus deutschem Haus mit einer polnischen Frau allmählich in die andere Kultur hinübereitschte. Das vertrug sich nicht mit unserer Ethik des Nationalgefühls. Und diese Ethik besagte: Sei getreu bis in den Tod. Nach dieser Methode hingen wir an der Sprache, an der Herrschaft und am Volkstum“.<sup>79</sup> Solche xenophobische Einstellung eskalierte angesichts des Krieges zu Ausschreitungen und Straßenkämpfen. Am 3. September steigerte die Angst vor der bevorstehenden deutschen Invasion die Hysterie zu pogromartigen Übergriffen polnischer Truppenteile und Zivilisten

---

<sup>77</sup> Jungdeutsche Partei (JdP) und Deutsche Vereinigung für Westpolen (DtV).

<sup>78</sup> Viele Deutsche, die nach Westen flüchteten, um Wehrdienst in polnischem Heer zu vermeiden, wurden nachher zurück nach Polen geschickt, wo sie, nachdem sie eingezogen wurden, Spionageaufgaben zu erfüllen hatten, was auch heutzutage von einigen Stimmen in Deutschland bestritten wird. Vgl. P. HAUSNER, S. 257. Unumstritten ist auch die Rolle der 1939 gegründeten Formation „Volksdeutscher Selbstschutz“, die ursprünglich die deutsche Minderheit vor polnischen Übergriffen schützen sollte, doch in der Praxis entwickelte sie sich jedoch zum Instrument des NS-Terrors gegen die polnische Bevölkerung. Unter anderen organisierten oder nahmen die Selbstschutz-Mitglieder, häufig zusammen mit der Wehrmacht, an zahlreichen Einzel- und Massenexekutionen der Polen teil. CHRISTIAN JANSEN, ARNO WECKBECKER: Der "Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/1940, in: *Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München 1992.

<sup>79</sup> HELGA HIRSCH: Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950, Berlin 1998, S. 36.

auf die deutsche Bevölkerung.<sup>80</sup> Im Rahmen dieser Ausschreitungen wurden 50.000 Deutsche vorübergehend verschleppt oder interniert, und 4000 bis 5000 umgebracht (die deutsche Propaganda sprach von 60.000).<sup>81</sup> Die antideutschen Ausschreitungen bildeten den staatlich gelenkten Nährboden für die kommenden Ereignisse – öffentliche Erschießungen, Verhaftungen und Plünderungen, die anfangs willkürlich stattfanden, nachher allmählich organisierter verliefen. In diesen Vergeltungsmaßnahmen der Zivilorganisation des „Volksdeutschen Selbstschutzes“, wurden zwischen 20.000 und 30.000 Polen ermordet.“<sup>82</sup> Das Ausmaß des Terrors entsetzte einige Wehrmachtsoffiziere. Im Februar 1940 beschwerte sich Generaloberst Blaskowitz über die „Abschlachtungen“ von 10.000 Juden und Polen bei seinem Vorgesetzten: „Auf die Rolle der Wehrmacht, die gezwungen ist, diesen Verbrechen tatenlos zuzuschauen und deren Ansehen besonders bei der polnischen Bevölkerung eine nicht wiedergutzumachende Einbuße erleidet, braucht nicht nochmals hingewiesen zu werden... Es besteht kein Zweifel, dass die polnische Bevölkerung, die alle diese Verbrechen wehrlos mit ansehen muss, jede Aufruhr- und Rachebewegung fanatisch unterstützen wird. [...] Die Ansicht, man könne das polnische Volk mit Terror einschüchtern und am Boden halten, wird sich bestimmt als falsch erweisen. Dafür ist die Leidensfähigkeit des Volkes viel zu groß.“<sup>83</sup>

Die Wiedergeburt der Idee der Bevölkerungsumsiedlungen und deren Übertragung auf west- und mitteleuropäischen Boden gewannen schon vor dem 1. September 1939 an Bedeutung. Der erste bilaterale Bevölkerungsaustausch wurde 1938 erwogen. Mitglieder der Tschechoslowakischen Regierung befürchteten aufgrund der Haltung der Sudetendeutschen weitere Irredenta im Rest des Landes und schlugen den Bevölkerungsaustausch mit Deutschland vor. Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag vom 20. November 1938, der die Aussiedlung von 377.830 Deutschen aus der Tschechoslowakei und 738.502 Tschechen und Slowaken aus dem Sudetenland beabsichtigte,<sup>84</sup> ist wegen der Zerschlagung des Staates durch das Reich nie realisiert worden.

---

<sup>80</sup> Diese Exzesse, die Goebbels geschickt als „Alibi für die kommende Polenpolitik“ benutzte, wurden von ihm als „Bromberger Blutsonntag“ erklärt. K. Erik Franzen stellte richtig fest, dass der Schmerz der Einzelnen propagandistisch ausgespielt wurde. K. ERIK FRANZEN: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer. Mit einer Einführung von Hans Lemberg, München 2002, S. 63.

<sup>81</sup> Ebenda.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 67.

<sup>83</sup> M. BROSZAT: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, S. 45.

<sup>84</sup> J. SOBCZAK, S. 24.

## Nationalsozialistische Abschiebungen und Umsiedlungen

Der Krieg gab den Nationalsozialisten den erwarteten Vorwand, Europa nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu ordnen. In der Rede vom 6. Oktober 1939 formulierte Hitler die neuen Zielsetzungen seiner ethnischen Politik:

„1. Die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird. [...]

5. Als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.“<sup>85</sup>

Die angekündigte Politik wurde in den polnischen Gebieten unterschiedlich eingeführt. Erstens sollten aus den ins Reich einverleibten Teilen des polnischen Staates alle „minderwertigen Rassen“ ausgesiedelt werden. In erster Linie betraf die Handlung Juden und die polnische Elite (Intellektuelle, Priester, usw.). In den Warthegau und Teile Westpreußens sollte man nun die „haltbaren Splitter des deutschen Volkstums“ (in diesem Fall handelte es sich hauptsächlich um Baltendeutsche) umsiedeln. Man beabsichtigte, die beiden Provinzen innerhalb von 10 Jahren vollkommen zu germanisieren. Einige gemischte Ehepaare, Polen mit deutscher Herkunft, Kinder oder s.g. Wasserpolen (Kaschuben, Masuren, Schlesier) sollten ins Reich deportiert und dort „umgevolkt“ werden. Die ausgesiedelten polnischen Staatsbürger leitete man zum größten Teil ins Generalgouvernement, das als Reservat- oder Reststaat angesehen wurde.<sup>86</sup>

Trotzdem war die Umsiedlung der Baltendeutschen eine Überraschung, die der Gauleiter von Danzig, Albert Förster, wegen der befürchteten Überbevölkerung nicht akzeptieren wollte.<sup>87</sup> Die Umsiedlungen erwiesen sich auf jeden Fall als ein lukratives Geschäft für das Dritte Reich, obwohl es gar nicht das Ziel des Vorhabens war. Aufgrund von Schätzungen zahlte das Herkunftsland die „Entschädigung“ für das zurückgelassene Vermögen der Deportierten. Das geschah nicht mit Bargeld, sondern in der Form von Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen. Und da die „Heimgekehrten ins Reich“ mit dem Vermögen von

<sup>85</sup> Zitiert nach: G. ALY: „Endlösung“, S. 36-37.

<sup>86</sup> Der Zusammenhang der beiden Aktionen „Heim ins Reich“, also „der Schaffung von Platz für Balten-, Wolga-, Gotteschen- und Tiroldeutsche“ und der Endlösung der Juden hat überzeugend Aly Götz dargestellt.

<sup>87</sup> G. ALY: „Endlösung“, S. 39. Der Gedanke wurde tatsächlich zwei Tage vor der Unterzeichnung des „Vertraulichen Protokolls“ akzeptiert. Erhard Kroeger, der Landsleiter der Lettlanddeutschen hat Himmler zu dem Projekt überzeugen können.

enteigneten Juden und Polen entschädigt wurden, konnte die „Wiederumsiedlung“ ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln stattfinden.<sup>88</sup>

Von der Aussiedlung der polnischen und jüdischen Staatsbürger waren zum größten Teil die Gebiete Warthegau, Pommerellen und die Gegend von Zamojszczyzna in Ostpolen betroffen. Aus der polnischen Ostprovinz, die als Schutzwall gegen das Slawentum im zukünftigen Hitlerschen Europa angesehen wurde, wurden 110.000 Polen, d.h. 31 % der gesamten Bevölkerungsrate, ausgesiedelt.<sup>89</sup> Die Stadt Zamość wurde zum s.g. „Stützpunkt“ erklärt und spielte damit eine wesentliche Rolle in der Realisation des „Generalplans Ost“. Insgesamt sollten mindestens 31 Millionen Menschen ausgesiedelt werden.<sup>90</sup> Aus den Warthegau und Pommerellen wurden schätzungsweise 918.0000 – 928.000 Polen vertrieben.<sup>91</sup> Tausende Polen vom Wartheland wurden auf Grund des mangelnden Platzes im Generalgouvernement, innerhalb des Gaues, in die „Polenreservate“ umgesiedelt. Das Signal zur Aussiedlungen aus der Provinz gab die deutsche Bevölkerung, die spontan anfang, Polen zu enteignen.<sup>92</sup> Ca. 170.000 Bewohner des Generalgouvernements wurden deportiert, um Platz für die Wehrmachtsübungsplätze zu schaffen.<sup>93</sup> Außerdem schätzt man, dass 2,2 bis 2,8 Millionen Polen in den Jahren 1939-1945 ins Reich zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.<sup>94</sup> Allein in Ostpreußen gab es im November 1944 etwa 240.000 Zwangsarbeiter, von denen 62 %

<sup>88</sup> Ebenda, S. 129-130; J. SOBCZAK, S. 30.

<sup>89</sup> B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 34.

<sup>90</sup> Am 3. Oktober 1942 erteilte Himmler eine Anweisung, den Stützpunkt Zamość zu errichten. Die jüdische Bevölkerung der Region wurde in den Monaten zuvor in Belzec ermordet, die polnische sollte selektiert werden: „Die polnischen Familien der Wertungsgruppen I und II werden ausgesondert und nach Litzmannstadt zur Eindeutschung bzw. Feinmusterung gebracht. [...] Von den Angehörigen der Wertungsgruppe III und IV werden die Kinder zusammen mit Großeltern, in sogenannte »Rentnerdörfer« verbracht. Auch die nicht arbeitsfähigen kranken und gebrechlichen Polen unter 60 Jahre werden in »Rentnerdörfer« übersiedelt. [...] Die 14 bis 60 Jahre alten arbeitsfähigen Angehörigen der Wertgruppe III werden, ohne arbeitsunfähigen Anhang, zum Arbeitseinsatz ins Reich vermittelt. [...] Die Angehörigen der Wertgruppe IV im Alter von 14 bis 60 Jahren werden in das KZ Auschwitz abgefördert.“ Die erwähnten „Rentnerdörfer“ waren nichts anderes als Hungerzonen, wo die Menschen dem „beschleunigten Absterbeprozess“ unterworfen wurden. GÖTZ ALY, SUSANNE HEIM: *Deutsche Herrschaft »im Osten«: Bevölkerungspolitik und Völkermord*, in: *Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-45*, hrsg. von Peter Jahn und Reinhard Rürup, Berlin 1999, S. 85.

<sup>91</sup> HANS LEMBERG: Einführung, in: *„Unsere Heimat ist und ein fremdes Land geworden...“*, S. 40.

<sup>92</sup> STANISŁAW NAWROCKI: *Wysiedlenie Polaków z Kraju Warty w latach 1939-1945*, in: *Utracona ojczyzna*, S. 123.

<sup>93</sup> H. LEMBERG, S. 41.

<sup>94</sup> Ebenda, S. 40; EVA SEEBER: *Zwangsarbeiter in der faschistischen Wirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besondere Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem Generalgouvernement*, Berlin 1964, S. 149. Czesław Łuczak schätzt die Gesamtzahl der während der Kriegsjahre zur Arbeit eingesetzten Polen auf ca. 2.826.000. Davon lag die Zahl derjenigen, die „freiwillig“, d.h. ohne jeglichen wirtschaftlichen, familiären oder politischen Druck nach Deutschland gingen, bei etwa 5 % der Gesamtzahl (S. 109). CZESŁAW ŁUCZAK: *Der „Reichsarbeitsinsatz“ der Polen im Zweiten Weltkrieg*, in: *Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-45*, hrsg. von R. Spanjer, D. Oudesluijs, J. Meijer, Bremen 1999. Jan Piskorz, heutige Bewohner der Stadt Pasłęk, wurde ebenfalls zur Zwangsarbeit im Dezember 1939 nach Ostpreußen abtransportiert. „Wpisani w Pasłęk“, hrsg. von Zbigniew Wątorski, Pasłęk 1997, S. 30.



polnischer Nationalität waren.<sup>95</sup> Wie viele Warschauer nach dem verlorenen Aufstand im Herbst 1944 gezwungen wurden, die Stadt zu verlassen, kann man nicht genau sagen; es sollen ca. 400.000 gewesen sein.<sup>96</sup>

Der Wahnsinn des Planes „Heim ins Reich“ traf fast 1 Million der „Auslandsdeutschen“, die ihre Häuser verlassen mussten<sup>97</sup>. Die Transporte der Baltendeutschen (aus Estland – fast 13.000<sup>98</sup> und aus Lettland ca. 50.000<sup>99</sup>) gingen hauptsächlich in den Warthegau. Von ca. 50.000 der Litauendeutschen wurde fast die Hälfte auch im Warthegau angesiedelt. Der Rest wurde auf Mecklenburg (ca. 10.000), Pommern (ca. 3500), West- (ca. 8000) und Ostpreußen (4500) verteilt.<sup>100</sup> Bis Mitte Oktober 1940 mussten auch ca. 128.000 deutschstämmige Bewohner aus Wolhynien, Galizien und aus der Gegend von Białystok ihre Häuser verlassen.<sup>101</sup> Das Schicksal teilten auch die Deutschen aus Bessarabien (93.500) und der Bukowina („Buchenland“ 44.000).<sup>102</sup> Aufgrund von bilateralen Verträgen mit den deutschen Verbündeten (Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien) siedelte man Deutschstämmige aus diesen Ländern ebenfalls um.<sup>103</sup>

### Sowjetische Deportationen

Die von der sowjetischen Diktatur durchgeführten Aussiedlungen basierten auf einem anderen ideologischen Grundsatz als die deutschen. Soziologische, politische und wirtschaftliche Kriterien spielten häufig eine entscheidende Rolle bei der Qualifikation zur Deportation.<sup>104</sup>

<sup>95</sup> JANUSZ JASIŃSKI: Die Aussiedlung nach dem Krieg aus der Sicht Ermlands und Masurens. Eine persönliche und gesellschaftliche Tragödie, in: *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*, hrsg. von K. Bachmann, J. Kranz, unter Mitarbeit von J. Obermeier, Bonn 1998, S. 202-212.

<sup>96</sup> H. LEMBERG, S. 40. Viele Teilnehmer des Warschauer Aufstands wurden nachher ins Lager Lambsdorf/Ląbinowice eingewiesen. Diese Einrichtung besaß eine lange Geschichte. Zuerst wurde dort ein Lager für die französischen Kriegsgefangene während des deutsch-französischen Krieges von 1870 eingerichtet. Es blieb allerdings den deutschen Vertriebenen ausschließlich als Arbeitslager für Deutsche in den Erinnerungen, dessen Kommandant Czesław Gęborski besonders gefürchtet war.

<sup>97</sup> ALFRED M. ZAYAS: Das Recht auf die Heimat. Ethnische Säuberung und das Internationale Kriegsverbrechengericht für das ehemalige Jugoslawien, in: *Archiv des Völkerrechts*, Bd. 35, H. 1, 1997, S. 34.

<sup>98</sup> J. SOBCZAK, S. 150.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 163.

<sup>100</sup> Ebenda, S. 171.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 177.

<sup>102</sup> Ebenda, S. 185.

<sup>103</sup> Ebenda, S. 240.

<sup>104</sup> Die Polen waren erste Opfer der sowjetischen Diktatur, die auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit verfolgt wurden. Es handelte sich dabei um die Aussiedlungen von 15.000 polnischen Familien, die auf Grund des Erlasses des Rats der Volkskommissare von 25. Januar 1936 nach Kasachstan deportiert wurden. Für die Deportierten wurden besondere Siedlungen aufgebaut, in denen allerdings katastrophale Bedingungen herrschten. Die verschiedenen Beschränkungen, sowie die administrative Kontrolle des NKWD, dem die Umsiedler oblagen, wurden erstmals 1956 aufgehoben. BUGAJ F. NIKOŁAJ: „Specjalnateczka Stalina.“ *Deportacje i reemigracja Polaków*, in: *Zeszyty Historyczne*, 1994, Nr. 107, S. 76-141; ALEKSANDR

Nicht unterschätzt werden sollte die Anmerkung, dass die „prominentesten“ Opfer Stalins, weitaus spektakulärere Formen der Verfolgung – wie Folter, Schauprozesse oder Hinrichtungen – durchleiden mussten.<sup>105</sup> Der Krieg schuf auch dem sowjetischen Diktator die günstigen Umstände, ganze Nationen und Völker willkürlich umzusiedeln, unter dem Vorwand des Staatsverrats und Kollaboration mit dem Feind. Nicht Individuen wurden dabei zu Feinden erklärt, die zu liquidieren oder zu deportieren waren, sondern als gefährlich eingestufte Teile, „Klassen“ und Gruppen der Bevölkerung, wie in dem Fall der polnischen Staatsbürger, die unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zu den feindlichen Klassen der „Großbesitzer standen, die das letzte Blut der ukrainischen Bauern aussaugen.“ Außerdem mussten „Fabrikinhaber und verschiedene konterrevolutionäre Elemente“ ihre angestammten Wohnorte verlassen.<sup>106</sup> In die Kategorie der erwähnten antirevolutionären Elemente fielen u.a. polnische Bauern, Offiziere, Miliz- und Gendarmeriebeamte zusammen mit ihren Familien. Unter diesem Vorwand wurden in vier Deportationswellen 1940/1941<sup>107</sup> ca. 1,2 –1,5 Millionen<sup>108</sup> polnische Bürger nach Kasachstan, Sibirien und anderen nördlichen Sowjetrepubliken verschleppt: Aktive Mitglieder der diversen „antirevolutionären“ Organisationen und ihre Familien (darunter auch Familien der in Katyń ermordeten Offiziere), Großgrundbesitzer, Fabrikinhaber und Kaufleute, ohne Feststellung „antisowjetischer Tätigkeit“ ehemalige Gendarmen, Wächter, Führungskader der Polizei, der Gefängnisse, hohe Staatsbeamte mit Familienmitgliedern, die im Rahmen der Aussiedlungsaktion aus Deutschland angekommenen Umsiedler, Kriminelle, sowie Prostituierte.<sup>109</sup>

---

GURJANOW: Transporty deportacyjne z polskich Kresów Wschodnich w okresie 1940-1941, in: *Utracona ojczyzna*, S. 75-93.

<sup>105</sup> JAN T. GROSS: Und wehe, du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941, Freiburg 1988, S. 169.

<sup>106</sup> STANISŁAW CIESIELSKI, GRZEGORZ HRYCIUK, ALEKSANDER SREBRAKOWSKI: Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej, Wrocław 1994, S. 35.

<sup>107</sup> *Die Erste Deportationswelle* hat in der Nacht 9/10 Februar 1940 stattgefunden. Dabei wurden die polnischen Siedler, die in die Kategorie s.g. „Spezialansiedler“, (russ. спецпоселенцы – in der Wirklichkeit waren es Verschickten, pol. zesłańcy – NKWD meinte dabei die in Ostpolen angesiedelten polnischen Veteranen) einbezogen wurden, hauptsächlich in die Gegend von Archangielsk deportiert. Die *Zweite Welle* bestand hauptsächlich aus den Flüchtlingen (russ. беженцы), die nach dem Einmarsch der Wehrmacht nach Osten geflohen waren. Die sind freiwillig (darunter auch viele Juden) auf Grund des Vertrags zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion ins Generalgouvernement umgesiedelt worden. Die *Dritte Welle* bestand aus den schon erwähnten Familien der Inhaftierten und erschossenen Offiziere. Diese Personen wurden in der Nacht von 12 auf 13. April 1940 deportiert. *Die letzte vierte Aussiedlungswelle* fällt auf Sommer 1941. Dabei ist die polnische Bevölkerung aus der Ukraine, Weißrussland und Litauen hauptsächlich in die Gegend von Novosibirsk, Altaj, Krasnojarsk und Kasachstan deportiert worden.

<sup>108</sup> A. GURJANOW, S. 76.

<sup>109</sup> F. N. BUGAJ, Dok. 33, S. 108.

Zur anderen Kategorie der vom Sowjet-Regime verfolgten Menschen gehörten Häftlinge, die als Todfeinde des Systems galten. Anfang Juli 1941 befand sich fast eine halbe Million Menschen in sowjetischen Gefängnissen – etwa 200.000 in den westlichen Gebieten der UdSSR.<sup>110</sup> In diesem Bereich erwies sich das NKWD besonders vorausschauend: Auf Befehl Berijas begann man schon am 8. September 1939<sup>111</sup> spezielle Operationsgruppen (s.g. opergrupp) zu bilden, deren Aufgabe es war, in den zu annektierenden polnischen Gebieten die ersten NKWD-Strukturen zu bilden, die wichtigsten Militär- und Zivilobjekte, sowie Staatsarchive zu besetzen; außerdem sollte „das Agenten- und Informantennetz zur Spionage die Staatsverwaltung, das konterrevolutionäre Milieu, sowie die Bourgeoisie- und Großgrundbesitzerparteien“ ausspionieren. Zwei Tage vor der sowjetischen Aggression gegen Polen erging die Verfügung zur Verhaftung der Vertreter der polnischen Staatsverwaltung, Polizei, Gendarmerie und Spionage, sowie der Hauptmitglieder der politischen Parteien und anderer Organisationen, wie auch der Kapitalisten und Großgrundbesitzer.<sup>112</sup> Nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Deutschland, sollten alle Häftlinge aus den gefährdeten Gebieten ins Landesinnere evakuiert werden. Angesichts der schnell vorrückenden deutschen Truppen erteilte der Chef des NKWD Berija am 24. Juni 1941 den Geheimbefehl, alle „konterrevolutionären Elemente“ unter den Häftlingen pauschal zu erschießen. In den Gefängnissen von Lemberg (Lwów), Łuck, Dubno, Sambor kam es zu systematischen Vernichtungsaktionen. In Weißrussland wurden Tausende auf „Todesmärschen“ ermordet – von 20.000 Gefangenen, die in Kolonnen Richtung Osten getrieben wurden, haben etwa 18.000 nicht überlebt. In ehemaligen polnischen Gebieten wurden in den ersten Kriegstagen etwa 20.000 – 24.000 Gefängnisinsassen ermordet.<sup>113</sup> Die Zahlen umfassen nicht die ermordeten Häftlinge in den baltischen Staaten, im östlichen Teil von Weißrussland und in der Ukraine, sowie in Bessarabien.

Die sowjetischen Zwangsumsiedlungen trafen auch andere Völker, darunter die Russlanddeutschen. Die s.g. Wolgadeutschen kamen nach Russland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert. Anfang des 20. Jh. betrug die Zahl der deutschen Minderheit in Russland ca. 1,2 Millionen. In Ableitung der Übervölkerung der deutschen Dörfer entstanden durch

<sup>110</sup> BOGDAN MUSIAŁ: Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkung zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 47, 1999, H. 3, S. 582.

<sup>111</sup> Ostpolen wurde schon im Sommer 1939 von dem sowjetischen Geheimdienst infiltriert. Polnische Spionageabwehr berichtete von der erhöhten Aktivität der Spionageinstruktoren, deren Aufgabe die Vorbereitung des Aufruhrs gegen das polnische Heer war.

<sup>112</sup> PIOTR KOŁAKOWSKI: NKWD i GRU na ziemiach polskich 1939-1945, Warszawa 2002, S. 58.

<sup>113</sup> Die Zahl, die vom Historiker Krzysztof Popiński festgelegt wurde, soll laut Bogdan Musiał „nach oben korrigiert werden“.

Binnenwanderungen neue deutsche Siedlungen in Kirgisien, Kasachstan und Altaj. Zu ersten Konflikten kam es schon im Ersten Weltkrieg aus Furcht vor Sabotageakten in der Etappe; ca. 150.000 Deutschen aus Wolhynien wurden ausgesiedelt. Im Zweiten Weltkrieg geriet die deutsche Bevölkerung der Sowjetunion buchstäblich zwischen Hammer und Amboss: Einerseits mussten Tausende Wolgadeutsche „heim ins Reich“ nach Westen ausreisen; andererseits wurden sie unter dem Vorwand der Kollaboration mit den Nazis (was in diesem Fall gar nicht stimmte) vorbeugend deportiert. Gleichzeitig wurde ihre autonome Republik aufgelöst.<sup>114</sup> Das Paradoxon hatte aber weitere Folgen. Nach Kriegsende durften die Wolgadeutschen nach Hause zurückkehren, da wo sie seit 200 Jahren ansässig waren. Doch die „Heimkehrten“ erwartete nun das Schicksal der Deportierten. Erst das Dekret von 1972 hob die Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit auf.

Ähnlich wie den Wolgadeutschen erging es auch einigen „Kaukasusvölker“: Der Kaukasus war schon zur Zarenzeit eine der unruhigsten Regionen. Sowjetisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft in den kaukasischen Republiken provozierte hartnäckigen Widerstand und verstärkte die Abneigung gegen die Sowjetunion. Nach der Eroberung des Nordkaukasus durch die Wehrmacht beschloss der Höchste Rat der UdSSR, die Autonomien in diesen Bezirken aufzulösen und die Völker zu deportieren, unter dem bekannten Vorwand des „Vaterlandsverrates, Kollaboration mit dem Feind und Widerstand gegen die Sowjetmacht“.<sup>115</sup> In Wirklichkeit wollte Moskau die nach sowjetischen Militärniederlagen erwachten Hoffnungen und das erstarkte Nationalbewusstsein der Völker ersticken. Die Deportation trafen Karatschaier (ca. 70.000), Tschetschenen und Inguschen (insgesamt 478.479 von ca. 697.000 der Bewohner der autonomen Republik Tschetscheno-Inguschen), Balkaren (37.618 Personen) und Kalmücken (ca. 90.000 – fast 90 % der Bevölkerungsgruppe).<sup>116</sup> Diese Aktionen wurden im Jahr 1943 durchgeführt. In Wirklichkeit dauerte es länger als erwartet; im Jahre 1945 befahl Berija dem NKWD, den zu den Volksgruppen gehörigen Personen im ganzen Kaukasus nachzuspüren und sie nach Kasachstan und Usbekistan zu deportieren.<sup>117</sup> Die lange Liste deportierter Kaukasusvölker schließen Vertriebene aus Georgien, Türken, Kurden und islamische Armenier ein. Letztlich

---

<sup>114</sup> Es wurden ca. 800.000 Personen hauptsächlich nach Kasachstan und in die Gegend von Krasnojarsk, Altaj und Novosibirsk deportiert. S. CIESIELSKI, G. HRYCIUK, A. SREBRKOWKI, S. 88.

<sup>115</sup> Ebenda, S. 111.

<sup>116</sup> Der NKWD-Offizier, der die Aussiedlung durchführte, schrieb: „An einem Dezembertag mussten die Kalmuken ihre Häuser für immer verlassen. Sie ergaben sich dem Schicksal schweigend, einträchtig ihrer Religion, dem Buddhismus, aber meine ganze Lebensvorstellung wurde in dem Moment zunichte gemacht. Ich entschloss mich, all Verbindungen zu dem Staat, der unschuldige Menschen auf solche Weise bestraft, zu brechen. [...] Ich habe aber niemals in meinem Leben gleichen tragischen Gesichtsausdruck gesehen wie bei diesen Menschen, die Befehle des kommunistischen Staates ausführten.“ Ebenda, S. 138.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 112.

wurden auch die Krimvölker – Tataren, Griechen, Bulgaren und Armenier, deren Platz Russen und Ukrainer übernahmen, zwangsumgesiedelt.

Mehrere Aussiedlungswellen gab es ebenfalls im Baltikum. Den Vorwand gaben Partisanen, die dort noch Anfang der 50er Jahre aktiv waren. Um sie zu bekämpfen, schlug das Regime am empfindlichsten Punkt zu: Die Familien der Partisanen wurden nach Sibirien verschleppt. Wie im Fall polnischer Bürger konnten viele der deportierten Familien, wie es das Beispiel der Familie Goubužaite aus Litauen zeigt, erst nach dem Untergang des Kommunismus in die Heimat zurückkehren.<sup>118</sup> Auch gegen die ukrainischen Partisanen ging die Sowjetunion so vor: In den Jahren 1944-1947 wurden ca. 200.000 Familienangehörige der ukrainischen Nationalisten ins Innere der UdSSR deportiert.<sup>119</sup>

#### Aussiedlungspläne des Londoner Kabinetts und polnischer Kommunisten – Internationale Legitimation von Jalta und Potsdam

Die erste Anregung zu einer Abschiebung der Deutschen nach dem Krieg kam vom tschechischen Präsidenten Edward Beneš und seinem Mitarbeiter Hubert Ripka.<sup>120</sup> Die polnische Exilregierung in London unter General Władysław Sikorski war sich in dem Punkt mit der tschechischen Regierung einig, zum größten Teil in Reaktion gegen die deutsche Okkupation in Polen: Hunger, Not, ständige Demütigungen und Tod prägten das Bild der Deutschen, positive Züge aus der Vorkriegszeit wurden durch die Okkupation ausgelöscht.<sup>121</sup> In der polnischen Gesellschaft herrschte die Überzeugung von der Kollektivschuld der Deutschen: Die Forderung der Bestrafung des ganzen Volkes einte die gesamte polnische Untergrundbewegung, Kommunisten, wie die Anhänger der Londoner Exilregierung. Dafür waren die belasteten deutsch-polnischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit mitverantwortlich. Man sah im Ersten und Zweiten Weltkrieg das Kontinuum des ewigen deutschen „Dranges nach Osten“. Deutschland als Erbe Preußens wurde damit zum ewigen Aggressor gegen Polen. Demnach war die Forderung nach Eingliederung deutscher Provinzen

<sup>118</sup> Vgl. Karta, Nr. 24, 1998, S. 24-65.

<sup>119</sup> S. CIESIELSKI, G. HRYCIUK, A. SREBRAKOWKI, S. 209.

<sup>120</sup> B. NITSCHKE: Wyszalenie czy wypędzenie?, S. 34.

<sup>121</sup> TOMASZ SZAROTA: Niemcy i Polacy. Wzajemne postrzeganie i stereotypy, Warszawa 1996, S. 147.

in das Gebiet Polens, sowie die Abschiebung der Bevölkerung für alle in London vertretene Parteien legitim. Einzige Abweichung von der politischen Linie war die zurückhaltende Stellung Tomasz Arciszewskis. Der Nachfolger von Mikołajczyk befürchtete weitsichtig, dass die Verschiebung der Grenzen nach Westen keine Voraussetzung für gute Nachbarbeziehungen zu Deutschland gäbe und Polen so in die Arme der Sowjetunion getrieben würde. Deswegen bewahrte er Zurückhaltung in der Erörterung der Frage über das Schicksal der Deutschen im Nachkriegspolen.<sup>122</sup>

Die Gebietsforderungen wurzelten außerdem in der Überzeugung, dass die für Polen ungünstige Grenze deutsche Angriffe erleichterte. Die polnischen Politiker wollten daher eine möglichst sichere Trennungslinie zum westlichen Nachbarn erreichen, die Oder als „natürliche Grenze“: „Mit der Westverschiebung Polens wollte man die Ausgangsposition der Deutschen bei dem nächsten Angriff maximal verschlechtern.“<sup>123</sup> Die Ängste aus der Zeit, die nach Münchener Konferenz kamen in dem eben genannten Punkt zum Ausdruck.

Doch die Vorstellung der Politiker zur Entschädigung im Westen änderte sich im Verlauf der Zeit: Die erste Gebietsforderung richtete sich auf Ostpreußen. Schon im Oktober 1939 forderte der polnische Außenminister August Zaleski „Entmilitarisierung“ und Kontrolle Ostpreußens durch Polen. Mitte November konkretisierte Botschafter Edward Raczyński diese Aussage und beanspruchte, gegen Sikorskis Auffassung, Eingliederung Ostpreußens an Polen.<sup>124</sup> In dem Punkt konnte das Exilkabinett, wenn auch die englische Regierung anfänglich zurückhaltend reagierte, mit Churchills Unterstützung rechnen; seine Äußerung: „Nach unserer Meinung müsste man Polen auf Kosten Deutschlands zufrieden stellen. [...] Aber ich möchte die Frage hinsichtlich der Aufteilung Preußens bedenken. [...] Preußen ist, das möchte ich betonen, die Wurzel allen Übels in Deutschlands“<sup>125</sup>, stimmte mit der polnischen Meinung überein.

Die erste polnische Forderung nach Umsiedlung der Deutschen nach dem Kriegsende betraf das Vorkriegspolen und wurde vom Exilpräsident Władysław Raczkiewicz am 30. November 1939 öffentlich erklärt. Im Februar 1940 zählte Zaleski „die Liquidierung des deutschen Kolonialbesitzes an der Ostsee“ zu den Kriegszielen der Exilregierung, wozu er auch Unterstützung vom Mikołajczyk, dem Mitglied des Nationalrates im Exil, späteren

<sup>122</sup> K. KERSTEN: *Jalta w polskiej perspektywie*, S. 56; B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 39.

<sup>123</sup> Am 18. Dezember 1939 forderte die Exilregierung „neben einem unmittelbaren und breiten Zugang zum Meer eine Grenze, die dauernde Sicherheit gewährt“. DETLEF BRANDES: *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943*, München 1998, S. 61.

<sup>124</sup> DETLEF BRANDES: *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, München 2005.

<sup>125</sup> *Teheran-Jalta-Potsdam*, S. 101.

Premierminister, bekam.<sup>126</sup> Wenig konkret war auch das dem Foreign Office überreichte Memorandum vom November 1940, in dem die polnischen Territorialforderungen ums Gebiet um Danzig erweitert wurden. Die polnische Westgrenze sollte verkürzt und von den polnischen Häfen Danzig und Gdingen anhand ethnischer Kriterien verschoben werden.

Die Entwicklung der politischen Situation ließ jedoch die oben erwähnte Forderung revidieren. Mehrere Faktoren wirkten zusammen: Die Äußerung Stalins zu Gen. Sikorski während seines Besuchs in Moskau im Dezember 1941 - „Polen sollte aus dem Kriege groß und mit starker Westgrenze an der Oder auskommen“<sup>127</sup>; die deutschen Deportationen, die, wie polnische Politiker meinten, die Nachkriegsaussiedlungen rechtfertigten<sup>128</sup>; Anerkennung der neuen sowjetischen Westgrenze in Baltikum und Rumänien<sup>129</sup>. So änderte die Exilregierung ihre Forderungen mit ihrem neuen „Westprogramm“ vom 7. Oktober 1942 – Eingliederung Danzigs, Ostpreußens und Niederschlesiens um Oppeln. Der Verlauf der Grenze wurde nicht präzise festgelegt. Es hieß aber: „In höchstem Grade schädlich ist es, fanatische territoriale Forderungen zu erheben, die z. B. bis zur Lausitzer Neiße oder der Bober (Bobrawa) reichen, also das gesamte Niederschlesien mit seiner fanatisch antipolnischen Bevölkerung umfassen.“<sup>130</sup>

Das Westprogramm fand im Grunde genommen Churchills Unterstützung. Die Exilregierung ahnte aber zurecht, Gewinne im Westen werde Moskau durch die Verluste im Osten auszugleichen versuchen. Der von der Polnischen Regierung befürchtete Gedanke der Abtretung der polnischen Ostgebiete an die UdSSR kam während der Teheraner Konferenz (28.11-1.12.1943) gegen den polnischen Willen zur Sprache.<sup>131</sup> Die Teheraner Beschlüsse

<sup>126</sup> D. BRANDES: Der Weg zur Vertreibung, S. 61.

<sup>127</sup> Während des Treffens in Moskau, als Gen. Sikorski gegen die Einziehung der nichtpolnischen Bürger (meistens Juden und Ukrainer) aus den in die Sowjetunion annektierten Teilen Polens in die Rote Armee protestierte, antwortete Stalin, er habe zwar eine Ausnahme für die Bürger mit polnischer Nationalität gemacht (es wurde Anfang 1943 aufgehoben), was kein Grund zur gleichen Anerkennung in Bezug auf die ehemals polnischen Bürger nichtpolnischer Nationalität sein sollte, weil „die Grenzfrage noch nicht entschieden worden sei“. Angesichts der Entstehung des kommunistischen ZPP (Verband der Polnischen Patrioten – Vorläufer der künftigen kommunistischen Partei Polens) in Moskau konnte es nur den endgültigen Verlust der polnischen Ostgebiete bedeuten.

<sup>128</sup> Der Außenminister Raczyński erklärte, dass Hitler mit der Umsiedlung der Baltendeutschen einen „nützlichen Präzedenzfall“ schuf.

<sup>129</sup> Dies geschah offiziell am 26. April 1942. Einen Monat später wurde der englisch-sowjetische Vertrag über den gemeinsamen Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland abgeschlossen. Churchill bekam dafür Stalins Zustimmung für die Evakuierung der polnischen Armee im Iran, was hinter dem polnischen Rücken beschlossen wurde und einen schweren Schlag für Sikorski bedeutete.

<sup>130</sup> Zitiert nach: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ: Einleitung, in: *„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“*, S. 50.

<sup>131</sup> Churchill war derjenige, der dies in Teheran mit der Hilfe von drei Streichhölzern vorschlug: „Ich möchte auf mein Beispiel von den drei Streichhölzern zurückkommen, von denen eins Deutschland, das andere Polen und das dritte die Sowjetunion darstellt. Diese drei Streichhölzer sollen nach Westen vorgeschoben werden, um eine der Hauptaufgaben der Alliierten, die Sicherung der Westgrenzen der Sowjetunion, zu lösen“. Vgl. Teheran-Jalta-Potsdam, S. 100.

hatten drei verschiedene Folgen, die die weitere Entwicklung beeinflussten: Angesichts der angekündigten polnischen Ostverluste (für Polen bedeuten sie den undenkbaren Verzicht auf die polnischen Städte Lemberg und Wilna) musste man Zugewinne im Westen vergrößern, was auch die Zahl der Deutschen, die zu deportierten waren, auf ca. 9 Millionen erhöhte. Die verheerenden wirtschaftlichen und soziologischen Wirkungen der geplanten Handlung waren damals kaum vorstellbar. Man entschied nicht nur über das Schicksal von Millionen Deutschen, für die Platz im Westen zu finden war. Die Teheraner Beschlüsse trafen auch polnische Bürger, weil das Vakuum in den annektierten Gebieten neue Ansiedler aus dem Osten ausfüllen mussten. Es erforderte tatsächlich die Mobilisierung aller Kräfte des durch den Krieg geschwächten Staates. Darüber hinaus war die administrative und personale Vorbereitung der zukünftigen polnischen Nachkriegsregierung von höchster Bedeutung. Mit Ausschließung der Londoner Regierung bei den Teheraner Beschlüssen wurden jedoch die Chancen schon von Anfang an begraben, weil sie die Voraussetzung zur Anerkennung der Kommunisten als einziger, künftiger und legitimer Regierungskraft schuf.<sup>132</sup> Der geplante Transfer wurde infolgedessen in die Hände der Menschen gelegt, die keine Erfahrung in der Staatslenkung hatten, unter ihnen befanden sich nur wenige Politiker, Intellektuelle oder Beamte, die zur Staatsführung nötig waren: „So mussten das gigantische, Millionen von Menschen betreffende An- und Aussiedlungsprogramm“, so Włodzimierz Borodziej, „als eine große Improvisation organisiert werden, durchgeführt mit Hilfe von ganz und gar nicht darauf vorbereiteten Personen und ad hoc geschaffenen Institutionen“.<sup>133</sup>

Diese faktische Desavouierung des Exilkabinetts von Stalin überschattete die Diskussion über die Festlegung künftiger polnischer Westgrenze. Kurz vor der Konferenz in Jalta änderte sich die Situation weiterhin zum Nachteil der polnischen Exilpolitiker: Angesichts der Entstehung der kommunistischen Provisorischen Regierung (Rząd Tymczasowy) am 31. Dezember 1944 in Lublin, die Stalins Unterstützung hatte, und des misslungenen Warschauer Aufstandes, erörterte die Konferenz in Jalta hauptsächlich ausgerechnet die Frage der künftiger polnischer Staatsmacht. Die Erfolge der Roten Armee an der Ostfront gaben Stalin einen entscheidenden Trumpf in diesen Verhandlungen. Gleichzeitig wurde die Position der Westalliierten durch den Austritt der SL (Stronniectwo Ludowe – Volkspartei) Mikołajczyks aus dem Exilkabinetts geschwächt. Auf der fünften Plenarsitzung am 8. Februar 1945 erklärten sich die beiden

---

<sup>132</sup> Einen Monat nach der Teheraner Konferenz und genau 3 Tage vor Überschreiten der polnischen Vorkriegsgrenze durch die Rote Armee, entstand in okkupierten Polen der kommunistische Landesnationalrat (KRN – Krajowa Rada Narodowa). In den nächsten Monaten stellte TASS das Recht der Londoner Regierung in Frage, das polnische Volk zu repräsentieren. Im Mai empfing Stalin die Delegation des KRN in Kreml, der von ihm als einzige rechtmäßige Regierung in Polen anerkannt wurde.

<sup>133</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 50.



Westalliierten in der Tat bereit, die „Polnische Regierung der Nationalen Einheit“ anzuerkennen. Als wünschenswert wurde bezeichnet, die kommunistische Lubliner Regierung um demokratische Politiker aus Emigrantenkreisen zu erweitern und in möglichst kurzer Zeit die Bevölkerung Polens zu allgemeinen Wahlen aufzurufen.

Während der siebenten Vollsitzung kehrte man erneut zur Polenproblematik zurück. Die Übereinstimmung über die polnisch-sowjetische Grenze wurde, dank der Vorerklärung von Ende 1944, rasch erzielt. Es bestand aber keine Klarheit zur Westgrenzen. Molotows Vorschlag: „Als Westgrenze Polens die Linie von der Stadt Stettin (für Polen) nach dem Süden hin entlang der Oder und weiter entlang der Neiße (der westlichen) zu betrachten“<sup>134</sup>, wurde von der britischen und amerikanischen Delegation nicht angenommen. Als sich Churchill in der Diskussion gegen den zweiten Punkt (westliche Neiße) äußerte, ließ er durchblicken, dass die bisherige Konzeption der britischen Seite entscheidende Veränderungen erfahren habe. „Man brauche nicht“, so Churchill, „den Lubliner Polen dieselben Konzessionen zu machen“, die man bereit gewesen sei, „Mikołajczyk zu machen, um eine Lösung des polnischen Problems zu finden“.<sup>135</sup>

Dabei ging Churchill jedoch von falschen Voraussetzungen aus. Die Entwicklung dieser Situation im zum Teil von der Roten Armee befreiten Polen bewies, dass der englische Premierminister nicht mehr willkürlich über die polnischen Interessen zu entscheiden vermochte. Die neue innere Kraft des Landes beabsichtigte, jetzt weitgehend bei der Lösung der Probleme Polens mitzuwirken. Dieses, was Churchill noch in Jalta nicht akzeptieren wollte, haben die polnischen Kommunisten von Stalin im geheimen Grenzvertrag zwischen dem PKWN (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego – Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung) und der UdSSR vom 27. Juli 1944 bestätigt bekommen. In dem Abkommen wurde nicht bestimmt, um welche Neiße es sich handelt, was Stalin ohne Zweifel eine günstige Position in den Verhandlungen mit den Alliierten schuf. Die westliche polnische Grenze wurde zwar im Beschluss des GKO Nr. 7550 vom 20. Februar 1945 präzisiert. Das Dokument besaß allerdings keine internationale Legitimation, doch angesichts der Stellung der Alliierten war Stalin im Grunde genommen einziger Garant der polnischen Westgrenze, was Polen noch stärker von der UdSSR und dem neuen System abhängig machte. „Aus polnischer Sicht“, so Borodziej, „war dieses Dokument besser als keines.“ Art. 1. hielt allerdings fest, dass die endgültige Festlegung der Demarkationslinie zwischen Polen und Deutschland auf der

---

<sup>134</sup> EVA SEEGER: Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die ČSR 1941-1945, Berlin 1984, S. 354-359.

<sup>135</sup> Ebenda, S. 360.

künftigen Friedenskonferenz erfolgen sollte.<sup>136</sup> In dieser Situation beabsichtigte das kommunistische Komitee jedoch nicht, auf die internationalen Entscheidungen zu warten. Mittlerweile war die Befreiung Polens sehr weit fortgeschritten und die Planung der Aussiedlung bereits im Gange<sup>137</sup>, so dass es sich aus Sicht der polnischen Kommunisten im Prinzip bloß um die Anerkennung der Interimregierung sowie angesichts der Verhandlungen über die Westgrenze, um die Exekutierung der Politik der vollendeten Tatsache handelte. Dies machte Gomułka auf dem Plenum KC vom 20. und 21. Mai 1945 deutlich: „Wenn wir die ehemals deutsche Gebieten nicht polonisieren, werden wir keine Gründe mehr dafür haben, das zu nehmen, was sie [d.h. die Alliierten] uns nicht geben wollen. [...] Die Ausweitung des Landes bindet die Nation an das System. Ein Rückzug schwächt unsere Position im Lande. Wenn es in den Westgebieten keine polnische Bevölkerung geben sollte, wird die Verwaltung in den Händen der Roten Armee liegen. Mit diesem Problem hängt die Rückkehr der Deutschen zusammen, die vor der Roten Armee geflohen sind. Wir müssen sie hinauswerfen, da alle Länder auf nationale nicht multinationale Grundlagen gerichtet sind.“<sup>138</sup>

Die Frage der Westgrenze blieb im Julimanifest des PKWN ebenfalls unbeantwortet; Man erwähnte nur „polnische Grenzpfähle an der Oder“. Die Regelung der östlichen Trennungslinie, die nach dem Prinzip verlaufen sollte: „Polnisches Gebiet den Polen, ukrainisches, belorussisches, litauisches Gebiet den Sowjetukrainern, den Sowjetbelorussen, den Sowjetlitauern!“, lässt vermuten, dass die polnische Grenzfrage war nur „ein Element der sowjetischen globalen Politik der Region“ war (Borodziej).<sup>139</sup> Das Manifest enthüllt die wahre Aufgabe des kommunistischen Komitees – die Durchsetzung des neuen Staatssystems in den befreiten Gebieten. Dazu hätten mindestens zwei Voraussetzungen parallel entstehen müssen: Erstens – polnische Ansiedler sollten den Platz der einst geflüchteten Deutschen einnehmen und zweitens die befreite Region sollte möglichst von polnischen Beamten verwaltet werden. Die Eile, mit der kommunistische Organisationen begannen, das Ziel zu realisieren, hatte ihre Gründe. Der vom Londoner Kabinett inspirierte Warschauer Aufstand sollte die legitime Macht der Exilregierung im besetzten Polen den Kommunisten gegenüberstellen. Schon eine Woche nach dem verlorenen Kampf entstand das

---

<sup>136</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 57.

<sup>137</sup> Die Provisorische Regierung traf am 13. Februar 1945 die Entscheidung, sofort mit der Aussiedlung polnischer Staatsbürger aus den westlichen Sowjetrepubliken zu beginnen. Ebenda, S. 52.

<sup>138</sup> Ebenda. Diese Aussage betraf die Ereignisse von Stettin.

<sup>139</sup> Dies betraf nicht nur die polnische künftige Westgrenze. Im Herbst 1945 wurde auch die polnische Nordgrenze ohne irgendeine bilaterale Vereinbarung zu Gunsten der Sowjetunion umgestaltet.

Repatriierungsamt (PUR Państwowy Urząd Repatriacyjny), das ursprünglich für die Deportierung der polnischen Bevölkerung aus dem Osten zuständig war.<sup>140</sup>

Die schnelle Einrichtung der lokalen Verwaltung hatte noch einen anderen Vorteil: Stalin, der einzige Befürworter der Oder-Neiße-Grenze, erhielt damit ein wichtiges Argument für die Verhandlungen in Potsdam an die Hand. Er wusste dieses auch ins Spiel zu bringen, als es zur Erörterung der polnischen Westgrenze kam: „Auf dem Papier sind es noch deutsche Gebiete. In Wirklichkeit, de facto, sind es polnische Gebiete.“ Als Grund für die Zulassung der polnischen Verwaltung gegen den Willen der Alliierten, führte er an: „Die amerikanische Regierung und die britische Regierung haben uns in ihren Noten wiederholt vorgeschlagen, keine polnische Verwaltung in den Westgebieten zuzulassen, solange die Frage der Westgrenze Polens nicht endgültig entschieden ist. Das konnten wir nicht tun, da die deutsche Bevölkerung hinter den zurückweichenden deutschen Truppen nach Westen abzog. Die polnische Bevölkerung dagegen ging vorwärts, nach dem Westen und unsere Armee brauchte in ihrem Hinterland, in dem Gebiet, das unsere Armee besetzte, eine öffentliche Verwaltung. Unsere Armee kann nicht gleichzeitig eine Verwaltung im Hinterland aufbauen, kämpfen und das Territorium vom Feind säubern. Deshalb haben wir die Polen zugelassen. In diesem Sinne antworteten wir damals unseren amerikanischen und englischen Freunden. [...] Ich weiß nicht, was es unserer gemeinsamen Sache schaden kann, wenn die Polen ihre Verwaltung in dem Gebiet einrichten, das ohnehin bei Polen verbleiben soll.“<sup>141</sup>

Mit der sowjetischen Winteroffensive und der Besetzung Warschaus durch die Rote Armee (17. Januar 1945) wurden die polnischen Kommunisten in dem Gebiet mit dem Aufbau der Verwaltung aktiver, vor allem zur Bildung administrativer Institutionen, die für die Übernahme der „befreiten“ Region verantwortlich waren. Am 2. Februar rief die Interimsregierung ein Büro für die Westgebiete (BZZ – Biuro Ziem Zachodnich) ins Leben.<sup>142</sup> Am 26. Februar ernannte der Ministerrat das Amt des polnischen Bevollmächtigten bei den vier Fronten der Roten Armee. Am 14. März wurden die „wiedergewonnenen Gebiete“ in vier Verwaltungsbezirke (pol. okręgi administracyjne) aufgeteilt – Opper Schlesien (Śląsk Opolski), Niederschlesien (Dolny Śląsk), Pommern (Pomorze Zachodnie) und Ostpreußen (Prusy Wschodnie), die von Bezirksbevollmächtigten regiert wurden. Die ehemalige deutsche

<sup>140</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 50; WITOLD GIESZCZYŃSKI: Państwowy Urząd Repatriacyjny w osadnictwie na Warmii i Mazurach (1945 - 1950), Olsztyn 1999, S. 23.

<sup>141</sup> Teheran-Jalta-Potsdam, S. 286-288.

<sup>142</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 64.

Einteilung wurde bei der territorialen Gestaltung beibehalten.<sup>143</sup> Die Aufteilung war jedoch nur provisorisch und ad hoc entschieden. Darauf weist u.a. der Name des letzten Bezirkes hin. Auf der zentralen Ebene in Warschau wurden auch entsprechende Institutionen ins Leben gerufen. Am 11. April 1945 entstand das Amt des Generalbevollmächtigten für die Wiedergewonnenen Gebiete, an dessen Spitze Edward Ochab stand. Der Politiker leitete gleichzeitig das Ministerium für die Öffentliche Verwaltung (MAP – Ministerstwo Administracji Publicznej), zu dem auch das Büro für Westgebiete gehörte. PUR und andere Institutionen, die für die Umsiedlungen zuständig waren, wurden dem Amt des Generalbevollmächtigten für Repatriierungsfragen, das von Władysław Wolski geleitet wurde, untergeordnet.

Der Zustand änderte sich mit Entstehung der Provisorischen Regierung Nationaler Einheit. Laut der Beschlüssen von Jalta wurde die kommunistische Provisorische Regierung um einige Londoner Politiker erweitert, sodass Władysław Kiernik (SL) Minister für die Öffentliche Verwaltung ernannt. „Sommer 1945 wurde die Frage nach dem Umfang der Kompetenzen des MAP und des neuen der Volkspartei angehörigen Ministers“, so Włodzimierz Borodziej, „zu einem Problem bei der Wahl nicht nur zwischen verschiedenen organisatorischen Lösungen, sondern auch zu einem politischen Tauziehen, das erst am 13. November entschieden wurde, als ein Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete (Ministerstwo Ziem Odzyskanych - MZO)<sup>144</sup> unter der Leitung von Władysław Gomułka eingerichtet wurde. Die Einrichtung bedeutete die definitive Übernahme der Macht durch die PPR (Polnische Arbeiterpartei) in sämtlichen neuen Gebieten, das heißt auf einem Drittel der Fläche Polens.“<sup>145</sup>

Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten wurde endgültig in Potsdam entschieden. Obwohl die Idee selbst nicht in Frage gestellt wurde, erwiesen sich Churchill und Truman als Gegner der Aussiedlung der gesamten deutschen Bevölkerung aus Polen. „Ich bin nicht der Ansicht“, so Churchill, „dass dies zum Wohle Europas geschieht, von den Alliierten (sic!) ganz zu schweigen. Wenn drei oder vier Millionen Polen östlich der Curzonlinie umgesiedelt werden, so können drei oder vier Millionen Deutsche im Westen umgesiedelt werden, um für die Polen Platz zu schaffen. Aber die Umsiedlung von acht Millionen Menschen, das ist die Sache, die ich nicht unterstützen kann.“<sup>146</sup> Der Hauptgrund für

---

<sup>143</sup> Ebenda, S. 57.

<sup>144</sup> An dem Tag der Entstehung des MZO wurde dem Ministerium auch PUR untergeordnet.

<sup>145</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 58-62.

<sup>146</sup> Teheran-Jalta-Potsdam, S. 290.

Churchill lag im wirtschaftlichen Bereich: Furch vor einer Überbevölkerung der Westzonen, verbunden mit einer Hungerkatastrophe destabilisierender Wirkung der Aussiedler in der schon schweren Nachkriegssituation.<sup>147</sup> Daher war die wirtschaftliche Lage in Deutschland eines der häufig erörterten Probleme in Jalta und Potsdam. Angesichts des bevorstehenden Winters und des befürchteten Mangels an Brennstoffen verlangte Churchill, dass die Lebensmittel- und Brennstoffmittelversorgung Deutschlands in den Grenzen von 1937 erfolgen sollte. Es ging ausschließlich um die schlesische Kohle, die Polen an Schweden verkaufen sollte.<sup>148</sup> Der englische Premierminister quittierte diese Tatsache mit den Worten: Es sei ungerecht, „eine so gewaltige Zahl der Deutschen zu uns zu schicken, während die Polen alle Vorteile für sich haben.“<sup>149</sup>

Der Schwerpunkt der polnischen Fragen der Potsdamer Debatte lag im Ausmaß des künftigen „Transfers“. Und in dem Punkt waren Stalin und die polnische Delegation, die als einzige über aktuelle Informationen über die Bevölkerungszahl verfügen konnten, im Vorteil. Niemand der Westalliierten konnte Stalins Worte, es gäbe 1,5 Millionen Deutsche in Polen, weder als wahr bestätigen noch als falsch ablehnen. Churchill schenkte den Worten aber keinen Glauben. Er unterstützte konsequent die Linie, solange diese Meldungen nicht überprüft werden konnten, kann er von eigenen Zahlen, d.h. von ca. 8-9 Millionen Deutschen, ausgehen. Stalin wusste aber, Churchills Befürchtungen zu zerstreuen. Sein Vorschlag, die polnische Delegation nach Potsdam einzuladen, um sich ihre Meinung zur Westgrenze anzuhören, war überlegt und gut gezielt. Die Alliierten mochten vielleicht die Kommunisten<sup>150</sup> als unglaubwürdige Verhandlungspartner betrachten, jedoch konnten nicht den ehemaligen Ministerpräsidenten der Exilregierung Stanisław Mikołajczyk. Mikołajczyk kam nach Potsdam als Vize-Premier der neu gebildeten Provisorischen Regierung Nationaler Einheit und verlieh somit den Kommunisten mehr Glaubwürdigkeit. Weil sich die Bevölkerungsfrage als schwerwiegend erwies, bedeutete die Zustimmung zur Aussiedlung der gesamten deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten die „faktische Hinnahme der Oder-

<sup>147</sup> Laut Churchill: „Jedenfalls sind Polen nicht berechtigt, eine katastrophale Lage in der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung zu schaffen.“ Ebenda. Wie wichtig die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Bevölkerung war, zeigen deutlich die ersten Aussiedlungen aus Polen. Der Kontrollrat war daran interessiert, dass in die englische Besatzungszone wenn möglich mehr von jungen kräftigen Männern geschickt wird. Die polnische Seite brachte hauptsächlich in Transporten Frauen, Kinder und Greise unter, die in Aktensprache als viel sagendes „schwaches Element“ bezeichnet wurden.

<sup>148</sup> Es ergab sich ein Maus-Katzen-Spiel, in dem Stalin polnisches Recht auf die schlesische Kohle mit dem Argument: „Deutsche fördern nicht, das tun die Polen, die arbeiten“ und „dort sind alle deutsche Herren geflohen“ verteidigte. Churchills Forderung, die Gruben könnten in der sowjetischen Besatzungszone funktionieren, - lehnte Stalin mit den Worten ab: „Das würde alle Beziehungen zwischen zwei befreundeten Staaten stören.“ Teheran-Jalta-Potsdam, S. 291-292.

<sup>149</sup> Ebenda, S. 291.

<sup>150</sup> Außer Mikołajczyk waren auf der Konferenz u.a. anwesend: Bolesław Bierut, Edward Osóbka-Morawski, Władysław Gomułka i Stanisław Grabski.

Neiße-Grenze.“<sup>151</sup> Da sich die Alliierten allerdings entschieden, die endgültige Festlegung der Grenze auf die zukünftige Friedenskonferenz zu verschieben und die ehemals deutschen Gebiete nur unter der Verwaltung des Polnischen Staates zu stellen, musste man auf die offizielle Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze mehr als 50 Jahre warten.

Bronisław Kowacz, Umsiedler aus dem Osten, der mit seiner Familie auf die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz in Gryfino (Greifenhagen) in Ungewissheit, ob man sich auf der polnischen oder sowjetischen Seite befinde, wartete, hat das Provisorium der Grenzziehung sinngemäß ausgedrückt: „So erreichten uns die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die die endgültige Verteilung der Territorien schufen. Ein sowjetischer Soldat der Pioniertruppen, irgendein Spezialist in der Topographie hat den Gryfiner Kirchturm, auf dem er saß, mit dem Kirchturm in Świnoujście (Swinemünde) in direkter Linie verbunden und auf solche Weise legte er die innerhalb den nächsten 45 Jahren streng bewachte Staatsgrenze zwischen Polen und Sowjetischer Besatzungszone, der späteren Polnischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik und der gegenwärtigen Polnischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik fest. Ist das die Symbolik unserer Zeiten? Sowenig? Oder soviel?“<sup>152</sup>

---

<sup>151</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 75.

<sup>152</sup> BRONISŁAW KOWACZ: Miejsce przechodnie, in: *Karta*, 1997, Nr. 21, S. 98; Wypędzeni ze wschodu. Wspomnienia Polaków i Niemców, hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg, Reiner Stößinger, Robert Traba, Olsztyn 2001, S. 311.

## II

## Die Flucht

„Und dann begann der große Auszug aus dem gelobten Land der Heimat, nicht wie zu Abrahams Zeiten mit der Verheißung ‘in ein Land, das ich dir zeigen werde’, sondern ohne Ziel und ohne Führung hinaus in die Nacht.“<sup>153</sup> Diese allegorische Darstellung bezieht sich auf einen der größten Exodus’ der Geschichte und wurde von der Tochter einer ostpreußischen Adelsfamilie verfasst, deren Vorfahren vor 700 Jahren aus Westfalen nach Preußen kamen und in deren Schicksale sich die Geschichte und Einzigartigkeit des Landes widergespiegelte. Die Schüsse der Sowjetartillerie, die in dem kalten Wintermorgen des 13. Januar 1945 auf Ostpreußen abgegeben wurden, kündigten das Ende jener Epoche an.

Es steht außer Frage, dass die ostpreußische Bevölkerung, teilweise wegen der unfähigen Führung, personifiziert in Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Koch, dem Grauen ausgesetzt war.<sup>154</sup> Seine Haltung weist auf die gegenständliche Behandlung der Zivilbevölkerung durch die Parteiführung hin. Ostpreußen sollte um jeden Preis verteidigt werden, und die Einwohner dieser Provinz spielten in diesem Vorhaben eine wichtige Rolle. In dieser Hinsicht galt jede Fluchtvorbereitung als Defätismus und nur Wenige hatten genug Mut, um sich auf das Unaufhaltsame zu rüsten, wie die Familie Behrendt aus Schlobitten/Kr. Preußisch Holland: „Das Gravierendste für mich war, das Erschreckendste, dass mein Vater plötzlich anfang in seiner Werkstatt Kisten zu bauen. Neue Kisten irgendwelcher Art. [...] Also, etwas Untypisches, was nie gebraucht würde. Dann hab’ ich gefragt: Was machst du da? Ich mache Kisten. Wofür denn? Ja, dass wir alles gut verpacken können. Das hat er mir gesagt. Das wusste er schon.“<sup>155</sup>

Den Anstoß zu den Vorbereitungen auf die Flucht gab häufig das Bild der durch die Gegend ziehenden Flüchtlingen aus dem Osten: „Mir war aufgefallen“, schrieb Gräfin Dönhoff, die zu jener Zeit das Familiengut Quittainen/Kr. Preußisch Holland verwaltete, „dass die Wagen entweder zu wenig Schutz hatten oder die Dachkonstruktionen durch riesige Teppiche so schwer belastet wurden, dass die Leute nicht genug Gepäck mitnehmen konnten.“ Deswegen

<sup>153</sup> MARION GRÄFIN DÖNHOF: Wielki Exodus, in: *Wypędzeni ze Wschodu*, S. 23.

<sup>154</sup> Die Frage ist in Literatur reichlich beschrieben worden. G. BECKER; G. BÖDDEKER; E. G. LASS; J. THORWALD.

<sup>155</sup> Interview mit Bruno Behrendt für das Zweite Deutsche Fernsehen.

ordnete sie an, „auf allen Gütern Gestelle aus leichten Latten anzufertigen und Strohmatte zu flechten, die eine schützende Dachkonstruktion für die Leiterwagen abgeben sollten.“ Aber auch diese Vorbereitungen wurden entdeckt und weitergemeldet: „Mitte Januar war bei mir in Quittainen ein Vertreter der Kreisleitung von Preußisch Holland – unserer zuständigen Kreisstadt – erschienen und hatte mir einen schweren Verweis der Gauleitung in Königsberg übermittelt: Wenn ich weiter defätistische Vorbereitungen zur Flucht träfe, müsste ich mich auf harte Maßnahmen gefasst machen.“<sup>156</sup>

Doch als der Packbefehl für den Kreis Preußisch Holland am 20. Januar 1945 erteilt wurde, war es schon für viele Gemeinden zu spät. Der Büroleiter des Landratsamtes Elias, der für die Räumungsmaßnahmen verantwortlich war, schrieb an Bürgermeister Schulz<sup>157</sup>: „Die Räumung unserer Heimat und insbesondere der Kreisverwaltung in Preußisch Holland stand unter einem unglücklichen Stern. Da wir von der Regierung keine Weisungen erhielten, wie die Räumung durchzuführen war, fuhr ich am 20.1.1945 zur Regierung nach Königsberg, um mir die Weisung geben zu lassen. Als ich losfuhr, dachte noch niemand ernstlich an die Flucht, denn die Russen sollten angeblich zurückgeschlagen sein. Zurück kam ich von Königsberg nur noch unter den größten Schwierigkeiten, den letzten Teil nach Schlobitten zu Fuß. Als ich in Preußisch Holland am 22.01.45 zurückkam, waren die Fahrzeugbesitzer mit ihrem persönlichen Gut fast vollständig verschwunden. Unser ganzer Räumungsplan war damit über den Haufen geworfen. Ich glaube nicht, dass es so gekommen wäre, wenn sich das alles nicht so plötzlich entwickelt und ich von Preußisch Holland nicht abwesend gewesen wäre. Nachher war kaum noch etwas zu unternehmen. Mit Mühe habe ich noch einen Trecker mit Anhänger vor unserem Kreisführerhof organisiert, auf dem ein Teil der Kreisverwaltungsangehörigen, darunter auch meine Frau, wegkamen. Alles gepackte Gut blieb zurück. Mein persönliches Gepäck war auf der Straße stehen geblieben, weil ich nicht dabei war, als der von mir organisierte Treck wegfuhr. Infolgedessen hatte ich mich von den Verwaltungsangehörigen und meiner Frau gar nicht verabschiedet. Zuletzt waren nur Herr Lemke und ich im Landratsamt.“<sup>158</sup>

Wie aus dem Zitat hervorgeht, war die Kreisleitung nicht nur über die Frontlage und Durchführung der Evakuierung unzureichend informiert, sondern war auch unfähig, eine Schlüsselentscheidung in dem richtigen Moment ohne Zustimmung von der Gauleitung in Königsberg zu treffen. Der Heimatforscher Robert Helwig behauptete zwar in seiner

<sup>156</sup> M. GRÄFIN DÖNHOF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 15.

<sup>157</sup> Joachim Schulz (geb. 1901) war Bürgermeister der Stadt und letzter Landrat des Kreises Preußisch Holland. Nach dem Krieg wurde er Bürgermeister der Patenstadt Itzehoe, wo sich viele Preußischholländer nach dem Krieg angesiedelt hatten.

<sup>158</sup> Lastenausgleichsarchiv (LAA) Bayreuth, Ost.- Dok. 1/50, Bl. 441-442.



Geschichte der Stadt Preußisch Holland, dass der kommissarische Kreisleiter Lutz Großjohann „alles tat, was in der verzweifelten Lage überhaupt getan werden konnte. Großjohann war in den entscheidenden Stunden seit dem 20. Januar Tag und Nacht auf der Geschäftsstelle der Kreisleitung anwesend und stand in ständiger fernmündlicher Verbindung mit Königsberg und Danzig“,<sup>159</sup> was dem Bericht des Büroleiters Elias eindeutig widerspricht.<sup>160</sup> Der Kreisleiter erhielt auch aller Wahrscheinlichkeit nach aus Königsberg keinerlei Weisungen; Erich Koch hatte schon Mitte Januar Königsberg insgeheim verlassen und nur eine Anzahl seiner Bevollmächtigten zurückgelassen. Mit seinem Stab hielt er sich zuerst in Pillau und dann in Neutief, wo für ihn zwei Eisbrecher und die „Fieseler Storch“ bereit standen, auf.

Wie bedrohlich die Militärlage war, hielt man geheim. Darauf weist handfest der Bericht des ehemaligen Oberbürgermeisters der Nachbarstadt Elbing, Dr. Hans Leese hin: „Am Dienstag, dem 23. Januar, erhielt ich einen Anruf vom Kreisleiter, bei welchem er mir mitteilte, er habe soeben einen Anruf von Gauleiter Förster bekommen. Dieser habe ihm mitgeteilt, die militärische Lage habe sich stabilisiert. Es bestehe keine Gefahr für Elbing, und eine Räumung sei nicht notwendig. Eine ähnliche Mitteilung erhielt ich etwas später von dem Ia des Wehrmachtskommandanten, Major Altermann. [...] Am Nachmittag erhielt ich einen Anruf eines Ratsherrn, der mir mitteilte, in Preußisch Holland, 20 Kilometer von Elbing entfernt, seien die Russen eingerückt. Er habe diese Nachricht von dem Leiter einer NSKK-Motorschule in Preußisch Holland bekommen, der selbst aus der Stadt herausgekommen sei. Diese Mitteilung veranlasste mich zu einem Anruf bei dem Ia Kommandanten Major Altermann. Dieser erklärte mir, die Nachricht war falsch. Noch gegen Mittag sei ein Infanterie-Bataillon von Elbing aus nach Preußisch Holland in Marsch gesetzt worden, und es sei gut angekommen. Während dieses Gespräches hörte ich im Apparat, wie der

---

<sup>159</sup> R. HELWIG, S. 355.

<sup>160</sup> Viele der Flüchtlinge fühlten sich von der Kreisleitung in Stich gelassen: „Als mein Vater am 23. Januar zum Dienst erschien, erfuhr er, dass die politisch Verantwortlichen in der Nacht vom 22./23. Januar 1945 fortgezogen waren mit der Hinterlassenschaft, dass alle Männer sich beim Volkssturm in Lauck melden sollen und alle Frauen mit Kindern sich auf eine Ausreise vorbereiten sollen.“ HERBERT GROß: Die Stadt Mülhausen im Jahr 1945, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 181. Besonders kritisch gegenüber der Kreisleitung und Parteiführung war auch Marion Gräfin Dönhoff: „Die Goldaper Flüchtlinge hatten also den Winter bei uns verbracht und unsere Futterbestände kräftig reduziert. Mich besorgte das wenig, denn ich wusste ja, dass wir selbst sie nicht mehr aufbrauchen würden. Die Parteileitung aber schien es zu beunruhigen, und so war einer dieser gescheiterten Dummköpfe darauf verfallen, ausgerechnet Anfang Januar – man hörte schon das Donner der Geschütze bei uns – die Männer mit den Pferden nach dem 250 entfernten Goldap zurückzuschicken, damit das Futter dort an Ort und Stelle verbraucht würde. So saßen wir nun also mit 380 Frauen und Kinder da, die ihre Wagen von neuem bepackten, sich aber nicht bewegen konnten, weil die Männer mit den Pferden weggeschickt und inzwischen wahrscheinlich längst von der russischen Front überrollt worden waren.“ M. DÖNHOF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 20-21. Von einer ähnlichen Situation berichtete Frau Sigrid von Perbandt aus Nahmgeist; die Pferde der dort untergebrachten Goldaper Flüchtlingen wurden eingezogen, was deren Flucht wesentlich erschwert hatte.

Kommandant, Oberst Schöpffer, in das Zimmer des Majors trat und ihm sagte: ‘Hören Sie, Altermann, bei Pomehrendorf sind russische Panzer gemeldet.’ Daraufhin legte ich auf. Pomehrendorf war noch 8 Kilometer von Elbing entfernt.“<sup>161</sup>

Als der Kreis Preußisch Holland den Packbefehl an dem entscheidenden Sonnabend, dem 20. Januar 1945 erhielt, befanden sich die sowjetischen Panzer schon in unmittelbarer Nähe; die Nachbarnstädte Osterode und Mohrungen waren schon schwer bedroht. Zahlreiche Flüchtlinge aus diesen Städten zogen durch die Stadt. Andererseits war es ein zu großer Schock für die ständig mit den Propagandanachrichten über die mögliche Wunderwaffe gefütterte Zivilbevölkerung, so dass eine ordnungsmäßige Räumung gar nicht möglich war: „Die war undurchführbar, da jeder anderes wollte. Einer musste noch ein Schwein schlachten, der andere Brot backen, und keiner ahnte wirklich die große Gefahr...“<sup>162</sup> Frau Grete Briehen aus Wickerau/Kreis Preußisch Holland überraschte der Packbefehl während ihrer Visite bei den Verwandten: „Ich besuchte meine ältere Schwester... dort läuteten Bekannte und Verwandte an, dass sie sich schon für die Flucht vorbereiteten. Mein Mann war zum Stammtisch, wo sich am Sonnabend immer die meisten Landwirte vormittags trafen, es war ‘Die Traube’, auf dem Markt gelegen. Er läutete mich gegen 1:30 an, dass ich sofort zur Heimfahrt kommen sollte, um zur Flucht zu rüsten...“<sup>163</sup>

Einen Tag später, am 21. Januar um 17 Uhr, erteilte der Kreisleiter Großjohann den allgemeinen Räumungsbefehl, obwohl der Abmarsch ursprünglich für den 22. Januar vorgesehen war. Vor diesem Moment verließen eigentlich nur einzelne Personen den Kreis.<sup>164</sup> An diesem Tag wurden auch die Kisten mit den wichtigsten Akten und Büchern des Kreises, insbesondere der Stadtgeschichte, den Personalakten, den Kassenunterlagen und der Bürgermeisterkette zugemacht. Die Diakonisse Martha Klimmek erwähnte zwar, dass am Montag, dem 22. Januar vor der Ortsgruppenleitung ein „mächtig großer“ LKW und ein Möbelwagen standen, in den große Gegenstände hineingeladen wurden.<sup>165</sup> Es handelte sich allerdings nicht um die wertvollen Kisten, die wegen der Transportschwierigkeiten der Stadtverwaltung Sternberg übergeben werden mussten. Sie sind nachher von den Russen vernichtet worden.<sup>166</sup> Die Bürgermeisterkette und die Chronik der Stadt wurden von dem

<sup>161</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 1/1, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Dok. 13, S. 49.

<sup>162</sup> Bericht von Otto Pillau aus Krönau/Kreis Preußisch Holland. LAA, Ost.-Dok. 1/50, Bl. 305.

<sup>163</sup> E. G. LASS, S. 168.

<sup>164</sup> R. HELWIG, S. 354.

<sup>165</sup> LAA, Ost.-Dok. 1/50, Bl. 433-436.

<sup>166</sup> Aufzeichnung von Gottlieb Liedtke, dem Kreisausschussinspektor, in: *Der Heimatbrief ...*, Bd. 3(1995), S. 166; Bericht des Bürgermeisters Wilhelm Gassner, in: Ebenda, Bd. 3(1994), S. 41.

Stadtoberinspektor Fehr in den Westen gebracht, wobei er einen großen Teil des Weges zu Fuß zurücklegte. In Mülhausen wurden sämtliche Akten und Dokumente im Laufe des 22. Januar auf dem Marktplatz verbrannt.<sup>167</sup>

Bis zu dem Räumungsbefehl funktionierten noch viele Stadtämter, was zweifellos den Eindruck gewisser Normalität unter den Flüchtenden wecken musste. Die Angestellten des Gesundheits- und Landratsamtes taten noch am 22. Januar ihre Pflicht. Das Gleiche betraf das Postamt: „Ich ging zur Post und siehe da, die gute alte Post funktionierte noch. Während draußen das Chaos brandete [...], saßen die alten Angestellten auf ihren Plätzen.“<sup>168</sup> Dies war jedoch, was in der Heimatliteratur häufig als positiv beurteilt wird, im Grunde genommen eine unnötige Maßnahme, die das Leben dieser Menschen auf Spiel setzte.<sup>169</sup>

Der Fluchtbefehl kam für manche Gemeinden völlig überraschend. Das Rittergut Tippeln erhielt ihn erst um Mitternacht des 21. Januar. In Fürstenau und in Bunden wurde die Räumung überhaupt nicht angeordnet. Adolf Folger erinnerte sich: „Erst durch mehrfaches Telefonieren erfuhren wir, dass aus den anderen Ortschaften in unserer Umgebung schon alles geflüchtet ist. Ein Teil unserer Bevölkerung ist zu Hause geblieben, viele sahen keine Möglichkeit für ein Fortkommen...“<sup>170</sup> In Quittainen erfuhr Gräfin Dönhoff von der Räumung durch einen Zufall, als sie die Kreisleitung telefonisch um die Genehmigung einer Bahnfahrt nach Königsberg bat. Auf ihre Frage, wie die Flucht zu bewerkstelligen sei, antwortete man ihr: „Das ist uns ganz egal, zu Lande, zu Wasser oder durch die Luft...“<sup>171</sup> In Schmach bekam man am 20. Januar, an jenem Tag, der zum Aufbruch bestimmt war, den Befehl, nicht zu fliehen: „Dann kamen am 22. Januar plötzlich die Flüchtlinge, die in meinem Haus untergebracht sind, in die Wohnstube gestürzt und berichteten aufgeregt, dass die russischen Panzer bereits im Dorfe stehen...“<sup>172</sup> Wie Bürgermeister Grunwald berichtete, war eine ähnliche Situation auch in Hermsdorf passiert: „Am 23. Januar gegen 21.30 Uhr rückte der Russe mit schweren Panzern ein. Ich habe als Bürgermeister keinen Räumungsbefehl erhalten, die Bevölkerung wurde ohne vorherige Warnung von den Russen überrannt, sämtliche Bewohner waren zu Hause.“<sup>173</sup> Die Dorfgemeinde Neu Dollstädt bekam zwar den

<sup>167</sup> Erinnerungen von Gustav Groß, in: *Kreisbuch Preußisch Holland*, S. 389.

<sup>168</sup> M. GRÄFIN DÖNHOF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 28.

<sup>169</sup> Diese Handlung betraf auch die in der Industrie beschäftigten Arbeiter; einer Interviewpartner hatte infolge dieser Einstellung seinen Vater zu beklagen, der als Werftangestellter seinen Wohnort nicht verlassen durfte. Erst als der Zugverkehr zusammenbrach, durfte die Familie Richtung Osten fliehen. Sie wurde auch in Steegen durch sowjetische Panzer überrollt. 13MDP.

<sup>170</sup> E. G. LASS, S. 170.

<sup>171</sup> M. GRÄFIN DÖNHOF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 18.

<sup>172</sup> LAA, Ost.-Dok. 2/35, Bl. 164-166.

<sup>173</sup> E. G. LASS, S. 172.

Fluchtbefehl und der Treck konnte sich rechtzeitig in Bewegung setzen, doch wie es Eva Freitag beschrieb: „Die Bewohner unserer Nachbarorte Sorgenort und Augustwalde hatten noch keinen Räumungsbefehl und konnten somit nicht weg. Zwei Tage später waren die Russen da, und für die meisten gab es keine Möglichkeit mehr zu fliehen.“<sup>174</sup>

Auch in der Kreisstadt war eine planmäßige Räumung nicht möglich. Viele der Bewohner waren fest davon überzeugt, dass die Kreisleitung für sie sorgen wird, und ihnen die LKWs zur Verfügung stellt<sup>175</sup>: „Also, hieß es: alles zum Markt. Da werden LKWs kommen. Wir standen also auf dem Markt in bitterster Kälte. Es war eine Stimmung, nicht wiederzugeben. Dann läuteten noch die Glocken. [...] Kam natürlich kein Auto, nichts kam. Aber Gerüchte kamen. Wir sollen alle an die Ecke Rogehner Straße gehen, da sollen wir hin. Da sollen wir stehen und warten. Da haben wir auch gestanden und gewartet. Kam natürlich auch nichts. Dann wurde es... es war eiskalt, und dann mein jüngster Bruder sagte mal: Lasst uns nach Hause gehen, ins Bett. Da werden wir warm. Und was wir auch schließlich taten.“<sup>176</sup>

Diese Gerüchte waren keine bloße Vermutung oder Ausdruck der Hoffnungen der Einwohner, die noch an eine planmäßige Evakuierung wie im Sommer 1944 glaubten, sondern waren von der Kreisleitung vollkommen bewusst verbreitet worden: „In der Stadt wurde das Gerücht verbreitet, dass die Zivilbevölkerung mit Sonderzügen und Autos der Motorsportschule bis nach Tiegenhof (Westpreußen) abtransportiert wird, was aber Lug und Trug war. Auf das Gerücht hin, welches nur verbreitet worden war, um die Bevölkerung zu beruhigen, strömten Tausende zum Bahnhof und wer nicht kam, waren die Sonderzüge. Nach stundenlangem Warten gingen diese unglücklichen Menschen dann mit ihren wenigen Habseligkeiten wieder in ihre Wohnungen zurück [...]“<sup>177</sup> Ähnliches erlebte Else Teetzen, geb. Sczepanski aus Preußisch Holland, die sich mit ihren Eltern, Großmutter und ihrem Pflegekind am 20. Januar zum Bahnhof begab, um die Kreisstadt mit dem Zug zu verlassen: „Der Zug kam auch von Allenstein her, aber, es war nicht möglich, diesen zu besteigen. Die Menschen hingen wie Trauben auf demselben. Plötzlich sagte man uns, wir alle sollten nach Hause gehen, der

<sup>174</sup> EVA FREITAG: Der Fluchttreck von Neu Dollstädt in den Kreis Peine, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1992), S. 443.

<sup>175</sup> 7DP. In dem Interview wurde erwähnt, dass die Kreisleitung versprach, die alten und gehbehinderten Menschen mit den Wagen zu evakuieren.

<sup>176</sup> Interview mit Hanna Lassen. Auch Diakonisse Bertha Naew berichtete: „Es hieß, dass Omnibusse die Leute zu den in Danzig bereitstehenden Auffangzügen bringen würden“. Das Johanniter-Krankenhaus, bearb. von B. Hinz, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1996), S. 301.

<sup>177</sup> Aufzeichnung von Gottlieb Liedtke, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 166.

Führer hätte gesprochen, die Lage hätte sich gebessert. Im Glauben dessen, marschierten wir alle wieder nach Hause.“<sup>178</sup>

Die Bahn bot allerdings die beste und schnellste Möglichkeit, aus Ostpreußen fortzukommen. Der letzte Zug verließ die Stadt am 22. Januar. Man fuhr Richtung Guldenbogen und Elbing, dann Marienburg und Dirschau, wo man die Weichselbrücke überqueren sollte. Nachher wurde sie gesprengt, was die Flucht wesentlich erschwerte.<sup>179</sup> Von Dirschau aus fuhren die Züge entweder nach Karthus oder nach Danzig/Gotenhafen und weiter Richtung Pommern.

Die Flucht mit der Bahn erwies sich in vielen Fällen jedoch als kompliziert: Erstens konnten die Züge nur langsam fahren – die Fahrt nach Elbing (22 km) dauerte häufig die ganze Nacht; zweitens waren es meisten offene Viehwaggons, was besonders für Kinder und Säuglinge lebensbedrohlich war; drittens waren die Zugfahrer gezwungen, nachts keine Scheinwerfer zu verwenden, um die sowjetischen Fliegerangriffe zu vermeiden. In dem letzten Fall waren die Zugtransporte von einem Zusammenstoß bedroht. Solch ein Unglück passierte auch in der Nähe von Bahnhof Grünhagen/Kr. Preußisch Holland. Ein Flüchtlingszug, der sich von Osterode Richtung Elbing näherte, fuhr auf einen stehenden Lazarettzug auf. Die Flüchtlingen, die sich zum Bahnhof Grünhagen begaben und dort auf den versprochenen Entlastungszug aus Elbing warteten, wurden bei Tagesanbruch am Dienstag, dem 23. Januar 1945 von russischen Panzern überrascht: „Ich zählte 5 Panzer, zwischen den Panzern fuhren kleine Kettenfahrzeuge voll mit Soldaten besetzt. Die verhielten sich noch ruhig, da die zwischen Flüchtlingen stehenden deutschen Soldaten selbst keine Anstalten machten zu fliehen. Die Soldaten der Kettenfahrzeuge stiegen ab und liefen über die Felder auf den verlassenen 1. Flüchtlingszug zu, der etwa 200 bis 300 m abseits von der Menschenmenge stand. Und dann sah es jeder, dass es Russen sind. Eine Panik brach aus, alles lief durcheinander. Die Frauen schrieten nach ihren Kindern und die Kinder schrieten nach ihren Müttern. Viele strebten nun dem Walde zu, der einige hundert Meter entfernt lag. Auch ich lief und stolperte durch den hohen Schnee über Felder und durch die Roßgartenumzäunungen dem Walde zu.“; „Die Menschen stürzten panikartig in einen neben dem Bahnstieg gelegenen Graben und sangen: ‘So nimm denn meine Hände’. Dann fielen die nächsten Schüsse.“<sup>180</sup> Die

---

<sup>178</sup> Ebenda, 45.

<sup>179</sup> Irmgard von Minnigerode aus Angnitten/Kr. Preußisch Holland musste mit ihrem Ehemann 2 Tage und 2 Nächte an der Weichsel warten, bis eine Pontonbrücke zusammengeschoben wurde. Kreisbuch Preußisch Holland, S. 439. Das Gleiche erlebte Familie Liedtke aus Neumark. Vgl. FRIEDRICH F. LIEDTKE: Kindheitserinnerungen, in: *Der Heimatbrief...*, Nr. 17, 2000/2001, S. 95.

<sup>180</sup> Das Zugunglück von Grünhagen ist hervorragend von Heinz Timmreck nachgeforscht worden. Vgl. [www.heinz-timmreck.de/flucht\\_und\\_vertreibung.htm](http://www.heinz-timmreck.de/flucht_und_vertreibung.htm), oder umfangreiche Auszüge des Aufsatzes in: *Heimatbrief...*, Nr. 19, 2002/2003, S. 75-80.

Überlebenden, meistens waren es Kinder, blieben zum größten Teil in Grünhagen. Bolesław Romanowski, der im Juli 1945 nach Grünhagen gekommen und als Referent in der Dorfgemeinde tätig war, entdeckte die Kinder zu seinem Erstaunen im Schausaal: „Als wir das Gemeindehaus eröffneten, haben wir sie gefunden... Dort befanden sich die Kinder und Verwundeten aus diesem Zug... Sie hatten da Pritschen zum Schlafen gehabt und Schwester Emilia Kaminski hat sich um sie gekümmert. [...] Einige der Kinder blieben auch in Polen. Es passierte, dass zwei Brüder in Deutschland leben und der dritte der Geschwister blieb hier ... Der wohnt auf Polnastraße. Er kommt manchmal zu mir, ich solle Briefe nach Deutschland schreiben. Können Sie sich es vorstellen? Dass er seine Muttersprache nicht kennt?“<sup>181</sup>

Außer der Zivilbevölkerung befanden sich in Preußisch Holland die verwundeten Soldaten, die man in mehreren Lazaretten in der Stadt untergebracht hat. Die Volksschule auf der Poststraße (Adolf-Hitler-Schule), die Oberschule auf dem Sankt-Georg-Weg, sowie die Turn- und Vortragshalle wurden in Lazarette umgestaltet. Die Soldaten sollten nun um jeden Preis evakuiert werden, was in vielen Fällen, wegen des Mangels an Transportmitteln und Treibstoff, nicht mehr möglich war: „An der Turn- und Vortragshalle, die als Lazarett gedient hatte, waren die verwundeten Soldaten auf Tragen am Straßenrand abgesetzt und warteten darauf, mitgenommen zu werden. Ein trauriger Augenblick, man konnte nicht helfen.“<sup>182</sup> Einer von diesen Soldaten war Rudi Fabrewitz. Er wurde erst mal in seinem ehemaligen Klassenzimmer im Lazarett in der Sankt-Georg-Schule untergebracht: „Ich selbst kam mit dem letzten Schub aus dem Lazarett raus. Auf einem LKW geladen, kam runter, wo die Elbingerstraße, wo der Sportplatz ist. Da hat man uns erst rausgeladen, weil keine LKWs weiter gingen, weil es verstopft war. Aber schließlich... ich war ja halb zugeschnitten, ich kam ja doch noch raus. Wir sind die ganze Nacht gefahren. Weiß ich nicht genau, ich war ohnmächtig. Am nächsten Tag, glaube ich, am 24. waren wir in Danzig. Da kamen wir ins Notlazarett und sollten dann mit der Gustloff, wie alle Verwundete und Kinder mit rauskommen.“<sup>183</sup>

Auf demselben Militärtransport war auch der Kreisausschussinspektor Liedtke und die Familie des schwerkriegsbeschädigten Gustav Marquardt: „Bei starkem Schneefall verließ ich mit meiner Frau und Tochter Renate am Montag, dem 22. Januar 1945 um 17 Uhr mit wenig Gepäck, welches auf den Handwagen und Schlitten geladen wurde, unser uns so lieb gewordenes Heim und ging bis zum Amtskrug. Es war der schwerste Gang, den wir bis dahin

<sup>181</sup> Interview mit Bolesław Romanowski.

<sup>182</sup> ELSE TEETZEN: Flucht aus Preußisch Holland, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1994), S. 46.

<sup>183</sup> Interview mit Rudi Fabrewitz.

getan hatten, denn es war nicht leicht, die Wohnung mit dem ganzen Hab und Gut zu verlassen. [...] Wir zogen eine Flucht in Richtung Elbing vor und warteten auf eine Fahrgelegenheit. Diese bot sich um 23 Uhr mit einem Militärauto, welches aus der Turn- und Vortragshalle noch Verwundete mitnahm. Die Fahrt nach Elbing ging bei starkem Schneefall und Glätte, da die Straße auch noch von Militär und Flüchtlingstrecks überfüllt war, nur sehr langsam vorwärts. Nach 7-stündiger Fahrt – die Entfernung von Preußisch Holland bis Elbing beträgt 23 Kilometer – also um 6 Uhr des 23. Januar war Elbing erreicht. Die Verwundeten wurden dem Lazarett übergeben.<sup>184</sup> Nicht alle Verwundeten hatten jedoch das Glück. Man stellte es häufig den Insassen des Lazaretts frei, sich aus eigener Kraft zu retten. Das Schicksal derjenigen, die es nicht schafften, war besiegelt. Von dem Los seiner in der Sankt-Georg-Schule zurück gelassenen Kameraden erfuhr Herr Fabrewitz von einer in Danzig getroffenen Krankenschwester: „Als dann Russen ins Lazarett kamen, wurden viele erschossen oder durch die Fenster geworfen...“ Ein ähnliches Schicksal erlitten die Verwundeten aus der Volksschule. Alle Soldaten wurden auf brutale Weise getötet und die Schule wurde später in Brand gesetzt.<sup>185</sup> Nach vielen Erlebnisberichten gingen die Russen rücksichtslos mit deutschen Soldaten um: „Bei uns am Sportplatz lagen ungefähr 10 Soldaten, erschlagen. [...] Und die haben die Russen alle erschlagen. Ein Offizier lag da unten, sie sind mit dem Panzer rübergefahren, da war der ganze Kopf kaputt.“<sup>186</sup>

Bis zum Räumungsbefehl musste man auch mit der Evakuierung des städtischen Krankenhauses warten. Die versprochenen Transportmittel wurden allerdings den Patienten und dem Krankenhauspersonal nicht zur Verfügung gestellt: „Am späten Abend dieses unvergesslichen Sonntags lagen alle Schwerkranken auf Tragbahnen auf dem unteren Korridor, ihrem Transport entgegensehend. Aber keine Retter erschienen. In dieser gefahrvollen Situation erfuhren wir Trost durch das Wort eines Angerapper Pfarrers, der plötzlich bei uns auftauchte. [...] Am Montag, dem 22. Januar war die Stadt zur Hälfte geräumt. Die Parole lautete: ‘Rette sich, wer kann!’. [...] Nach vielen vergeblichen Bemühungen war mir für die Nacht vom 22. zum 23. Januar von den Bahndirektoren ein Waggon in einem Lazarettzug<sup>187</sup> zum Abtransport der 30 Schwerkranken in Aussicht gestellt worden. Wir sollen die Kranken zum Bahnhof schaffen, und der Lazarettzug würde sie dann aufnehmen, wenn er durch Preußisch Holland führe. In großer Mühsal und mit Hilfe einiger

<sup>184</sup> Aufzeichnung von Gottlieb Liedtke, in: *Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 167-168.

<sup>185</sup> Interview mit Günther Rustau; 2WDP.

<sup>186</sup> Interview mit Günther Rustau.

<sup>187</sup> Es ist nicht auszuschließen, dass hier der oben erwähnte Lazarettzug, der auf dem Grünhagener Bahnhof mit dem Flüchtlingzug aus dem Raum Osterode zusammenstieß, gemeint war.

Volkssturmmänner schafften wir die auf Tragbahren liegenden Kranken in Kälte, Dunkelheit und Schneegestöber zum Bahnhof. Banges Warten – endlich gegen 2 Uhr morgens sahen wir den Zug langsam herankommen – aber zu unserem Entsetzen hielt er nicht an, nur im Vorbeifahren rief uns ein Beamter zu, sie könnten niemanden aufnehmen, der Zug wäre überfüllt. Jetzt wussten wir, dass es für uns kein Entrinnen mehr gab. Es dauerte nicht lange, so rollten Panzer heran, und der Bahnhof wurde gestürmt.“<sup>188</sup>

Die meisten Bewohner des Kreises brachen jedoch zu Fuß mit Wagen, kleinen Handwagen oder Schlitten auf. Aus den Dörfern wurden meistens geschlossene Trecks aufgestellt. Als Fluchtrichtung war Elbing-Tiegenhof-Danzig angegeben und die meistens Trecks, mit Ausnahme einiger östlicher und nördlicher Gemeinden, wählten diesen Weg. In mehreren Gemeinden blieben einzelne Personen, um das verlassene Vieh zu versorgen.

Die erste Fluchtmöglichkeit Richtung Elbing wählte Hilde Strauß, geb. Lebert mit ihrer Mutter. Der Vater der Familie brach früh mit einer „Bauernfrau vom Stadtrand“ auf, die über ein Fuhrwerk verfügte, auf den auch die Sachen der Familie Lebert geladen werden konnten.

Die Trennung der Familien muss als ein besonderes Merkmal hervorgehoben werden, das zwar häufig aus unterschiedlichen, von den Flüchtenden unabhängigen Gründen geschah, die allerdings die Tragödie dieser Menschen noch schmerzhafter machte. Die ersten Monate nach der Flucht und nach dem Ankommen im Westen waren häufig durch die Suche nach verschollenen Familienangehörigen gekennzeichnet.<sup>189</sup> Auch die Großeltern von Frau Strauß flüchteten alleine. Sie traf unterwegs zufällig ihren Opa Jagusch: „Als es Zeit war ein Nachtquartier zu suchen, sagte Opa: ‘Ich muss weiter. Oma ist krank und liegt bei einem Bauern auf dem Wagen.’“<sup>190</sup> Zwei der Interviewten entschieden sich bewusst, alleine

<sup>188</sup> Das Johanniter-Krankenhaus in Preußisch Holland, bearb. von B. Hinz, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1996), S. 301-303.

<sup>189</sup> Hierzu ein Beispiel: „Im Mai 1946 kam die erste Post nach Schmauch. [...] So kam das halbe Dorf im Juli 1946 zusammen, als es hieß, der frühere Lehrer, Herr Heß, hätte an Tante Grete geschrieben. Und was stand unter anderem darin? Mein Mann lebt! Und seine beiden Brüder auch! Nach eineinhalb Jahren der Ungewissheit diese freudige Nachricht! Fortan waren meine Gedanken nach dem Westen gerichtet. Nun ertrugen wir auch manche Erschwernisse leichter.“ Kreisbuch Preußisch Holland..., S. 415. Frau Mielke aus Mülhausen, die von anderen Familienmitgliedern getrennt wurde, sehnte sich in ihrem Tagebuch 16 Mal nach ihrer Tochter Anne Marie und 7 Mal nach ihrem Schwiegersohn, Karl. Kopie des Tagebuches im Besitz des Verfassers.

<sup>190</sup> Das weitere Schicksal von Herrn Jagusch ist besonders traurig. Er hat zwar seine Frau gefunden und sie ins Krankenhaus in Kollberg gebracht: „Da er bei ihr blieb, wurden beide von den Polen festgehalten. Opa war schon lange Rentner, musste sich nun aber sein Brot wieder selbst verdienen. Oma starb am 11. November 1949. [...] Mutter stellte sofort Antrag, dass Opa zu meinen Eltern ausreisen dürfte. Aber erst sieben Jahre später hatte sie Erfolg. Im Januar 1956 durfte er 85jährig Polen verlassen. Die letzten beiden Monate hatte er Rente erhalten. Das Tollste aber war: Als er bei meinen Eltern wohnte und seine Rente beantragte, wurde ihm von



Richtung Westen zu flüchten.<sup>191</sup> Die Gründe dafür waren, wie erwähnt, unterschiedlicher Art. In vielen Fällen war es die Volkssturmpflichtigkeit der Männer, deren Familien entweder sich alleine auf den Weg machten, oder geduldig warten mussten, bis es am Ende meistens schon zu spät war. Viele der Männer, die mit den Familien flüchteten, wurden auf dem Weg von der Feldgendarmerie erwischt und mussten kehrt machen<sup>192</sup>: „Plötzlich hielt uns ein Offizier an, der in der Mitte der Straße stand: wie ein Fels mitten im Fluss, und nach flüchtenden Soldaten Ausschau hielt. Er hatte trotz der Dunkelheit erkannt, dass mein Begleiter Uniform trug. ‘Was, Urlaub? Das gibt’s nicht mehr.’ Auch meine Bemühungen, ihn zu überreden, waren völlig vergebens. Der Soldat musste absteigen, verschwand im Dunkeln, und ich stand plötzlich da mit einem Handpferd, das sich wie ein Kalb, das zum Schlachten geführt werden soll, ziehen ließ.“<sup>193</sup> Das Gleiche passierte auch den beiden Polizeibeamten aus Preußisch Holland, Polizeimeister Weiß und Polizeileutnant Thies. Gerhard Thies erwähnte, dass sein Vater erst in Danzig von seiner Familie getrennt wurde und nach Elbing gelangte, wo er in Straßenkämpfen ums Leben kam.<sup>194</sup>

In manchen Fällen geschah es aus Pflichtgefühl. Zu jenem Zeitpunkt waren Frauen im Kreis Preußisch Holland und generell in Ostpreußen in der Überzahl. Die meistens kinderreichen Frauen, die häufig auch noch die Verantwortung für Eltern oder Schwiegereltern übernahmen, mussten die schwere Bürde der Flucht alleine tragen. Bekannt ist der Fall des Mühlenbesitzers Marquardt, der, laut dem Bericht des Bürgermeisters Gassner, die bei ihm einquartierten Flüchtlinge nach Danzig brachte und nach Preußisch Holland zurück musste, um seine Familienangehörigen abzuholen.<sup>195</sup> Gerhard Thies erwähnte seinen Onkel, der im erstem Weltkrieg schwer verletzt wurde, gehbehindert war und daher in Zweiten Weltkrieg nicht Soldat wurde: „Er war bei der Kreisverwaltung in Preußisch Holland beschäftigt und wurde dann verpflichtet, den Flüchtlingsstrom an der Kreuzung der Crossenerstraße zu leiten und zu ordnen. Er hat seine Sache so ernst genommen, dass er seine Familie vernachlässigte, so kann

---

Bürgermeister in Wollbach, Kr. Lörrach, gesagt, ihm stünde keine Rente zu, aber er könnte reihum jeden Tag bei einem anderen Bauern essen.“ H. H. STRAUß, S. 12.

<sup>191</sup> Interview mit Herrn Moysich und Hildegard Kruppa. Die beiden Personen waren trotz ihres Alters (17 und 22) relativ selbstständig. In dem Fall von Frau Kruppa schien auch ihre verhältnismäßige schwache Verwurzelung in der Heimat eine bestimmende Rolle zu spielen. Sie hatte als einzige aller Interviewpartner zugegeben, in der Bundesrepublik eine Heimat gefunden zu haben.

<sup>192</sup> Herr Moysich, der im Januar 1945 17 Jahre alt war, hätte dies vermeiden können. Er ist jedoch nach der gelungenen Flucht nach Westdeutschland noch vor dem Ende des Krieges eingezogen worden.

<sup>193</sup> M. GRÄFIN DÖNHOF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 30.

<sup>194</sup> Interview mit Gerhard Thies.

<sup>195</sup> WILHELM GASSNER: Die Stadtverwaltung von Preußisch Holland 1942-1945, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1994), S. 42. Ähnliches wurde über Hans Eichenberg berichtet, der seine Frau „mit dem Gepäck der 4 Tilsiter Damen nach Tiegenhof brachte, wo er gleich wieder kehrt machte, um noch aus Holland Frauen herauszuholen. Er gelangte nach 11 Stunden Fahrt ohne Brennstoff bis Gildenbogen und kam nicht mal zu Fuß nach Holland rein.“ Brief von Familie Eichenberg an Familie Baasner von 9. April 1945. Kopie des Briefes im Besitz des Verfassers.

man sagen, der ist mit seiner Familie spät auf die Flucht gegangen. Sie sind nicht weit gekommen, sie sind Richtung Mühlhausen gegangen. Und sind in der Höhe der Abzweigung nach Robbitten von den Russen eingeholt worden. Mein Onkel wollte über das Feld fliehen. Wurde erschossen.“<sup>196</sup> Von ähnlichen Situationen berichtete im Fernsehinterview Bruno Behrendt aus Schlobitten/Kr. Preußisch Holland: „Da war es später so stark verstopft, da ging es einfach nicht weiter und dann schossen... das war... Kampflinie war einfach da. Und es ging nicht mal weiter und mein Vater schickte mich weg mit meiner Schwester. blieb stehen mit meiner Mutter. Und meine Mutter sagte: Ich bleibe bei Papa. Und warum er nicht mitkam, es ist mir heute... kein Rätsel, aber nach heutigen Bedenken völlig unverständlich. Er fühlte sich dem Treck verpflichtet, also den Frauen und den Kindern, die wollte er nicht alleine lassen, obwohl er gar nichts mehr tun konnte. Aber er war so moralisch, dass er sagte, ich kann die einfach nicht alleine lassen und weglaufen. Und genau wie der Hoffmeister Hess auch die Gutsekretärin blieben alle beim Treck zusammen. Nur meine Schwester... mein Vater gab mir noch einen Klaps, als ich weg lief. Ich sehe heute noch meinen Vater und meine Mutter da stehen und wir liefen unter dem Beschuss weg.“<sup>197</sup>

Eine andere Ursache der Trennung der Familien war die Notwendigkeit, kranke und ältere Angehörige, die es nicht geschafft hätten, zu Fuß zu flüchten, den Bekannten, die über ein Fuhrwerk oder einen Wagen verfügten, anzuvertrauen.<sup>198</sup> Eine Fahrgelegenheit boten auch vorbeifahrende Militärfahrzeuge.<sup>199</sup> Einige Familienmitglieder wollten ihr Heim nicht verlassen, meistens alte Menschen, die zu stark in der Heimat verwurzelt waren oder richtig befürchteten, dass sie die Strapazen der Flucht nicht überstehen würden. Solche bewusste Entscheidung, in der Heimat zu bleiben und sich auf das Unaufhaltsame einzustellen, traf die Schwiegertochter des Kanzlers Bismarck, die zur damaligen Zeit auf dem Familiengut in Varzin lebte. Marion Dönhoff, die sich für zwei Tage auf ihrem Hof aufhielt, zeichnete das symbolische Ende der Welt der preußischen Aristokratie, das sich im Schicksal der alten Gräfin Bismarck widerspiegelte, mit großer Wehmut und Trauer: „Sie [Gräfin von Bismarck] wollte in Varzin bleiben und sich bis zum letzten Moment an der Heimat freuen. Und das tat sie mit großer Grandezza. In ihrer Umgebung war alles wie immer. Der alte Diener, der auch nicht weg wollte, servierte bei Tisch. Es gab einen herrlichen Rotwein nach dem anderen – Jahrgänge, von denen man sonst nur in Ehrfurcht träumt. Mit keinem Wort wurde das, was

<sup>196</sup> Interview mit Gerhard Thies.

<sup>197</sup> Interview mit Bruno Behrendt.

<sup>198</sup> Interview mit Hanna Lassen. Frau Lassen erwähnte, dass ihre Tante, die eigentlich die Ankurbelkraft der Flucht gewesen ist, sich bemühte, die kurz aus dem Krankenhaus entlassene Mutter von Hanna Lassen den Nachbarn anzuvertrauen. Wegen deren Absage gingen die beiden Schwestern mit den Kindern auf die Flucht zusammen.

<sup>199</sup> ELSE TEETZEN: Flucht aus Preußisch Holland, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1994), S. 46.

draußen geschah und noch bevorstand, erwähnt. Sie erzählte lebhaft und nuanciert von alten Zeiten, von ihrem Schwiegervater, vom kaiserlichen Hof und von der Zeit, da ihr Mann, Bill von Bismarck, Oberpräsident von Ostpreußen gewesen ist.<sup>200</sup>

Die Entscheidung gegen die Flucht trafen auch manche, denen der Krieg ihre Liebsten wegnahm: „Meine braven Bürgermeisters [...] haben ihren Wagen wieder ausgespannt. Für sie ist die Flucht sinnlos. [...] Ihr höchstes Glück haben sie verloren, ihr Sohn ist vor den Russen gefallen. Wohin sollen sie?“<sup>201</sup> In ähnlicher Situation befanden sich viele Ostpreußen. Marion Dönhoff schilderte in ihren Erinnerungen Frau Durittke: „Sie und ihr Mann hatten ihr ganzes Leben lang immer nur gearbeitet, damit die Kinder es einmal besser haben sollten. [...] Jetzt, vier Monate später, sah ich Frau Durittke vor mir sitzen: Ihr Mann war zwei Tage vorher mit dem Volkssturm abmarschiert, die beiden Jungen waren gefallen. Warum sollte sie noch flüchten? Und wohin eigentlich? Ja wozu, fragte auch ich mich.“<sup>202</sup>

Viele der Alten und Kranken überlebten diese kalten Wintertage nicht. Kälte und Ruhr waren die häufigsten Todesursachen der Flüchtlinge. Es bestand keine Möglichkeit, die Toten zu bestatten. Sie wurden einfach in den Schnee gelegt oder, wenn es wärmer wurde, verscharrt: „Ja, das hat geprägt, dieses eine Jahr da unter den Russen, und, und das Ganze. Es geht einem nicht aus dem Kopf. Ne, diese Oma und dieser Opa, sie so in die Erde einbuddeln und weggehen, das war schrecklich. War ganz schrecklich. Vielleicht, wenn man jünger gewesen wäre, hätte man vielleicht nicht so... aber ich hab’ das alles bewusst mitgekriegt.“<sup>203</sup> Kinder fielen auch oft der Kälte zum Opfer: „In der ersten Nacht erfroren einem Ehepaar drei Kinder. Sie hatte sie auf einem Wagen in Federbetten und Schaffelle eingepackt. Die Frau ging noch hinaus, um nach ihnen zu sehen, und sagte: ‘Die schlafen ganz friedlich’. Am anderen Morgen waren sie tot.“<sup>204</sup>

Die Flucht der Dorfbewohner war etwas anders als die aus der Kreisstadt. Die Dorfeinwohner flüchteten größtenteils gemeinsam und bildeten einen Treck. Die Treckführer waren vorwiegend die Gutsverwalter oder Männer (ausnahmsweise Frauen), die irgendeine Funktion in der Gutsverwaltung hatten. Diese Wagenkolonnen kamen in manchen Fällen geschlossen im Westen an. Diese gemeinschaftliche disziplinierte Flucht hatte ohne Zweifel ihre Ursache in dem Pflichtgefühl und dem sozialen Verantwortungsbewusstsein der Treckführer.

<sup>200</sup> M. GRÄFIN DÖHNHOFF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 36.

<sup>201</sup> Erinnerungen der Bundener Lehrerin, Edith Hoffmann, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 197.

<sup>202</sup> M. GRÄFIN DÖHNHOFF: Namen, die keiner mehr nennt, S. 19.

<sup>203</sup> Interview mit Elli Eggerstedt. Frau Eggerstedt war damals 14.

<sup>204</sup> H. H. STRAUß, S. 12.

Der Treck vom Gut Wiese mit den Vorwerken Bardeleben, Bodeck und Abbau Reichenbach war am 22. Januar um 4 Uhr morgens mit 24 Wagen und 60 Pferden und 236 Personen abgerückt. Freiwillig blieb nur die alte Witwe Jastrzebski in Abbau Reichenbach zurück. Außerdem wurden alle im wehrpflichtigen Alter stehenden Männer zum Volkssturm kommandiert und mussten zurückbleiben, sodass die Wagen von alten Männern, jungen Burschen und Kriegsgefangenen gefahren werden mussten. Treckführer war der Gutsverwalter Adolf Schacht.<sup>205</sup>

Auch in Bunden wurde ein Treck aufgestellt. Den Aufbruch der Flüchtlingen beschrieb die Bundener Lehrerin Edith Hoffmann gefühlvoll: „Da stehe ich an der Schultür. Ich schaue von dem kleinen Berg hinab. Folgers haben ihren Treck zusammengestellt. Langsam schreiten Bauern<sup>206</sup> und Kinder daher, nehmen Abschied von dem Besitz, der ihr ein und alles war, für den schon ihre Väter lebten und starben, der sie ernährt hat und ihr Leben ausfüllte. Die Köpfe waren gesenkt, als schämten sie sich ihrer Flucht, der Flucht vor dem Grauen, dem Untergang, oder? Wer weiß? Ihnen folgten die Gespanne voll beladen. Sieht es nicht aus wie ein Leichenzug?“<sup>207</sup>

Ähnliches betraf das nahegelegene Gut Dosnitten mit dem Vorwerk Reichbarten, das im Besitz von Walter Franckenstein war. Alle bei ihm angestellten Dorfbewohner führen unter der Führung von Frau Franckenstein (ihr Mann war volkssturmpflichtig) am 22. Januar ab. Dem Treck sollte sich die gesamte Gemeinde in Reichenbach anschließen, jedoch als der Dosnitter Treck ankam, war der Ort schon menschenleer. Kurz vor Dirschau wurden allerdings zwei Wagen (darunter auch ein Coupé von Frau Franckenstein) von der Flüchtlingskolonne getrennt; seitdem verlief die Flucht der Dosnitter in Teiltrecks.<sup>208</sup>

Auch der Treck aus Nahmgeist (Gutsbesitz der Familie von Perbandt) teilte sich unterwegs. Dieser Treck umfasste ca. 145 Personen (darunter 4 belgische Kriegsgefangene) auf 16 Wagen; die von Kurt Blank geführten Flüchtlinge aus dem Kreis Angerapp schlossen sich diesem Treck an. Die Gutsrendantin Sigrid von Perbandt erinnerte sich an die Flucht wie folgt: „Ich fuhr allein im Einspanner mit der Fuchsstute Martha um den Treck herum, um zu sehen, ob auch keine Lücken entstanden. Und als wir von der Niederungsstraße auf die Hauptstraße wollten – kurz vor der Nogat – war diese von zurückflutenden Wehrmachtsfahrzeugen verstopft. Und da habe ich immer mit der Martha geredet: ‘Pass auf’, habe ich gesagt ‘pass bloß auf. Wir müssen dazwischen kommen.’ Und die Martha spitzte die

<sup>205</sup> LAA, Ost-Dok., 1/49, Bl. 615-617.

<sup>206</sup> Dieser Auszug erinnert an „Das Ostpreußenlied“: „Starke Bauern schreiten hinter Pferd und Pflug...“

<sup>207</sup> Erinnerungen von Edith Hoffmann in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 196.

<sup>208</sup> Fluchtbericht von Renate-Marie Woelki, geb. Franckenstein im Besitz des Verfassers.

Ohren, als ob sie mich verstanden hätte. Und plötzlich machte sie einen Satz, riss den Korbwagen hoch und fegte zwischen zwei Wehrmachtsfahrzeugen in gestrecktem Galopp über die Nogat. Hinter der Brücke stand ein ‘Kettenhund’ (Wehrmachtspolizei) mit einem Blechschild auf der Brust, der mich zur Seite winkte. Ich gehorchte und erklärte ihm atemlos, mein Pferd wäre durchgegangen und ich musste wieder zu meinem Treck. Und so habe ich es tatsächlich geschafft, dass die Wehrmachtkolonne gestoppt wurde und ich meinen Treck durchziehen konnte.“<sup>209</sup>

Für die Gemeinden, die den Räumungsbefehl zu spät erhalten hatten, kam nur noch eine Fluchtrichtung in Frage: gen Osten. Das Heilsberger Dreieck, wo im Februar und März starke Kämpfe stattfanden, bot den Flüchtlingen vorläufige Sicherheit und Rast, sowie die Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr nach Hause. So erging es auch dem Schlobitter Treck: „Und da war mein Vater einer ... wie soll ich das sagen, einer der mitverantwortlichsten Männer, die es überhaupt noch gab in der Ortschaft und der hat sich abgesprochen mit dem Gutsinspektor, Herrn Hess. [...] Er hatte scheinbar mehr Informationen. Und was machen wir jetzt? Und da war eine s.g. Gutssekretärin, das war schon mehr eine Rendante, wie man es früher sagte. [...] Und hat man so lange gewartet, gezögert, bis diejenige, die Befehle hätten geben können, nicht da waren und wir alle hängten auf den Strassen und dann war es zu spät. Da war der Russe südlich, südwestlich von uns durchgebrochen nach Elbing. [...] Und dann hörten wir ... das war nämlich eine frostklare Nacht. Ich kann mich ganz genau daran erinnern. Es waren die Panzerketten zu hören. Auf den frostklirrenden Strassen. Kilometerweit.“<sup>210</sup>

Nach ca. zweiwöchigem Aufenthalt in Packhausen, als der große Angriff aufs Heilsberger Dreieck bevorstand, mussten auch die Bewohner von Schlobitten und Spitzen weiterziehen Richtung Norden.<sup>211</sup> Es begann wohl der tragischste Abschnitt des Exodus – die Flucht über das gefrorene Frische Haff. Dieses Schicksal haben viele der ostpreußischen Bewohner, darunter diejenige aus dem Kessel Heilsberg, aus Bartenstein, Preußisch Eylau, Heiligenbeil, Braunsberg, Mehlsack und Guttstat erleiden müssen. Die Frische Nehrung war annäherungsweise verstopft, wie die Landwege. Aber auch jene Fluchtmöglichkeit wurde durch die Entscheidungen der Kriegsmarine temporär zunichte gemacht – damit die drei nahezu fertigen Torpedoboote<sup>212</sup> nicht in die sowjetischen Hände fielen, wurde eine Fahrerinne

<sup>209</sup> Briefe von Frau von Perbandt – Zur Erinnerung, bearb. von L. Słodownik, in: *Der Heimatbrief...*, Nr. 18, 2001/2002, S. 92.

<sup>210</sup> Interview mit Bruno Behrendt.

<sup>211</sup> Innerhalb des Aufenthalts in Packhausen wurden fast alle alten Männer in den Volkssturm eingezogen. Es handelte sich dabei um den im Kapitel 2 erwähnten Gegeneingriff Richtung Preußisch Holland und Elbing. Schlobitten wurden vorläufig freigekämpft, sodass Herr Behrendt noch kurz nach Hause kommen konnte.

<sup>212</sup> Es waren: T 37, T 38 und T 39. Die Marine hat zwar geplant, mit den Neubauten die Flüchtlinge mit heraus zu fahren. Als am 25. Januar abends viele Tausende von Flüchtlingen im Hafen von Elbing die drei

von Elbing bis Pillau freigebrochen. Die zweite Fahrrinne wurde von Pillau nach Rosenberg offengehalten, um die 4. Armee zu versorgen. Dieser Entschluss hat Hunderttausenden Flüchtlingen den Weg zumindest erschwert.<sup>213</sup>

Abgesehen von der falschen Entscheidung der Marine über das Abschleppen der drei Neubauten, war der Anteil von Soldaten aus der Wehrmacht und Kriegsmarine an der Flucht über das Haff beträchtlich. In vielen Flüchtlingsberichten wurden Soldaten und Gendarmerie erwähnt, die die Treckkolonnen über das Haff leiteten. Da besondere Maßregeln während der Flucht über das gefrorene Haff zu beachten waren, war die Leitung der Trecks von großer Bedeutung, insbesondere da von der Gauleitung keine Hilfe zu erwarten war. Die Treckwagen wurden in einer bzw. in zwei oder drei Reihen auf das Eis gelenkt. Zu schwere Wagen mussten abladen.<sup>214</sup> Man sollte auch genügend Abstände von 5 bis zu 50 Meter zwischen den Fuhrwerken einhalten, damit das Eis nicht bricht. Auch die Menschen mussten im abgemessenen Abstand hinterher gehen. Viele hatten mindestens am Anfang eine Handtasche mit dem Allernötigsten und Wichtigsten bei sich. Der Weg über das Haff (7 bis 12 km) dauerte mehrere Stunden; häufig mussten die Flüchtenden auf dem Eis übernachten.

August Poerschke, der erst am 2. Februar das brennende Schmauch/Kr. Preußisch Holland verlassen hatte, musste ebenfalls über Packhausen und Frisches Haff flüchten: „Es war am 10. Februar gegen 17 Uhr, als wir aufs Haff fuhren. Von Wagen zu Wagen sollte ein Abstand von ca. 5 Meter gehalten werden. Wir sind in drei Reihen mit einem Abstand von etwa 150 Meter gefahren. Die Fahrt übers Eis verlief nachts ganz gut. Erst als es Tag wurde, sah jeder, welche Gefahr die Granatlöcher im Eis hätten werden können. Gegen Mittag des 11. Februar wurden wir angehalten und sollten Verwundete mitnehmen. Da nur die Spitze des Trecks stockte und hinten die Wagen immer auffuhren, waren in kurzer Zeit 50 Fahrzeuge auf einer Stelle. Das Wasser, das zuvor schon auf dem Eis stand, stieg mehr und mehr. Das steigende Wasser und der Anblick der eingebrochenen Fahrzeuge [...] rief eine Panik unter den Menschen hervor, die durch das unsinnige Verhalten eines junges Feldwebels, der mit gezogener Pistole jeden an der Weiterfahrt behinderte, noch größer wurde. Als zwei alte Leute mit ihrem Wagen aus Angst einige Schritte vorfuhren, schoss der Feldwebel deren Pferd tot. Eine Welle der

---

Torpedoboote stürmten, sind viele dabei ertrunken, sodass sich die Marine gezwungen sah, die Torpedoboote abzuschleppen. Auf den drei Booten waren weit weniger als je 1000 Flüchtlinge an Bord.

<sup>213</sup> Für viele Trecker, die nachts fuhren und von der Rinne nichts wussten, endete die Flucht tragisch. Später wurden 8 Brücken über die Fahrrinne gebaut – fünf für die Flüchtlinge und drei für die Wehrmacht. E. G. LASS, S. 249.

<sup>214</sup> Die Wagen durften nicht mehr als 25 Zentner Ladung aufs Eis mitnehmen – Holzschilder mit solcher Warnung waren an mehreren Bäumen kurz vor der Auffahrt zum Haff angenagelt. Die Flüchtlinge beachteteten die Warnungen aber nicht. Um Eiseinbrüche zu vermeiden, kontrollierten Feldgendarmen die aufs Eis fahrenden Fuhrwerke.

Empörung ergoss sich über den Feldwebel, der durch zu genaues Befolgen seines erhaltenen Befehls Hunderte von Menschen in Gefahr brachte.“<sup>215</sup>

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen hielt das Eis das Gewicht der Fuhrwerke und Menschen an mehreren Stellen nicht aus: „Das Eis ist stellenweise mit Wasser bedeckt. Es wird mehr gehalten als gefahren, und oft hörten wir unheimliche Geräusche im Eis. Und Schreie. Es sind, wie wir es später erfuhren, in der Dunkelheit immer wieder Fuhrwerke in offene Stellen hineingefahren. Sie versanken mit Mann und Wagen.“ „Darüber [über die Eisschollen] taumeln kranke Pferde aus einem Pferdelaazarett. Während der halben Stunde, die ich um Mitternacht an der Fahrerin verbrachte, ertranken zwei Tiere. Ihre Todesschreie und das Klatschen des Wassers unter dem Schlagen ihrer Hufe lassen den Rest meiner Energie dahinschwinden. Ich habe nicht den Mut, mit schweren Koffern über die Schollen zu balancieren. Ich kehre um...“<sup>216</sup>

Den Mut hatten allerdings die Treckführer aus Schlobitten: „Ich weiß ja nicht, was dazu geführt hat, da war das Eis gerissen und gebrochen und dann mussten wir über diese großen Schollen, große Schollen, da mussten wir drüber. Mit den Pferden und den Wagen. Und das war, das war... wenn man in Not ist, da war also Disziplin und Energie gefordert. Und wir Jungs mit, alle im Abstand aufgestellt mit Peitschen und die Frauen am Gepäck, oder wer auch immer da oben saß. Und dann im Galopp, die Pferde mit den Peitschen geschlagen und immer im Galopp über diese Eisschollen drüber, die noch heil waren. Um das Leben zu retten, war ja logisch. Und da waren noch deutsche Soldaten und ein Feldwebel war da. Und der hat... manche hatten Angst, haben geschrien: Ich kann nicht weiter und so. Dann hat er eine Pistole gezogen und in die Luft geschossen. Wenn nicht, dann gibt's hier Feuer. Dann haben sie gehorcht. [...] Haben sich schreckliche Szenen abgespielt. Eine Frau ist mitten auf der Eisscholle im Galopp vom Wagen gesprungen, hat geschrien, hat die Nerven verloren, als Kutscherin. Musste man springen und weiter? Kinder da oben, alles auf dem Wagen. Kann man gar nicht mehr beschreiben.“<sup>217</sup>

Die Flüchtlinge waren allerdings nicht nur der Kälte und der Gefahr des Ertrinkens, sondern auch den sowjetischen Flugzeugen ausgesetzt. Ziel der Angriffe waren vor allem die Brücken, aber ebenfalls Menschen, die besonders bei klarem Wetter von den Fliegern gefährdet waren. Die Bombenlöcher, die nur mit dünnen Eis überdeckt wurden, wurden zu einer neuen Gefahr.

---

<sup>215</sup> LAA, Ost-Dok., 2/35, Bl. 164-166.

<sup>216</sup> E. G. LASS, S. 248, 257-258.

<sup>217</sup> Fernsehinterview mit Bruno Behrendt.

Nicht nur für Preußischholländer, sondern generell für Ostpreußen war charakteristisch, dass viele Flüchtende nach einem gescheitertem Fluchtversuch kehrt machten. Die Beweggründe waren unterschiedlicher Art; erstens waren die Wege dermaßen verstopft, dass das Fortkommen häufig nicht möglich war;<sup>218</sup> auch waren das Wetter, die herrschende Kälte und die glatten Straßen ein großes Hindernis;<sup>219</sup> in vielen Fällen war es auch eine falsche Einschätzung der Situation – man hoffte unter den Russen weiter ein gewöhnliches Leben führen zu dürfen – entscheidend;<sup>220</sup> nicht selten waren einige Straßen nur für den Militärverkehr frei und Flüchtlinge mussten entweder kehrt oder Halt machen;<sup>221</sup> in einigen Fällen hoffte man auf die Hilfe der Zwangsarbeiter.

Die Frage der Zwangsarbeiter ist einer der interessantesten Aspekte in dieser Zeitperiode. Viele von ihnen gingen, obwohl es überraschend vorkommen mag, gemeinsam mit den Deutschen auf die Flucht. Mobilisierend war häufig die Angst vor den Russen,<sup>222</sup> sowie das gute Verhältnis zu ihren deutschen „Arbeitgebern“, die sich häufig der Parteilinie z.B. zum gemeinsamen Verzehren der Mahlzeiten, sowie Beschäftigung in der Freizeit widersetzen.<sup>223</sup> Die Menschlichkeit der Deutschen den Zwangsarbeitern gegenüber zahlte sich tatsächlich während der Flucht häufig aus – in vielen Fällen hat das Zeugnis der Polen, Weißrussen oder Ukrainer das Leben der deutschen Flüchtlinge gerettet.<sup>224</sup>

Nach dem ersten gescheiterten Fluchtversuch und der ersten Begegnung mit den Russen flüchteten viele Bewohner des Kreises Preußisch Holland zum zweiten Mal. Diese Möglichkeit bot der Gegenangriff der 4. Armee in Richtung Preußisch Holland und Elbing.

<sup>218</sup> „Wir Lomper blieben zu Hause, denn die Chausseen waren verstopft von Militär und Flüchtlingen. Auch wir sagten uns, dass der Russe uns über kurz oder lang doch überrennt, und dann können wir doch schon zu Hause sterben; denn dass wir diesen Zusammenbruch überleben sollten, schien uns unmöglich! Dass ein Ausweg übers Haff und die Frische Nehrung noch mal möglich sein würde, konnte damals noch keiner wissen. Erinnerung von Anna Herhold, in: *Kreisbuch Preußisch Holland...*, S. 418.

<sup>219</sup> So war es z. B. in dem Fall der Familie Conrad aus Schmauch. Vgl. *Kreisbuch Preußisch Holland...*, S. 410. Die meisten Bewohner von Bordehnen blieben auch wegen des hohen Schnees zu Hause. Vgl. Geschehen des Untergangs von Bordehnen 1945, bearb. von E. Jamrowski, in: *Der Heimatbrief...*, Nr. 19, 2002/2003, S. 81.

<sup>220</sup> Bruno Behrendt berichtete in seinem Interview von Trecks, die erschöpft und verzweifelt nach Hause führen: „Russen sind auch Menschen, wir fahren lieber daheim, wir werden nur hier erfrieren. Unser Haus ist warm, hier erfrieren wir nur auf den Straßen.“ Auch der Quittainener Treck hat sich in Preußisch Holland aufgelöst – die Menschen kehrten in fester Überzeugung zurück, für die Russen Kühe melken und dreschen zu dürfen.

<sup>221</sup> Dies passierte dem Ebersbacher Treck. Beitrag zur Geschichte von Ebersbach, bearb. von K. Harnack, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1993), S. 623.

<sup>222</sup> Und dies geschah trotz Stalins Parole über die Befreiung „unserer Brüder und Schwester aus der faschistischen Sklaverei“. Über die Misshandlung polnischer Zwangsarbeiter unter den Russen breiter im Kap. 4.

<sup>223</sup> Das wurde auch häufig selbst von den polnischen Arbeitern betont. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Zwangsarbeiter ausschließlich gut behandelt wurden. Viele der Deutschen vergaßen nicht, dass die slawischen Arbeiter laut der deutschen Propaganda keine rassengerechten Menschen waren. Vgl. Wypędzeni ze wschodu. Wspomnienia Polaków i Niemców.

<sup>224</sup> Das erwähnte z. B. Dora Stramm aus Bunden: Bunden nach dem 21. Januar 1945, bearb. von F. Folger, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 192 und Gerhard Steffen aus Fürstenau. Vgl. Unsere Flucht aus Ostpreußen, in: Ebenda..., Nr. 19, 2002/2003, S. 88.



Die Bewohner der Dörfer wie Fürstenau, Schmauch, Hermsdorf, Deutschendorf und Bordehnen erhielten erneut die Chance Ostpreußen zu verlassen – sie mussten allerdings buchstäblich unter Beschuss fliehen: „Es war am 2. Februar, als ganz unverhofft eine Schießerei begann. In das Südende des Dorfes waren die Russen eingedrungen. Im Norden des Dorfes waren die Deutschen. Über meinen Hof, der in der Mitte des Dorfes lag, wechselten nun die deutschen und russischen Granaten hin und her. Niemand, der sich im meinem Haus in jener Nacht befand, glaubte, dass er jemals lebendig aus dem Höllenfeuer herauskommt. Als das Wohnhaus und später der Speicher des Nachbarn brannten [...], gab es nur eines: Fliehen! Mit August Jordan spannte ich zwei Pferde vor einen Bretterwagen. Die Frauen brachten, was sie zum fassen bekamen. Ich musste auf dem Wagen die Funken ausdrücken, damit nicht noch das Stroh auf dem Wagen zu brennen anfing. [...] Unsere Soldaten rieten uns zur Eile, da bereits die Straße nach Göttchendorf, die wir fahren mussten, unter feindlichem Beschuss lag. Wir kamen glücklich durch.“<sup>225</sup>

Unterwegs passierte allerdings häufig das, was die ganze Anstrengungen und Opfer der Flucht zunichte machte – die Überrennung durch die Sowjetarmee. Viele Trecks und Flüchtlinge wurden noch in Ostpreußen von der Front überrollt, oft im Raum Danzig, Westpreußen oder in Pommern – meistens im Kreis Stolp.<sup>226</sup> Das Vorgehen der Sowjets den deutschen Flüchtlingen gegenüber glich einem Muster: Alle Männer (mit Ausnahme der Greise) wurden von den Trecks getrennt und festgenommen.<sup>227</sup> In vielen Fällen starben sie in Massenerschießungen, wie in Rogehnen/Kr. Preußisch Holland, wo auf dem gefrorenen Schulteich 35 männliche Leichen gefunden wurden.<sup>228</sup> Nach einer anderen Quelle soll man in

<sup>225</sup> LAA, Ost-Dok., 2/35, Bl. 164-166.

<sup>226</sup> Ebenda, Bl. 1-6.

<sup>227</sup> Dies war der Fall vom Schlobitter Treck. Fernsehinterview mit Bruno Behrendt. *Dokumentation der Vertreibung...*, Bd. I/1, Bonn 1955, S. 62-64. Von dieser Regel hat es allerdings einige Ausnahmen gegeben; ein Angehöriger des Bataillonstabes des Reichenbacher Volkssturm-Bataillons berichtete: „Als letzte fuhren wir mit unserem Schlitten nach Schlobitten, um Nachtquartier zu beziehen. Posten waren keine aufgestellt und wir gingen schlafen. Gegen 9 Uhr abends, ich schlief schon, plötzlich ein MG-Feuer, Handgranaten und Panzerschüsse! Wir vom Stab raus, es hieß: Rette sich, wer kann! – über Zaun und Strauch in den nahgelegenen Wald. [...] Als wir dann doch endlich Halt machten, zählte ich 10 Mann. [...] [Wir] irrten nun ohne jegliche Orientierung die ganze Nacht im Wald herum und wussten nicht mehr, wo wir waren. Am Morgen sahen wir am Waldrand ein Dorf, schlichen uns im Walde an die Straße, um festzustellen, was für Kraftwagen da hin- und herfahren. Gehlhar und Böhm wagten sich zu weit vor, wurden entdeckt, es waren Russen, und gefangen genommen. Wir waren 5 Mann, irrten weiter rum und hatten am Nachmittag beschlossen, auch in Gefangenschaft zu gehen. Wir gingen also frech auf die Straße, es kamen Autos hin und her, aber keiner kümmerte sich um uns. So kamen wir in das Dorf Karwitten, es wimmelte voller Russen, aber ungehindert gingen wir weiter bis Koppeln, wo wir über Nacht blieben. Am nächsten Tag ging es weiter bis Buchwalde und am folgenden bis nach Reichenbach. *Kreisbuch Preußisch Holland...*, S. 117. Ein ähnlicher Bericht befindet sich auch: LAA, Ost.-Dok. 1/50, Bl. 469-470.

<sup>228</sup> LAA, Ost-Dok., 2/35, Bl. 196. Anhand der Zeugenberichte von der Ostdokumentation im Bundesarchiv lassen sich etwa 3300 Orte namentlich ermitteln, wobei zu 2620 Tatorten sich eine Zahl von ca. 24.500 Menschen errechnen lässt, die in ihren Heimorten oder auf der Flucht einen gewaltsamen Tod fanden. Für etwa

Rogehnen 128 „sehr verstümmelte“ Leichen gefunden haben.<sup>229</sup> Dasselbe konnte mit den in ihren Wohnorten gebliebenen Männern geschehen: „Und wie viele lagen auf den Strassen, auf dem Felde und unter den Trümmern. Auf dem Hofe, auf dem wir alle wohnten, erschlugen zwei Russen mit einer Wagenrunge einen alten Mann ohne jeglichen Grund.“<sup>230</sup> Die anderen Flüchtlinge aus den überrollten Trecks, meist Frauen, Greise und Kinder, wurden mit wenigen Ausnahmen nach Hause geschickt,<sup>231</sup> was mit der besonderen Rolle der deutschen Zivilbevölkerung in den sowjetischen Ausbeutungsplänen zusammenhing.<sup>232</sup>

Deutsche Frauen haben unter den Russen in der ersten Phase der Eroberung Ostpreußens Entsetzliches erlebt. Vergewaltigt wurden Frauen, vom 10jährigen Mädchen bis zur 80jährigen Greisin. Dieses Schicksal teilten in einigen Fällen auch Hochschwangere. Über das Verhalten der Rotarmisten den deutschen Frauen gegenüber ist die Aussage eines russischen Sergeanten, die Lew Kopelew zitierte, aufschlussreich: „Wir haben bloß’ ne Alte ’n bisschen rangenommen. Waren voll, drei oder vier Mann. Und unser Leutnant, ein Mordskerl – der Tollste von allen! Ganz verwegen: immer auf Biegen oder Brechen. Was wir alles getrunken hatten! Wodka bis obenhin, dann noch allen möglichen Wein. Dann wollten wir Weiber – waren aber keine da, nicht ums Verrecken. Bloß’ ne Großmutter läuft uns übern Weg – grau, dünn, aber sonst sauber und in Ordnung. Der Leutnant gleich: ‘Vorwärts, Garde, mir nach. Die Alte da hat von so was ja schon nicht mal mehr geträumt – beweisen wir, dass wir Mitleid mit ihr haben!’ Zuerst haben wir bloß gelacht, aber der Leutnant war wie wild. Na, dann sind wir eben rangegangen.“<sup>233</sup>

An den Vergewaltigungen, Plünderungen und Mordtaten waren zum größten Teil russische Infanteristen beteiligt.<sup>234</sup> Die erste Welle, die sich über Preußisch Holland und Ostpreußen

690 Tatorte liegen keine genauen Zahlen über die Todesopfer vor. MAURICE ZEIDLER: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/1945, München 1996, S. 145.

<sup>229</sup> Brief von Hans Eichenberg an Familie Baasner von 11. April 1945. Dr. Eichenberg war allerdings kein Zeuge, sondern er zitierte den Sohn von Pfarrer Gartz, der „Rogehnen vorübergehend befreit hat“. Kopie des Briefes im Besitz des Verfassers.

<sup>230</sup> LAA, Ost-Dok., 2/35, Bl. 196.

<sup>231</sup> Dies geschah mit dem Schlobitter Treck. Das Gleiche berichtete Cristel Fietkau aus Fürstenau, LAA, Ost-Dok., 2/35, Bl. 34-36 und Frau Conrad über Schmaucher Frauen, die im Raum Danzig von den Russen überrascht wurden und dann nach Schmauch zurückgeschickt wurden, (*Kreisbuch...*, S. 413), sowie Minna Wischkau aus Karwinen, *Der Heimatbrief...*, Nr. 18, 2001/2002, S. 66, und Adolf Lehmann aus Deutschendorf: ERICH REUSS: Deutschendorf. Kreis Preußisch Holland. Chronik – Geschichte – Dokumentation, Mönchengladbach 1993, S. 183.

<sup>232</sup> Erika Brandes aus Preußisch Holland, die von den Russen in Mülhausen überrollt wurde, hörte als Antwort auf ihre Bitte um einen Gnadenschuss: „Wie brauchen gesunde Frauen“. Diese Problematik ist im Kapitel 4. breiter beschrieben worden.

<sup>233</sup> LEW KOPELEW: Aufbewahren für alle Zeit!, Hamburg 1976, S. 238.

<sup>234</sup> Die Ursachen, dass die Hauptverantwortung für die massenhaften Gewalttaten bei der Infanterie lag, sind vielfältig; der Hauptgrund liegt allerdings in der enorm hohen Zahl der Opfer, die allein in den letzten Kriegsmonaten mit 86,5% aller Verluste weit über anderen Heeresgattungen lagen. Darüber hinaus führten die

wälzte – es waren die vorauseilenden Panzerverbände – wollte lediglich Uhren und Schmuck.<sup>235</sup> Und dies scheint nicht nur an dem ständigen Tempodruck des Bewegungskriegs gelegen zu haben: „Die kamen vorbei. Wir haben auf den Straßen gespielt. Mit Klavier haben wir gespielt und gesungen. Aber die haben nix genommen, die Russen. Die haben auch nix gemacht. Die haben nur die Uhren und die Ringe weggenommen.“<sup>236</sup> Es waren meistens die Nachschubkolonnen, die das Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung begingen.<sup>237</sup> Frau G. Marquardt aus Hermsdorf/Kr. Preußisch Holland beschrieb eine interessante Situation, als die während der Flucht von Russen gefangen genommenen Franzosen,<sup>238</sup> heimlich zu ihrem Treck kamen, um die Flüchtlinge zu warnen: „Am 26. Januar kamen die Franzosen und teilten uns mit, dass es höchste Zeit sei, hier wegzufahren, weil die russischen Kommissare folgten. Und dann ging es uns schlecht. So beschlossen wir, auf Nebenwegen nach der Ausplünderung nach Hause zu fahren.“<sup>239</sup>

---

Anonymisierung und Bindungslosigkeit – der Mannschaftsbestand ganzer Kompanien und Bataillonen konnte innerhalb von Wochen komplett ausgewechselt werden – zur Verrohung und Brutalisierung.

<sup>235</sup> Diakonisse Martha Klimmek schrieb z. B.: „Bald danach rückten die ersten Streifen der Russen in die Stadt ein. Sie waren aber gutartig und durchzogen nur die Stadt.“ Zitiert nach: R. HELWIG, S. 357. Herbert Groß, dessen Eltern aus Mülhausen stammten, berichtete von der ersten Begegnung seines Vaters mit den Russen wie folgt: „Kurz bevor er wieder aus dem Haus gehen wollte, klopfte es mehrmals an der Tür. Mein Vater öffnete und vor ihm stand ein erfrorener russischer Soldat. Mein Vater war mehr als schockiert, was der Russe bemerkte und er sagte auf Deutsch: ‘Du brauchst keine Angst haben’. Mein Vater nahm den Russen mit in die Wohnung. Meine Mutter gab ihm eine Wanne mit heißem Wasser, damit er seine Füße baden konnte und gab ihm ein paar frische Socken und bot ihm Essen an. Der Russe sagte meinem Vater, er solle die Postuniform mit alten Zivilsachen vertauschen, denn seine Kameraden würden jeden in Uniform erschießen. Nach einem Aufenthalt von ca. 2 Stunden ging der Russe.“ *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 183. Hier ist es zu betonen, dass manche russische Offiziere keinerlei Furcht vor der deutschen Zivilbevölkerung hatten. Es betraf besonders diejenigen, die die deutsche Sprache beherrschten. Die einfachen Soldaten waren empfänglich für sowjetische Propaganda, die vor Sabotage von der Seite deutscher Zivilbevölkerung warnte. Als Beispiel kann hier ein Befehl des Marschalls Bagramjan dienen: „Zum ersten Mal werden es unsere Truppen mit einer grösseren Anzahl der deutschen Bevölkerung zu tun haben müssen, was notwendigerweise zusätzliche Schwierigkeiten bereiten wird. Neben den in unserem Rücken gelassenen und in Zivilkleidung steckenden deutschen Soldaten und Offizieren wird der Gegner in grossem Umfang die Bevölkerung, Alte, Frauen und Halbwüchsige zu terroristischer und Zersetzungstätigkeit nutzen.“ BERNHARD FISCH: „Die Russen wollten uns einfach verhungern lassen“. Die Tätigkeit der sowjetischen Kommandantur von Königsberg zur Lebensmittelversorgung der deutschen Zivilbevölkerung 1945, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, 2002, H. 3, S. 390.

<sup>236</sup> Interview mit Günter Rustau.

<sup>237</sup> Ein Sowjetoffizier führte seine damaligen Erfahrungen wie folgt aus: „Der ersten Staffel blieb also gerade Zeit die ‘Uhri’ und Schmuckstücke einzusammeln. Die zweite Staffel hatte es weniger eilig; ihr blieb genügend Zeit, sich an die Frauen zu machen. Für die dritte Staffel gab’s weder Schmuck noch frische Frauen mehr; doch konnten sie als Nachhut, die in der Stadt zurückblieb, in aller Muße ihre Koffer mit Kleidungsstücken und Stoffen voll stopfen“. Zitiert nach: M. ZEIDLER, S. 147.

<sup>238</sup> In Preußisch Holland gab es zu Kriegszeiten ein Kriegsgefangenenlager für Franzosen. Die kriegsgefangenen Franzosen wurden häufig zur Arbeit eingesetzt. Viele Preußischholländer pflegten ein gutes Verhältnis mit den Franzosen. Im Januar 1945 gingen sie gemeinsam mit den Deutschen und den Zwangsarbeitern auf die Flucht. In vielen Fällen fielen sie allerdings in die sowjetische Gefangenschaft.

<sup>239</sup> G. MARQUARDT: Von Pillau über Oskböl in Dänemark nach Schleswig-Holstein, in: *Kreisbuch Preußisch Holland...*, S. 396-399. Frau Marquardt kehrte nach der Überrollung des Trecks in Pomehendorf nach Hermsdorf zurück und ist, nach der Wiedergewinnung des Dorfes durch die Wehrmacht, Richtung Brauensberg, Heiligenbeil und Frisches Haff getreckt. Weiter flüchtete sie übers Haff nach Neutief und wurde mit einer Fähre nach Pillau übersetzt. Von Pillau gingen Transporte nach Samland ab, „immer in der Hoffnung, es geht mal nach Hause“. Als die Situation auch dort heikle wurde, hieß es wieder, man müsse nach Pillau flüchten. Abermals

Frauen versuchten den Vergewaltigungen auf mannigfaltiger Art zu entkommen. In vielen Fällen blieben junge Mädchen tags- und nachtsüber in einem Versteck: „Meine Schwester war ein halbes Jahr versteckt. In unserem Haus haben wir unter dem Dach einen Schacht gemacht, der wurde mit Brettern zugenagelt. [...] Und dann wurde vor die Tür im Kinderzimmer ein Schrank gestellt. Der Schacht war überhaupt nicht zu sehen. Wenn ein Russe den Schrank weggeschoben hätte, hätte er auch die Tür nicht gesehen. [...] Sie war da bestimmt vier, fünf Monate und hat nur Tageslicht zum Waschen und zum Essen gesehen, und dann musste sie wieder rein.“<sup>240</sup> Renate-Maria Woelki, geb. Franckenstein hielt sich mit zwei anderen Mädchen ebenfalls versteckt: „Wir lebten ca. 14 Tage lang in einem kleinen Wald in einem Unterstand, den wir uns selber gebaut hatten. In die Erde rein – wir konnten darin liegen – Blätter und geklaute Strohmatte hielten etwas warm. Es war ja März.“<sup>241</sup> Elli Eggerstedt aus Amtsfreiheit in Preußisch Holland konnte dank der Bemühungen ihrer Mutter dem Missbrauch entkommen: „So, dann sind wir aus dieser Wohnung raus, weil einfach die Russen nur in diesen Keller kamen und diese Frauen immer nur weg schleppten. Ich war eben auch schon 14 Jahre, ich war ja auch schon ein bisschen entwickelt. Mich haben die immer auf die Erde gelegt und die kleinen Kinder haben die alle auf mir gelegen, damit mich keiner findet.“<sup>242</sup>

Das Verhalten der sowjetischen Soldaten in Ostpreußen ergab sich im Allgemeinen aus zwei Voraussetzungen; der erste Grund waren die Verbrechen der Wehrmacht an den Sowjetvölkern; andererseits hat sich der Hass gegenüber der deutschen Bevölkerung infolge der Sowjetpropaganda entwickelt. Der zweite Grund und die Rolle Ilija Ehrenburgs sind schon mehrfach diskutiert worden.<sup>243</sup> Es bleibt unumstritten, dass Ehrenburg im Gegensatz zu den Prämissen der offiziellen Moskauer Politik keine ideologisch bedingte Unterscheidung zwischen der Naziführung und dem deutschen Volk machte,<sup>244</sup> was auch in den Aufrufen der Kriegsfronträte an die Rotarmisten in der Januar Offensive ein Echo fand. Was umstritten

---

übersetzt nach Neutief und weiter zu Fuß nach Stuthoff. Dann ging es wieder Richtung Osten – nach Steegen und weiter mit einem Schiff nach Kopenhagen.

<sup>240</sup> Interview mit Günter Rustau.

<sup>241</sup> Fluchtbericht von Frau Woelki im Besitz des Verfassers.

<sup>242</sup> Interview mit Elli Eggerstedt.

<sup>243</sup> Z.B. KARL GRÜNER: Ilija Ehrenburg in und über seiner Zeit, in: *Osteuropa*, 13, 1963, H. 5.

<sup>244</sup> Die Fassung von Ehrenburg ergab sich u.a. aus der Massenvernichtungspolitik des Dritten Reichs. Zusammen mit seinem Schriftstellerkollegen Vasilij Grossman hat er Ende 1943 die Arbeit an einer umfangreichen Dokumentation unter dem Titel „Schwarzbuch“ über die an der jüdischen Bevölkerung begangenen Verbrechen des deutschen Besatzungsregimes begonnen, die erst Anfang 1946 ihren Abschluss fand.

blieb, ist der häufige Vorwurf, dass Ehrenburg auch zum Missbrauch der deutschen Frauen aufgerufen hätte. Ehrenburg selbst hat es in „Krasnaja Zvezda“ von 25.11.1944 dementiert.<sup>245</sup> Die sowjetische Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung bleibt jedoch in vielen Punkten umstritten; einer davon ist die Tatsache, dass russische Soldaten versuchten, die deutsche Zivilbevölkerung aus dem Kampfgebiet zu evakuieren, was der Bericht von Frieda Hauschalter aus Luxethen/Kr. Preußisch Holland deutlich bezeugt.<sup>246</sup> Diese Anordnung betraf die Bewohner von Angnitten, Kanthen, Neu Münsterberg, Fürstenu, Lauck, Podangen, Schönfließ und Wickerau, die Ende Januar und in der ersten Februarhälfte die Orte räumen mussten und in den südlich gelegenen Nachbarnort bzw. in den Kreis Mohrungen zur Arbeit bei russischen Militäreinheiten kamen. In den Frühlingsmonaten April-Mai durften sie dann wieder in ihre Heimatorte zurückkehren.<sup>247</sup> Unklar bleibt jedoch das Vorgehen der Russen gegenüber den Einwohnern der Stadt Mülhausen, die zwischen dem 10. und 12. März 1945 mit LKWs ins nahe gelegene Steegen transportiert wurden.<sup>248</sup> Diese Anordnung stand zweifellos nicht mit den Kampfhandlungen in Verbindung, sondern ist als ein Akt der sowjetischen Besatzer gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung zu betrachten. Diese „Evakuierung“ hatte allerdings häufig einen brutalen Verlauf; es geschah manchmal in der

---

<sup>245</sup> Lew Kopelew repräsentierte die Ansicht, die bekannten blauen Zettel, die man bei den getöteten sowjetischen Soldaten aufgefunden haben soll, sind von dem Reichspropagandaministerium verfasst worden. ARNO LUSTIGERS behauptete in seinem Buch: „Rotbuch. Stalin und die Juden“, Berlin 2000, S. 344-345: "Der Vorwurf, Ehrenburg habe in einem Flugblatt zur Vergewaltigung deutscher Frauen und zu anderen Gräueltaten aufgerufen, ist eine Erfindung der antisowjetischen Propaganda. Das Gegenteil ist richtig. Als Ehrenburg in Ostpreußen Zeuge von Plünderungen und Vergewaltigungen durch Rotarmisten wurde, protestierte er vehement beim zuständigen Armeestab. Der damalige Chef der Spionageabwehr (Smersch) und spätere Staatssicherheitsminister Wiktor Abakumov denunzierte ihn daraufhin in einem geheimen Brief an Stalin vom 29. März 1945, in dem es hieß: 'Ich erachte es für notwendig, ihnen zu berichten, dass in letzter Zeit der Schriftsteller I. Ehrenburg, der öffentlich mit Vorträgen über seine Eindrücke anlässlich einer Fahrt nach Ostpreußen auftritt, die Rote Armee verleumdet. Am 21. März d.J. behauptete Ehrenburg vor leitenden Kadern der Frunse-Militärakademie, wo ungefähr 150 Soldaten anwesend waren, dass die Kultur unserer Truppen, die in Ostpreußen vorstoßen, angeblich sehr niedrig sei und dass sie in politischer Beziehung sehr schlecht vorbereitet seien. Sie könnten keine Ordnung aufrechterhalten, und aus diesem Grunde begingen Armeeingehörige Willkürakte.'" ALFRED M. de ZAYAS schrieb: (Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/M-Berlin-Ullstein 1980, S.213), dass es ihm nicht gelungen sei, ein Exemplar dieses so häufig zitierten Flugblatts zu Gesicht zu bekommen. Auch sonst ist ihm nicht bekannt, dass ein Exemplar in russischer Sprache aufgetaucht ist.

<sup>246</sup> LAA, Ost.-Dok. 2/35, Bl. 60-97.

<sup>247</sup> Ebenda, Bl. 1-6

<sup>248</sup> Ebenda; Tagebuch von Anne Mielke. Das Tagebuch stellt eine der interessantesten Quellen zur Geschichte der Vertreibung/Aussiedlung aus Ostpreußen dar. Sehr schön und stellenweise poetisch geschrieben, lässt es tief in die Psychologie eines durch den Verlust und den Tod geprägten Menschen eindringen. Die Tragödie und Verzweiflung mischt sich dort mit der Schönheit der ostpreußischen Natur und häufiger Anrufung Gottes. Methodologisch ist es ein Notizbuch vom Königsberger Großbetrieb für Papierverarbeitung, das ursprünglich als Einkaufszettel diente; erst mit der Zeit hat es sich zum Tagebuch entwickelt. Es wurde in deutscher Schrift mit Tinte und Bleistift geschrieben und fängt mit dem Datum des 10.12.1942 an und endet mit einem zweizeiligen Gedicht am 21.01.1948. Das Tagebuch wurde in die gegenwärtige deutsche Schriftart von Elfriede Bannas und Birgit Lemme transkribiert.

Form von Fußmärschen.<sup>249</sup> Bewohner der Nachbarnstadt Elbing – insgesamt ca. 800 Frauen, Kinder und Greise – wurden z. B. Richtung Preußisch Holland in Marsch gesetzt. Der Marsch dauerte 14 Tage: „Wir haben uns die Sacklappen um die Füße gebunden, und ich nahm ein Kind auf den Arm und das andere an die Hand. Unter Begleitung russischer Soldaten wurden wir vorwärts getrieben. Auf diesem Todesmarsch warfen die russischen Soldaten laufend kleine eigroße Sprengkörper in den Zug. [...] Wer nicht sofort tot war, bekam von einem Trupp russischer Soldaten, der dem Zug folgte, den Genickschuss, wir nannten es den Gnadenschuss.“<sup>250</sup>

Das Leiden der ostpreußischen Bevölkerung nach dem Einmarsch der sowjetischen Einheiten war enorm, doch die Tragödie dieser Menschen war durch den Totalen Krieg bedingt: die Kriegsgeschehnisse und die deutsche Besatzungspolitik in Osteuropa<sup>251</sup> und in der Sowjetunion, die die Menschen dermaßen erschüttert haben, dass die Alliierten in erster Linie den militärischen Sieg zum Ziel hatten. Stalins siegreiche Rote Armee war ein entscheidendes und ausschlaggebendes Element bei diesem Vorhaben. Ihr Umfang und die Kampfmethoden waren durch den Totalen Krieg bedingt, den Hitler entfesselte. Ein Merkmal war, dass im Sommer 1941, als die deutsche Wehrmacht die damalige sowjetische Ostgrenze überschritt, es an der militärischen und psychologischen Bereitschaft der Soldaten und aller Bürger der Sowjetunion, oder, wie es Maurice Zeidler nannte, am Feindbild, merkwürdigerweise fehlte. Der Begriff Faschismus war „nicht nur eine dogmatisch-abstrakte Formel und eine neben der anderen funktionierende Staatsideologie geblieben“<sup>252</sup>; man empfand auch paradoxerweise eine gewisse Verbindung mit Deutschland, wo die Arbeiterklasse am stärksten in Europa repräsentiert war. Und gerade dies und auch die Erinnerung an das Revolutionsklima am Ende des ersten Weltkrieges waren die Träger der Hoffnungen aller Völker der Sowjetunion, die in jenem Jahr erwarteten, der deutsche Arbeiter werde gegen die Angreifer auf den ersten Bauern- und Arbeiterstaat aufstehen.<sup>253</sup> Die Hoffnungen gingen jedoch nicht in Erfüllung; die Tragödie der sowjetischen Bürger von Leningrad, die der Flucht der Deutschen durch das Eis des Frischen Haffes ähnelt, Stalingrad und andere Orte der Verbrechen der SS und der Wehrmacht waren ein entscheidendes Element in der Entwicklung des Feindbildes. Die

---

<sup>249</sup> Die deutsche Bevölkerung wurde auch häufig nach dem Frontvorrücken auf Fußmärsche mit dem Ziel Durchgangslager Insterburg oder Zichenau gesetzt. Diese Geschehnisse werden ausführlicher in dem nächsten Kapitel bearbeitet.

<sup>250</sup> Dokumentation der Vertreibung..., Bd. 1/1, Dok, 15, S. 62.

<sup>251</sup> Die Ereignisse aus Osteuropa gaben der Stalinschen Propaganda den Vorwand den Verteidigungskrieg auch außerhalb der Sowjetunion fortzusetzen.

<sup>252</sup> M. ZEIDLER, S. 123.

<sup>253</sup> Vgl. L. KOPELEW: Aufbewahren für alle Zeit!

Sowjetpropaganda und vor allem die Tätigkeit der politischen Abteilung der Roten Armee machten nur das Werk vollkommen.

Die Zeit in jenen Wintermonaten war zweifellos mit wichtigen Entscheidungen verbunden; viele Preußischholländer gingen auf die Flucht mit der Überzeugung, nach einer gewissen Zeit wieder nach Hause zurückkommen zu dürfen. Nur wenige, die vielleicht die Situation weitsichtiger beurteilen konnten, waren sich der Bedeutung der Ereignisse bewusst. Für die Menschen vom Land, die eine besondere Art der Verbindung mit der Natur, also mit dem väterlichen Hof und den Tieren empfanden, fiel der Abschied besonders schwer: „Kurz vor der Abfahrt, etwa gegen 12 Uhr, gehen Vater und ich nochmals durch die Ställe. Dem Vieh ist überreichlich Futter eingegeben, dass es für mehrere Tage zu fressen hat. Diese Stunde werde ich in meinem Leben nicht vergessen. Mein Vater geht vor mir in den Stall, ich folge ihm in kurzem Abstand. Jedes Tier beklopft er noch einmal und nimmt von ihm einen stillen Abschied. Als letztes ist sein Fohlen an der Reihe. Er schlingt seine Arme um den Hals des Tieres und weint. Die Pferde sind immer seine Liebsten gewesen. 1913 kaufte er den Hof. In dreißigjähriger schwerer und schwerster Wirtschaftszeit hat er ihn bis zu diesem Tage zur Blüte gebracht, Scheune, Stall- und Kellergebäude neugebaut, die ganzen Ländereien mit Dränagen versehen. Jetzt heißt es, das Lebenswerk verlassen – vielleicht für immer?“<sup>254</sup>

---

<sup>254</sup> Grünhagen mit den Orten des Kirchspiels. Chronik – Geschichte – Dokumentation, bearb. von G. Schneider, Mönchengladbach 1995, S. 85-86.

## III

Die Rote Armee in Ostpreußen am Beispiel des Kreises Preußisch Holland. Sowjetische Militärstrukturen, Aufbau der polnischen Verwaltung und die deutsche Bevölkerung des Kreises.

Im Januar 1945, als die große Winteroffensive in Ostpreußen begann und die russischen Soldaten einmarschierten, ließ sich kaum vermuten, was diese „Befreiung“ bedeuten würde. Das Verbrechen von Nemmersdorf kündigte zwar den Umgang mit der Zivilbevölkerung an. Doch wenige hätten ahnen können, dass die Sowjetarmee zum Erreichen der eigenen politischen und ökonomischen Zielen im Land noch jahrelang nach Kriegsende stationiert blieben. Das dichte Netz der Kriegskommandanturen in jeder Kreisstadt und fast jeder Gemeinde konnte diese Pläne realisieren und die Kontrolle über das Land behalten, dessen Zukunft noch nicht entschieden war. Die Westalliierten wussten genau, dass sie einerseits Polen und der Sowjetunion Landgewinne anbieten sollten, doch andererseits wollten sie sich eine Hintertür offen halten, um mehr Spielraum in den Verhandlungen auf der angekündigten Friedenskonferenz zu haben. Deshalb verfolgten die sowjetische Kriegsverwaltung und die polnischen Behörden, die langsam in dem Gebiet entstanden, eine Politik der vollendeten Tatsachen.

Der ungesicherte rechtliche Status Ostpreußens in den ersten Nachkriegsjahren<sup>255</sup>, klare Bevölkerungsverhältnisse, die noch Anfang 1946 zu Gunsten der Deutschen sprachen, ließen kommunistische Strukturen einfach und unproblematisch einführen. Im Jahr 1947 verflochten sich mehrere Ereignisse: Das Ergebnis der Parlamentwahlen in Polen Anfang des Jahres ließ keine Bedenken zu, dass der Konsolidationsprozess des neuen Systems beendet war. Ein wenig später (August 1948) verließen die letzten russischen Soldaten den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland und Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein. In Polen blieben sie aus strategischen Gründen viel länger – bis 1993. Da der Status der Roten Armee in Polen erst 1956 rechtlich geregelt wurde,<sup>256</sup> auf ausdrücklichen Wunsch Polens, der auch erst nach den

---

<sup>255</sup> Erst der Vertrag von 1990 hat den Wortstreit zwischen den beiden Ländern offiziell beendet. Zum diesem Zeitpunkt wurde das Potsdamer Abkommen von jeder Seite auf eigene Weise interpretiert.

<sup>256</sup> Nach langen Verzögerungen durch die sowjetischen Seite unterschrieb man in den Jahren 1956-58 eine Reihe von Vereinbarungen, die nicht nur die Zahl, Dislokation und Verlagerung der Einheiten, sondern auch die Gebühren für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmitteln, der telephonischen Verbindungen, Wälder und Wiesen (Übungsplätze, Flughäfen), sowie Lieferungen von Gas, Wasser und Elektrizität regulierten. Vgl.



Ereignissen des s.g. Polnischen Oktobers möglich war, können wir also, wie es manche Historiker bevorzugen, von einer spezifischen Art der Okkupation Polens durch die Armee eines verbündeten Landes sprechen.

In dieser unübersichtlichen Situation gab es drei Faktoren – die Rote Armee, die deutsche Bevölkerung und die polnischen Strukturen, die die Verhältnisse im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland während der Nachkriegsjahre bestimmten. Die polnische Verwaltung entstand zwar als letzte in der Region, erhob aber Anspruch auf die Herrschaft, die die Russen nicht teilen wollten. Das Verhältnis der Sowjets zur deutschen und polnischen Bevölkerung und die eigentümliche Konkurrenz um den deutschen Arbeiter spitzten die herrschenden Beziehungen zu.

Die rechtliche Grundlage jeder Kriegsokkupation wird in der 4. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 geregelt. Laut der „Ordnung der Rechte und Gewohnheiten eines Bodenkrieges“ wird ein Gebiet als besetztes nur in dem Fall betrachtet, wenn es sich de facto unter der Herrschaft einer feindlichen Armee befindet. In diesem Sinne erstreckt sich die Besetzung auf das Gebiet, auf dem die Gewalt tatsächlich ausgeübt werden kann.<sup>257</sup> In gewissen Fällen, wie man es deutlich in der s.g. Martens Klausel des Abkommens bestimmt, gilt allerdings das Gewohnheitsrecht. In dieser Hinsicht verpflichtete die Klausel jede Besatzungsmacht, die allgemeinen Regeln der Menschlichkeit und des „öffentlichen Gewissens“ zu beachten.<sup>258</sup> Art. 43 dieser Regelung definiert die Ziele der Kriegskommandanturen: Sie haben nicht nur militärische Aufgaben, sondern auch die Verpflichtung, für Ordnung und Disziplin im besetzten Land zu sorgen. In Bezug auf die sowjetischen Militärverwaltungsorgane sollte aber kein Zweifel bestehen, dass deren tatsächliche Ziele und Aufgaben gegen die Haager Landkriegsordnung verstießen.<sup>259</sup> Daher bildete Artikel 43. keine internationale rechtliche Grundlage für diese Art der Militärverwaltung. Der Status der sowjetischen Okkupation und der Kommandanturen, die in

---

MARIUSZ LESŁAW KROGULSKI: Regulacje prawne dotyczące pobytu Armii Radzieckiej w Polsce i ich realizacja, in: *Ziemia Odzyskana pod wojskową administracją radziecką. Konferencja pod red. Stanisława Łacha*, Słupsk 2000, S. 95-104.

<sup>257</sup> MARIUSZ ŁACH: Status prawny komendantur wojennych Armii Czerwonej na ziemiach zachodnich i północnych Polski w 1945 roku, in: Ebenda, S. 85; ADAM STRZEMBOSZ: Okupacja w prawie międzynarodowym a status prawny Polski w latach 1944-1956, in: *Wojna domowa czy nowa okupacja? Polska po roku 1944*, hrsg. von A. Ajnenkiel, Wrocław 1998, S. 18.

<sup>258</sup> Diese Berufung auf die Menschlichkeit und auf das Gewissen der Besatzer mag vielleicht lobenswert sein, bezeugt aber die Unvollkommenheit der Kriegsordnung und lässt richtig vermuten, dass die Interessen der Bewohner einer Besatzungszone dadurch nicht genug gesichert wurden. Nach Meinung der Vorkriegsrechtler war das Kriegsrecht das unvollkommenste aller internationalen Rechte. Es ist ja bis heute nicht geklärt worden, ob die Klausel einen rechtlichen oder nur einen moralischen Charakter hatte. Vgl. M. ŁACH, S. 85-86; WILLIAM A. SCHABAS: Genozid im Völkerrecht, Hamburg 2003, S. 32.

<sup>259</sup> M. ŁACH, S. 88.

den den Polen zugesprochenen Gebieten entstanden, wurde bis heute von Juristen nicht geklärt.<sup>260</sup>

Der Einmarsch der Roten Armee in das deutsche Gebiet wurde allerdings in Teheran und Jalta legitimiert. Auf der Krim wurde außerdem ein Abkommen über die Okkupation und Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen unterzeichnet. Die deutschen Ostgebiete bis zum 2. August 1945 wurden behandelt als sowjetische Besatzungszone. Darüber hinaus unterschrieb die Sowjetunion am 26. Juli 1944 entsprechende Beschlüsse mit dem PKWN (Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung) in Moskau, die die gegenseitigen administrativen Befugnisse bis zum Abschluss der Kampfhandlungen auf dem polnischen Territorium und den Polen zugesprochenen Gebieten bestimmten. Gemäß Artikel 1 „übt der Oberkommandierende der sowjetischen Truppen die oberste Gewalt aus und trägt für die Dauer der Operation, die zur Erreichung der militärischen Ziele notwendig sind, die Verantwortung für alle die Kriegsführung betreffenden Angelegenheiten.“<sup>261</sup> Artikel 2 gewährte dem PKWN das Recht, Verwaltungsstrukturen für das „vom Feind befreite Territorium“ aufzubauen. Als Entgelt sollten die polnischen Verwaltungsstrukturen notwendige Bedürfnisse der Roten Armee befriedigen.

In Moskau wurden auch andere Themen berührt, die die polnische Unabhängigkeit in größerem Ausmaß gefährdeten: Nach seiner Rückkehr hielt der Präsident des KRN (Landesministerrat – Krajowa Rada Narodowa) Bolesław Bierut es für notwendig, einen Frontstreifen einzurichten: „Um alle Missverständnisse zu vermeiden, die in Kriegsverhältnissen zwischen der Militär- und Zivilmacht entstehen können, wurde beschlossen, die Frontzone von 60 bis 100 km ins Landesinnere festzulegen, in der die Militärherrschaft in der Zusammenarbeit mit der polnischen Zivilmacht die Verantwortung des Kampfes mit der feindlichen Agentur auf sich nimmt. Das Gebiet hinter dieser Linie wird schon von polnischer Hoheit verwaltet, doch die Militärverwaltung sorgt für Sicherheit der Bahn und des Transports.“<sup>262</sup> Die anscheinend mündlichen Verpflichtungen Bieruts wurden vom sowjetischen Militärstab in dem Befehl Nr. 7558 vom 20. Februar 1945 präzisiert. Die Zeit des Erlasses war besonders gut gewählt und wurde von politischen und militärischen Ereignissen beeinflusst: Nicht mal zwei Wochen vorher beschloss man in Jalta die Besetzung Deutschlands, in Ostpreußen verteidigten sich die Reste der eingekesselten Wehrmacht und in den „befreiten“ Gebieten war schon die ökonomische Ausbeutung in Gang. Sehr wichtig war

---

<sup>260</sup> Mariusz Łach sprach sich für eine spezifische Art der Kriegsokkupation mit der Zulassung der lokalen Verwaltung aus. Vgl. Ebenda.

<sup>261</sup> M. ZEIDLER, S. 168.

<sup>262</sup> Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. XI; Warmiacy i Mazurzy w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945, bearb. von Idem, Olsztyn 1994, S. 17, An. 6.

außerdem ein polnischer Aspekt für den Erlass des Befehls: Die unbeschränkte sowjetische Macht in dem frontnahen Streifen ließ der Roten Armee die Möglichkeit, die Strukturen des polnischen Untergrundsstaates, als einzige legitime Macht im besetzten Polen, die während des Warschauer Aufstandes zum Vorschein kamen, zu liquidieren. Laut dem Befehl lag die Verantwortung für die Sicherung der öffentlichen Ordnung in diesem Landstreifen bei den sowjetischen Frontbefehlshabern und den Vertretern des NKWD. Zur gegenseitigen Abstimmung sollten beiderseits Bevollmächtigte und Beauftragte ständige Verbindung zwischen den Kriegsräten der sowjetischen Fronten und dem polnischen kommunistischen Komitee aufrechterhalten. Bei der 2. Weißrussischen Front war Oberst Dr. Jakub Prawin zuständig. Der frontnahe Streifen war allerdings ungenau. Seine am tiefsten ins Landesinnere greifende Linie sollte am 20. Februar 1945 von Allenstein/Olsztyn durch Włocławek/Leslau, Leszno/Lissa, Ostrów Wielkopolski, Częstochowa/Tschenstochau bis nach Kraków/Krakau verlaufen.<sup>263</sup> Die Linie wurde außerdem von den Sowjets nicht beachtet<sup>264</sup> – in einem Konferenzprotokoll wurde Allenstein/Olsztyn noch im März 1945 als die „nah dem Frontstreifen liegende Stadt“ bezeichnet.<sup>265</sup> Diese Frontzone, in der die Kriegskommandanturen unbeschränkte Macht besaßen, wurde im Frühjahr 1945 fast auf sämtliche Polen zugesprochene Gebiete ausgedehnt.<sup>266</sup>

Die sowjetische Kriegsverwaltung entstand parallel zur vorrückenden Front, doch der Besatzungstrupp der Kommandanturen war viel früher, noch im Rahmen der Vorbereitungen der ostpreußischen Operation, sorgfältig ausgewählt und bestand aus dem Kommandanten und seinen beiden Bevollmächtigten für ökonomische und politische Fragen. Jeder Bevollmächtigte verfügte über einen besonderen Kader von Spezialisten (ausschließlich Offiziere).<sup>267</sup> Das Netz von Kommandanturen basierte höchst wahrscheinlich auf der deutschen Administrationsverteilung. Sie unterstanden formell der Abteilung zur Leitung der Kriegskommandanturen (Otdiel po Rukowodstwu Wojennymi Komendanturami) unter Oberst Lobanow.

Die Pflichten und Aufgaben einer sowjetischen Ortskommandantur wurden ausführlich im umfangreichen Artikel „Der Militärkommandant einer frontnahen Stadt“ (Vojennyj komendant prifrontowowo goroda) im „Krasnaja Zwiezda“ vom 28. Januar 1945 behandelt.

<sup>263</sup> Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. XI.

<sup>264</sup> Ebenda.

<sup>265</sup> Protokół konferencji odbytej dnia 17 marca 1945 roku w Urzędzie Wojewódzkim pod przewodnictwem Henryka Olejniczaka w sprawie Prus Wschodnich: trybu przejęcia, zakresu władzy i wytyczenia terytorium, in: *Ebenda*, S. 47.

<sup>266</sup> Ebenda, S. XI; M. ŁACH, S. 89.

<sup>267</sup> In Allenstein hat es beispielweise 10 Spezialisten für ökonomische Angelegenheiten gegeben.

Einleitend hieß es, der Posten eines Stadtkommandanten ist „ein wichtiger und verantwortungsreicher Frontposten. Der Kommandant ist verpflichtet, in der Stadt eine vorbildliche, frontmässige Ordnung aufrechtzuerhalten. Er trägt die Verantwortung für die Erhaltung des hier beschlagnahmten Gutes und der Wertgegenstände und hat für eine schnelle Wiederherstellung des normalen Lebens der Stadt zu sorgen, in erster Linie, um der Roten Armee alle für die erfolgreiche Fortsetzung des Kampfes gegen die Deutschen notwendigen Voraussetzungen zu sichern.“<sup>268</sup> Der Kommandant sollte „der Tradition der Roten Armee entsprechend“ nach seiner Ernennung den Befehl Nr. 1 erlassen, der die Grundaufgaben der Roten Armee der betreffenden Stadt gegenüber und die Verhaltensvorschriften für die Stadtbevölkerung festlegte. Zu den vorrangigsten Aufgaben der Kommandanturen gehörte die Unterbindung feindlicher Agenten- und Diversionstätigkeit. Diesem Zweck diente die „möglichst schnelle und genaue Registrierung der Stadtbevölkerung.“<sup>269</sup>

Etwas präziser wurden die Pflichten und Aufgaben der Ortskommandanten in zwei Anweisungen dargestellt: Die erste Anweisung vom 23. August 1944 des Marschalls Konstantin Rokossowski, verpflichtete die Kriegskommandanten zur Zusammenarbeit mit den polnischen administrativen Strukturen des PKWN. Der Erlass sprach einem Kommandanten wichtige administrative Prärogative zu: Im Terrain, wo keine dem PKWN unterstehende lokale Verwaltungsorgane vorhanden waren, konnte der Kommandant solche ins Leben zu rufen. Da in den Polen zugesprochenen Gebieten ein administratives Vakuum herrschte, besetzten die Stadtkommandanten die vakanten Ämter mit Deutschen.<sup>270</sup>

Ferner ermächtigte die Anweisung den Kommandant, über Leben und Tod zu entscheiden. Angesichts von Meutereien, falls diese von „feindlichen Elementen“ angezettelt werden sollten, war er befugt, im Notfall die Waffe zu benutzen.<sup>271</sup>

Die zweite Instruktion wurde am 10. Oktober 1944 erlassen und verpflichtete die Kriegskommandanturen, beim Aufbau der polnischen Verwaltung zu helfen und nötige Untersuchungen zur politischen, ökonomischen und kulturellen Situation des Landes durchzuführen. Die letzte Aufgabe weist deutlich auf den politischen Charakter dieser Organe

<sup>268</sup> Deutsche Übersetzung in: M. ZEIDLER, S. 170.

<sup>269</sup> Ebenda.

<sup>270</sup> Das geschah auf jeder administrativen Ebene. Hierzu ein Zitat von Nauten: „Ein kleiner Mann namens Sonnenberg, aus dem Zuchthaus in Allenstein von den Russen freigelassen, fungierte als Bürgermeister. Er sprach deutsch, polnisch und russisch.“ Kreisbuch Preußisch Holland, S. 412. Die Aufgaben des Bürgermeisters beschränkten sich fast ausschließlich auf die Vermittlungen zwischen den sowjetischen Kommandanten und der deutschen Bevölkerung: „Landwirt Hans Nasedy, der schon von den Russen zum Vertreten aller Lomper Einwohner bestimmt war, musste auch nach der Kapitulation diesen Posten weiter versehen. Durch ihn wurde uns dann Anfang Juni 1945 mitgeteilt, dass unser Ostpreußen polnisch wird.“ Erinnerungen von Anna Herold aus Lomp/Kr. Preußisch Holland, in: *Ebenda*, S. 422.

<sup>271</sup> M. L. KROGULSKI: Okupacja w imię sojuszu, S. 12; F. ZBINIEWICZ: Pomoc Armii Radzieckiej dla Polski w świetle dokumentów z lat 1944-1945, in: *Wojskowy Przegląd Historyczny*, 1968, Nr. 1, S. 359.

hin, die die Politik der „Unterwerfung verschiedener Lebensbereiche“<sup>272</sup> in der Besatzungszone zum Ziel hatten. „Das Verwaltungsmodell, das von Kommandanten geschaffen wurde“, so Mariusz Łach, „nahm die Idee der Selbständigkeit, Dezentralisierung nach eigenem Ermessen und des s.g. Vervielfältigungsrechtes (Anweisungen, Direktive, Rundschreiben und Befehle) zum Muster. Die Kriegsverwaltung der Roten Armee basierte auf keinen logischen und rationalen Gründen. Konträre Entscheidungen zu gleichen Fällen kamen häufig vor.“<sup>273</sup>

Laut der zweiten Instruktion unterstanden die Bezirk- und Kreiskommandanturen formell dem Frontkriegsrat. Mit seiner Auflösung Anfang Juni 1945 übernahm Marschall Rokossowski im Rahmen der neugebildeten Nordgruppe der Sowjetischen Streitkräfte (Sewiernaja Grupa Wojsk) die Kontrolle über diese Verwaltungsorgane. Sie blieben jedoch nach wie vor selbständig und behielten die Überlegenheit in Ostpreußen.

Unabhängig von dieser Art der Verwaltung existierten noch andere sowjetische Militärorgane und Versorgungseinheiten, die im Rahmen der bei jeder Front eingerichteten Militärverwaltung für Beutegut fungierten.<sup>274</sup> Diese Organe unterstanden dem Oberbefehlshaber der Etappe – für die 3. Weißrussische Front war es Generalmajor Stiepan J. Roschkow und für die 2. Weißrussische Front Safranow.<sup>275</sup> Am wenigsten ist die Tätigkeit des NKWD erforscht, dem 56 Divisionen der Inneren Truppen<sup>276</sup> unterstanden, obwohl in seinen Händen das Schicksal der Zivilbevölkerung lag.

Gemäß dem Erlass des Rats der Volkskommissare (Soviet Narodnych Komisarow) vom 25. Juni 1941 waren die NKWD-Einheiten zusammen mit den Grenztruppen schon seit Kriegsbeginn für die Sicherung des Hinterlandes zuständig. Zu diesem Zweck unterhielten sie auch eigene Garnisonen in den vom Feind befreiten Ortschaften. Zur Koordination der Tätigkeit bildete man die gesonderte „Hauptverwaltung der Truppen des NKWD zum Schutz des Hinterlandes der kämpfenden Armee.“<sup>277</sup> Zu jedem Frontstab gehörten der Bevollmächtigte des NKWD und seine zwei Vertreter, die aus den Leitungskreisen des NKWD, des NKGB (Nationalkomitee der Staatssicherheit – Narodnyj Komitet

<sup>272</sup> HENRYK BARTOSZEWICZ: *Polityka Związku Sowieckiego wobec państw Europy Środkowo-Wschodniej w latach 1944-1948*, Warszawa 1999, S. 76; M. ŁACH, S. 90.

<sup>273</sup> M. ŁACH, S. 90.

<sup>274</sup> MIROSLAW GOLON: *Polityka radzieckich władz wojskowych i policyjnych wobec ziem nowych i starych w latach 1945-1947 na przykładzie Pomorza Nadwiślańskiego*, in: *Ziemie Odzyskane...*, S. 140.

<sup>275</sup> Centralne Archiwum Wojskowe (CAW), Kolekcja Akt Rosyjskich (KAR), Zarząd Główny ds. Jeńców Wojennych i Internowanych, (Zentralmilitärarchiv, Sammlung der Russischen Akten, Hauptvorstand für Kriegsgefangene und Internierte, VIII.800.20/268, Bl. 4.

<sup>276</sup> Russ. „vnutriennyje wojska“ unterstanden Stalin und nahmen, besonders in der letzten Phase des Krieges, auch an strategischen Frontoperationen teil.

<sup>277</sup> M. ZEIDLER, S. 177.

Gosudarstwiennoj Bezopasnosti) und der Smiersch (Militärspionageabwehr) ausgewählt wurden. Bei der 3. Weißrussischen Front waren es Kommissar Abakumov,<sup>278</sup> Generalleutnant Zielenin und Generalleutnant Luby; bei der 2. Weißrussischen Front – Kommissar Lawrientij Zanava, Generalleutnant Jedunov und Generalmajor Rogatin.<sup>279</sup> Die Aufgabe der NKWD-Truppen – die Säuberung des Hinterlandes – war rein politisch. Gemäß Berijas Befehl Nr. 0016 vom 11. Januar 1945 sollten sie „auf den vom feindlichen Heer befreiten Gebieten unverzüglich tschekistische Maßnahmen unternehmen, die zur Entdeckung und Verhaftung der Ausspäher- und Diversionsagenten der deutschen Spionageorgane, Terroristen, Mitglieder verschiedener feindlicher Organisationen, Banditen- und Aufstandsgruppen unabhängig von ihrer Nationalität und Staatsangehörigkeit führen könnten. [...] Die Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR haben außerdem die Aufgabe, das Führungspersonal der Polizei, Leitungskader der Gefängnisse, Konzentrationslager, Kriegskommandanten, sowie Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Gerichtsmitglieder, Kriegstribunale, Leiter der Räte, der Provinzverwaltung, der Bezirke, der Kreise, die Bürgermeister, Mitglieder verschiedener faschistischer Organisationen, Leiter der großen ökonomischen Organisationen, der Redaktionen von Zeitschriften und Zeitungen, die Autoren antisowjetischer Publikationen, die Leitungs- und Gemeinenkader der Armeen, die gegen die Sowjetunion kämpften und die s.g. Russische Befreiungsarmee, sowie andere verdächtige Elemente zu verhaften.“<sup>280</sup> Zur Realisierung dieser Ziele wurden 31.099 Personen, dazu 4 Divisionen und 4 Regimenter in einer Stärke von 27.900 Soldaten, sowie 1.050 erfahrene Tschekisten dem NKWD untergeordnet.

Die nächste Anordnung der sowjetischen Hoheit, die direkt die deutsche Zivilbevölkerung betraf, war der Befehl des sowjetischen Innenministers Nr. 0061 vom 6. Februar 1945. Diese Anweisung sprach von der Einrichtung gesonderter Arbeitsbataillone aus inhaftierten und internierten Deutschen männlichen Geschlechts. Die in diese Art von Lager eingewiesenen Deutschen sollten gemäß der GKO-Direktive<sup>281</sup> Nr. 7467 zum Arbeitseinsatz herangezogen werden. Die Formierung dieser Bataillone – zu je drei bis fünf Kompanien mit insgesamt 750 bis 1250 Mann je Bataillon<sup>282</sup> – wurde schon mit dem Erlass vom 29. Dezember 1944 bestimmt. Der GKO-Befehl vom 2. Februar 1945 sprach dagegen präziser von mobilisierungsfähigen Personen – und bestimmte alle „zu körperlicher Arbeit, die zum

<sup>278</sup> Der spätere Sicherheitsminister der UdSSR.

<sup>279</sup> Teczka specjalna J. W. Stalina, S. 165.

<sup>280</sup> Text des Befehls in: N. PIETROW: Cień Sierowa, in: *Karta*, 1992, Nr. 9, S. 181; Ebenda, S. 166.

<sup>281</sup> GKO- Gosudarstwiennyj Komisariat Oborony – Staatliches Verteidigungskomitee.

<sup>282</sup> M. ZEIDLER, S. 184.

Tragen von Waffen fähigen deutschen Zivilisten männlichen Geschlechts im Alter zwischen 17 und 50 Jahren.<sup>283</sup> Die Verschleppungsaktion erreichte den Höhepunkt im Laufe des März und wurde mit Berijas Anordnung vom 18. April eingestellt: „Personen, die im Zuge der Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppe der Roten Armee festgenommen wurden, dürfen nicht mehr in die UdSSR geschickt werden.“<sup>284</sup> Berija beabsichtigte außerdem die Einrichtung gesonderter Sammelpunkte, wo man mit der Durchleuchtung der Häftlinge beginnen konnte. Personen, denen Diversion- oder Sabotageakte nachgewiesen wurden, waren an Ort und Stelle zu erschießen.<sup>285</sup>

Eine Kategorisierung der Inhaftierten sah der Befehl Nr. 00101 vom 22. Februar 1945 vor: Wehrmachtsoldaten aller Dienstgrade, Volkssturmmänner, Kommandeurdienstgrade von Polizeiformationen, Wachmannschaften der Gefängnisse und Konzentrationslager, sowie das Militärjustizpersonal waren in die Kriegsgefangenenlager einzuweisen. Die Zivilpersonen, mit Ausnahme der Staatsbürger der Sowjetunion,<sup>286</sup> waren in die Internierungslager der GUPVI (Glavnoje Upravlenieje po Delam Vojennoplennyh i Internirowanyh – Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte) zu überführen.

Gegen Kriegsende verfügte die Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (UPVI) allein in den frontnahen Gebieten über ein Lagernetz von 170 größeren Aufnahme- und Sammelpunkten für Kriegsgefangene.<sup>287</sup> Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes sprach von 200.000 – 250.000 Kriegsgefangenen (von denen waren etwa 180.000 Angehörige der Heeresgruppe Kurland), die sich im ostpreußisch-kurlandischen Kampfraum von Januar 1945 bis zur Kapitulation Deutschlands befinden sollten. Die größten Lager der Bezirke wurden in Königsberg (ca. 15.000 Gefangenen), Insterburg (22.000) und Deutsch-Eylau (48.000) eingerichtet.

Die Ortskommandantur für Stadt und Kreis Preußisch Holland wurde im Januar 1945 auf der Jahnstraße (ul. Bankowa) eingerichtet.<sup>288</sup> In nah gelegenen Mülhausen (ca. 20 km nordöstlich gelegen), sowie in vielen Dorfgemeinden (z. B. in Spitzen/Tatarki) wurden ebenfalls

---

<sup>283</sup> Ebenda.

<sup>284</sup> STEFAN KARNER: Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1994, Nr. 3, S. 728.

<sup>285</sup> BODO RITSCHER: Zur Herausbildung und Organisation des Systems in Speziallager des NKWD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands im Jahre 1945, in: *Deutschland-Archiv*, 1993, Nr. 6, S. 727.

<sup>286</sup> Sowjetische Staatsbürger waren in besondere Überprüfung- und Aussonderungslager (proverotschnofiltrationnyje lagerja) einzuweisen.

<sup>287</sup> S. KARNER, S. 459.

<sup>288</sup> Die polnischen Aussagen berichten zwar, dass sich die Kommandantur im Sommer 1945 etwas südlicher auf der Danzigerstraße befand. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde hier die GPU gemeint. Interview mit Jan Akmin.

Kriegskommandanturen gebildet. Die Verwaltung der Stadt Preußisch Holland lag in den Händen des Stadtkommandanten Major Ivan Dmitrowitsch Dedenkov und seinen Vertretern Major Ivan Jefrimovitsch Burmistrov.<sup>289</sup> Im Lehrerhaus in der Danzigerstraße richtete sich die GPU (Glavnoje Polititscheskije Upravlenije – Staatliche Politische Verwaltung) ein. Die Jahnstraße und der ganze Stadtteil drum herum wurden von den Russen für eigene Bedürfnisse in Besitz genommen. Der russische „gorodok“<sup>290</sup> befand sich ungefähr zwischen Bahnhof-, Danziger-, Scheunen- und Hindenburgstraße. Der Zutritt zu dem sowjetischen Teil war mit wenigen Ausnahmen verboten und wurde mit Schlagbäumen abgesperrt.

Die Registrierung der gesamten Bevölkerung im Kreis Preußisch Holland, wie der Befehl Nr. 1. vorsah, ist den Interviewten nicht mehr bewusst. Der Erlebnisbericht von Oscar Gehrman weist jedoch darauf hin, dass Major Dedenkov in seinem Fall die Vorschriften befolgte und den ersten Befehl zu Registrierung der deutschen Bevölkerung erteilte.<sup>291</sup> „Am 7. und 8. Februar wurden alle Deutschen zur Kommandantur befohlen und dort verhört. Als Bürgermeister fungierte ein russischsprechender Evakuierter.“<sup>292</sup> Der katholische Pfarrer Gerhard Fittkau, der den Einmarsch der Russen in Süßenberg/Jurandowo im Kreis Heilsberg erlebte, beschrieb den ersten sowjetischen „Prikas“ (Befehl) wie folgt: „Nach weitläufiger Einführung zu unserer Befreiung und wunderschönen Aussichten auf ein neues demokratisches System wurde uns verboten, die Häuser zu verlassen und sich vom Dorf zu entfernen. Alle hatten die Pflicht, sich registrieren zu lassen und Männer im Alter von 17 bis 60 sollten sich bis zum 15. Februar [bei der sowjetischen Führung in Kłębowo - JW] mit Decken und Proviant zwecks Mobilisierung bei der 2. Weißrussischen Front einfinden.“<sup>293</sup> Ca. 2 Wochen nach der ersten Registrierung folgten Festnahmen und Verhaftungen. Die offiziellen Kriterien, nach welchen die Zivilbevölkerung in Haft genommen wurde, waren relativ breit. Schon irgendeine Beteiligung an dem NSDAP-Regime, wie Mitgliedschaft in HJ, BDM, NSDAP, Deutsches Frauenwerk, Deutsche Arbeiterfront, NSV (Nationalsozialistische Volksfürsorge), NSKK (Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps) genügte, um verhaftet zu werden.<sup>294</sup> Für diese Festnahmen waren bei jeder Armee gesonderte

<sup>289</sup> Später figuriert in den Dokumenten Major Schtscherbakov als Stellvertreter des Stadtkommandanten.

<sup>290</sup> Städtchen.

<sup>291</sup> Bericht von Oscar Gehrman im Besitz des Verfassers.

<sup>292</sup> Kreisbuch Preußisch Holland. Mit dem von den Russen ernannten Bürgermeister war aller Wahrscheinlichkeit nach der Kommunist Friese gemeint.

<sup>293</sup> G. FITTKAU, S. 58.

<sup>294</sup> CAW, KAR, VIII. 800.20/85.



Opergruppen zuständig.<sup>295</sup> Die Zahl der Orte, in denen Festnahmen im Kreis Preußisch Holland erfolgten, war, nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes, hoch und betrug genau die Hälfte aller Ortschaften des Kreises.<sup>296</sup>

Nicht immer, wie im Fall des Pfarrers Fittkau, durften sich Männer freiwillig einfinden. Meistens sind deutsche Zivilisten und Soldaten während dem Frontvorrücken oder kurz danach verhaftet worden und nachher in die UdSSR deportiert worden,<sup>297</sup> wie es Theodor Grub aus Preußisch Holland berichtete: „In dem Zeitraum vom 7.-10. Februar 1945 begannen die Verschleppungen. Bei uns wurden ganz wahllos Männer, Frauen und Kinder aus den Häusern herausgeholt, nachdem ihnen gesagt wurde, dass sie zwei Tage arbeiten müssten und dann wieder zurückkämen, und dass sie nichts mitnehmen sollten. Sicherheitshalber nahmen wir das, was wir schleppen konnten, vor allem Lebensmittel, mit.“<sup>298</sup> Der Knotenpunkt der Verschleppung aus dem Kreis war Preußisch Holland. Es gab zwar viele Zwischenstationen/Übergangsorte im Kreis,<sup>299</sup> doch größere Lager befanden sich in den Städten: In Preußisch Holland (am Bahnhof, im Finanzamt, Krankenhaus, Warenhaus, Rathaus, in der Kohlenhalle, Sankt-Georg-Schule, Kirche, auf der Scheunenstraße, auf der Kommandantur, sowie in einzelnen Häusern, in den Kellern, Scheunen und Ställen) und in Mülhausen (im Entbindungsheim, Pferdestall, in der Schule und in einer Scheune). Über die Lager von Preußisch Holland wurde wie folgt berichtet: „Hier sperrte man die Männer im Kohlenkeller ein, uns Frauen ließ man oben in zwei kleinen Räumen hausen.[...] Zweimal am Tag durften wir unsere menschlichen Bedürfnisse draußen im Schnee erledigen. [...] Einmal am Tag gab's eine dünne mit Maden durchsetzte Erbsensuppe. [...] Viele erkrankten an Ruhr.“<sup>300</sup> „Es folgte dann die Unterbringung in Preußisch Holland, wo wir 2 Tage und 2 Nächte wie die Schafe zusammengepfercht in den ungeheizten Stuben verbringen mussten, Männer und Frauen getrennt. Ein Liegen oder Sitzen war infolge der Enge nicht möglich.“<sup>301</sup> Eine der befragten Personen wurde ins Zwischenlager auf einem Bauernhof bei Mülhausen (der Name des Ortes blieb unbekannt) eingezogen: „Es war ein Riesenstall gewesen. Es gab keine Toilette, kein Wasser. Wir hatten nur Schnee. [...] Neben dem Stall wurde ein

<sup>295</sup> In Ostpreußen war die Opergruppe Nr. 430 bei der 48. Armee für Festnahmen zuständig. CAW, KAR, VIII. 800.20/85, Bl. 7.

<sup>296</sup> Die Kopie der Zivilverschollenenliste vom Suchdienst des DRK befindet sich im Besitz des Verfassers.

<sup>297</sup> Den Verschleppungen fielen hauptsächlich Frauen im Alter zwischen 25-45 zum Opfer. Vgl. FREYA KLIER: Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern, Frankfurt/Main 1996. Die Sterbequote in den Kriegsgefangenenlagern lag bei fast 15 %. S. KARNER, S. 470.

<sup>298</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 1/2, S. 9.

<sup>299</sup> Die gesamte Zahl der sowjetischen Lager in Ostpreußen und im Kreis Preußisch Holland ist nicht bekannt. Dazu konnte eine Stall, eine Kirche oder jedes größere Gebäude dienen.

<sup>300</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 1/2, S. 18.

<sup>301</sup> Kreisbuch Preußisch Holland..., S. 9.

Abortloch mit einem provisorischen Dach darüber ausgegraben. [...] Als wir hingehen mussten, hat sich der sowjetische Wächter lustig über uns gemacht. Furchtbar.“<sup>302</sup> In dem erwähnten Übergangslager befanden sich im Februar 1945 ca. 30 Frauen, die in größerer Zahl aus dem Raum Ebenrode stammten.<sup>303</sup>

Aus den Zwischenlagern wurden die Inhaftierten entweder ins Lager nach Insterburg oder ins Sammellager nach Ciechanów/Zichenau<sup>304</sup> weiter geleitet.<sup>305</sup> Nach Insterburg führte der Weg meistens zu Fuß über Wormditt oder Bartenstein. Von Bartenstein wurden die Festgenommenen häufig mit LKWs weiter nach Insterburg transportiert. Das war die letzte Station vor der Deportation ins Innere der Sowjetunion.<sup>306</sup> Eine der Inhaftierten, die über das Lager in Insterburg nach Saratow und weiter in den Nordural verschleppt wurde, hat den Transport wie folgt beschrieben: „Ende Februar 1945 ist die Eisenbahnstrecke bereits bis Insterburg auf russische Spur umgebaut. Unsere Verladung erfolgt dicht gepfercht in Viehwagen. Die einzig mögliche Ruhestellung ist die Hocke. Als sanitäre Einrichtung ist ein kleines Loch in der Tür mit einem von Blech gefertigten Stutzen. Über 80 Jahre ist der Älteste in unserem Waggon. Eine handgroße Hartbrotportion und ein Kübel Wasser ohne Trinkgefäß ist die Tagesverpflegung. Schon nach einigen Tagen bricht in dem eiskalten Waggon unter den Zivilisten eine ruhrähnliche Erkrankung aus. Leute werden wahnsinnig. Die ersten Toten.“<sup>307</sup> In das Lager von Ciechanów/Zichenau<sup>308</sup> führte der Weg – ebenfalls zu Fuß – über Mohrunen, Osterode, Hohenstein, Neidenburg und Mielau: „Auf dem Weg ins Lager Ciechanów/Zichenau mussten die Deutschen unter stärkster Bewachung zu beiden Seiten der Kolonne täglich ca. 30 km zurücklegen. Wer nicht mehr mitkonnte, wurde erst [...] verprügelt

---

<sup>302</sup> 7WDP.

<sup>303</sup> Es wurden 4.000-6.000 Flüchtlinge im Kreis Preußisch Holland aufgenommen. R. HELWIG, S. 354.

<sup>304</sup> Das Sammellager Ciechanów/Zichenau wurde am 1. Februar 1945 eingerichtet und unterstand dem Bevollmächtigten des sowjetischen Sicherheitsdienstes bei der 2. Weißrussischen Front, Oberst Misiev. In dem Lagergefängnis konnten ca. 3.000 Personen Unterkunft finden, doch schon am 2. April 1945 befanden sich dort ca. 7.000 Menschen. Aus diesem Lager wurden die Arbeitsfähigen regelmäßig in Richtung Osten verladen. M. GOLON, S. 133-134; W. STANKOWSKI, S. 30. Die Gebliebenen wurden in die Baracken des ehemaligen Reichsarbeitsdienstlager (RAD) verlegt: „Wir wurden so eng zusammengelegt, dass man auf dem Fußboden ohne Unterlage nicht ausgestreckt liegen konnte. Die Fensterläden blieben auch am Tag geschlossen, vermutlich, weil es keinen Zaun um das Lager gab. [...] Tag und Nacht mussten wir bei verschlossener Tür in der Stube bleiben. Nur zum heißen Wasser- (anstatt Kaffee) und zum Suppeholen (3/4 Liter ganz dünn) wurden wir herausgeführt und zweimal am Tag zum Austreten auf das freie Feld.“ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 1/2, S. 10.

<sup>305</sup> U.a. wurden die Deutsche aus dem Kreis Elbing auf dem Weg nach Ciechanów/Zichenau in einem der mehreren Sammelpunkte im Kreis und Stadt Preußisch Holland untergebracht.

<sup>306</sup> Die Transporte von Insterburg gingen u.a. nach Krassnodowsk, Tscheljabinsk, Novosibirsk und Kujbyschew ab.

<sup>307</sup> Grünhagen mit den Orten des Kirchspiels. Chronik – Geschichte – Dokumentation, zusammengestellt von G. Schneider, Mönchengladbach 1995, S. 87.

<sup>308</sup> Die Transporte aus Ciechanów/Zichenau gingen u.a. nach Sieviernaja Griva und Anjerka (Mittelsibirien) ab. In das erste Lager wurden auch Preußischholländer eingezogen.

und dann auf dem mitgeführten Verpflegungswagen mitgenommen.“<sup>309</sup> Auf dem weiteren Marsch von Działdowo/Soldau nach Ciechanów/Zichenau wurden die Entkräfteten einfach erschossen.

Ähnliches berichtete auch Ruth von Allwörden, die in Preußisch Holland verhaftet worden war: „Am 11. Februar sammelten die Russen alle Deutschen im Alter von 16-40<sup>310</sup> Jahre ein. Da gehörten auch wir dazu. Wir wurden zu einer Kommandantur in die Nähe des Bahnhofs gebracht, dort wurden wir registriert und mussten dort bleiben. Die ganze Nacht verbrachten wir in einem kleinen Keller. Am nächsten Morgen war Auftreten und es begann für uns ein langer Fußmarsch nach Mohrungen. [...] Da sahen wir den Tod und das Elend vor Augen, dem wir wahrscheinlich entronnen waren. Die ganze Wegstrecke bis Mohrungen war mit Leichen übersät. Von Mohrungen aus wurden wir mit Lastwagen nach Insterburg gebracht.“<sup>311</sup>

Anna Strauss aus Preußisch Holland wurde mit anderen Deutschen zu Fuß zuerst nach Schlobitten getrieben: „In der Nacht wurden wir in ein anderes Zimmer in der Gastwirtschaft geholt und weiter verhört. Dann fuhren nächsten Morgen Wagen vor, wir mussten dort rauf und die Fahrt ging über Zallenfelde, Schönau, Quittainen [...] nach Königsdorf, Kr. Mohrungen. Dort wurden wir in einen alten Stall eingesperrt und weiter gingen Einzelne zum Verhör. Am nächsten Tage ging's dann zu Fuß nach Mohrungen, in ein großes Sägewerk oder Fischerei. Dort schliefen wir zwischen Brettern und Hobelspänen, es mussten dort ungefähr 2.000 Frauen gewesen sein. Dicht daneben war ein großes Haus, darin waren [...] verschleppte Männer. Dort wurden wir jeden Tag bis zum 28. Februar gezählt. An diesem Tage ging es dann in Kolonnen bis zum Finanzamt Mohrungen. Dort standen schon viele Lastwagen und wir wurden dann weiter nach Bartenstein ins Gefängnis gebracht. Hier war es noch schlimmer, wir haben auch dort auf Zementfußböden geschlafen, die Fenster waren raus. Hier wurden wir wieder verhört und es wurde uns alles abgenommen [...]. Eines Tages ging es zum Bahnhof Insterburg, dort standen schon Züge mit Viehwaggons für uns bereit. Wie das Vieh wurden wir verladen, 47 Personen in einen Wagen. Legen war unmöglich. Die Fahrt dauerte zwei Wochen. Wir hatten schon auf der Fahrt viele Tote. Wir kamen am 21.3. in Russland an. Dort mussten wir, als wir ausgeladen wurden, erstmal duschen. Dann sagte uns

<sup>309</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 1/2, S. 9.

<sup>310</sup> Laut dem Befehl sollten die Deutschen von 17 bis 50 Jahre alt zum Arbeitseinsatz in die UdSSR geschickt werden. In der Praxis befanden sich auch ältere Menschen und Kinder in den Transporten.

<sup>311</sup> Der Heimatbrief..., Nr. 17, 2000/2001, S. 100. Von diesen „Todesmärschen“ wurde mehrmals berichtet. Eine anonyme Frau aus Elbing beschrieb ausführlich solch einen Marsch von Elbing nach Preußisch Holland und zurück. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost – Mitteleuropa, Bd. I/1, S. 62-64. Ein anonymer Einwohner, der auf den Dönhoffs Gütern beschäftigt worden war, erlebte einen solchen Marsch von Neustadt über Launeburg nach Stolp – ca. 97 km. Kreisbuch Preußisch Holland..., S. 404.

ein Jude, er sprach fließend deutsch: 'Ihr seid hier im Ural und werdet arbeiten in Kohlengruben'. [...] Es war ein schlimmes Lager bestehend aus drei langen Häusern. Läuse und Krätze waren unsere Genossen. An Unterernährung, Typhus und Malaria starben dort viele Frauen, anfangs am Tage 20-25. Die Toten wurden [...] auf Wagen geladen, aufs Feld gefahren und in großen Erdlöchern begraben. Ich habe Glück gehabt. Ich kam dort im Lager bald ins Lazarett und bin nach vielen Untersuchungen im April 1945 wieder nach Deutschland zurückgekommen.“<sup>312</sup>

Herbert Groß erlebte den Einmarsch der Russen in Mülhausen und beobachtete die durch den Kreis Preußisch Holland durchziehenden Fußmärsche: „Ende Januar erfolgten Massenverhöre, wonach die Sammeltransporte zum Fußmarsch unter russischer Bewachung in Richtung Zichenau zusammengestellt und abtransportiert wurden. In den nachfolgenden Wochen und Monaten kamen aus dem angrenzenden Ermland Transporte durch die Stadt. Der Ausfall bei diesen Transporten durch Entkräftung – gleichzeitiger Liquidierung durch Genickschuss – wurde dann wahllos in den durchzogenen Ortschaften aufgefüllt.“<sup>313</sup>

In manchen Fällen geschah die Verhaftung aus ungeklärtem Grund jedoch lange nach dem Frontvorrücken. Einer der Interviewpartner, der seinen Vater in der Sowjetunion verloren hat, äußerte sich dazu: „Das war in Steegen... Russen haben ihm nie etwas zu leide gemacht, obwohl sie ihn sahen... erst nach einem oder zwei Monaten nahmen sie ihn mit den anderen Männern zusammen auf die Kommandantur. Sie sollten zur Arbeit.“<sup>314</sup>

Von den Verhaftungen und Verschleppungen in Preußisch Holland blieben allerdings manche Bewohner verschont<sup>315</sup> – ehemalige Mitglieder der KPD: „Verschleppungen gingen los und wir hatten ein bisschen Glück, weil mein Vater früher bei der kommunistischen Partei war, hat er das Parteibuch von vor 1933 aufbewahrt und dadurch hatten wir ein bisschen Schutz bei den Russen... Ja, das hat auch sehr geholfen. Wir haben die russische Flagge aufgehängt. Wir haben sie vom Bettzug genäht. Da wurde schnell aufgesteckt. Es wurde nur ans Leben gedacht.“<sup>316</sup> Auf die preußischholländischen Kommunisten stützen die Sowjets im Wesentlichen ihre Bevölkerungspolitik im Kreis. Sie besetzten vakante Ämter im Landratsamt und fungierten als Vertreter der deutschen Bevölkerung bei den Russen.<sup>317</sup> Der Kommunist Friese wurde Bürgermeister. Die Funktion dieser Menschen in Preußisch Holland

<sup>312</sup> LAA, Ost.-Dok., 1/50, Bl. 405-406.

<sup>313</sup> HERBERT GROß: Die Stadt Mülhausen im Jahr 1945, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 185.

<sup>314</sup> 13MDP.

<sup>315</sup> Es war allerdings keine Regel, die für das ganze Ostpreußen gelten würde. Siehe LEW KOPELEW: *Aufbewahren für alle Zeit!*.

<sup>316</sup> Interview mit Günther Rustau.

<sup>317</sup> Es waren Schwertz und Friese. Sie übten ihre Funktion bis zu ihrer Ausweisung weiterhin auch bei den Polen aus. Schwertz fungierte schon vor dem Krieg als einziger kommunistische Abgeordnete. 1933 wurde er in Schutzhaft genommen. R. HELWIG, S. 296.

war nicht nur auf administrative Aufgaben beschränkt. Sie spielten auch die Rolle der Vertrauensmänner der Russen und waren deswegen beim Rest der deutschen Bevölkerung gefürchtet: „Er hat den Menschen viel Leid zugefügt. Er hat viele Deutsche bestohlen. Die besten Sachen gestohlen und viele Deutsche verraten. Der hat die Russen auch zu meinem Opa zugeführt.“<sup>318</sup>

Die oben erwähnten Fußmärsche wurden im Frühling und im Sommer 1945 zu einem Element der Ausbeutungspolitik der Sowjetunion. Das ostpreußische Vieh und die Pferde wurden massenhaft von Frauen und Kindern<sup>319</sup> Richtung Osten (wahrscheinlich nach Insterburg<sup>320</sup>) getrieben, wo es weiter in Waggons geladen wurde. Ein Zeugenbericht aus dem pommerschen Landkreis Neustettin vermerkte in diesem Zusammenhang: „Der Russe überließ dem Polen nichts. Riesige Vieherden, Pferde und Schafe wurden ostwärts getrieben, sämtliche Maschinen und Ackergeräte abtransportiert. In Neustettin sah ich, wie ganze Lastzüge mit Klavieren oder Betten und Matratzen zur Bahn gebracht wurden. Der russische Kommandant in Dieck sagte mir: ‘Er, der Pole, behält nur die Erde’“.<sup>321</sup>

Hilde Strauß aus Preußisch Holland, die auf der Flucht von den Russen überholt wurde und sich mit der Familie in Passow bei Berlin aufhielt, berichtete ebenfalls von solchen Viehtransporten: „Inzwischen wurden nicht nur die Jungs, sondern auch die Mädchen mit zum Viehtreiben genommen. Obwohl wir immer sehr wachsam waren, sah einmal eine Russin zu Pferde [...] Erich [der jüngere Bruder von Hilda Strauß –JW] über den Hof gehen. Sie ritt sofort auf ihn zu und befahl ihm, mitzukommen.“<sup>322</sup> Auch Gertrud Conrad aus Schmauch/Kr. Preußisch Holland erinnert sich an das Viehtreiben: „Anfang Mai machte ein sogenanntes Viehkommando, das heißt einige Kuhherden, in Schmauch halt. Das nach dem Brand verbliebene Vieh war gleich von den Russen fortgetrieben worden. Nun waren sie die Kommandierenden, die Polen, die Melker und wir Frauen haben gemolken bzw. in der sogenannten Molkerei gearbeitet. [...] Die älteren Kinder mussten die Kühe hüten. Wenigstens bekamen wir mal wieder Milch und Quark für die Kinder, die dieses seit langem

<sup>318</sup> 7WDP. Deutsche Kommunisten übten auch verschiedene andere Funktionen aus. Renate-Maria Woelki, geb. Frankenstein aus Dosnitten/Kr. Preußisch Holland erwähnte das Lager für Deutsche von Angermünde, „Herberge“ genannt, das von den deutschen Kommunisten verwaltet gewesen sein soll. Briefverkehr mit Frau Woelki im Besitz des Verfassers.

<sup>319</sup> Günther Rustau hat das Viehtreiben gerade mit 14 erlebt. Interview mit Günther Rustau.

<sup>320</sup> Auf die Stadt weisen mehrere spätere Dokumente hin, die von den beträchtlichen Transporten des Viehs und der Lebensmittel über Insterburg berichten. Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (Archiv des Auswärtigen Amtes in Warschau – AMSZ), Departament Polityczny (Politisches Department – DP ), 6/489/31, Bl. 26-33.

<sup>321</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 1/1, S. 100.

<sup>322</sup> H. H. STRAUß, S. 30.

entbehrten hatten. Am 11. August zog dieses Kommando Richtung Christburg ab und nahm die Jungen Claus Nadolny und Hans Hermann mit.“<sup>323</sup>

Die im Kreis zurückgebliebene deutsche Bevölkerung wurde ausgebeutet. Dazu besetzte die Rote Armee mehrere der landwirtschaftlichen Güter des Kreises, auf denen Deutsche zur Arbeit herangezogen wurden. Das Lager in Powunden wurde beispielweise für ca. 400 Deutsche eingerichtet.<sup>324</sup> Das Gleiche galt für das Gut Königsblumenau, wo sich „eine große, mehrere Dörfer umfassende Kolchose befand“.<sup>325</sup> Eine Zeitzeugin aus Großroden im Kreis Tilsit-Ragnit wurde nach dem gescheiterten Fluchtversuch in ein Lager im Kreis Preußisch Holland eingewiesen: „Nun hatten wir unterwegs erfahren, dass die Russen und Polen<sup>326</sup> Lager errichtet hatten, um die umherirrenden Menschen zur Arbeit aufzugreifen. So ist es uns auch ergangen. Wir wurden in Blumenau bei Preußisch Holland aufgehalten und mussten sofort arbeiten. Es war nun Anfang April; auf dem Felde war noch nichts zu tun. Dieses Lager hatte viel Vieh. Da haben wir im Stall gearbeitet, andere Heu und Stroh gefahren, andere wieder im Walde Holz geschlagen. Zu essen mussten wir uns was suchen. Kartoffeln waren ja noch in den Mieten.“<sup>327</sup> Die Bedingungen für die Arbeit waren häufig katastrophal: „Als dann die Leichen von Vieh und Menschen vergraben waren, ging es in die Feldarbeit. Kartoffelpflanzen, Diestelstechen, Hacken, Heuernte, Ernte, Dreschen und immer morgens ab 7 Uhr bis Sonnenuntergang. [...] Als dann schon viele an Hunger starben, bekamen auch wir Essen. Dreimal am Tage eine Suppe und ein Stück Brot dazu.“<sup>328</sup>

Außer der Beschäftigung in der Landwirtschaft mussten deutsche Frauen auch andere Arbeiten für die sowjetischen Soldaten leisten: „Unter Aufsicht von Posten mussten wir Schnee schaufeln, Hausarbeiten verrichten, zusammengetriebenes Vieh betreuen. Es waren dies 3 Herden von je ca. 150 Stück.[...] Unser Lohn war 4-5 Liter Milch und bei Schlachtungen bekamen wir die Köpfe und Eingeweiden. [...] Ich selbst fand Arbeit in einem Proviantamt, das auf dem Grundstück Richter Abbau Steegen eingerichtet war. Der leitende Russe war in der ersten Zeit sehr entgegenkommend. Ich bekam genügend Lebensmittel für meine 2 Töchter, Schwiegervater und mich, einmal sogar ein halbes Schwein.“<sup>329</sup>

Für viele deutsche Frauen war das auch die einzige Möglichkeit, das Essen für sich und die Kinder zu besorgen: „Ich habe von Mai bis Herbst [1945 - JW] bei den Russen gearbeitet und

<sup>323</sup> Kreisbuch Preußisch Holland..., S. 413.

<sup>324</sup> Ebenda, S. 370.

<sup>325</sup> Erinnerungen von Anna Herlod aus Lomp. Ebenda, S. 424.

<sup>326</sup> Polnische Verwaltung übernahm Blumenau erst 1946.

<sup>327</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa, Bd. 1/1, S. 80.

<sup>328</sup> Bericht von Erna Strohschein. LAA, Ost-Dok, 2/35, S. 196.

<sup>329</sup> Bericht Frau Frieda Hauschalter aus Luxethen. LAA, Ost-Dok, 2/35, S. 60-67.

da haben wir es nicht schlecht gehabt. Ich bekam tagsüber mein Essen und für die Kinder pro Tag und Kopf 250 gr. Mehl. Von dem Essen, das wir bekamen, blieb fast immer etwas für die Kinder übrig.<sup>330</sup> Von einer ähnlichen Situation hat auch Dora Stramm geb. Hoffmann aus Bunden berichtet: „Meine Schwester Lina Preuß, Anna Schulz, geb. Eichler und ich mussten jeden Tag Kartoffeln schälen. Dafür bekamen wir Essen und auch manchmal einen Eimer Suppe für zuhause mit. Heimlich ließen wir auch ein paar Kartoffeln und einige Tabakblätter für die Männer mitgehen ...“<sup>331</sup>

Zu diesem Zeitpunkt (Mitte April) erfolgte schon die politisch bedingte Änderung im Verhalten der sowjetischen Soldaten der deutschen Bevölkerung gegenüber (Befehl Nr. 1172).<sup>332</sup> Die Lage der Frauen, die alleine auszukommen versuchten, war viel schlimmer: „Wir hatten nachher furchtbar gehungert. Es gab gar nichts zu essen. Nichts. [...] Die Jungs hatten Schleudern. Damit hatten sie die Spatzen geschossen. [...] Am Anfang gab es noch viel Kartoffeln. Wir machten davon solche ... amerikanischer Schmalz nannten wir es. Wir haben gekochte Kartoffeln durch den Wolf gedreht mit Salz, Pfeffer und Majoran gewürzt und damit das Brot bestrichen. [...] Aber nachher, als es schlimmer wurde... da lagen die totgeschossenen Pferde. Ja, da war der Mensch gezwungen, aus Hunger Pferdefleisch zu essen.“<sup>333</sup>

Im Frühling wurde die deutsche Zivilbevölkerung auch zu anderen Arbeiten eingesetzt: „Die Russen ließen durch unsere Frauen – Männer waren keine mehr da – Möbel verladen, nachdem die Häuser verbrannt waren. Es wurde einfach den zurückgebliebenen Deutschen alles fortgenommen, und auf einen Platz wurden die so gepflegten Möbel, Klaviere, Sessel, Sofas, u.s.w. zusammengetragen, wo sie Wind und Wetter preisgegeben wurden. Die Russen

<sup>330</sup> Auszug aus einem Brief der Frau Minna Waschkau aus Karvinden – Ostpreußen, in: *Der Heimatbrief ...*, Nr. 18, 2001/2002, S. 64.

<sup>331</sup> Bunden nach dem 21. Januar 1945, aufgeschrieben von Dora Stramm, bearb. von Fritz Volger, in: *Ebenda*, Bd. 3 (1995), S. 193.

<sup>332</sup> „Russen durften bis zum 8. Mai, dem Ende des Krieges vergewaltigen. Als der Krieg zu Ende war, durfte man es nicht tun. Nachher, ich erinnere mich daran noch heute... [...] die hatten ja diese Magazine, dort wo es das Gericht heute gibt [ehemals Bahnhofstraße - JW]. Und wir arbeiteten dort, Frauen und Männer. Männer packten die Möbel... Deutsche hatten immer schöne Eichmöbel. Und dann kam der Russe. Er war Kosak. Sie wissen, wie die Kosaken sind. [...] Er kam und wollte ein Mädchen vergewaltigen. Und damals durfte man es nicht mehr. Und dieser Wächter, der auf uns aufpasste, hat ihn auf der Stelle erschossen. Das Mädchen war vielleicht 16 Jahre alt. Aber er erschoss ihn, ich sah es.“ 7WDP. „Ja, die [die Russen – JW] waren ja gut zu uns. Das war ja nach dem 8. Mai, nicht.“ Interview mit Elli Eggerstedt. Andererseits kamen die Plünderungen und Vergewaltigungen von der sowjetischen Seite auch nach der Kapitulation vor: „Von Spitzbergen zogen im April 1946 die letzten Russen ab, nachdem sie noch einmal Nachts plündernd durch die Wohnungen gingen und auch einige Frauen vergewaltigten, das war aber der Trupp, der das Kommando abholte nach Stuhm.“ Bericht von Frl. Bartsch. Im Besitz des Verfassers.

<sup>333</sup> 7WDP.

rührten keinen Finger, alles mussten unsere Frauen tun, die sie dabei noch misshandelten oder nach Belieben schändeten. [...] Sogar Eisenbahnlinien mussten unsere Frauen aufnehmen.“<sup>334</sup> Die schwere Arbeit und mangelhafte Ernährung führte zur Entkräftung der Deutschen, was zusammen mit mangelhafter Hygiene zum Ausbruch der Typhusepidemie beitrug: „Führenweise wurden uns die Befallenen aus den umliegenden Orten, überwiegend aber aus den russischen Gefangenenlagern ins Haus gebracht, so dass die frühere Jugendherberge hinzugenommen werden musste. Wie sahen diese deutschen Menschen aber aus! Fiebrig, abgezehrt, voller Ungeziefer, apathisch, die meisten vom Tode gezeichnet. Ein großes Massensterben setzte bei Jung und Alt ein. Auch der einzige Geistliche, der uns verblieben war, ein katholischer Pfarrer, wurde in wenigen Tagen dahingerafft, ebenso eine der katholischen Schwestern, die aus Tolkemit<sup>335</sup> [Kreis Elbing] zu uns gekommen waren. 4 weitere Schwestern und ich, dazu viele unsere Hilfskräfte, erkrankten schwer und erholten sich nur langsam. Wohl fehlte es an Diätkost und Wäsche, aber wir hatten genug Medikamente.“<sup>336</sup>

Die Lage der deutschen Bevölkerung änderte sich mit dem Aufbau der polnischen Verwaltungsorgane und dem Zustrom der polnischen Siedler. Da die Verhältnisse in den neuen Gebieten strikt mit der militärischen Situation und der Bevölkerungsfrage verbunden waren, liegt der Wendepunkt des Aufenthalts der sowjetischen Einheiten nicht am Ende des Krieges, sondern man kann ihn mehr in einer symbolischen Stadt- und Kreisübernahme durch die polnische Verwaltung sehen. Jede solche Übernahme und die damit verbundene Entstehung lokaler Strukturen waren vom Zustrom der Siedler abhängig. Die Nord- und Westkreise, darunter auch der Kreis Preußisch Holland befanden sich noch Anfang April 1945 in dem Frontstreifen, der den Aufbau der Verwaltung wesentlich verzögerte.<sup>337</sup> Die südostpreußischen Kreise dagegen wurden wegen des schnellen Frontvorrückens und der

<sup>334</sup> Bericht von Martha Klimmek. R. HELWIG, S. 358. Schwester Martha spielte eine spezifische Rolle in Pasłęk/Preußisch Holland nach dem Eindringen der Russen und nach der Stadtübernahme. Sie schrieb z. B., dass sämtliche Post an die geliebten Deutschen durch ihre Hände ging.

<sup>335</sup> Es handelt sich hier um die Schwestern von Priester Skerda. Nach dem Tod des Geistlichen im September 1945 blieben seine Schwestern in Pasłęk/Preußisch Holland und wohnten im Pfarrhaus. Ks. K. CYGANEK.

<sup>336</sup> Das Johanniter-Krankenhaus in Preußisch Holland (Bericht der Schwester Bertha Naew), zusammengestellt von Bernd Hinz in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1996), S. 303. Zu der Beseitigung der Typhusepidemie hat im Wesentlichen der polnische Arzt aus Wilna Dr. Wilhelm Berecki beigetragen. Er hat aus Olsztyn/Allenstein amerikanische Impfungen gegen Typhus gebracht. Wie provisorisch die erste ärztliche Versorgung war, zeigt das Erlebnisbericht von Edward Bortkiewicz, der im städtischen Krankenhaus tätig war: „Zu den Impfungen gegen Pocken haben wir die Stahlfeder verwendet.“ „Wpisani w Pasłęk“, hrsg. von Zbigniew Wątorski, Pasłęk 1997, S. 26.

<sup>337</sup> Die katastrophale Situation herrschte im Kreis Braunsberg/Braniewo, der erst am 10. März von der Roten Armee erobert wurde. Noch Anfang des Jahres 1946 schrieb man in der Notiz an den Minister für Wiedergewonnene Gebiete, dass das Gebiet zu jenen gehört, die „unsere Behörde überhaupt nicht im Griff haben. [...] Dieses Gebiet ist nach den Verteidigungskämpfen bislang nicht entmint worden.“ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, CLAUDIA KRAFT: *Wojewodschaft Allenstein, in: Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden*, Bd. 1, Dok. 268, S. 531.



Nähe zu Polen viel früher übergeben und besiedelt. Auch die Regionen von Lötzen, Rastenburg, Johannsburg, Sensburg, Angerburg, Goldap, Treuburg und Lyck waren schon im Februar und März von den ersten Vertretern polnischer Zivilgewalt in dem Gebiet durch s.g. Operative Gruppen<sup>338</sup> und Bahnbeamte infiltriert worden. Leutnant Petolec berichtete dem Wojewoden von Białystok, Jerzy Sztachelski, schon am 11. Februar von seinen Bemühungen um die Übernahme des Elektrizitätswerks in Lötzen.<sup>339</sup> Im Norden dagegen kam es sogar zu spontaner Abwanderung der Angesiedelten, wozu die unruhige Situation in der Provinz beitrug.<sup>340</sup> Diese Erscheinung betraf auch den Kreis Preußisch Holland. Noch im Januar 1946 schrieb der Leiter der sozial-politischen Abteilung beim Amt des Bevollmächtigten Jezewski, dessen Berichte über die Situation der Siedler, sowie der einheimischen Bevölkerung mit großem Wissen und sozialem Mitgefühl verfasst wurden, dass die von Rotarmisten terrorisierte Bevölkerung in den Kreisen Pasłęk/Preußisch Holland und Susz/Sensburg

---

<sup>338</sup> Polnisch: Grupy Operacyjne hatten die Aufgabe direkt hinter der Frontlinie alle industriellen Betriebe und Unternehmen in den befreiten Gebieten zu übernehmen, zu sichern und in Gang zu setzen. Die Rolle der Gruppen in Ostpreußen und sämtlichen „Wiedergewonnenen Gebieten“ entwickelte sich häufig in Richtung reiner administrativer Aufgaben. Die ersten Operativen Gruppen wurden von Wojewode von Białystok Hauptmann Dr. Jerzy Sztachelski in das Gebiet geleitet. Er hatte noch während der Kämpfe um Goldap eine Reihe von Bemühungen unternommen, um die nordöstlichen Kreise in die Wojewodschaft Białystok einzugliedern. Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. XI. Die ersten Operativen Gruppen aus Warschau waren am 4. April geschickt worden und hatten bis Ende Mai alle Kreise des Bezirkes besetzt. In Preußisch Holland/Pasłęk waren es Antoni Andrzejewski und Marian Walendowski. Vgl. TADEUSZ DUBICKI: Początki działalności grupy operacyjnej KERM na terenie Warmii i Mazur, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1981, Nr.1; WŁADYSŁAW GÓRA: Działalność grup operacyjnych w zakresie tworzenia administracji polskiej i uruchamiania przemysłu na terenach wyzwolonych, in: *Z Pola Walki*, 1964, Nr. 7.

<sup>339</sup> Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. 21.

<sup>340</sup> Entscheidend in den Nordkreisen war die Nähe der polnisch-sowjetischen Grenze, die noch monatelang nach dem Krieg nicht festgelegt wurde. Vieles (Zahl der stationierten Einheiten, Verteilung der Ernteflächen) weist jedoch darauf hin, dass das Frische Haff eine besondere Bedeutung in Stalins Grenzpolitik hatte. Während der Gespräche in Moskau hatte Stalin der polnischen Delegation eine Karte Ostpreußens mit der skizzierten polnisch-sowjetischen Grenze präsentieren sollen, in der das Gebiet rund um Haff, Puszcza Białowieska und Teile von Suwalszczyzna in die Sowjetunion annektiert werden sollten. Vgl. Ebenda, S. XVIII. Als gewisse Bestätigung der Vermutung können die Ereignisse vom September 1945 dienen, als die schon festgelegte Grenze etwa 12–14 km zu Gunsten der Sowjetunion verschoben wurde. Die Kreise Bartoszyce/Bartenstein, Gierdawy/Gerdauen und Darkejmy/Darkehmen. Pruska Hławka/Preussisch Eylau, die am 27. Juni von der polnischen Verwaltung übergeben wurden, waren Anfang Oktober vom Rest des Bezirkes abgeschnitten. Das Vorgehen in den Gemeinden Schönbrun und Klingenberg, wo Sowjets die wichtigste Bahn- und Landverbindung am 14. September besetzten, lässt vermuten, dass sie dadurch die Kontrolle über das Land behalten wollten. In einem Dokument wurde berichtet, dass „sowjetische Gewalt ohne Wissen Polens eine neue Grenzlinie gezogen und sie nachher mit sowjetischen Grenzposten besetzt hat. [...] Der Sitz der Starostei in Nordenbork (Nordenburg) und jede Verbindung mit den besetzten Gebieten wurden abgeschnitten, die Tätigkeit polnischer Verwaltung ist lahmgelegt. Unter solchen Umständen habe ich [Regierungsbevollmächtigte Prawin - JW] Evakuierung aller Verwaltungsorgane und polnischer Siedlungsbevölkerung mit deren Gut und Habe angeordnet.“ AAN, MZO, 196/60, Bl. 60. Der Regierungsbevollmächtigte Prawin hat erfolglos in Warschau sowie beim Vertreter der Nordgruppe der Sowjetischen Streitkräfte für den Bezirk Masuren Einspruch erhoben, in dem man deutlich auf den zufälligen Charakter der neuen Grenze, die die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz gefährdete, hingewiesen hat. Polnische Hoffnungen auf eine neue Grenzziehung gingen nicht in Erfüllung. Stalin schuf auch diesmal Fakten am ostpreußischen Boden. Die neue Grenze wurde erst nach seinem Tod im Jahre 1958 mit der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Abkommen besiegelt.

„massenhaft ihre Dörfer und Bauernhöfe verlässt.“<sup>341</sup> Die in der Wojewodschaft angeordnete Militärexpedition im Kreis Pasłęk hatte keinerlei Auswirkung.<sup>342</sup>

Ungeachtet Sztachelskis Bestreben um Einrichtung der Verwaltungsorgane in Ostpreußen fielen die entscheidenden Entschlüsse doch in Warschau.<sup>343</sup> Auf Grund der am 14. März 1945 vom polnischen Kabinett getroffenen Anordnung wurden die deutschen Ostgebiete in vier Verwaltungsbezirke mit Regierungsbevollmächtigten der Republik Polen an der Spitze eingeteilt.<sup>344</sup> Ihre Kompetenzen waren nicht präzisiert, doch die „Vorbereitung“ der Provinz für die Aufnahme der Siedler galt als Prioritätsaufgabe.<sup>345</sup> Der erste Regierungsbevollmächtigte in dem Bezirk IV Ostpreußen/Prusy Wschodnie (Okręg Mazurski) war Jerzy Sztachelski. Schon Ende März avancierte er jedoch zum Minister für Versorgung und Handel in Warschau und seinen Posten übernahm Oberst Dr. Jakub Prawin, der schon unter Lenino seine Dienste leistete. Im Rahmen der administrativen Einrichtung wurde der Bezirk IV in drei Distrikte aufgeteilt: West, Zentral und Ost. Pasłęk/Preußisch Holland befand sich im Zentralen Distrikt. In jeder Kreisstadt wurden erste polnische Beamte, Staroste, eingesetzt. Ihre Arbeit war in den ersten Wochen wesentlich erschwert, weil sie in Fragen der Kommunikationsmitteln und Verpflegung auf die Unterstützung der Roten Armee angewiesen waren. Oft wurden sie von den sowjetischen Soldaten kaum beachtet. Der Kommandant Preußisch Hollands, Dedenkov, stellte auch die Befugnisse des Mitte Mai angekommenen zukünftigen Starosten Władysław Zieliński in Frage.<sup>346</sup> Auch der Leiter der Kriegskommandanturen, Oberst Lobanow, fand seine Bevollmächtigungen unvollständig. Es ist nicht klar, über welche Ermächtigungen Zieliński zu dieser Zeit verfügte. Seine vorläufige Ernennung zum Starosten von Oberst Prawin erfolgte erst am 25. Mai. Aller Wahrscheinlichkeit nach kam er nach Preußisch Holland als Inspektor der Operativen Gruppen.<sup>347</sup> In diesem Sinne handelte der Stadtkommandant richtig. Offiziell billigten die

<sup>341</sup> APO, UP, 390/64, Bl. 69. Teil des Dokuments wurde zitiert außerdem in: Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. XIX. Im September 1945 sollen ca. 870 (!) Polen aus dem Kreis Pasłęk ausgewandert sein. APO, UW, 390/118, Bl. 24.

<sup>342</sup> Die Notwendigkeit einer Militärexpedition deutete schon der Brief des Bodenkommissars Reder an. AMSZ, DP, 6/453/30, B. 187.

<sup>343</sup> An die Wojewodschaft Białystok wurden am 7. Juli 1945 nur drei der ostpreußischen Kreise eingegliedert. Es waren Goldap, Treuburg und Lyck. Aufgrund dieser Einteilung entstanden s.g. „gemischte Wojewodschaften“, welche sowohl ehemals deutsche als auch polnische Gebiete umfassten. Man wollte dadurch die Integration der neugewonnenen Gebiete beschleunigen.

<sup>344</sup> S. BANASIAK: Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1947, S. 22.

<sup>345</sup> Warmiacy i Mazurzy w PRL, S. 25.

<sup>346</sup> Dienstbericht des Starosten Zielińskis vom 3. Juni 1945. APO, UP, 390/53, Bl. 1.

<sup>347</sup> Der Kompetenzbereich der Inspektoren soll umfangreich gewesen sein; in ihrer Domäne lag sogar die Prerogative, die administrativen Verhältnisse im Gelände zu gestalten. Der Leiter der Operativen Gruppe, die am

Russen erst auf der Konferenz in Warschau am 28. Mai 1945, die Herrschaft in deutschen Ostgebieten an Polen zu übertragen.<sup>348</sup> Major Dedenkov erlaubte Zieliński allerdings bis zur Erhaltung der entsprechenden Anweisungen, sich in der Stadt aufzuhalten, und sagte seine Hilfe zu.

Preußisch Holland wurde am 1. Juni an die polnische Verwaltung übergeben.<sup>349</sup> Laut dem Dokument befanden sich zu jener Zeit 173 Männer und 572 Frauen in der Stadt und 1190 Männer und 2862 Frauen im Kreis Preußisch Holland.<sup>350</sup> Der Übergabeprotokoll wurde von Major Ivan Dmitrowitsch Dedenkov und Major Ivan Jefrimovitsch Burmistrov von russischer Seite und vom Starosten Zieliński von polnischer Seite unterzeichnet und stellt relativ genau die strukturalen Verhältnisse einer Kreisstadt in den Polen zugesprochenen Gebieten nach dem Kriegsende dar. Zu den wichtigsten Organen der Stadtstruktur gehörten Kreisstaroste (Starost Władysław Zieliński, sein Stellvertreter, Sekretär und einen Angestellte – Jan Szpinek) und der Stadtverwaltung (Bürgermeister Alfons Pupik und vier Angestellte: Sekretär Anna Cimaszkiewicz, später Antoni Pagowski, Verpflegungsreferentin Teresa Zalewska und Anmeldereferent Władysław Kacpura)<sup>351</sup>. Das Übergabeprotokoll erwähnte auch das Amt des Kreisbodenkommissars, das auf Initiative des Wojewodschaftsbodenamts schon am 7. Mai in der Stadt eingerichtet wurde.<sup>352</sup> Für Sicherheit und Ordnung im Kreis waren 16 (sic!) Angestellte der Miliz zuständig.<sup>353</sup> Im Kreis befanden sich außerdem die Mitglieder der Operativen Gruppen, die mit mäßigem Erfolg versuchten, die Schlüsselindustriebetriebe des Kreises aus der sowjetischen Gewalt zu befreien.<sup>354</sup> Weniger kompliziert erwies sich die Übernahme zweitrangiger Staatsbetriebe.<sup>355</sup>

---

31. März nach Allenstein geschickt worden war, Tadeusz Pałucki, wurde beispielweise zum ersten Leiter des PUR und nachher zum Präsident Olsztyns/Allenstein ernannt. W. GIESZCZYŃSKI, S. 24; T. DUBICKI, S. 48.

<sup>348</sup> Die offizielle Machtübernahme für den Bezirk Masuren fand allerdings schon am 23. Mai in Allenstein/Olsztyn statt. Wie formell diese „Machtübertragung“ jedoch gewesen ist, weist die neue Dislokation der Militäreinheiten im masurischen Bezirk, sowie die Zahl der dort stationierten Soldaten hin – sie hat sich wesentlich vergrößert. ALEKSANDER WAKAR: Kształtowanie się władzy ludowej na Warmii i Mazurach 1945-1947, Olsztyn 1996, S. 199.

<sup>349</sup> Die Hoheit im Kreis Preußisch Holland wurde am 27. Mai festlich auf Polen übertragen. Es war nur eine formale Übergabe. Die Kommandantur und die GPU blieben noch eine gewisse Zeit in der Stadt. Der Zugang zum russischen Stadtteil war weiterhin für die Polen gesperrt. Hier entsprechend die Daten der Übergaben anderer Kreise des Bezirks: Rastenburg/Kętrzyn – 18. Mai, Heilsberg/Lidzbark Warmiński – 19. Mai, Lötzen/Giżycko – 20. Mai, Rössel/Reszel – 21. Mai, Angerapp - 23. Mai, Neidenburg/Nidzica – 27. Mai, Wartenburg/Barczewo – 3. Juni, Goldap/Goldap – 10. Juni, Nordenburg und Bartenstein/Bartoszyce – 15. Juni, Preußisch Eylau/Pruska Hława – 27. Juni, Braunsberg/Braniewo – 7. Juli, Gerdaun/Gierdawy - 15. Juli, Frauenburg/Frombork – 5. August, Mehlsack/Pieniężno – 11. August.

<sup>350</sup> WŁADYSŁAW ŚNIECIKOWSKI; Pasłek w latach 1945-1997, in: *Pasłek...*

<sup>351</sup> Ebenda, S. 396; STANISŁAW PAŹDZIÓR: Pierwsze dni wolności, in: *Wiadomości Pasleckie*, 23. Januar 1985, S. 5.

<sup>352</sup> Vgl. Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. 79, An. 25.

<sup>353</sup> Die ersten 6 Milizionären kamen nach Preußisch Holland/Pasłek zwecks Einrichtung der Kreismiliz schon am 13. Mai 1945. W. ŚNIECIKOWSKI, S. 398.

<sup>354</sup> Sommer 1945 waren von den sowjetischen Einheiten besetzt: In Preußisch Holland/Pasłek Autowerkstatt, in Mülhausen/Młynary Sägewerk und elektrische Mühle, in Fürstenau/Księżno Sägewerk, das trotz der Übergabe

Die Zusammensetzung der neuen administrativen Strukturen spiegelt vor allem die mangelhaften Sicherheitsbedingungen des Kreises wider. Es mangelte auch an qualifizierten Beamten, die für den Aufbau der Verwaltung notwendig gewesen wären.<sup>356</sup> Deswegen kann man die administrative Entwicklung der Stadt erst im November 1945 für abgeschlossen halten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Starostei in 11 Abteilungen aufgeteilt, die mit ihrer Tätigkeit das ganze öffentliche Leben umfassten.<sup>357</sup> Als wesentlich komplizierter erwies sich allerdings der Aufbau der Verwaltungsstrukturen auf dem Lande. Diese Aufgabe war mit dem Zustrom der neuen polnischen Siedler direkt verbunden. Aus diesem Grund waren alle Kreisgemeinden Ende Juli 1945 noch nicht „organisiert“ (Starost Zieliński).<sup>358</sup> Auch laut mündlicher Überlieferungen mussten einzelne Dorfvorsteher im Sommer 1945 aus der deutschen Bevölkerung bestimmt werden: „Polen haben sich zuerst nur im Schönfeld/Krasin und Grünhagen/Zielonka Pasłęcka angesiedelt. An den Versammlungen der Dorfvorsteher nahmen anfangs 11 Deutsche und zwei Polen teil.“<sup>359</sup> Die deutschen Dorfvorsteher waren verpflichtet, sich alle zwei Wochen bei der Starostei zu melden. Der Aufbau der Verwaltung in dem Gelände wurde Mitte November abgeschlossen. Als die letzten beiden Gemeinden wurden Deutschendorf/Wilczęta und Döbern/Dobry besetzt.<sup>360</sup>

Die polnische Verwaltung war nicht nur politisch von der verbündeten Sowjetunion abhängig. Die Souveränität Polens auf den neuen Gebieten war vor allem für die wirtschaftliche Verwaltung wesentlich eingeschränkt, weil die Polen und die sowjetische Seite unterschiedliche Standpunkte vertraten. Die Polnische Verwaltung sah in Ostpreußen ein uraltes polnisches Land,<sup>361</sup> die sowjetischen Befehlshaber dagegen betrachteten diese Provinz als deutsches Gebiet, d.h. als dem Sieger zugehöriges Beutegut<sup>362</sup>. Im Juli 1945 waren

---

an Polen demontiert und in die UdSSR transportiert wurde. ANN, Ministerstwo Przemysłu i Handlu (MPH) [Handels- und Industrieministerium], 195/4353, Bl. 1,7.

<sup>355</sup> Schon am 3. August haben die Russen das Krankenhaus im Pasłęk/Preußisch Holland an Polen übergeben. APO, UP, 390/53, Bl. 2.

<sup>356</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 5-8.

<sup>357</sup> APO, UP, 390/140, Bl. 23-27, 42-49.

<sup>358</sup> APO, UP, 390/140, Bl. 12-14.

<sup>359</sup> Interview mit Bolesław Romanowski.

<sup>360</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 87-88.

<sup>361</sup> Am besten hat es Wojewode Sztachelski ausgedrückt, als er zu den nach Ostpreußen ausbrechenden Operativen Gruppen am 13. Februar 1945 sagte: „Uraltes polnisches Gebiet kehrt zum Mutterland zurück. Das Land, das ein Schuh eines Deutschordensritters jahrhundertlang zertreten hat, verbindet sich unzentrennbar mit Polen.“ Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, Dok. 2, S. 22.

<sup>362</sup> AAN, MAP, 199/2460, Bl. 92. Im Bericht des Inspektoren des MAP (Ministerium der Öffentlichen Verwaltung) wurde beispielsweise festgestellt: „Ärgerlich ist die Benutzung der deutschen Städtenamen durch die Bevölkerung und sogar durch amtliche Stellen sowie in Olsztyn/Allenstein die Belassung von Straßennamen in deutscher Sprache sowie von deutscher Schildern, wodurch die Stadt weiterhin den Anstrich einer deutschen Stadt trägt, was u.a. einen Grund für die unter der Sowjetarmee verbreitete Ansicht darstellen könnte, dass Olsztyn/Allenstein wie auch der ganze Bezirk Masuren ein deutsches Land geblieben sei; die Tatsache, dass sich

schätzungsweise 662 Landhöfe von russischen Einheiten besetzt.<sup>363</sup> Dies stellte nicht nur die Legitimität der polnischen Herrschaft in dem Gebiet in Frage, es gefährdete auch das ökonomische Gleichgewicht des Bezirkes.<sup>364</sup>

Zu ersten Auseinandersetzungen mit den Polen kam es über das Gut Lägs,<sup>365</sup> aus dem die Starostei Nutzen zog: Im Juli 1945 wurde das Gut von russischen Einheiten besetzt, was die Verpflegungslage der Starostei wesentlich verschlimmerte. Die Versorgung mit Lebensmitteln war ohnehin schwierig genug; nun wurde auch die ganze Ernte des Kreises vom Sommer 1945 der Roten Armee zugeteilt,<sup>366</sup> was neue Konflikte mit der polnischen Verwaltung ankündigte. Die Ernteaktion in den neuen Gebieten war für die polnische Regierung von besonderer Bedeutung. Man hat sie als Prüfung<sup>367</sup> der jungen administrativen Strukturen betrachtet. Die Einbringung der Ernte auf den gesamten neuen Gebieten sollte die Bewirtschaftungsmöglichkeiten der Polen und den Grad der Besiedlung dieser Regionen noch vor der Konferenz von Potsdam bewirken. Aus diesen Gründen wurde der Posten des Bevollmächtigten zur Ernteaktion ins Leben gerufen. Am Ende stellte sich jedoch heraus, dass das wichtigste und entschiedenste Hindernis bei diesem Vorhaben die Rote Armee darstellte. Sie beanspruchte nicht nur die Einbringung der ganzen Ernte im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland, sondern setzte auf den Feldern die deutsche Bevölkerung des Kreises ein, was mit den Aussiedlungsplänen der Polen kollidierte. In ihrem Vorhaben ging die Rote Armee willkürlich vor und beanspruchte auch die bisher nicht besetzten Güter, wie aus dem Bericht des Kreisbodenkommissars Kazimierz Reder hervorgeht: „Auf den angeschlossenen Feldern und Wiesen rammen sie [Rotarmisten – JW] Pfähle in die Erde mit dem Schild: Es gehöre dem Gut des Kommandanten von dieser oder anderer Einheit. Neulich erhielten sie den Befehl, innerhalb 10 Tagen sämtliches Getreide zu dreschen.“<sup>368</sup>

---

in der Roten Armee eine derartige Ansicht ausgebildet hat, ist durch zufällige Gespräche bestätigt worden, die ich mit sowjetischen Soldaten geführt habe.“ W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 240, S. 492; Warmiaczy i Mazurzy w PRL, S. 17, An. 6.

<sup>363</sup> Bericht des Kreisbodensamts. APO, UP, 390/118, Bl. 9.

<sup>364</sup> Gemäß dem Befehl Generals Tscherniachovskij vom 15. Mai 1945 sollen diese Industriebetriebe, die zur Versorgung der sowjetischen Einheiten nicht bestimmt waren, von den Russen verlassen werden, was aber noch lange nicht geschah. Das Problem wurde zwar offiziell mit dem Abkommen vom 16. August reguliert, die Situation hat sich aber nicht geändert: Ende August 1945 befanden sich ca. 20% der durch Operative Gruppen inventarisierten industriellen Güter in Händen der Russen. Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. XVI.

<sup>365</sup> Leżnice. Zieliński verwendet in seinem Bericht den deutschen Namen. Bericht des Kreisstarostei Juli 1945, APO, UP, 390/53, Bl. 5-8.

<sup>366</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 5-8.

<sup>367</sup> So Bagiński vom Wojewodschaftsbodensamt in Olsztyn/Alenstein. Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, Dok. 31, S. 97.

<sup>368</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 12-13.

Die Entscheidung zur Aufteilung der Ernteflächen in den neuen Gebieten musste im Juni 1945<sup>369</sup> zentral getroffen werden.<sup>370</sup> Die Ernteverteilungslinie im Bezirk Masuren glich im Grunde genommen dem Verlauf des frontnahen Streifens,<sup>371</sup> d.h. in den nordwestlichen Kreisen, u.a. im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland wurde die Ernte ausschließlich der Roten Armee zugeteilt. Diese Tatsache gefährdete die Existenz der Deutschen, die auf den besetzten Gütern nicht zur Arbeit herangezogen wurden, und der polnischen Bewohner dieser Gebiete. Vieles weist jedoch auf die Abschließung von lokalen Vereinbarungen hin, gemäß derer bestimmte Ernteflächen polnischen Siedlern zur Verfügung gestellt werden sollten. Für den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland wurde ebenfalls eine solche Abmachung unterzeichnet.<sup>372</sup> Auf diese Tatsache weist vor allem der Bericht des Kreisbodenkommissars hin: „Auf Grund der Verständigung mit dem Kriegskommandanten wurden manche mit Roggen und Weizen angesäten Felder, die selbstverständlich schlechtere Qualität hatten und mit Disteln, Minze und Erbsen bewachsen waren, der polnischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt.“<sup>373</sup> In Wirklichkeit wurden polnische Schnitter auch von diesen Flächen durch sowjetische Einheiten mit Waffengewalt weggetrieben und das von ihnen geerntete Getreide beschlagnahmt. Um dem Hunger zu entkommen, handelten viele auf eigene Faust mit russischen Soldaten<sup>374</sup> oder brachten das überreife Getreide (insgesamt von der Erntefläche von 225 ha) ein. Dieses Korn musste allerdings mit primitivsten Mitteln geerntet werden; Ernte- und Mähmaschinen wurden in die UdSSR transportiert.<sup>375</sup> Der Bodenkommissar Reder zog die richtigen Schlussfolgerungen aus dieser Situation und prophezeite eine wirtschaftliche

<sup>369</sup> Es ist ein wahrscheinliches Datum. Der Text des Abkommen ist nicht gefunden worden. Die Aufteilung der Ernteflächen in: ANN, MAP, 199/2460, Bl. 96.

<sup>370</sup> Vgl. Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. 141, An. 36.

<sup>371</sup> Die Sommerernte fiel an die Rote Armee als Ganzes in folgenden Kreisen: Pasłęk/Preußisch Holland, Braniewo/Braunsberg, Święta Siekierka/Heiligenbeil, Bartoszyce/Bartenstein, sowie teilweise in den Kreisen Kętrzyn/Rastenburg, Lidzbark Warmiński/Heilsberg, Reszel/Rössel, Węgorzewo/Angerburg, Gołdap/Goldap, Gierdawy/Gerdauen, Morąg/Mohrungen und Treuburg/Olecko. AAN, MAP, 199/157, Bl. 8-9.

<sup>372</sup> Der Text der Abmachung ist nicht gefunden worden.

<sup>373</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 12-13.

<sup>374</sup> Man konnte das Korn gegen Alkohol umtauschen, was noch mal auf den willkürlichen Charakter der sowjetischen Militärverwaltung deutet. „Unter diesem Unkraut standen Schober des ungedroschenen Getreides, auf die ein russischer Soldat aufpasste. Ich und meine Kollegen haben so mit ihm besprochen, für zwei Liter Spiritus bekamen wir einen Schober. Wir brachten das Getreide im Krankenhaus unter und droschen es. [...] Wir haben auf dieser Weise das Krankenhaus mit Getreide für 2 Jahre versorgt.“ Wpisani w Pasłęk, S. 27. Die restlichen Scheuschober wurden nicht eingebracht und standen zwei Jahre lang auf den Feldern, was eine Mäuseplage verursachte. 11MP. Laut der Erlebnisberichte und wie es aus den Quellen hervorgeht, musste die Plage ein beträchtliches Ausmaß gehabt haben: „Ich kann mich erinnern, 1946 hat es eine Mäuseplage gegeben. Es war aber unvorstellbar Es sah so aus, als wenn sich die Felder von selbst bewegen würden. [...] Man verwendete dagegen verschiedene Mittel, auch Gift, das half nicht. Nachher hat es die Natur selbst geregelt. Der Winter war streng, es fiel auch viel Schnee. Frühlings kamen die Tauwetter und Schneeschmelze und die Mäuse ertranken.“ Wpisani w Pasłęk, S. 24.

<sup>375</sup> „Nach der Waffenruhe wurden ab Ende Mai 1945 aus den benachbarten Dörfern und Gütern landwirtschaftliche Geräte, Dresch- und Mähmaschinen, elektrische Motoren, Arbeitmaschinen und Geräte auf einer Wiese zusammengefahren, um später auf dem Güterbahnhof verladen und abtransportiert zu werden.“ H. GROß, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 186.

Katastrophe, die dem Kreis wegen der Entmutigung und Abwanderungswelle der Siedler bevorstand. Auch der Mangel an Landmaschinen und an für die Winteraussaat nötigem Korn drohte die Situation zu verschlimmern. Ganz besonders, dass die Situation sich im Herbst wiederholte, als man mit der Kartoffelernte begann.<sup>376</sup>

Der nächste Konflikt zwischen Polen und Russen entstand über den Arbeitseinsatz der deutschen Zivilbevölkerung, die nach der Stadtübernahme weiterhin als Schnitter, Drescher auf den Feldern oder im Haushalt der sowjetischen Offiziere beschäftigt war. Einerseits kam es zur Konkurrenz um die deutschen Arbeiter, andererseits war es ein Hindernis für die polnischen Aussiedlungspläne. Im August 1945 berichtete der Leiter des Amtes für Deutsche Angelegenheiten<sup>377</sup> an den Präsidenten der Stadt Olsztyn/Allenstein: „Die Schwierigkeiten, auf welche die Mitarbeiter des Amtes [...] stoßen, vereiteln es häufig, deutsche Mitarbeiter, in welcher Organisation auch immer, für öffentliche Arbeiten oder städtische Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Einer der wichtigsten Gründe ist die starke Konkurrenz auf Seiten der Roten Armee, die beim Einsatz von Deutschen zur Zwangsarbeit vor allem auf eine ausreichende Ernährung der Arbeitenden achtet. Und wirklich – Küchen, Kommandanturen und andere Einheiten geben den Deutschen 3-mal täglich eine warme Mahlzeit und Brot, aber dafür zahlen sie nicht. Darum gehen Arbeiter deutscher Nationalität auch lieber dort zur Arbeit und bemühen sich geflissentlich, uns aus dem Weg zu gehen. [...] Ich habe oftmals festgestellt, dass russische Soldaten versuchen, die deutschen Arbeiter über die Felder zu führen, um jeden Versuch von unserer Seite, sie unter unsere Kontrolle zu bekommen, zu entgehen.“<sup>378</sup> Im Sommer 1945 hatten die polnischen Behörden keinerlei Einfluss auf diese Situation. Die Kreisstaroste in Pasłęk wurde sogar im Juni 1945 verpflichtet, täglich 200 (!) deutsche Arbeiter zur Verfügung des Kommandanten abzustellen.<sup>379</sup>

Der erste polnische Versuch diesen Zustand zu ändern, war misslungen. So ordnete der Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Masuren Prawin an, die gesamte deutsche Bevölkerung aus den Städten bis zum 30. Juli aufs Land zum Ernteeinsatz auszusiedeln, wovon schon der Generalregierungsbevollmächtigte Edward Ochab in seinem Schreiben vom

<sup>376</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 45-46. Bei der Ernte arbeitete die deutsche Bevölkerung: „Der Starost ließ uns die Kartoffel ernten; er zeigte uns ein Dokument mit der Unterschrift eines Obersten, dass wir sie ernten dürfen. [...] Dann sagte der Gemeindevorsteher zu mir: ‘Geh hin und guck mal, was da ist. Dann nimm die Deutschen zur Arbeit.’ Wir ließen und sie kamen. Es herrschte Disziplin unter den Deutschen. Wir haben aber nur den halben Tag die Kartoffel ernten können. Dann kamen zwei Soldaten: ‘Gebt uns Schnaps, hier darf man nicht ernten.’ Und schossen über unseren Köpfe.“ Interview mit Bolesław Romanowski.

<sup>377</sup> Dieser Posten wurde im Rahmen der Stadtverwaltung Allenstein/Olsztyn am 1. Juni 1945 eingerichtet. Seine Aufgaben waren die Registrierung der deutschen Bevölkerung in Allenstein/Olsztyn, sowie die Organisation des Arbeitseinsatzes der Deutschen. Das Amt wurde im Herbst gleichen Jahres aufgelöst.

<sup>378</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 256, S. 511.

<sup>379</sup> APO, UP, 390/71, Bl. 38.

25. Juni 1945 sprach.<sup>380</sup> Die Zahl der deutschen Zivilisten und Güter, in die Deutsche „reinpassen würden“, sollten schätzungsweise festgestellt werden. Deutsche, die auf dem Land lebten, sowie Ermländer und Masuren, sollen in ihren Wohnorten bleiben.<sup>381</sup> Die Kreisstaroste in Pasłęk/Preußisch Holland stieß auf wesentliche Probleme in der Durchführung dieser Aktion; eines davon war die Besetzung der Landgüter durch die Russen.<sup>382</sup>

Wie schon mehrmals betont, wurde die deutsche Zivilbevölkerung von den Polen zu den unterschiedlichsten Arbeiten eingezogen, meistens zur Reinigung der Stadt von den Trümmern, Inbetriebnahme und Instandhaltung des städtischen Wasserwerks und der Stromversorgung, Transport und Bereitstellung von Lebensmittelvorräten für die polnische Bevölkerung.<sup>383</sup> Die Arbeit war häufig enorm schwer, wie Frieda Hauschalter aus Luxethen/Łukszty, Kr. Preußisch Holland berichtete: „Wie schon erwähnt, habe ich und meine Tochter [...] an der Bahn in Schlobitten gearbeitet. An der Strecke Elbing-Königsberg wurde ein Gleis aufgenommen. Zum größten Teil wurden diese schweren Arbeiten von Frauen ausgeführt. Schienen und Schwellen wurden von uns Frauen verladen und gingen nach Polen. Als Lohn bekamen wir 20 Zloty. Für ein kleines Brot mussten wir 3 Tage arbeiten. Sattessen konnten wir nie. Jede freie Minute haben wir benutzt, um Ähren zu sammeln. Die Ähren haben wir [...] gedroschen und auf einer alten Schrotmühle mit der Hand geschrotet. Einige deutschfreundliche Polen hätten uns vielleicht geholfen, aber sie hatten ja selbst nichts.“<sup>384</sup>

Diese allgemeine Einstellung unter den Polen, die gebliebene deutsche Bevölkerung für die unterschiedlichsten Arbeiten auszunutzen, deren Voraussetzungen die Beschlüsse von Jalta schufen,<sup>385</sup> wurde mindestens von drei Gründen hervorgerufen: Erstens war es polnische

<sup>380</sup> „Falls es vorbeugend nicht möglich wird, die auszusiedelnde Stadtbevölkerung aus den Grenzen der Republik Polen zu entfernen, ist sie auf die Vorwerke auszusiedeln und bei den Erntearbeiten einzusetzen.“ *Wysiedlenia Niemców i osadnictwo ludności polskiej na obszarze Krzyżowa-Świdnica (Kreisau-Schweidnitz) w latach 1945-1945. Wybór dokumentów*, hrsg. von Karol Jonca, Wrocław 1997, Dok. 1. S. 96-97.

<sup>381</sup> APO, UP, 390/71, Bl. 12. Das Dokument außerdem in: *Warmiacy i Mazurzy w PRL*, Dok. 31. S. 43.

<sup>382</sup> APO, UP, 390/71, Bl. 35.

<sup>383</sup> APO, UP, 390/71, Bl. 38. Das Dokument ist zitiert außerdem in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: *Wojewodschaft Allenstein*, Dok. 244, S. 496.

<sup>384</sup> LAA, Ost.-Dok. 2/35, Bl. 60-67. Die Frage der Entlohnung der Deutschen wurde zentral erstmalig mit der Verordnung vom 19. April 1946 geregelt. Laut der Anordnung sollen die deutschen Arbeiter zwar den gleichen Lohn wie die Polen erhalten, aber sie mussten davon eine Abgabe von 25% an den polnischen Staat für den Wiederaufbau leisten. Zu diesem Zeitpunkt galt für den Bezirk Masuren der Verbot einer festen Entlohnung der Deutschen, der von den lokalen Arbeitgebern häufig nicht respektiert wurde. W. BORODZIEJ, C. KRAFT: *Wojewodschaft Allenstein*, Dok. 251, S. 506.

<sup>385</sup> Das Protokoll zur Frage der Reparation erklärte, dass „die Deutschen [den Westalliierten] eine Entschädigung zahlen müssen, und zwar in drei Formen: 1. durch einmalige Konfiszierungen [...] 3. durch die Ausnutzung der deutschen Arbeitskraft. [...]“. Zitiert nach: W. BORODZIEJ: *Einleitung*, S. 83, An. 177. Laut Borodziej machte Polen „von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch und führte keine zentrale Regelung der Zwangsbeschäftigung



Überzeugung, dass die Schuld für die Entfesselung des Krieges und der polnischen Verluste eine Grundlage für den Arbeitzwang seien; zweitens mangelte es an qualifizierten Arbeitskräften. Der erste Grund offenbarte sich im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland häufig in der Ausnutzung der deutschen Arbeitskräfte auch zu privaten Zwecken. Es betraf polnische Beamte, Milizionäre oder Sicherheitsbeamte<sup>386</sup>: „Fürs Essen musste ich putzen und Gartenarbeit leisten. [...] Ich habe dort aber nicht lange gearbeitet. [...] Der Starost war nicht gut zu mir. Seine Frau war es aber.“<sup>387</sup>

Häufig halfen deutsche Frauen bei polnischen Familien im Haushalt. Sie wurden dafür mit Lebensmitteln entlohnt. Frau Dora Stramm aus Bunden berichtete beispielweise: „Allmählich kamen polnische Familien nach Schlobitten. Bei denen haben wir dann arbeiten müssen. Ich kann nicht sagen, dass die Menschen schlecht zu uns waren. Sie gaben uns Arbeit und Brot, obwohl sie selbst wenig hatten. [...] Meine Mutter musste oft zu einer Familie gehen, die zwei kleine Kinder hatte. [...] Mutter war da allein im Haus und hat die Kinder und den Haushalt versorgt. Klaus konnte sie mitbringen. Er konnte dann mit den polnischen Kindern spielen. Ich ging ebenfalls zu einer Familie und machte dort das gleiche. Auf dieser Weise hatten wir unser Essen.“<sup>388</sup>

Doch am begehrtesten waren deutsche Facharbeiter für Industrie oder Landwirtschaft. Schon im September 1945 berichtete der Bodenkommis­sar Kazimierz Reder: „Den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften spürt man in jedem Lebensbereich. Besonders betrifft es Schlosser, Tischler und andere Handwerker. Da diese Arbeiter nach Deutschland abreisen möchten, wird sich dieser Zustand mit der Zeit noch verschlechtern.“<sup>389</sup> Dem Grunde nach verbot man am 16. November 1945 die Ausweisung dieser Facharbeiter aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland und beschloss, zeitweilige Aufenthaltsgenehmigungen diesen Personen zu gewähren. Dieser Zwang war auch mit einer wesentlichen Beschränkung der Bewegungsfreiheit der deutschen Arbeiter verbunden – sie durften die Gemeindegrenze nur mit der schriftlichen Erlaubnis des Gemeindevor­stehers überschreiten.<sup>390</sup> Im April 1946 leisteten sie hauptsächlich im Krankenhaus von Pasłęk/Preußisch Holland die Arbeit (17

---

der Deutschen durch, doch in der Praxis der Nachkriegsjahre sah man, [...] die Lösung eines Teils der Probleme auf dem Arbeitsmarkt in einem massenhaft ausgeübten Arbeitzwang gegenüber der Deutschen.“

<sup>386</sup> 13MDP. Es war allgemein bekannt, dass die Beamten Nutzen von den Landgütern zogen. Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland gehörten einzelne Landhöfe der Staroste­i, PPR, Milizionären und Sicherheitsbeamten. APO, UW, 391/2118, Bl. 111.

<sup>387</sup> 7WDP.

<sup>388</sup> D. STRAMM in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 194-195.

<sup>389</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 25-28.

<sup>390</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 63-66. Zur Kategorisierung der deutschen Facharbeiter: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 90, 121, 125, 153.

Personen)<sup>391</sup> und in verschiedenen Industriebetrieben (in der staatlichen Gerberei in Pasłęk/Preußisch Holland – 2 Deutsche,<sup>392</sup> in der Mühle in Młynary/Mühlhausen – 2 und im staatlichen Sägewerk in Pasłęk/Preußisch Holland – 3 Personen<sup>393</sup>). Die Zahl der in der Landwirtschaft eingestellten Deutschen war anfangs gering: In Rychliki/Reichenbach waren es 4 Personen, in Wołyniec/Grünhagen – 8, in Wilczęta/Deutschendorf – 4 Deutsche.<sup>394</sup> Doch Ende Januar 1947 berichtete das Kreisbodenamt schon von 502 Deutschen, die auf den Staatsgütern arbeiteten: In Drulity/Draulitten waren es 204 deutsche Arbeiter, in Topolno Wielkie/Groß Tippeln – 102, in Gładysze/Schlodien 32, in dem Familiengut Dönnhoffs Kwitajny/Quittainen – 72 und in Rejsyty/Rossitten – 92.<sup>395</sup> Alle wurden allerdings im April 1947 ausgewiesen.<sup>396</sup>

Der dritte Grund für die Einsetzung deutscher Arbeitskräfte war, nach Włodzimir Borodziej – der Wunsch der Deutschen selbst, die dadurch hofften, eine Verbesserung der Versorgungslage und der Sicherheit zu erreichen.<sup>397</sup> Doch die Arbeit für die Polen war häufig mit Diskriminierung und Erniedrigung verbunden: „Der Mensch war ein Sklave nach dem Krieg, als die Polen kamen. Wir mussten die Stadt enttrümmern. Ein Milizionär war immer dabei. Er passte auf, damit wir nicht fliehen. [...] Es waren aber Kriegszeiten und der Mensch durfte nicht machen, was er wollte.“<sup>398</sup>

Solche Arbeiten garantierten, wie erwähnt – relativ regelmäßige, wenn auch mangelhafte Ernährung. Vom Hunger waren am meisten die Alten und Kranken bedroht. Sie sollten auch gemäß den Direktiven aus Warschau zu allererst ausgesiedelt werden. Wegen Mangels an Transportmitteln waren sie allerdings diejenigen, die in der Provinz blieben, was häufig katastrophale Konsequenzen hatte: „Die Zahl der Todesfälle durch Hunger und das Elend unter der deutschen Bevölkerung, besonders in den Nordkreisen, ist sehr hoch und hat sich

<sup>391</sup> Es waren (in originaler Schrift): Polakowska Krescencja, drei Krankenschwestern: Kather Konrada, Schenk Marcelina, Rudek Lina, sowie Pepel Paul, Wiltzeis Annemaria (Köchin), Paupherner Paul, Lunau Bernard, Sommer Karl, Nickel Maria, Eisenbletter Hildegard (Näherin), drei Sanitäterinnen: Klank Luise, Friese Elisabeth, Lange Gertrud, Buchau Herbert (Schlosser), Lange Maria und Arzt Kranski Johan (aus Putzig). Alle waren in der Kopernikstraße 24 (Rogehnerstraße) untergebracht.

<sup>392</sup> Soboll Fryderyk, 69 Jahre alt und Grunwald Wilhelm, 62 Jahre alt.

<sup>393</sup> Köther Albert, 50 Jahre alt, Gempert Emil, 26 Jahre alt, Refke Karl, 49 Jahre alt.

<sup>394</sup> APO, UP, 390/72, Bl. 104.

<sup>395</sup> APO, UW, 391/124, Bl. 167.

<sup>396</sup> APO, UW, 391/288, Bl. 503. Die Starostei berichtete genau von 571 Deutschen auf den PUZ-Gütern, die zur Ausweisung vorgesehen wurden.

<sup>397</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 82. „Einige Polen hatten ein oder zwei Kühe und so versuchten wir mit diesen im April in Kontakt zu kommen, denn wieder waren acht Monate ins Land gegangen, ohne dass wir Erwachsenen, aber besonders unsere Kinder, Milch zu trinken bekommen hatten. Nichts vermissten wir so sehr wie die Milch. Wir gingen zu den Polen arbeiten. [...] Tante Grete strickte für Polinnen aus Nichts die herrlichsten Sachen und erhielt dafür Mehl, Speck und anderes. Die Schwägerin und ich wanderten bis Reichertswalde und weiter, um etwas zum Lebensunterhalt zu schaffen. Hauptsache war, dass wir bei den Polen aßen.“ Erinnerungen Frau Gertrud Conrad aus Schmauch/Kr. Preußisch Holland, in: *Kreisbuch Preußisch Holland*, S. 414-415.

<sup>398</sup> 7WDP.

noch durch die Anordnung des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete über die Entlassung deutscher Arbeiter aus manchen Betrieben vergrößert.“<sup>399</sup> Um sich Nahrungsmittel zu beschaffen, wurden Trümmer durchgesucht oder man ging betteln. Hierfür wurden häufig Kinder eingesetzt, so wie im Fall der Familie Rhode: „Schnell lernte ich was wir zum Überleben brauchten. Mein ständiger Begleiter war ein Beutel, den ich über meiner Schulter trug. Ich ging zu den geliebten Preußischholländern, meistens alte Leute und bettelte. [...] Von einer alten Frau bekam ich Brotrinden, die sie für mich aufhob. Von diesen Brotkrusten kochte Tante Anna eine Suppe. Auch bekam ich mal Kartoffeln oder Äpfel in meinen Beutel gesteckt. Man hat es mir wohl angesehen, dass ich ein hungerndes Kind war.“<sup>400</sup>

Wie schon mehrmals betont, war die Tätigkeit der polnischen Verwaltung wegen der Stationierung der sowjetischen Einheiten in vielen Lebensbereichen beschränkt. Dies hatte mannigfaltige Auswirkungen – es beeinflusste vor allem das Verhältnis der polnischen Siedler zu den neuen administrativen Strukturen. Die Rote Armee war das übergeordnete Element und prägte das Bild des Kreises innerhalb der ersten Nachkriegsjahre nachhaltig. Einerseits wurde die polnische Zuflussbevölkerung von der Roten Armee schikaniert und misshandelt. Im August 1945 berichtete man z.B. von 62 polnischen Zwangsarbeitern im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland, die vom sowjetischen Lager freigelassen wurden.<sup>401</sup> Plünderungen, Diebstähle, Vergewaltigungen und Morde,<sup>402</sup> die an Polen von den Russen verübt wurden, steigerten das Gefühl der Unsicherheit, das ohnehin in dem Gebiet herrschte. Die nominale Macht der polnischen lokalen Strukturen, die schwache Position der polnischen Miliz, die Siedler vor den Angriffen nicht zu schützen vermochte, sondern selbst zu einem

<sup>399</sup> Bericht des Leiters der Sozial-politischen Abteilung W. Jeżewski für den Zeitraum von 1. März 1946 bis 30. September 1946. APO, UW, 391/266, Bl. 23.

<sup>400</sup> SIEGFRIED RHODE: Die Zeit bis zur Ausweisung, in: *Der Heimatbrief ...*, Bd. 3(1996), S. 361.

<sup>401</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 17. Der Vorsitzende des Wojewodschaftsbodensamtes in Olsztyn/Allenstein Ing. J. Ptaszek unternahm eine Inspektionsreise durch die Nordkreise der Wojewodschaft (u.a. auch durch den Kreis Preußisch Holland/Pasłęk) und berichtete davon, in der Nähe von Elbing/Elbląg ungefähr 420 Polen getroffen zu haben. „Die Russen lassen diese Polen nicht frei, sondern halten sie weiterhin zu Zwangsarbeiten fest. Man geht schlecht mit ihnen um. Ebenso schlecht ist die Ernährung. [...] Genauso schlecht ist der Umgang der sowjetischen Behörden mit den ortsansässigen Polen. [...] Ausnahmslos alle alteingesessenen Polen sowie auch die von den Deutschen als Arbeiter hergebrachten Polen traten mit ein und derselben Beschwerden an uns heran, nämlich über die unablässigen Vergewaltigungen, die durch die Sowjets an Frauen verübt wurden. Diese Vergewaltigungen erfolgten nicht nur während der Kampfhandlungen beziehungsweise in Frontnähe, sondern geschehen nach wie vor, auch nach Weiterrücken der Front.“ W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 233, S. 482. Delegat des PUR Ing. Edmund Kłos berichtete z. B. von ungefähr 5500 Polen, die sich im Sammellager in Elbing befinden sollten. Nach Gesprächen mit dem Kommandanten von Elbing, Obersten Novikov und dem Lagerleiter Obersten Bresgin wurde der größte Teil der Polen entlassen und über Preußisch Holland nach Allenstein oder „Polen“ gebracht. Okręg Mazurski w dokumentach, Dok. 20, S. 64.

<sup>402</sup> Der Gemeindevorsteher von Wołyniec/Grünhagen Franciszek Szybszak und sein Bruder wurden von sowjetischen Soldaten erschossen, weil sie gegen Plünderungen an den Wolyhnier protestiert hatten.

Destabilisierungsfaktor wurde, führten zu einer geringen Anerkennung der polnischen Verwaltung durch die neuen Bewohner. Als es im Oktober 1945, fünf Monate nach Kriegsende nur geringe Anzeichen von Normalisierung der Verhältnisse im Kreis gab und die Verbrechen der Sowjets zunahmen, war das Unsicherheitsgefühl und die Skepsis gegenüber der polnischen Verwaltung in Pasłęk/Preußisch Holland und generell der staatlichen Gewalt in Ostpreußen so groß, dass es zu spontanen Abreisen kam. Der Gemeindevorsteher von Wołyniec/Grünhagen<sup>403</sup> brachte die Stimmung am besten zum Ausdruck: „Die allgemeine politische Einstellung [der Siedler – JW] ist sehr gut. Jeder Pole hilft der [polnischen] Herrschaft, jedoch wegen der beraubenden Banditen in sowjetischen Uniformen gegen die polnische Bevölkerung, entsteht eine Stimmung der Unsicherheit und des Misstrauens an Macht und Kraft unserer Verwaltung, die dagegen aktuell tatsächlich nichts unternehmen kann, deswegen herrscht eine starke Verzweiflung, was sich durch Unterlassung der Landarbeiten und Flucht ausdrückt.“<sup>404</sup>

Gleichzeitig widersetzten sich die Russen den Schikanen gegen die Deutschen durch die Polen. Mehrere Interviewpartner erwähnten beispielweise die Kennzeichnungspflicht (weiße Armbinde mit dem Buchstabe „N“<sup>405</sup>) aller Deutschen im Kreis die nachher von den Russen streng verboten wurde.<sup>406</sup> Von einer ähnlichen Situation berichtete auch Herbert Groß aus Mülhausen/Młynary: „Teilweise war es etwas ruhiger für die Deutschen geworden [nach der Übergabe Mülhausens an Polen – JW], denn einige Polen sprachen deutsch. Es entstanden Reibereien zwischen Polen und Russen, die in Schlägereien – manchmal auch Schießereien, größtenteils nachts, endeten. Die Polen hatten vieles mit den Russen gemein. Die polnische Miliz, von der die Deutschen Schutz erwarteten, zeigte sich gefährlicher als die Russen. So kam es vor, dass die Russen Deutsche vor Übergriffen der Polen schützen mussten.“<sup>407</sup> Manchmal wurde auch die deutsch-russische Zusammenarbeit zum Nachteil Polens angedeutet.<sup>408</sup> Diese Erscheinung war allerdings eher marginal und mit den Ereignissen von Breslau oder Stettin, wo die Deutschen durch die Sowjets oft begünstigt wurden, gar nicht vergleichbar.

---

<sup>403</sup> Das Dorf Grünhagen, heute Zielonka Pasłęcka, wurde zum größten Teil von der polnischen Bevölkerung aus Wolhynien besiedelt. In Erinnerung an ihre Heimat im Osten taufte sie das Dorf Wołyniec. Diese Bezeichnung funktionierte noch lange nach der amtlichen Umbenennung sämtlicher deutscher Namen in dem Bezirk. In den Aussagen von Herrn Romanowski, der Juli 1945 nach Grünhagen kam, schufen die Bewohner des Dorfes eine sehr aktive Gemeinschaft.

<sup>404</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 44.

<sup>405</sup> „N“ für Niemiec – Deutsche. Es waren lokale Anordnungen, die von der Regierung in Warschau mit dem Hinweis auf das internationale Ansehen Polen unterbunden wurden. APO, UP, 390/5, Bl. 221-222.

<sup>406</sup> Interview mit Herrn Romanowski, 2WDP, 13MDP, 7WDP.

<sup>407</sup> H. GROß in: *Der Heimatbrief ...*, Bd. 2(1990), S. 187.

<sup>408</sup> APO, UW, 391/214, Bl. 170.

Trotz dieser schwierigen Last entwickelte sich zwischen den polnischen Repatriierten und den deutschen Auszusiedelnden in manchen Fällen ein gewisses Zusammenleben: „In unser Haus zog ein älteres polnisches Ehepaar. Es waren nette Leute. Wir halfen ihnen, so gut wir konnten. So waren z. B. die Wasserleitungen defekt. Wir holten uns das Wasser aus einem Brunnen in Gühren, weil die Polen meinten, der Dorfbrunnen wäre vergiftet. Was natürlich nicht stimmte, und brachten es auch ihnen mit. Die Frau holte sich jeden Morgen Klaus zum Frühstück zu sich, damit er nicht verhungern musste. Plötzlich wurde ich sehr krank. [...] Die Tochter der Polen, die ganz gut deutsch sprach, hat sich dann von mir die Krankheit schildern lassen und ist zu einem Arzt nach Elbing gefahren. Da es die verschriebene Medizin in Elbing und der näheren Umgebung nicht gab, hat sie der Pole schließlich aus Allenstein besorgt und auch für mich bezahlt. Als ich dann fieberfrei war, hat mich die Polin mit Milch, Weißbrot und Gemüse langsam wieder aufgepäppelt.“<sup>409</sup>

Von „deutsch freundlichen“ Polen berichtete auch Frau Frieda Hauschalter aus Luxethen.<sup>410</sup> Frau Mielke aus Mülhausen erinnerte in ihrem Tagebuch an einen Polen, der in der Familienbäckerei während des Kriegs arbeitete: „Peter hat sehr treu für mich gesorgt in dieser Zeit. Der treue Gott vergelte es ihm.“<sup>411</sup> Auf diese Weise dankte Piotr für die ihm während des Krieges erwiesene Güte – seine Familie aus Polen blieb auf dem Dachboden des Hauses der Familie Mielke bis zum Einmarsch der Russen versteckt. Dieses Zusammenleben nahm allerdings einen unterschiedlichen Verlauf: „Der Siebert hatte auch einen Polen in seiner Werkstatt, mit dem pflegte er ein gutes Verhältnis. Das sah man ganz offensichtlich, wenn er mit ihm nach Feierabend zum Angeln fuhr. [...] Ja, die Familie Siebert ging nicht auf die Flucht. ‘Wir haben keinem etwas getan. Wir hatten ein gutes Verhältnis mit unserem polnischen Fremdarbeiter. Und der wird für uns gut aussagen.’ Da war die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Pole hat den Gustav Siebert bei den Russen angeschwärzt. Daraufhin wurde die Familie und auch die Schwester, die Schwägerin von Gustav Siebert und die beiden Töchter im Garten erschossen. Nun glaubte der Pole, er könnte das Geschäft und das Haus übernehmen. Es wurde von Russen angesteckt.“<sup>412</sup>

Die polnische Regierung strebte nach der rechtlichen Regulierung des Aufenthalts der sowjetischen Einheiten im Kreis, die durch ordnungsmäßige Übergabe der Hoheit auf dem

<sup>409</sup> D. STRAMM, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 194-195.

<sup>410</sup> LAA, Ost.-Dok., 2/35, S. 60-67.

<sup>411</sup> Tagebuch von Frau Mielke. Es ist ein der seltenen Fälle, dass ein polnischer Arbeiter mit seinem Namen genannt worden ist. Meistens wurden dafür Bezeichnungen wie „unser Pole“, „der Pole“, „die Polin“ oder „das Polenmädchen“ gebracht.

<sup>412</sup> Interview mit Gerhard Thies.

Länder garantiert werden sollte. Die Unterzeichnung des Abkommens vom 16. August 1945 zwischen der polnischen Regierung und der UdSSR ermöglichte den Abschluss einer Reihe von Vereinbarungen, die die genaue Zahl der unter der sowjetischen Verwaltung gebliebenen Güter festlegten. Das erste Abkommen wurde vom Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Nordgruppe der Sowjetischen Streitkräfte Generalleutnant Lagunow und dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Stanisław Mikołajczyk am 8. Oktober 1945 unterzeichnet und sprach von 2.456 ehemals deutschen Landgütern, die „während der Befreiung des polnischen Territoriums durch die Rote Armee von deutschen Okkupanten vor Plünderungen und Raub gerettet und nachher aufgebaut und renoviert wurden.“<sup>413</sup> Von dieser Zahl dürften, gemäß diesem Vertrag, nur 564 Landhöfe mit einer Gesamtfläche von 112.800 ha in sowjetischem Besitz verbleiben. Die restlichen 1.892 Güter sollten bis zum 15./20. Oktober 1945 zusammen mit lebendem Inventar und Landmaschinen an Polen übergeben werden. Im Bezirk Masuren verblieben bei der Roten Armee 28 Landgüter mit einer Fläche von 5.400 ha.

Während der Realisierung des Abkommens stellte sich jedoch heraus, dass die Rote Armee wesentlich mehr Landgüter besaß, als sie zugegeben hatte. Die ersten Angaben über das wirklichen Ausmaß der Besetzung erfuhr die polnische Regierung aus dem Bericht des Inspektors Bulenda vom 5. November 1945 (die Übergabefrist wurde bis zum Ende November verlängert) über seine Besichtigungsfahrt in die drei Wojewodschaften. In sämtlichen neuen Gebieten befanden sich 5.732 Güter unter russischer Besetzung, davon 3.944 Höfe wurden bis Ende des Jahres formal übergeben; de facto waren es nur 3.108.<sup>414</sup> Im Bezirk Masuren haben die sowjetischen Einheiten statt 28 – 1.876 Höfe bewirtschaftet.<sup>415</sup> Davon wurden bis zum 30. Oktober 1945 968 und bis zum 15. Dezember insgesamt 1.015 Objekte übergeben. Von dieser Zahl befanden sich tatsächlich 613 in polnischen Händen.<sup>416</sup> Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland waren es entsprechend 89 übernommene Landgüter und 95, die noch übergeben werden sollten.<sup>417</sup>

Die offiziellen Angaben für den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland änderten sich jedoch ständig: Anfang Januar 1946 waren es 22 Güter mit einer Fläche von 8.206 ha,<sup>418</sup> am 21. Januar meldete das Kreisgrundsamt 20 besetzte Höfe im Kreis, die 7.471 ha umfassten<sup>419</sup>; Mitte

---

<sup>413</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 13-14.

<sup>414</sup> Brief des Stellvertretenden Ministerpräsidenten an Marschall Rokossowskij von 12. Januar 1946. APO, UW, 391/2124, Bl. 19-20.

<sup>415</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 224; AMSZ, DP, 6/453/30, Bl. 183.

<sup>416</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 19-20; AMSZ, DP, 6/453/30, Bl. 183.

<sup>417</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 224.

<sup>418</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 209-210.

<sup>419</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 219.

März waren es 20 Güter mit 10.678 ha<sup>420</sup> und Anfang April – die Gesamtfläche von 6.120 ha.<sup>421</sup> Der Bericht vom 1. November 1947 nannte für 1946 21 Güter von 7.241 ha, sowie 10.716 ha Weiden und 1.728 ha Wiesen (insgesamt 19.685 ha).<sup>422</sup> Die Diskrepanzen vor allem in der Fläche der besetzten Güter erklärten sich aus gewisser Beweglichkeit der russischen Einheiten, die Güter nach Wunsch und Gebrauch verließen oder in Besitz nahmen (in Frage kommen auch s.g. wilde Einheiten), oder aus geringen Möglichkeiten der polnischen Verwaltung zur Festlegung der Daten. Jedes besetzte Gut galt als Militärsperrezone, wo Sowjetsoldaten die administrativen Befugnisse der polnischen Beamten nicht ausreichend beachtetten.

Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland befanden sich im Jahre 1946 folgende Ortschaften im Sowjetbesitz:

1. Kwietniewo/Königsblumenau- 158 ha
2. Sójki/Köxten - 274 ha
3. Krupin Górny/Ober Krappen - 154 ha
4. Krupin Dolny/Unten Krappen - 143 ha
5. Jankowo/Jankendorf - 885 ha
6. Wały/Karlsruhe - 299 ha
7. Stawki/Besserode - 300 ha
8. Stare Dolno/Alt Dolstadt - 376 ha
9. Protowo/Prothen - 200 ha
10. (Marysin?)/ Micherei - 185 ha
11. Mokajmy/Storchnest - 180 ha
12. Świdy/Schweide - 170 ha
13. Jelonki/Hirschfeld - 500 ha
14. Kudyny/Komturhof - 150 ha
15. Wysoka/Hohendorf- 1750 ha
16. Powodowo/Powunden - 577 ha
17. Tatarki/Spitzen - 250 ha
18. Grądky/Gr. Tierbach - 279 ha
19. Nowe Powodowo/Neu-Powunden - 281 ha
20. Kwitajny/Quittainen - 360 ha

---

<sup>420</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 226.

<sup>421</sup> APO, UW, 391/2124. (Die Nummer des Blattes fehlt).

<sup>422</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 109.

21. Kwietnik/Blumenau – 188 ha<sup>423</sup>

Insgesamt: 7.659 ha

Bulendas Bericht warf ein erstes Schlaglicht nicht nur auf das wirkliche Ausmaß dieser Verhältnisse: Dort lagen nicht nur Einheiten der Nordgruppe, sondern auch der Schukovs- und Konievsarmee, sowie s.g. „wilde Einheiten“, die keinem Oberbefehlshaber unterstanden.<sup>424</sup> Der Inspektor erwähnte auch s.g. ukreplonyje rejony – „ura“ oder „hurty“ benannt (von Russisch – befestigte Regionen), die in vielen Dörfern eingerichtet wurden, nachdem die gesamte Dorfbevölkerung vertrieben wurde. Diese Ortschaften benutzten die Russen als Zwischendepots für verschiedene Arten von Wertgegenständen, wie Möbel, Wagen, Landmaschinen und Lebensmittelvorräte, sowie eine gewisse Zahl lebenden Inventars für den Abtransport weiter nach Osten.<sup>425</sup> Inspektor Bulenda stellte auch andere Probleme bei Übergabe der Landgüter oder Anfertigung des Übergabeprotokolls fest. Jedes Gut sollte gemäß dem Abkommen in Anwesenheit einer gemischten polnisch-sowjetischen Kommission übergeben werden. Jedes Übergabeprotokoll sollte nicht nur die Größe des Gutes mit den bewirtschafteten Hektaren, sondern auch genau Zahl und Art der Immobilien und des mobilen Vermögens aufführen, was die Kommissionsmitglieder mit ihren Unterschriften zu bestätigen gehabt hätten. In Wirklichkeit verließen die Militäreinheiten häufig die von allem Vermögen entblößten Güter willkürlich, d.h. ohne Ausfertigung eines Protokolls. Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland meldete man, dass, bevor die Einheiten abzogen, das Gut Weeskenhof/Rzeczna und Schloß in Kalthof/Rydzówka demoliert wurden.<sup>426</sup> In solchen Fällen musste die Kommission schnellstmöglich die entsprechenden Protokolle anfertigen, um das Gut vor neuen Plünderungen zu schützen. Raub und Plünderungen sowie Verwüstungen kamen häufig vor. Die wilden Einheiten wanderten im ganzen Bezirk umher und nahmen die schon an Polen übergebenen Güter erneut in Besitz, wie es der Bodenkommisсар Reder vom Gut in Hirschfeld/Jelonki berichtete: „An diesem Tag [21.11.1945 – JW] hat sich der Vertreter der sowjetischen Einheit der Roten Armee Nr. 40434, derer Stab sich in Elbing befindet, Major Zielenkov, eingefunden. Zielenkov, der sich in Hirschfeld aufhält, wünschte sich die Erlaubnis zum Überwintern seiner 500 Kühe in Hirschfeld. Dabei äußerte er, er habe schon alle Wirtschaftsgebäude in Besitz genommen, in

<sup>423</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 219.

<sup>424</sup> Das Problem der sowjetischen Soldaten, deren Einheiten nicht in Ostpreußen stationiert waren, wurde schon früher erkannt. Während der Gespräche mit dem Marschall Rokossowskij beschloss man schon im September 1945 solche Soldaten aus dem polnischen Territorium abzuziehen. AMSZ, DP, 6/454/30, Bl. 17-18.

<sup>425</sup> AAN, MRR, 162/312, Bl. 1.

<sup>426</sup> AAN, MRR, 162/3121, Bl. 70, AMSZ, DP, 6/453/30, Bl. 184.



Ordnung gebracht und das Vieh befinde sich schon dort. Er brauche nur die schriftliche Erlaubnis. Die Erlaubnis habe ich ihm nicht erteilt. [...] Die erwähnte Einheit gehört zum Flugzeuggeschwader und kann keinen freien Platz in Elbing finden. Des Futters, des Strohs und der Streu wegen kamen sie in den Kreis Preußisch Holland.“<sup>427</sup>

Viele der Einheiten blieben auf den Gütern oder zogen nach deren Plünderung und Beraubungen weiter fort.<sup>428</sup> Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland wurden zwei Höfe, Powodowo/Powunden und Kwietnik/Blumenau formell übergeben, doch die Russen bewirtschafteten sie weiter.<sup>429</sup> Der Bodenkommisars Wiśniewski (Name unbekannt) meldete, dass die Russen zwar einige Güter und Dörfer an Polen übergeben hätten, aber dass sie dort blieben und Kartoffeln zu ernten begannen.<sup>430</sup> Die Einbringung der Kartoffelernte betraf nicht nur den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland, sondern war ein Teil der sowjetischen Politik auf landwirtschaftlichen Gebieten. Die eingebrachten Erdfrüchte waren auch nicht für die Bedürfnisse der stationierten Einheiten bestimmt, sondern für die UdSSR: „Kartoffeln werden in Zügen mit ca. 50 Waggon abtransportiert. Zur Sicherung der Züge sind durchschnittlich 20-40 bewaffnete sowjetische Soldaten vorgesehen.“<sup>431</sup> Es geschah wider die Bestimmungen des polnisch-sowjetischen Abkommens vom 16. August 1945 und ohne Einwilligung der polnischen Seite: „Die Konvoikommandanten betrachten die polnischen Grenzregelungen als ungültig. Sie erkennen nur Befehle ihres Vorgesetzten an. Wenn es zur Erledigung der Formalitäten kommt, z.B. Vorlegung der Transportgenehmigung, dann folgt gewöhnlich die Antwort: ‘Wir können auch eure Ausweise prüfen’, was auf die Verwendung der Maschinengewehre hindeutet.“<sup>432</sup>

Die Willkür der Roten Armee belegt auch folgendes Schreiben des Kreisbodensamtes: „Wegen der vielen Berichte, in denen das Problem der willkürlichen Übeltaten der im Kreis stationierten Einheiten der Roten Armee immer wieder auftauchte, besichtigte ich in Begleitung des Sicherheitskommandanten den Ort Zwierzyniec (Gr. Tierbach, später Grądko – JW), wo die Einheit Nr. 33 einlogiert wurde. Es handelte sich um die Einstellung der Ausfuhr des gedroschenen Getreides. Als wir hinkamen, sahen wir den Wagen und den Leutnant Matwejev, Oberbefehlshaber der Einheit, und dass sie Weizen und Roggen gedroschen hatten.

<sup>427</sup> AMSZ, DP, 6/453/30, Bl. 183.

<sup>428</sup> „Während der weiteren Reise (Inspektionsreise des Kreisbodenkommissars Reders durch Kreis Pasłęk/Preußisch Holland) intervenierten wir bei der zur 4. Fliegerstaffel zugehörigen Militäreinheit in Schmauch, die Gebäuden wie Scheunen wurden zerstört – sie zertrümmert sie und macht davon die Brettzäune.“ AMSZ, DP, 6/453/30, Bl. 187.

<sup>429</sup> AAN, MRR, 162/3121, Bl. 220.

<sup>430</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 42-43.

<sup>431</sup> AMSZ, DP, 6/489/31, Bl. 31. Es wurden beispielsweise im April 1946 5.752 und im Mai 1946 236 Tonnen Kartoffeln abtransportiert. AMSZ, DP, 6/489/31, Bl. 26.

<sup>432</sup> AMSZ, DP, 6/489/31, Bl. 31.

Matvejev äußerte sich, dass er gemäß den Vorschriften seines Stabes von Christburg handelt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden schon über 100 Tonnen Weizen abtransportiert; bald werden die nächsten 150 Tonnen gedroschener Roggen abtransportiert. Unabhängig davon beabsichtigt er 70 Tonnen ausgegrabene Kartoffeln nach Christburg (pol. Dzierzgoń) zu transportieren. Auf den Feldern befinden sich noch ca. 500 Tonnen Heu und Klee, sowie 70 Tonnen ungedroschenes Getreide. Während des Gespräches äußerte er sich, es sei der Befehl seines Vorgesetzten, das eingebrachte Getreide zu dreschen und nach Christburg zu überstellen. Darüber hinaus sollten wir die Frage mit seinem Stab in Christburg klären.<sup>433</sup>

Der Einspruch gegen diese Situation vom Bodenkommisсар für den Bezirk Masuren an den Vertretern der Nordgruppe in Olsztyn/Allenstein, Major Jolkin blieb unbeachtet.<sup>434</sup> Die Befürchtungen des Inspektors Bulenda, dass ca. 75 % der von Russen verwalteten Güter nicht nur beraubt, sondern auch mit vernichteten oder verbrannten Immobilien an Polen fallen werden,<sup>435</sup> hat sich durchaus bewahrheitet.

Die endgültige Frist (Ende Februar) zur Beendigung der Realisierung des Abkommens vom 8. Oktober 1945 wurde ebenfalls nicht eingehalten. Daher versuchte man diesen Zustand erneut rechtlich zu regeln: Am 26. April 1946 wurde das zweite Abkommen zwischen dem Quartiermeister der Nordgruppe General, Major Timotschenko und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikołajczyk unterzeichnet. Die Diskrepanz zwischen der ersten Vereinbarung und dem wirklichen Zustand wurde in dem Artikel 1. durch die Feststellung vertuscht, dass das Abkommen vom 8. Oktober auch für die den Russen zugeschlagenen 912 Güter mit einer Gesamtfläche von 200.000 Hektar Ackerfläche gelte.<sup>436</sup> Für die Wojewodschaft Allenstein bestimmte das Abkommen, dass die Rote Armee im Besitz von 23 Gütern mit 7.100 ha Ackerfläche, 2.400 ha Weiden und 11.000 ha Wiesen blieb. Die restlichen Landgüter sollten an die polnische Seite, gemäß den Möglichkeiten der sowjetischen Einheiten, bis zum 1. Juni übergeben werden. Laut dem Abkommen durfte jedes von Russen besetzte Gut nicht weniger als 100 ha umfassen.<sup>437</sup> Außerdem versprach man den Sowjets 357.000 ha Wiesen und 100.000 ha Weiden für die kommende Heuernte: Die

<sup>433</sup> AMSZ, DP, 6/453/30, Bl. 187.

<sup>434</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 53-54. „Die Interventionen des Bezirkbodensamtes bei Major Jolkin hatten nur geringen Erfolg. Major Jolkin verspricht nur und lässt verschiedene Termine vereinbaren, bis zu welchen die Sowjetischen Einheiten staatliche Güter verlassen hätten müssen. In der Praxis sieht es anders aus: Die Rote Armee verlässt die Güter nicht; sie bewirtschaftet und verwüstet sie weiter.“

<sup>435</sup> M. GOLON, S. 289.

<sup>436</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 22-23.

<sup>437</sup> Mit der Zeit kam es zur Konsolidierung der von den Russen besetzten Güter.

Gesamtfläche der von den Russen bewirtschafteten Güter hat sich gegenüber dem Abkommen von 1945 verfünffacht.

Am 28. Mai wurden die Protokolle der „Übergabe“<sup>438</sup> der Güter, Wiesen und Weiden im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland vom Bevollmächtigten des Kommandanten der Nordgruppe Oberleutnant W. D. Lebediev und dem Bevollmächtigten des Bezirkgrundsamtes Łuszczyniec Józef unterzeichnet. Alle an sowjetische Einheiten „übergebenen“ Güter befanden sich in den Gemeinden Reichenbach/Rychlicki und Hirschfeld/Jelonki. Die Verteilung der Güter stellt die folgende Tabelle vor:

Tabelle Nr. 1.

<b>Landgut</b>	<b>Ackerfelder (In Hektare)</b>	<b>Wiesen</b>	<b>Weiden</b>	<b>Insgesamt</b>
Powodowo – Powunden	235	170	15	420
Kwietniewo – Königsblumenau	300	14	47	361
Jankowo – Jankendorf	621	154	12	787
Wysoka – Hohendorf	400	37	179	616
Stare Dolno – Alt Dolstadt	200	50	-	250
Krupin Górny – Ober Chrapen	130	24	-	154
Krupin Dolny – Unter Chrapen	104	35	-	139
Kiersyty – Kierschitten	231	-	64	295
<b>Insgesamt</b>	<b>2.221</b>	<b>484</b>	<b>317</b>	<b>3.022</b>

Quelle: AAN, MRR, 162/3113, Bl. 127-128; in russischer Sprache: APO, UW, 391/2124, Bl. 45.

<sup>438</sup> In diesen bilateralen Akten sprach man permanent von der Übernahme durch die Rote Armee und die Übergabe an die polnische Verwaltung.

Die Verteilung der in den Gemeinden Jelonki/Hirschfeld und Rychliki/Reichenbach zur Einbringung der Heuernte reservierten Felder stellt die Tabelle Nr. 2 dar:

Tabelle Nr. 2.

<b>Landgut</b>	<b>Zugeschlagene Ackerfelder</b>
Topolno Wielkie – Groß Tippeln	150
Sokolka – Sangershausen	100
Jelonki – Hirschfeld	120
Gołutowo – Günthersdorf	100
Śliwice – Nahmgeist	250
Dziśnity – Dosnitten	200
Barzyna-Bartlewo – Wiese-Bardeleben	240
Wójtowa Góra – Petersdorf	100
Budki – Bodeck	130
Rejsyty – Rossitten	300
Protowo-Sójki – Prothen-Köxten	500
Mokajmy – Storchnest	50
Młynary – Mülhausen	960
<b>Zusammen</b>	<b>3.200</b>

Quelle: ANN, MRR, 162/3113, Bl. 136.

Das zweite Abkommen wurde ebenfalls nicht vollständig durchgeführt: Die russische Seite verzögerte die Räumung vieler Güter. Einen Monat nach Ablauf der festgelegten Frist meldete das Landwirtschaftsministerium, dass sich in sowjetischen Händen noch 1.312 Güter mit ca. 500.000 ha und 232 Dörfer und Siedlungen mit der Gesamtfläche von 53.416 ha befänden,<sup>439</sup> was dem Abkommen vom 26. April nicht entsprach. Viele Güter wurden außerdem nicht ordnungsmäßig an Polen übergeben; die Felder waren nicht bestellt oder nur zu einem geringen Teil, die Wirtschaftsgebäude waren verwüstet. Der Zustand hat im

<sup>439</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 93-94. Zusammenfassung des Ingenieurs Doboszyński.

Wesentlichen die Bewirtschaftung der neuen Gebiete verlangsamt.<sup>440</sup> Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland erfüllte die Rote Armee ihre Verpflichtungen zur Übergabe von Jelonki/Hirschfeld, Budki/Bodeck und Kwitajny/Quittainen, obwohl sie einen Monat nach der gesetzten Frist stattfand.<sup>441</sup> Sie verließen auch das Gut Tatarki/Spitzen, was Fräulein Bartsch in ihrem Erlebnisbericht deutlich beschrieb.<sup>442</sup> Da sich in den Archiven relativ genaue Angaben vom Juli 1946 zu anderen Höfen des Kreises befinden, vermutet man, dass sie ebenfalls an Polen übergeben wurden. Die Angaben stellen zuerst den Grad der Verwüstungen der von den Russen verwalteten Güter dar: Weeskenhof/Rzeczna (Krossen/Krossno, Steegen/Stegny, Davids/Davidy, Marienfelde/Marianka) mit 4.083 ha waren zu 10 % bewirtschaftet; Quittainen/Kwitajny (Gross Tierbach/Grądk, Quittainen/Kwitajny) mit ca. 7.000 ha war zu 7 % bewirtschaftet; Schlodien/Gładysze (Schlobitten/Słobity, Schlodien/ Gładysze, Spitzen/Tatarki) mit 6.545 ha – ebenfalls zu 5 %. Stein/Dymnik (Alt Doltstadt/Stare Dolno, Jankendorf/Janki, Storchnest/Mokajmy, Ptersdorf/Wójtowa Góra, Hohendorf/Wysoka, Powunden/Powodowo, Königsblumenau/Kwietniewo, Krappen/Krupin, Rossitten/Rejsyty– 8.528 ha – zu 5 % bewirtschaftet.<sup>443</sup> Das Gut Draulitten/Drulity mit 6.874 ha, das sich in polnischen Händen befand, war zu 25 % bewirtschaftet.

Das polnische Streben nach weiterer Reduzierung der von den Russen verwalteten Ortschaften führte zur Unterzeichnung des dritten Abkommens vom 8. April 1947. Gemäß dieser Vereinbarung durften die sowjetischen Einheiten im Jahr 1947 über 660 Landgüter mit einer Gesamtfläche von 160.000 ha, 95.000 ha Wiesen und 59.000 ha Weiden verfügen.<sup>444</sup> Nach Artikel 2 sollten alle Güter über die Zahl 660 hinaus an die Polen übergehen, die jedoch jeweils 3 Zentner Korn von jedem Hektar bis zum 1. Oktober an die Russen abtreten sollten. Artikel 8 der Abmachung läßt den polnischen Versuch zur Einführung von Gebühren für die

---

<sup>440</sup> Um solche Fälle in der Zukunft vermeiden zu können, wurde der Posten des Delegaten des Ökonomischen Komitees des Ministerrates bei der Nordgruppe der Sowjetischen Streitkräfte ins Leben gerufen. Der Delegat sollte sich „ständigen Zufluss der Informationen über die aktuelle Lokalisierung der sowjetischen Einheiten in Polen“ verschaffen. Gleichzeitig sollte er „die für Lösung seiner Aufgaben gebräuchlichen Informationen und Vorschläge der sich an der Sache interessierten Gewalt, sowie privaten Personen“ ausnutzen. Solche Informationen, wie z. B. unordnungsmäßiges Verlassen eines Gutes durch die Rote Armee, sollte er an die entsprechenden polnischen Organe weiter leiten. AMSZ, DP, 6/31/488, Bl. 11-12.

<sup>441</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 85. Bericht des Kreisbodensamtes.

<sup>442</sup> Im Besitz des Verfassers.

<sup>443</sup> APO, UW, 391/124, Bl. 19-21.

<sup>444</sup> Für die Wojewodschaft Olsztyn waren es entsprechend: 8 Güter (3.500 ha Ackerbau), 500 ha Weiden und 3.000 ha Wiesen. Ebenda, Bl. 109-111.

bewirtschafteten Güter erkennen. Die Frage wird, so Art. 8 weiter, durch eine gemeinsame Vereinbarung der polnischen und sowjetischen Regierung geregelt.<sup>445</sup>

Die in dem Abkommen bestimmten 8 Güter von Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein<sup>446</sup> befanden sich ausschließlich im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland und glichen dem Abkommen vom 26. April 1946. Die Ackerfläche der besetzten Güter sollte gemäß dem Abkommen 3.500 ha, 500 ha Weiden und 3.000 ha Wiesen (ein Teil der von der Roten Armee beanspruchten Wiesen, ca. 1.200 ha befand sich im Kreis Braniewo/Braunsberg) umfassen.<sup>447</sup> Die sowjetischen Einheiten nahmen allerdings nur 3.022 ha im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland in Anspruch.<sup>448</sup> Ferner mußte die Verwaltung von Pasłęk/Preußisch Holland zusätzlich 875 ha der Heuernte den Russen zur Verfügung stellen.<sup>449</sup>

Sechs Monate später, am 9. September 1947, beschloss man die Fortsetzung des Übergabeprozesses. Die Zahl der Güter in allen neuen Gebieten wurde von 660 auf 450 reduziert, die zusammen mit Weiden und Wiesen die Fläche von 160.000 ha umfassen durften.<sup>450</sup> Der Prozess sollte zum 1. Dezember abgeschlossen sein.<sup>451</sup> Das Abkommen beabsichtigte vor allem die genaue Inventarisierung und Bemessung der von den Sowjets verwalteten Güter,<sup>452</sup> die von der polnisch-sowjetischen Kommission durchgeführt werden sollte. Zu jedem Inventarisierungsprotokoll sollten eine Karte und „Schemen“ mit totem und lebendem Inventar beigefügt werden. Die von der „Übergabe“ der Güter an die Russen angefertigten Protokolle ließen die während der sowjetischen Besetzung entstandenen Schäden kontrollieren. Das hat ja auch dem Prozess einen Schein der Normalität gewährt; seitdem sollten Fragen und Konflikte, die auf Grund der Stationierung der Sowjetarmee im Gelände entstanden, während der gemeinsamen Konferenzen im Hauptstab der Nordgruppe der Streitkräfte in Legnica/Liegniz erörtert werden. Sowjetische Einheiten hatten die Pflicht, die nötigen Renovierungsarbeiten und alle landwirtschaftlichen Arbeiten zu leisten. Das Abkommen weist auf eine Wende im Übergabeprozess hin. Die sowjetischen Einheiten

---

<sup>445</sup> Ebenda.

<sup>446</sup> Die Wojewodschaft Allenstein/Olsztyn entstand am 29. Mai 1946.

<sup>447</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 109-111, 133.

<sup>448</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 124-125; APO, UW, 391/2123, Bl. 189-190.

<sup>449</sup> APO, UW, 391/2124, Bl. 133. Die 875 ha Wiesen befanden sich in den Gütern: Sójki/Köxten, Protowo/Prothen - 225 ha, Mokajmy/Storchnest - 50 ha, Karwiny/Karwinden - 330 ha, Tatarki/Spitzen - 110 ha, Kwitajny Wielkie/Gross Quitainen: 160 ha

<sup>450</sup> Ackerfläche - 60.000 ha, Wiesen - 45.000 ha und Weiden - 55.000 ha. Text des Abkommens: APO, UW, 391/2124, Bl. 8-9.

<sup>451</sup> Die Frist wurde nachher bis zum 1. Februar 1948 verlängert.

<sup>452</sup> Die Inventarisierung, die mit dem Tag des 1. November 1947 abgeschlossen werden sollte, verlief im Bezirk Masuren relativ langsam, was Prof. Kasperowicz mit dem 30-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution erklärte. APO, UW, 391/2123, Bl. 167.

sollten sich in der näheren Zukunft in die strategisch bedeutsameren Positionen Südwestpolens zurückziehen.

Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland wurde die genaue Inventarisierung aller besetzten Höfe tatsächlich durchgeführt. Die polnische Seite wollte von diesen Angaben Gebrauch machen und die Güter besteuern, was allerdings nicht glückte.<sup>453</sup> Für die Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein wurde beabsichtigt, 7 Güter mit 1.900 ha aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland in die sowjetische Bewirtschaftung zu „übergeben“.<sup>454</sup> In Wirklichkeit hat sich die Zahl der Höfe und deren Flächen geändert: Auf der Konferenz zwischen den russischen Befehlshabern und den Vertretern des Wojewodschaftsamtes in Powunden/Powodowo vom 27. Oktober wurde festgelegt, dass die Rote Armee im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland nur 5 Güter mit der Gesamtfläche von 2.175 ha bewirtschaften wird.<sup>455</sup> Einerseits wurde es mit der ausreichenden Bebauung erklärt. Andererseits hat man bemerkt, dass im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland die Abmachung völlig undurchführbar war.<sup>456</sup> Die besetzten Landgüter befanden sich in: Nowe Powodowo/Neu Powunden (250 ha), Stare Powodowo/Alt Powunden (497 ha), Jankowo/Jankendorf (524 ha), Stare Dolno/Alt Dolstadt (405 ha), Wysoka/Hohendorf (499 ha).<sup>457</sup> In den Jahren 1946-1947 vergrößerte die Rote Armee ihren Besitz in Powunden (von 420 auf 847 ha) und Alt Dolstadt (von 250 auf 450). Reduziert dagegen wurde die Fläche der Güter Jankendorf und Hohendorf. Die Felder um Kwietniewo I, KwietniewoII/Königsblumenau,<sup>458</sup> Dolny, Górny Krupin/Ober- und Unter Krappen, sowie Kiersity/Kerschnitten mit einer Gesamtfläche von 1.753 ha<sup>459</sup> sollten unter polnische Verwaltung fallen.<sup>460</sup> Auch wenn die besetzte Fläche in der Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein um 300 ha gesteigert wurde, ist sie im Allgemeinen in Polen um 25.000 ha reduziert worden.<sup>461</sup> Während der Inventarisierung der Güter wurde auch die Zahl der dort eingesetzten Deutschen eingeschätzt; im November 1947 waren es 190 deutsche Arbeiter.<sup>462</sup>

<sup>453</sup> Es gibt ein Schreiben, das von den genauen Summen für Steuern der besetzten Güter im Kreis Pasłęk handelt. APO, UW, 391/2123, Bl. 173.

<sup>454</sup> APO, UW, 391/2123, 189-190.

<sup>455</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 109.

<sup>456</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 155-160.

<sup>457</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 186.

<sup>458</sup> Es ist ausgeschlossen, dass es sich hier um Gut Blumenau/Kwietnik handelt. Das Gut wurde zum letzten Mal in den Dokumenten des Jahres 1946 erwähnt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde das Gut Königsblumenau/Kwiatowo, wie es in dem Fall von Powunden/Powodowo war, aufgeteilt.

<sup>459</sup> Die in dem Dokument angegebene Zahl stimmt nicht. Die Güter umfassten 949 ha.

<sup>460</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 186; APO, UW, 391/2123, Bl. 95.

<sup>461</sup> AAN, MRR, 162/3117, Bl. 24; APO, UW, 391/2123, Bl. 155-160. Von der Konferenz wurde der Akt der Übergabe der 5 Güter vom Befehlshaber der verwalteten Güter Kpt. Lobienko, sowie vom Starost Feliks Śniecikowski und dem Landskommissar Ludwik Krzywobłocki unterzeichnet. ANN, MRR, 162/3115, Bl. 409.

<sup>462</sup> APO, UW, 391/288, Bl. 690.

Dank der Realisierung der Vereinbarung vom 9. September 1947 sank die Zahl der von den Russen okkupierten Landgüter erheblich. Im Jahr 1948 verfügte die Rote Armee über 120.000 ha. Die letzten 5 Güter vom Kreis Pasłęk/Preußisch Holland wurden am 15. August 1948 an die polnische Verwaltung übergeben.<sup>463</sup> Den Russen wurden die Quoten für die Bestellung der Felder erstattet.<sup>464</sup> Die Entscheidung über die endgültige Übergabe aller Güter fiel erst während der Konferenz am 12. September 1950. Im sowjetischem Besitz blieben nur Truppenübungsplätze, Kasernen und kleine Schrebergärten, die im Februar 1956 allein in der Wojewodschaft Wrocław/Breslau mehr als 36.000 ha betrugten.<sup>465</sup>

Die Besetzung der Güter durch die sowjetischen Einheiten hat im Wesentlichen die Prozesse der Bewirtschaftung und der Integration des gewonnenen Landes verlangsamt. Das infolge des Zweiten Weltkrieges und mit dem Einmarsch der Roten Armee importierte Regime forcierte die Einrichtung von staatlichen Kolchosen. Ökonomisch hat der Kreis bis heute diese Entwicklung nicht zum Besseren wenden können und steht im Vergleich zu anderen Bezirken an hinterer Stelle. Die Stationierung der sowjetischen Einheiten und deren zweifelhaftes Verhältnis zur deutschen und polnischen Bevölkerung vertieften das Gefühl der Unsicherheit und des vorübergehenden Charakters der polnischen Herrschaft in dem Gebiet, was negative Folgen für die Etablierung der polnischen Staatsgewalt im ehemaligen Ostpreußen und Kreis Preußisch Holland hatte.

---

<sup>463</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 10.

<sup>464</sup> APO, UW, 391/2123, Bl. 10.

<sup>465</sup> M. GOLON, S. 298.



## IV

## Die Aussiedlungen der Deutschen aus dem Kreis Preußisch Holland/Pasłęk

Die Vertreibung/Aussiedlung der Deutschen aus den Polen zugesprochenen Gebieten war nicht einheitlich, sondern verlief in mehreren Phasen. Das ergab sich einerseits aus der spezifischen Situation in diesen Gebieten, andererseits aus den häufig geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen des Prozesses. Die erste Ursache waren die spezifischen Verhältnisse, die durch die unaufhaltsame Rückkehr der deutschen Bevölkerung,<sup>466</sup> die Notwendigkeit der Schaffung vom Raum für polnische Aussiedler, die zweideutige Einstellung der sowjetischen Kommandanturen und die Unerfahrenheit der polnischen Beamten geprägt waren. Diese Fakten beängstigten die provisorische polnische Regierung und beeinflussten ihre Entscheidung über die vorläufige Abschiebung der Deutschen, noch bevor die entsprechenden Beschlüsse in Potsdam fielen. Andererseits beabsichtigte man durch diese Änderungen der Bevölkerungsverhältnissen eine vorteilhafte Lage in der künftigen Debatte über die polnische Westgrenze zu erzielen. Diese sogenannte wilde Vertreibung<sup>467</sup> ereignete sich im Juni und Juli 1945<sup>468</sup> und lag allein in der Kompetenz des polnischen Militärs<sup>469</sup>. Betroffen waren die grenznahen Gebiete von Oder und Neiße, was dem vom Militär erhobenen Anspruch auf das Land entsprach. Ostpreußen (Kreise Goldap, Treuburg, Lyck und Tolckemit), sowie Westpreußen – Elbing – waren von diesem Schritt nur wenig betroffen. In beiden Fällen sollte die deutsche Zivilbevölkerung Platz für Angehörige der polnischen Marine freimachen.<sup>470</sup> Der

<sup>466</sup> Diese Erscheinung hatte tatsächlich massenhaften Charakter. Nach Niederschlesien sollten z. B. schätzungsweise von 300-400.000 bis zu 1.259 Tausend Deutsche zurückkehren. BEATA CHOLEWA: *Migracja Niemców z Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, in: *Przegląd Zachodni*, 1990, Nr. 2, S. 91; B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 134-135.

<sup>467</sup> Da diese Phase der Abschiebung der Deutschen ohne Bewilligung der Alliierten stattfand, wird der Begriff „Vertreibung“ verwendet. In Bezug auf den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland, wo der Prozess erst im September 1945 anfang, wird nur von der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung gesprochen.

<sup>468</sup> Parallel zu diesen von der Zentrale in Warschau angeordneten Zwangsaussiedlungen wurden ähnliche Aktionen von lokalen Verwaltungsorganen beschlossen. In diesem Fall trug aber die Aussiedlung den Schein der Freiwilligkeit – die Deutschen konnten auf Grund des von der polnischen lokalen Verwaltung ausgestellten Ausreiseseins ihre Wohnorte verlassen.

<sup>469</sup> Den Rechtsrahmen für diese Zwangsaussiedlung schuf der Befehl der Oberbefehlshaber des Polnischen Heeres Nr. 111 von 3. Juni 1945. Der Anspruch der polnischen Armee auf die Zuteilung von Land an die Familien von Militärangehörigen könnte auch Einfluss auf die Entscheidung des KRN haben. Während der Sitzung des Ministerrates von 26. Mai 1945 machte General Rola-Żymierski den Anspruch auf das grenznahe Land (an der Oder und Neiße) für 100.000 Familien der Armeeingehörigen geltend. *„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“*, Dok. 28, S. 154; B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S.135; HIERONIM SZCZEGÓŁA: *Przedpoczdamskie wysiedlenie Niemców z Polski (czerwiec-lipiec 1945)*, in: *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy*, S. 47-55.

<sup>470</sup> S. BANASIAK: *Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1947*; GERD BECKER: *Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen und den ehemals*

Erfolg der vom polnischen Militär durchgeführten Aussiedlung war allerdings gering. Die Divisionsmeldungen berichteten zwar von 1,5 Millionen vertriebenen Deutschen – andere Zahlen sprechen schätzungsweise von 250.000 bis über 600.000 –, viele der Vertriebenen kehrten jedoch bereits wenig später in ihre alten Wohngebiete zurück.<sup>471</sup> Auch die Rolle der Roten Armee verhinderte einen Erfolg dieser ersten Aktion. Viele ihrer Kommandanten leisteten heftigen Widerstand gegen die Abschiebungen der Deutschen, was dann auch zur Einstellung in manchen Gebieten führte.<sup>472</sup>

Die Konferenz von Potsdam schuf zwar neue Bedingungen für die Abschiebung der Deutschen, gleichzeitig wurde die polnische Regierung unter Punkt XIII der Potsdamer Beschlüsse jedoch aufgefordert, vorerst auf weitere Aussiedlungen zu verzichten. Da dies aber zum Ziel der polnischen Regierung widersprach, die Aus- und Ansiedlungsaktion zügig voranzubringen, wählte die kommunistische Regierung in dieser Situation den Weg der s.g. „freiwilligen Ausreisen“. Den rechtlichen Rahmen für diese Phase der Abschiebung gab das Rundschreiben des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete vom November 1945 bekannt.<sup>473</sup> Danach sollten den Ausreisetermin die Leiter der lokalen Sammelpunkte festlegen. Erst dann konnte die offizielle Bekanntmachung über die Zusammenstellung eines Transports erfolgen. Deutsche Aussiedler durften, nur von der Miliz begleitet, zu den Sammelpunkten gebracht werden, um so eine bessere Kontrolle über das mitgenommene Gepäck durch Angestellte des Staatlichen Repatriierungsamtes (PUR) und der Miliz zu erhalten. Die Miliz sollte außerdem die von den Deutschen zurückgelassenen Güter und wertvollen Gegenstände sicherstellen.<sup>474</sup>

Bereits zwei Monate früher, am 11. September 1945 hatte der Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Masuren, Oberst Jakub Prawin, eigenmächtig die Ausreise der deutschen Bevölkerung angeordnet:

„Mehrere Male haben die Verlautbarungen der Großmächte auf den gemeinsamen Konferenzen deutlich präzisiert, dass die neugewonnenen Gebiete Polens ohne den nationalen Ballast zugesprochen werden, den die deutsche Minderheit darstellt. Dieser Ballast soll in das Gebiet des Deutschen Reiches ausreisen. Ehe die Verwaltungsbehörden mit einer organisierten

---

Deutschen Ostgebieten. Vorgeschichte, Ursachen und Abläufe, Gießen 1988, S. 85; B. CHOLEWA: *Migracja Niemców z Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, S. 91; B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 137; ZENON ROMANOW: *Ludność niemiecka na ziemiach północnych 1945-1947*, Słupsk 1992, S. 16;..

<sup>471</sup> H. SZCZEGÓŁA, S. 51.

<sup>472</sup> In dieser Hinsicht kam es zwischen den Angehörigen der beiden Armeen zu bewaffneten Auseinandersetzungen. *Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...*, Dok. 41, S. 166.

<sup>473</sup> B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 150.

<sup>474</sup> Ebenda.

Aussiedlungsaktion beginnen, ist die gegenwärtige Entwicklung der massenhaften Abwanderung der deutschen Bevölkerung, die freiwillig in den Westen ausreist, mit Anerkennung zu begrüßen als Beleg für ihre Ansicht, dass es in polnischen Gebieten keinen Platz mehr für sie gibt.“<sup>475</sup>

Diese „freiwillige Aussiedlung“ war allerdings nicht so freiwillig, wie es den Anschein hatte, sondern war von Repressalien begleitet. Vom Verbot der Entlohnung bis hin zum Ausschluss von der medizinischen Versorgung reichten die Zwangsmaßnahmen der polnischen Verwaltungsorgane. Besonders deutlich wurde der Zwang im Bezirk Masuren, wo die Allensteiner Behörden den Starosten die Inkraftsetzung von Verwaltungsrechten und Normen vorschlugen, „wie sie während der Okkupationszeit von den Deutschen den Polen gegenüber angewendet wurden, (sic!) [...] auf Grund derer die Ausreise aus dem Bezirk für sie zu einer Wohltat wird.“<sup>476</sup> Ein paar Tage später drohte man den Deutschen, die sich zur „freiwilligen Ausreise“ nach Deutschland nicht meldeten, mit der Überweisung in ein Arbeits- oder Straflager.<sup>477</sup>

Der Alltag der Deutschen war schon wegen der schlechten Versorgung mit Lebensmitteln besonders schwer und entbehrungsreich. Betroffen war zumeist die ältere Generation, die nicht arbeiten konnte und so dem Hunger ausgesetzt war. Die Alten waren es auch, die in erster Linie ausgewiesen werden sollten. „Es liegt vor allem im Interesse des Bezirks Masuren, sich möglichst schnell aller unbequemen Personen zu entledigen, die nur eine Last für die verbleibende Bevölkerung darstellen. Die deutsche Bevölkerung, die nicht imstande ist, sich Brot zu verdienen, darf keine Last für ihre Landsleute werden.“<sup>478</sup> Aber nicht nur die alten Menschen sollten möglichst schnell ausgewiesen werden, auch Intellektuelle und Geistliche, sog. subversive Elemente, standen ganz oben auf der Liste. Darüber hinaus gab es generell die Tendenz, die Auszusiedelnden nach Kategorien/Gruppen zu erfassen, um der Abschiebung den organisatorischen Rahmen zu geben. Im Oktober 1945 gab es laut Bericht

<sup>475</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 258, S. 514-516.

<sup>476</sup> APO, UP, 390/1, Bl. 97. Vgl. das Dokument in: *Warmiaczy i Mazurzy w PRL*, Dok. 54, S. 83-84. Deutsche Übersetzung des Dokumenten in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 258, S. 514-516. Dieser Aufruf zur Inkraftsetzung von Vergeltungsrechten widersprach der politischen Linie der Warschauer Regierung, die mehrmals davor warnte, in Bezug auf die deutsche Bevölkerung die Methoden des NS-Regimes zu verwenden.

<sup>477</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 259, S. 516; M. de ZAYAS: Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 37. Im Bezirk Masuren wurde allerdings kein großes Arbeitslager eingerichtet.

<sup>478</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 258, S. 514-516. Wegen des Mangels an Transportmitteln, mit welchen man die Alten und Kranken in die Kreisstadt befördern konnte, wurden gerade diese Personen erst später ausgesiedelt.

des Starosten Władysław Zieliński im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland keinen deutschen Priester/Pastoren mehr.<sup>479</sup>

Für die „freiwillig“ Ausreisenden wurden Transportzüge zusammengestellt. Nachdem schon alle Vorbereitungen zu einem Transport (Aufstellung der Auszusiedelnden, Verzeichnis des Inventars und beweglicher Güter) getroffen worden waren, sollte der Starost eine Bekanntmachung zur Ausreise nach Deutschland an die Gesamtheit der Bevölkerung erteilen.<sup>480</sup> In der Stadt Młynary/Mülhausen wurde Ende des Sommers 1945 folgendes Schild in deutscher Sprache am Hotel Adler angebracht: „die vorhandenen Häuser müssen für die zuziehenden Polen geräumt werden. Jede Woche wird in Preußisch Holland ein Transport für Deutsche nach Westdeutschland aufgestellt. In Preußisch Holland befindet sich eine Annahmestelle“.<sup>481</sup> Die Abreise war nur mit einem gültigen Passierschein möglich. In den Städten sollte außerdem ein Sammelpunkt eingerichtet werden, wo man die Bevölkerung kurz vor der Aussiedlung unterbringen konnte. Für Schwache und Greise wurden Transportmittel zur Verfügung gestellt.

Erlaubt war nur, persönliche Dinge mitzunehmen: „einmal Wäsche zum Wechseln, eine Decke, ein kleines Kissen, einen kleinen Topf und Reiseproviant sowie Bargeld in Höhe des Preises einer Eisenbahnkarte.“ Hingegen mussten „Schmuck und Uhren, sowie Gold und Silberwaren, aber auch Kleidung, Wäsche, Möbel, Haushaltgeräte und überhaupt alle beweglichen Güter zurück gelassen werden.“<sup>482</sup>

Die statistischen Angaben über die deutsche Bevölkerung des Kreises Pasłęk/Preußisch Holland in den ersten Nachkriegsmonaten geben keinen Aufschluss über die wirkliche Zahl der dort lebenden Deutschen. Die den beiden Übergabeprotokollen beigefügten statistischen Aufstellungen sprechen von insgesamt 4.052 Deutschen (1.190 Männer und 2.862 Frauen) für den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland. Für das Stadtgebiet sind 745 Personen angegeben – davon 173 Männer und 572 Frauen.<sup>483</sup> Diese Zahlen sind allerdings viel zu niedrig angesetzt.

<sup>479</sup> APO, UP, 390/71, B. 128.

<sup>480</sup> Ein Beispiel solcher Bekanntmachung für die Stadt Allenstein siehe in: DE ZAYAS A. M.: Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 27. Laut dieser Abmachung sollte jeder „Ausreisende“ eine Liste in drei Ausführungen über „sein zurückbleibendes festes Inventar ausstellen.“

<sup>481</sup> HERBERT GROß: Die Stadt Mülhausen im Jahr 1945, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 187. Es war nicht möglich, jede Woche einen Transport in den Westen aufzustellen.

<sup>482</sup> APO, UP, 390/22, Bl. 69-72. Deutsche Übersetzung zitiert nach: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 260, S. 517.

<sup>483</sup> Die Zahlen sind nicht nur zu niedrig geschätzt; Sie entsprechen auch der spezifischen demographischen Struktur der deutschen Bevölkerung des Kreises nicht. Aus der Zusammensetzung der Transporte aus dem Jahr 1947 geht erstmals hervor, dass die Männer durchschnittlich weniger als 20 % (dementsprechend Frauen – ca. 46 % und Kinder – ca. 34 %) der Auszusiedelnden waren. Zu der demographischen Struktur der deutschen

Auch die ersten polnischen Statistiken über die Bevölkerungsverhältnisse im Bezirk Masuren (im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland wurden im Juni 1945 – 4.556 und im August – 4.555 Deutsche angegeben<sup>484</sup>) sind noch ungenau. Der Mangel an qualifizierten Beamten und die dünne Besiedlung des Kreises machten es der jungen polnischen Verwaltung schwer, die realen Bevölkerungsverhältnisse richtig einzuschätzen und zu belegen. Relativ viele deutsche Arbeiter samt ihren Familienangehörigen waren auch von der Roten Armee zwangsverpflichtet worden und konnten erst seit 1947 von den polnischen Beamten statistisch berücksichtigt werden. Darüber hinaus stieg die Zahl der im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland gebliebenen Deutschen zusammen mit der Entwicklung der polnischen Strukturen immer wieder; Am 15. September 1945 waren es schon 7.764 und in der ersten Hälfte November – 9.245 Personen.<sup>485</sup> Aber auch die zweite Zahl war zu gering eingeschätzt, wie es der Starost Władysław Zieliński nach Olsztyn/Allenstein berichtete: „Diese Summe ist jedoch ungenau, weil in 100 Gemeinden (pol. gromada) die Angaben nur von 86 gesammelt werden konnten. Die Zahl der deutschen Bevölkerung im Kreis wird vermutlich bis auf ca. 10.000 steigen.“<sup>486</sup> Wenn man aber berücksichtigt, dass laut archivarischen Angaben mehr als 10.000 Deutschen aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland in den Jahren 1945 – 1950 in den Westen befördert wurden, lag die wirkliche Zahl der Deutschen im Kreis seit Kriegsende (wenn man die auf eigene Faust ausgereisten Deutschen sowie die Verstorbenen in Betracht gezogen hätte) bedeutend höher.

Von der ersten Phase der Aussiedlung der Deutschen aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland sind keine direkten archivarischen Quellen vorhanden, so dass die Zahl der Ausgesiedelten aus dem Jahr 1945 nur auf Schätzungen beruht. In den Dokumenten wird von vier Transporten berichtet. Der erste Zug mit Viehwaggons soll am 24. September 1945 mit 306 Deutschen abgefahren sein.<sup>487</sup> Auch wenn im Juni 1945 im Kreisgebiet vergleichsweise noch wenig Polen lebten, so haben die fortlaufende Besiedlung des Kreises (im August desselben

---

Aussiedler aus dem Bezirk Masuren vgl.: STANISŁAW ŻYROMSKI: Przesiedlenie ludności niemieckiej z województwa olsztyńskiego poza granice Polski w latach 1945 - 1950, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1969, Nr. 3, S. 395-413.

<sup>484</sup> Diese Angaben befinden sich in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 249, S. 503, Dok. 255, S. 510.

<sup>485</sup> APO, UP, 390/118, Bl. 32.

<sup>486</sup> Ebenda, Bl. 48.

<sup>487</sup> Lagebericht der Starostei Pasłęk/Preußisch Holland für den Monat September 1945, APO, UP, 390/53, Bl. 25. Herbert Groß aus Mülhausen erwähnte, dass der erste Transport aus Pasłęk/Preußisch Holland Herbstanfang erfolgte. *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 187. Es war auch nur dank der Übergabe der Bahnverbindung Elbing-Allenstein in polnische Hände von den Russen von Anfang September 1945 möglich. APO, UP, 390/53, Bl. 26.

Jahres wurde bereits von 2.288 „repatriierten Polen und Umsiedler“,<sup>488</sup> die sich hauptsächlich in Wołyńiec/Grünhangen und Krosno/Krossen angesiedelt hatten, berichtet) und die Entwicklung der Administration es möglich gemacht, diesen Transport zu organisieren. Dazu gehörte die Erfassung der Auszusiedelnden in Listen, die Ausgabe von Passierscheinen und die Bereitstellung der Transportzüge. In seinem Bericht versuchte der Starost zwar offiziell den Eindruck zu erwecken, dass die Ausreise der Deutschen tatsächlich freiwillig erfolgte, doch die knappen Lebensmittelvorräte, die Schikanen der polnischen Miliz und die antideutschen Ressentiments manch polnischer Siedler legen eine andere Interpretation nahe.<sup>489</sup>

Herbert Groß aus Mülhausen berichtet, dass sein Vater alle 10 Tage nach Preußisch Holland/Pasłęk marschierte (hin und zurück 30 km), um sich und seine Frau in die Warteliste eintragen zu lassen. Familie Groß wurde mit dem zweiten Transport (Gesamtzahl der in dem Zug untergebrachten Deutschen betrug 262<sup>490</sup>) am 19. Oktober 1945 ausgewiesen:

„Mitte Oktober kam mein Vater mit der einerseits freudigen Nachricht, dass die Transportzüge ab sofort fahren würden, zurück. Meine Eltern konnten mit dem eine Woche später stattfindenden Transport mitfahren. Die wenigen Habseligkeiten wurden gepackt, vor allem Lebensmittel. Dann nahm man innerlich Abschied von Mülhausen. Am Friedhof verweilte man einen Augenblick an den Gräbern den Angehörigen, dann wurde der Fußmarsch nach Preußisch Holland fortgesetzt. Angekommen, musste erst eine Unterkunft gesucht werden. Leider musste man länger verweilen als vorgesehen, da angeblich keine Transportmittel zur Verfügung standen. Endlich kam der Tag, dass die Reise losgehen sollte. Als man am Bahnhof eintraf, stand nur ein Zug mit geschlossenen Güterwagen. Viele waren sehr enttäuscht. Die Einteilung war je 50-60 Personen für einen Waggon. Vor Besteigung ging die Miliz von einem zum anderen und untersuchte das habselige Gepäck. Die Miliz

---

<sup>488</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 255, S. 510. Zu diesem Zeitpunkt war also der Kreis Pasłęk/Preußisch Holland einer der best besiedelten Nordwestkreise des Bezirks. Zum Vergleich: Morąg/Mohrungen zählte 1.753 Polen, Lidzbark Warmiński/Heilsberg – 238, Braniewo/Braunsberg – 400, Bartoszyce/Bartenstein – 274. Die relative hohe Zahl der polnischen Umsiedler, die der Bericht des Regierungsbevollmächtigten Prawin enthält, hält allerdings der Kritik stand. Der Bericht für den Monat September 1945 erwähnt 2.594 (2.386) Repatriierte und Umsiedler, die von dem Anfang der Repatriierungsaktion bis zum 1. September 1945 auf dem Sammelpunkt in Pasłęk/Preußisch Holland registriert wurden. APO, PUR, 990/II/11.

<sup>489</sup> In dem oben erwähnten Lagebericht der Starostei Pasłęk/Preußisch Holland für den Monat September 1945 beschwerte sich der Starost über die „unter den deutschen qualifizierten Arbeitern herrschende Tendenz der freiwilligen Ausreise ins Reich“. APO, UP, 390/53, Bl. 25. Hingegen berichtete er zwei Monate später, dass auf individuelle Passierscheine 110 Deutsche ausgereist waren. APO, UP, 390/18, Bl. 48. Günther Rustau äußerte sich dazu: „Meine Mutter wollte gar nichts sehen. Sie sagte: Ich will nicht mehr hier bleiben. Ich will nur weg, weg, weg. Sie wollten alle nur noch weg. So schnell wie möglich.“

<sup>490</sup> Mit diesem Transport hat man jedoch hauptsächlich die Bewohner von Pasłęk/Preußisch Holland ausgesiedelt, worauf die im Kapitel 3 erwähnte Anmerkung des Starosten über 200 frei gewordene Wohnungen in der Kreisstadt hinweist. Vgl. Kapitel 3.

nahm vielen Leuten noch so manche Gegenstände fort. Manche mussten sogar ihre Schuhe und Mäntel ausziehen und abgeben.“<sup>491</sup>

Auch in der Erinnerung von Erna Strohschein, die mit dem gleichen Transport Preußisch Holland verließ, hat diese Abschiebung traumatische Spuren hinterlassen:

„Im Oktober 1945 ging von Preußisch Holland wieder ein Transport nach Deutschland, wir wurden von den Polen ausgewiesen. Das Wenige, das uns die Russen an Kleidung und Wäsche gelassen haben, nahmen uns die Polen an der Bahn in Preußisch Holland restlos fort. 68 Personen waren in unserem Wagen. Für 5 Tage sollten wir Verpflegung mitnehmen. Und fast 4 Wochen dauerte es, ehe wir in Berlin ankamen. Tagelang ließ man uns in Polen irgendwo auf einem toten Gleis stehen. Jeden Tag lagen die Leichen vor den Wagen, an Hunger gestorben. Tag und Nacht schrieten Kinder: Wir haben Hunger.“<sup>492</sup>

Wie aus beiden Erinnerungen hervorgeht, war der bürokratische Aufwand, der im Rundschreiben des Regierungsbevollmächtigten verlangt worden war, wie Ausgabe von Passierscheinen, Erfassung in Meldelisten, usw., tatsächlich gering. Selbst die Bekanntmachung über das Datum und die Uhrzeit des Transportes, sowie die Einrichtung von Sammelpunkten – wie es im Rundschreiben Nr. 172 von 1. Oktober 1945 für den Bezirk Masuren gefordert worden war<sup>493</sup> – wurden bei weitem nicht erfüllt.

Im Spätherbst 1945 wurden noch zwei weitere Transporte zusammengestellt. Mit dem ersten Transport vom 11. November sind 881<sup>494</sup> und mit dem zweiten, der 11 Tage später erfolgte, wurden 732 Deutschen<sup>495</sup> abgeschoben. Darunter waren auch 6 Diakonieschwestern des städtischen Krankenhauses. Sie waren abgeschoben worden, nachdem das Krankenhaus mit dem Chefarzt Dr. Wilhelm Berecki aus Wilna eine polnische Leitung bekam. Gleichzeitig waren auch vier polnische Krankenschwestern übernommen worden. Der holländische Arzt, der im städtischen Krankenhaus bei Kriegsende tätig war, war schon früher aus seiner Funktion entlassen worden. Schwester Bertha Naew hat den dritten Transport vom 11. November wie folgt beschrieben: „Dank der Vermittlung des polnischen Arztes konnten die deutschen Schwestern in zwei Transportzügen mitfahren, die entlassene Patienten, elternlose Kinder, Alte und Kranke aus dem Kreis Preußisch Holland ins ‘Reich’ befördern sollten. [...] Nach einer 16-tägigen, strapaziösen Fahrt trafen wir am 26. November in Berlin ein. Mehr als

<sup>491</sup> *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 187-188.

<sup>492</sup> LAA, Ost.-Dok. 2/35, Bl. 196.

<sup>493</sup> Das Rundschreiben in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 260, S. 517-521.

<sup>494</sup> Lagebericht des Starosten von Pasłęk/Preußisch Holland für den 16. November 1945, APO, UP, 390/118, Bl. 32.

<sup>495</sup> Lagebericht des Starosten von Pasłęk/Preußisch Holland für den Monat November 1945, APO, UP, 390/53, Bl. 58. Die beiden Transporte sind auch in den statistischen Angaben nachweisbar.

50 Personen haben diesen Transport nicht überstanden, sondern gingen durch die Kälte und Entbehrungen zugrunde.“<sup>496</sup> Der Erlebnisbericht der Schwester Naew weist auf katastrophale Bedingungen hin, unter denen die Transporte aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland stattgefunden haben.<sup>497</sup> In ähnlicher Weise äußerte sich auch Herr Günther Rustau: „Und wir waren mit 60 Personen da drin im Waggon,<sup>498</sup> da war schon Frost. Ja... und dann hat man uns transportiert von Preußisch Holland bis Schwerin in vier Wochen. [...] Aber wir hatten schon zu Hause, weil wir wussten, dass wir weg mussten, von den Russen, von dem Kommandanten wussten wir es,<sup>499</sup> dann hatten wir schon Trockenbrot geröstet auf dem Ofen. Dann hatten wir das geröstete Brot. Wasser hatten wir auch, dann haben wir Kaffee gekocht. Jeden Tag haben wir mehrere Leichen ausgelegt, wenn der Zug gehalten hat. Dann sind wir weiter gefahren. Alle zehn Kilometer mussten wir in den Wald, mussten Holz auf die Lok laden, damit die wieder weiter fahren kann. Es gab keine Kohlen, nix. Da haben die uns in den Wald geschickt, 20-30 Mann. Und dann fuhr die wieder weiter. Dann kamen wir an die Grenze an der Oder und das war furchtbar. Haben die Leute Sand gegessen, verhungert. Das war katastrophal. Wer wenig aufgepasst hat, der kam ja nicht in den Zug rein.“<sup>500</sup>

Es hat noch einen fünften Transport aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland im Jahr 1945 gegeben, der in polnischen archivarischen Quellen nicht erwähnt wurde.<sup>501</sup> Mit diesem Transport wurde Frau Cristel Fietkau aus Fürstenau abgeschoben: „Im Sommer dieses Jahres hörten wir, dass von Preußisch Holland aus Transporte in die Westzone gehen sollten. Wir sind daraufhin einige Male zu Fuß nach Preußisch Holland (20 km) gegangen, um uns beim

<sup>496</sup> Das Johanniter-Krankenhaus in Preußisch Holland, zusammengestellt von BERND HINZ, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1996), S. 301-304. Die Sterbequote in dem Transport betrug 5,6 %.

<sup>497</sup> „Es ist in den letzten Wochen mehrfach vorgekommen, dass an den Bestimmungsorten Waggonen mit Leichen anstatt mit lebenden Menschen angekommen waren.“ Das Schreiben des polnischen Außenministers Wincenty Rzymowski an den Minister für Öffentliche Verwaltung von 15. Dezember 1945. „*Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...*“, Dok. 70, S. 199.

<sup>498</sup> Die Zahl der Deutschen, die man in jedem Waggon unterbringen soll, war 1945 von Zentralbehörden nicht reguliert worden. *Wysiedlenia Niemców i osadnictwo ludności polskiej na obszarze Krzyżowa-Świdnica (Kreisau-Schweidnitz)*, S. 111. Der Leiter des PUR in Pasłęk, Jan Akmin erwähnte, man bekam einen Befehl, den Platz in den Waggonen maximal auszunutzen. 8MP.

<sup>499</sup> Wie es in dem Fall von Familie Groß aus Mülhausen gewesen ist, wurde auch dieses Mal keine Bekanntmachung mit dem Datum und Uhrzeit des Transports erlassen. Diese Nachricht übermittelte der sowjetische Kommandant (trotz der Stadtübernahme hat es noch die Kommandantur in der Stadt gegeben) dem Kommunisten Schwertz.

<sup>500</sup> 6MD. Die Aussiedlung ist willkürlich durchgeführt worden; es mangelte nicht nur an dem Trockenproviant für den Weg. Die Auszusiedelnden haben nicht mal Passierscheine bekommen. Mit dem Transport wurden die Deutsche aus der Marienfeldsiedlung in Pasłęk/Preußisch Holland und aus Młynary/Mülhausen ausgewiesen. Der Starost meldete, im November sind 40 Wohnungen in der Kreisstadt und 200 in Młynary/Mülhausen frei geworden.

<sup>501</sup> Die Dokumentation der polnischen Behörden ist häufig aus mehreren Gründen unvollständig; z. B. wurden die archivarischen Quellen betreffend der Stationierung der sowjetischen Einheiten in Polen auf Bitten der UdSSR teilweise vernichtet. Die Dokumentation von PUR von Pasłęk/Preußisch Holland wurde z.B. nur zu 40 % erhalten.



polnischen Landratsamt für die Transporte zu melden. Endlich am 3. Dezember 1945 hatte ein Teil von uns das Glück herauszukommen. Mitnehmen durfte jeder, soviel er tragen konnte. Ich selbst hatte an meinen drei Kindern, Gepäck genug und konnte daher auch kaum was tragen. [...] Die Reise dauerte 3 Wochen. Wir waren in Viehwagen zu je 60 Personen untergebracht. Es herrschte fast die ganze Zeit strenge Kälte. [...] Hinzu kam noch der Hunger, denn wir hatten uns nur für eine Woche Verpflegung mitgenommen, da man uns sagte, dass die Fahrt nur etwa eine Woche dauern würde. So litten wir ab der 2. Fahrtwoche Hunger. In der Gegend von Landsberg/Westpreußen kamen dann Polenfrauen mit Weißbrot und Milchkaffe an die Wagen und da mussten wir nun notgedrungen für teures Geld kaufen. [...] In Scheune bei Stettin musste unser Zug geräumt werden und wir stiegen in einen anderen Zug um.“<sup>502</sup>

Die Bevölkerungsstatistik für den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland verzeichnet eine Abnahme der deutschen Bevölkerung um 467 Personen. Das entspricht ungefähr der Zahl, die mit dem Transport vom Dezember 1945 abgeschoben worden war.

Die erste Phase der Aussiedlungen aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland ist mit dem 6. Transport vom 12. Februar 1946 abgeschlossen worden. Man verfügt über keine direkten archivarischen Quellen über diesen Transport. Der Leiter des Kreisliquidationsamtes Konrad Wiese erwähnte während der Konferenz des Nationalrates, dass im Februar 1946 800 Deutsche ausgesiedelt worden waren.<sup>503</sup> Frau Anna Freytag, geb. Haak aus Hermsdorf/Hermanowo, die mit dem Transport abgeschoben wurde, hat den, wie folgt, berichtet: „Polen brachten keine Lebensmittel mit und so wurde es immer schlechter mit der Versorgung. Folgendessen mussten die Alten über 60 Jahre und Kinder ins Reich geschickt werden. Die arbeitenden Kräfte mussten bleiben. Weil ich damals im 64. Lebensjahre war, musste ich auch mit. Am 12. Februar 1946 wurden wir in Preußisch Holland in kalte Viehwaggons verladen. [...] Die Polizei nahm uns alles weg, was wir bis Preußisch Holland geschleppt hatten. Sie schlugen uns noch und dann sind wir zu 48 Menschen in einem Viehwaggon gepackt worden. Zehn Tage und zehn Nächte haben wir da drin gehaust und kamen dann ins Lager Angermünde. Am 10. März 1946 in das Lager in Berlin.“<sup>504</sup>

<sup>502</sup> LAA, Ost.-Dok., 2/35, Bl. 34-36. Da mit diesem Transport auch Elise Hinz ebenfalls aus Fürstenau abgeschoben wurde, hatten aller Wahrscheinlichkeit nach alle deutschen Bewohner des Dorfes das gleiche Schicksal erlitten. LAA, Ost.-Dok. 1/49, Bl. 1.

<sup>503</sup> APO, PRN, 917/II/1. Die Statistiken zu dieser Zeit verweisen zwar auf eine erhebliche Zunahme der deutschen Bevölkerung im Kreis, was der Abschiebung von 800 Personen eindeutig widerspricht. Dieser statistische Zuwachs ist allerdings einerseits mit der genauen Erfassung der deutschen Bevölkerung und andererseits mit der Übergabe der Güter von der Roten Armee an Polen verbunden.

<sup>504</sup> LAA, Ost.-Dok. 1/49, Bl. 205-208.

Während dieser ersten Transporte gab es große Beschwerden über Plünderungen, die unterwegs mehrmals stattfanden: „Bereits vor der Abfahrt der Züge plünderte die polnische Miliz jeden Wagen gründlich. In unserem Wagen war z.B. eine Frau, bei der sie noch Wertsachen fanden. Diese zogen sie daraufhin bis aufs Hemd aus und durchsuchten alles genau. Auch auf der weiteren Strecke kamen bei den einzelnen Aufhalten Polen in Zivil und Uniform in die Wagen und plünderten.“<sup>505</sup>

Bolesław Romanowski, Referent im Gemeindeamt von Wołyniec/Grünhagen, war an der Durchführung solcher Transporte beteiligt: „Ich kann mich gut an die Aussiedlungen aus Drulity/Draulitten und Dargowo/Dargau erinnern. [...] Wir wurden immer vorher von Paślęk benachrichtigt, wann und wie viele Personen zur Aussiedlung vorbereitet werden mussten. Der Zug wartete schon am Bahnhof. [...] Ein paar Milizionäre kamen. Die Fuhrwerke wurden vorbereitet, auf die sie [die Deutschen] verladen werden sollten. Das hat aber grausig ausgesehen. *Schnell... raus... eins, zwei.*<sup>506</sup> Eine halbe Stunde dauerte die Verladung und nachher, bevor sie in Paślęk ankamen, hat es viele Kontrollen unterwegs gegeben. Die besseren Sachen hat die Miliz einfach mitgehen lassen.“<sup>507</sup>

Ein unmittelbarer authentischer Eindruck der Gefühle über den Verlust der Heimat befindet sich in der Tagebuchaufzeichnung von Anne Mielke aus Mülhausen, die mit dem Transport am 11. November 1945 ausgesiedelt wurde: „21.11.45. Den letzten Tag bin ich heute [...] in der Heimat. Morgen früh geht der Transport ins Reich. Möge der Treue uns geleiten. Ich habe von allen Abschied genommen. Im Garten von jedem Baum und Strauch, den Papa und Minnchen so liebten, von unserem Haus, von den Trümmern. In der Kirche war ich heute noch. Unsere schöne Kirche, wie sieht sie aus. Mir ist doch mein Herz so leer. Ich glaube mein ganzes Herz bricht hier. Von meinem Grab, das mein einziger Ruheplatz war, habe ich Abschied genommen. Nun lebt alle wohl, meine lieben Menschen. [...] Ob das nun Abschied für immer ist? Mir ist mein Herz so schwer. Ich habe so ein Würgen im Hals, als ob die Tränen alle nach Innen fließen. Der treue Heiland begleitet uns ja. Er kann mich ja mit meinen Lieben zusammen führen. Karl, Mama, Annemarie.“

<sup>505</sup> Ebenda. Der erste Zug von Wrocław/ Breslau benötigte für eine Strecke von 250 km drei Tage, der erste Zug aus Szczecin/Stettin wurde noch vor der Abfahrt am Bahnhof ausgeraubt. W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 100. Der Priester Cyganek, dessen Chronik des Kirchspiels Paślęk von einer gewissen Objektivität gezeichnet ist, hat notiert: „Man muss schon zugeben, dass die Repatriierung der Polen aus der UdSSR und der Deutschen unter schlimmen Bedingungen stattfand. Es kam vor, dass die schon in den Waggons untergebrachten Menschen der letzten Habseligkeiten beraubt wurden. Zwischen den Räubern befanden sich auch diejenigen, die hohe Posten in der Stadtverwaltung innehatten. K. CYGANEK.

<sup>506</sup> Dieser Satz wurde von dem Zeitzeugen auf Deutsch gesagt.

<sup>507</sup> 9MP.

Nur wenige dieser persönlichen Informationen gelangten seinerzeit an die Öffentlichkeit. Robert Murphy, der politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, verfasste im Oktober 1945 ein Memorandum für das US-Außenministerium in Washington, in dem er Not und Leiden der Ausgesiedelten darstellte: „Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt zehn Menschen gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. [...] Hier ist Strafe im Übermaß, aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, für Alte und Kranke.“<sup>508</sup> Der amerikanische<sup>509</sup> und englische Außenminister sahen in der „freiwilligen“ Deportation einen bewussten Bruch der Potsdamer Vereinbarung und intervenierten in Warschau. Die Briten befürchteten außerdem den weiteren Zustrom von Flüchtlingen in der Sowjetischen Besatzungszone. Zum gleichen Zeitpunkt erschienen zahlreiche Artikel in der britischen und amerikanischen Presse, die die westliche Öffentlichkeit auf die Zustände der Transporte aus dem Osten aufmerksam machten. Die polnische Regierung war durch diese Artikel äußerst beunruhigt, befürchtete ein Scheitern der Ausweisungen und war darüber hinaus besorgt um ihren „demokratischen“ Ruf. Die polnische Presse reagierte mit Artikeln, in denen die Aussiedlungen als sorgfältig vorbereitet und human dargestellt wurden.<sup>510</sup>

---

<sup>508</sup> G. BÖDDEKER, S. 381. Andererseits hatte Polen geringe Möglichkeiten, um die Beförderung der Deutschen in den Westen ordentlich vorbereiten zu können. Es mangelte vor allem an Transportmitteln. W. Borodziej verwies richtig darauf, dass die Benutzung der Bahn von sowjetischen Einheiten und wegen des Ausmaßes der Bevölkerungsbewegungen (nach Jaworski wälzte sich eine Welle von 17 Millionen - inklusive Kampfhandlungen - durch die neuen Gebiete), die zum größten Teil auf dem Schienenweg stattfanden, zur Desorganisation der Transporte beigetragen hatten. W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 100. MIECZYŚLAW JAWORSKI: Na piastowskim szlaku. Działalność Ministerstwa Ziemi Odzyskanych w latach 1945-1948, Warszawa 1973, S. 30-35.

<sup>509</sup> Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes hat sich wie folgt dazu geäußert: „Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren.“ Einen starken Widerhall (auch unter der deutschen und „autochthonen“ Bevölkerung) fand in Polen seine Stuttgarter Rede von 6. September 1946, in der er feststellte, dass die deutsche Ostgrenze erst mit einem endgültigen Friedensvertrag festgelegt werden sollte. Vgl. W. BORODZIEJ: „Afera“ stuttgartarcka, in: *Res Publica*, Nr. 10, 1998, S. 28-36.

<sup>510</sup> Der Versuch geschah allerdings auf ausdrückliche Anweisung der Sowjetunion, die sich bereit erklärte „diese propagandistischen Aufsätze [...] entsprechend weiterzuleiten.“ Hierzu folgendes Beispiel der polnischen Propaganda: „Kaławsk wird von irgendeinem Gallus Anonymus in die Chronik der Geschichte eingetragen werden. Wir kennen die Stellen nicht genauer, über die die Massen deutscher Siedler in uralten Zeiten in das große Schlesien der Piasten und in die übrigen Gebiete Polens gekommen sind, aber wir kennen die Orte, an denen sie heute Polen für immer verlassen. [...] Eine ebensolche Sammelstelle wie Glatz/Kłodzko ist das im Kreis Habelschwerdt/Bystrzyca gelegene Mittelwalde/Międzylesie, wo wir eine ähnlich vorbildliche Ordnung, Geschicklichkeit und Menschlichkeit in Bezug auf die Ausreisenden beobachtet haben. Dort in Mittelwalde/Międzylesie erlebten wir die Deutschen in besonders guter Gemütsverfassung. Die aus Polen ausreisenden Feinde Polens. Sie sangen und haben den Zug beschmückt; Auf einem Waggon stand geschrieben: 'Grämt Euch nicht, sondern seid fröhlich, das Vaterland gibt Euch alles.' Diese gute deutsche Laune ist im hohen Maße das Ergebnis der sehr guten Behandlung der Deutschen durch die polnischen Behörden.“ Z. BEDNÓRZ: Was sagt Oberst Growse über die Repatriierung der Deutschen aus Polen? Kaławsk geht in die Geschichte ein, in: *Polska Zbrojna*, 16.5.1946. Außerdem in: AAN, MAP, B-1772, Bl. 33. Deutsche Übersetzung von: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“, Dok. 116, S. 253-255.

In dieser Situation war es notwendig, für die Aussiedlungen der Deutschen aus den Ostgebieten einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der den Zustrom der Bevölkerungsmenge in jede Besatzungszone prozentual regelte. Ein solcher Aussiedlungsplan wurde schon früher vom Alliierten Kontrollrat ausgearbeitet und versuchte, den Befürchtungen Londons entgegen zu wirken: die Britische Zone sollte 22,5 % (ca. 1,5 Millionen ausschließlich aus Polen) der Aussiedler aufnehmen, die Sowjetische Zone 41,5 % (2,75 Millionen Deutsche), die Amerikanische Zone - 33,5 %. Laut Plan des Kontrollrats war beabsichtigt, bereits im Dezember 1945 10 % der deutschstämmigen Bevölkerung auszusiedeln, im Januar und Februar 1946 5 %, im März bis April 15%, im Mai-Juni 15 %, 20 %. Im Juli sollten dann die restlichen 10 % ausgewiesen werden.<sup>511</sup> Der Prozess der Aussiedlung sollte demnach Mitte des Jahres 1946 endgültig beendet sein.

Das erste bilaterale Abkommen mit dem Stab der englischen Rheinarmee erfolgte mit Verzögerung erst am 14. Februar 1946.<sup>512</sup> Die Transporte sollten im Rahmen der sog. Aktion „Swallow“ ab dem 20. Februar 1946 per Schiff und Eisenbahn erfolgen. Eine Bahnlinie, als Trasse B bezeichnet, führte von Szczecin/Stettin bis Bad Segeberg, eine Trasse C von Kaławsk/Kohlfuhr nach Mariental und Alversdorf. Auf beiden Strecken sollten die ersten Transporte durchgeführt werden. Die Trasse A war als Seeweg geplant von Stettin/Szczecin nach Lübeck<sup>513</sup>, die Bahntrasse D von Kaławsk/Kohlfuhr nach Friedland für einen späteren Zeitpunkt. Die englische Regierung erklärte sich bereit, täglich 8.000 Deutsche in ihre Besatzungszone aufzunehmen. In dem Abkommen wurde ausdrücklich vereinbart, dass Polen die Aktion von zentraler Stelle leiten sollte. Die Aufsicht über die Aussiedlungen hatte das Ministerium für die Wiedergewonnen Gebiete (MZO), das am 17. Januar 1946 den Posten eines Hauptbeauftragten für Fragen der Repatriierung von Deutschen einrichtete. Józef Jaroszek, der den Posten übernahm, war verantwortlich für die Koordinierung zwischen den lokalen Behörden – auf der Wojewodschaftsebene war es der Inspektor do Spraw Wysiedlenia Niemców (Inspektor für die Aussiedlung von Deutschen) und dem Ministerium. Die Kompetenz dieses Postens wurde durch seine Eingliederung in die Wydział Osiedleńczy (Ansiedlungsabteilung des MZO) am 28. März 1946 eingeschränkt. Die Vorbereitung und

<sup>511</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 101; STANISŁAW JANKOWIAK: Wysziedlenie i emigracja ludności niemieckiej z Polski latach 1945-1949, in: *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939-1945 i jej powojenne losy*, S. 59; P. LIPPÓCZY, T. WALICHNOWSKI, S. 55-59.

<sup>512</sup> Der Vereinbarung gingen lange Verzögerungen der englischen Seite voraus. Minister Wolski, der die Gespräche für das zukünftige polnisch-britische Abkommen schon auf der Konferenz in Berlin führte, schrieb an den polnischen Vertreter in Berlin Obersten Zdzisław Bibrowski empört: „wegen der Unterschätzung dieses Problems und Missachtung meiner Anweisungen erteile ich Ihnen einen Tadel. [...] Die wichtigste ist die Frage der deutschen Bevölkerung. Sie sind daran schuld, dass wir drei kostbare Wochen verloren hatten – 100.000 Deutschen ernähren wir in unserem Land.“ S. JANKOWIAK: Wysziedlenie ludności niemieckiej z Polski do brytyjskiej strefy okupacyjnej latach 1945-1959, S. 119.

<sup>513</sup> Die sowjetische Seite verzögerte die Übergabe des Stettiner Hafens an Polen.

Organisation der Abschiebung lag in der Verantwortung des PUR. Dazu gehörten die Festlegung der Sammelpunkte, Versorgung der Deutschen mit Lebensmitteln, Beschaffung von Sanitäts- und Desinfektionsmitteln, Organisierung des sanitären und ärztlichen Dienstes, das Beladen und die Abfertigen der Transporte.<sup>514</sup> Schon am 1. August 1945 wurde ein sog. Etappenpunkt (Punkt Etapowy)<sup>515</sup> des Kreisrepatriierungsamts eingerichtet, den Jan Szewczyk leitete, ursprünglich nur zur Fürsorge der Aussiedler aus den polnischen Ostgebieten. Bereits an dem Tag, als das Amt offiziell seine Arbeit aufnahm, traf der erste Transport aus Wołyń/Wolhynien ein.<sup>516</sup> Bis zum November 1945 beschränkte sich die Arbeit des PUR in Pasłęk/Preußisch Holland auf die Repatriierung der Polen aus den Ostgebieten. Erst seit Anfang des Jahres 1946 waren die Mitarbeiter des Repatriierungsamtes für die Abtransporte der deutschen Bevölkerung zuständig.<sup>517</sup> Der erste Leiter des PUR war Kazimierz Rębalski, der später durch Jan Akmin ersetzt wurde. 1946 betrug die Zahl der PUR-Beamten 24 Personen. Der oben erwähnte Etappenpunkt von Pasłęk/Preußisch Holland existierte weiter im Rahmen des PUR<sup>518</sup> und war für die Unterkunft und die Verpflegung der deutschen Aussiedler (während ihres Aufenthalts im Sammelpunkt und auf dem Transport, der 4 Tage dauern sollte) zuständig.<sup>519</sup>

Jedes Kreisrepatriierungsamt wurde verpflichtet, gesonderte Sammelpunkte/Übergangspunkte einzurichten. Schon am 12. März 1946 ließ der Inspektor des Etappenpunktes in Pasłęk/Preußisch Holland, Jan Śniezko, eine solche Übergangsstelle (Räume, Küche, Heizmaterial und Elektrizität) einrichten. Als Unterkunft wurden zwei Gebäude des PUR in der ulica Stalina<sup>520</sup> (ehemals Bahnhofstraße) bereitgestellt. Hinzukamen Klassenräume des Lyzeums (ehemals Sankt-Georg-Schule) und später auch die Gebäude der NSKK-Schule auf der Aleja Sprzymierzonych (Elbinger Chaussee).<sup>521</sup> Die Räume waren viel zu klein und

<sup>514</sup> APO, PUR, 990/II/22.

<sup>515</sup> Zu verschiedenen Arten der Etappen-Punkte siehe: W. GIESZCZYŃSKI, S. 29; S. BANASIAK: *Działalność osadnicza PUR na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1947*, S. 37-39; DERSELBER: *Państwowy Urząd Repatriacyjny w latach 1944-1946*, in: *Przegląd Zachodni*, 1961, Nr. 4, S. 345-364.

<sup>516</sup> APO, PRN (Powiatowa Rada Narodowa – Kreisnationalrat), 917/II/1.

<sup>517</sup> Vgl. Bericht des PUR in Pasłęk während der Sitzung des Kreisnationalrates vom 28. Mai 1947. APO, PRN, 917/II/1.

<sup>518</sup> Der Etappenpunkt im Pasłęk/Preußisch Holland wurde im Dezember 1947 aufgelöst.

<sup>519</sup> Die Tagesernährungsportion (2. Wahl genauso wie für die polnischen Aussiedler) beabsichtigte: Brot – 267 gr., Weizenmehl – 50 gr., Graupe – 50 gr., Konserven – 25 gr., Fett – 25 gr., Zucker – 13 gr., Salz 13 gr. und Kaffee 40 gr. Milchpulver 1 kg für 16 Kinder oder Kondensmilch – 1 Dose für 4 Kinder. Schreiben des Repatriierungsamtes in Olsztyn/Allenstein an alle Kreisstarosten, APO, UP, 990/II/22. Vgl.: S. BANASIAK: *Przesiedlenie Niemców z Polski w latach 1945-1950*, S. 64; B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 174.

<sup>520</sup> Heutige ulica Westerplatte.

<sup>521</sup> Der PUR-Leiter hat merkwürdigerweise eindeutig verneint, dass sich dort eine Sammelstelle für die auszusiedelnden Deutschen befand. Die Schule befand sich auch in weiterer Entfernung vom Bahnhof, doch sie lag auf dem Weg von den Nordgemeinden des Kreises. Die Verwendung der Baracken der Schule als Unterkunftsplatz für die deutsche Bevölkerung findet allerdings Bestätigung in den archivarischen Quellen

entsprachen kaum den elementarsten Hygienevorschriften.<sup>522</sup> „Ich habe festgestellt, auf manchen Etappenpunkten herrschen Schmutz und Unordnung. Die Räume sind verschmutzt und nicht beheizt; es gibt auch keinen Strom.“, schrieb Henryk Kulsza an den Starosten in Pasłek/Preußisch Holland und kritisiert weiter: „Stroh in Strohsäcken wurden seit langem nicht mehr gewechselt. In der Nähe der Küche – ein Müllhaufen.“<sup>523</sup> Zum befürchteten Ausbruch einer Epidemie kam es zwar nicht, doch ansteckende Krankheiten<sup>524</sup> und Parasiten wie Läuse und Krätze waren alltäglich.

Gemäß der Vereinbarung vom 14. Februar 1946 sollte der Transport von gesonderten Sicherheitseinheiten (12 Soldaten und 1 Offizier)<sup>525</sup> bis zur Grenze begleitet werden. In jedem Waggon sollten 36 Menschen, nach angefertigten Aufstellungen, untergebracht werden. Hochschwängere Frauen (6 Wochen vor und nach der Geburt) und ihre Familien wurden von den Transporten vorläufig ausgeschlossen.<sup>526</sup> Die Starostei war außerdem verpflichtet, die Auszusiedelnden mindestens 24 Stunden vor der Abfahrt über das Datum und die Zeit der Aussiedlung zu benachrichtigen. Sie durften Handgepäck mit Bettwäsche und Küchengeräten bis zu 40 kg (u.a. Lebensmittel für 14 Tage und Schmuck) sowie 500 RM pro Person mitnehmen. Das Abkommen ließ zu, das Gepäck der Aussiedler zu kontrollieren. Jedoch um Diebstähle zu vermeiden, hat man ganz deutlich angeordnet, dass Kontrollen nur auf dem Sammelpunkt und tagsüber stattfinden durften.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Sicherung des von Deutschen zurückgelassenen Gutes gerichtet, das Plünderern nicht als Beute zufallen sollte. Es kam trotzdem häufig vor, dass die Deutschen kurz vor der Aussiedlung das zurückgelassene Gut bewusst zerstörten, damit es nicht in fremde Hände fiel. Darüber hinaus wurde angeordnet, polnische Aussiedler, denen ein Hof zugeteilt wurde, noch vor Ausreise der Deutschen dort unterzubringen. Das Zusammenleben dauerte nur ein paar Tage, und es wurden meistens keine Kontakte geknüpft.<sup>527</sup>

---

(Sign. 391/27, Bl. 444), in einem Interview (2WDP) und in einem Erlebnisbericht (*Der Heimatbrief...*, Bd. 3 (1996), S. 196).

<sup>522</sup> Nach Leiter des PUR Jan Akmin.

<sup>523</sup> W. GIESZCZYŃSKI, S. 30.

<sup>524</sup> 1947 hat man deswegen angeordnet, dass alle Ausreisende vor dem Transport gegen Typhus geimpft werden sollen.

<sup>525</sup> Manche Dokumente sprachen von 10 Konvoienten. S. JANKOWIAK: *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej z Polski latach 1945-1949*, S. 58; B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 176. Die Begleitung der Transporte in die russische Besatzungszone war etwas bescheidender – 4-5 Soldaten und 1 Offizier.

<sup>526</sup> APO, UP, 990/II/22.

<sup>527</sup> So war es auch in dem Fall von Familie Rustau.

Die Aussiedlungen in die Sowjetische Besatzungszone wurden mit dem Abkommen von 5. Mai 1946 geregelt.<sup>528</sup> Die Vereinbarung wurde allerdings erst ab dem 9. Juli umgesetzt. Die Übergangsstationen in Forst/Barśc, Görlitz/Zgorzelec und Teuplitz/Tulpice durften nicht mehr als einen Transport pro Tag abwickeln. Alle Aussiedler sollten einer medizinischen Untersuchung unterzogen werden.

Die Aussiedlungsaktion für die Wojewodschaft Allenstein wurde, nach Einstellung der Transporte am 20. März 1946,<sup>529</sup> für den Sommer 1946 festgelegt. Zur Abschiebung waren in erster Linie „Intellektuelle, z. B. Priester, Lehrer und andere unerwünschte Elemente“<sup>530</sup> vorgesehen, also Personen, die theoretisch Einfluss auf die Verstärkung der deutschen Nationalgefühle hätten haben können. Dahinter stand der Versuch, den Status der Einheimischen zu klären, die entweder polnischer Herkunft waren und sich mit der polnischen Kultur verbunden fühlten oder die gemäß der Entscheidung der Verifizierungskommissionen zur (Re)Polonisierung taugten. Die verifizierten wie unverifizierten Ermländer und Masuren sollten von der Aussiedlungsaktion vorläufig ausgeschlossen bleiben.<sup>531</sup>

Mit dem ersten Transport vom August 1946, der im Rahmen der abgeschlossenen Verträge in den Westen abging und der als Generalprobe für die bevorstehende Massenaktion galt, wurden insgesamt 1.475 (1.578) Deutsche aus der Wojewodschaft Olsztyn/Alenstein in die Britische Besatzungszone ausgewiesen. Aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland waren es 50-52 Bewohner,<sup>532</sup> darunter 27 aus der Stadt Pasłęk/Preußisch Holland und 4 Mitarbeiter des Kreiskrankenhauses.<sup>533</sup> Die zur Aussiedlung vorgesehenen Deutschen wurden auf dem

<sup>528</sup> W. BORODZIEJ: Einleitung, S. 104; B. NITSCHKE: Wysziedlenie czy wypędzenie?, S. 178, P. LIPPÓCZY, T. WALICHNOWSKI; S. JANKOWIAK, Wysziedlenie i emigracja ludności niemieckiej..., S. 60.

<sup>529</sup> Diese Einstellung war mit der Verifizierungsaktion in der Wojewodschaft verbunden. Vgl. Kapitel 6.

<sup>530</sup> APO, UW, 391/269. Das Dokument außerdem in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 286, S. 556-559.

<sup>531</sup> Die Aufstellungen der verifizierten und unverifizierten „Autochthonen“ sollte jeder Kreisstarost bis zum 5. August 1946 zur Einsichtnahme dem Wojewoden zur Verfügung stellen.

<sup>532</sup> Bericht der sozialpolitischen Abteilung des Wojewodschaftsamts für den Zeitraum von 1. März bis zum 30. September 1946. APO, UW, 391/266. Diese Angaben unterscheiden sich ein wenig von denen, die Stanisław Żyromski auf Grund der Berichten des PUR und des WRN, die für die Zentralbehörden vorgesehen waren, in seinem Artikel dargestellt hat (in dem Fall des Kreises Pasłęk/Preußisch Holland handelt es sich nur um 2 Personen). Auch Claudia Kraft präsentierte etwas andere Zahlen. Die Ursache der Entstehung dieser Diskrepanz ist unklar. Häufig war ein Fehler daran schuldig, der bei einer mathematischen Rechnung vorkam. Der Grund dafür lag einerseits in dem Problem der schwach qualifizierten Beamten (bei der Besetzung der Posten war, besonders seit 1947, die Parteizugehörigkeit und nicht die Ausbildung entscheidend), andererseits war die Kontrolle der Zentral- oder Wojewodschaftsbehörden auf der Kreis- und Gemeindeebenen nicht so streng, was Willkür der Beamten und des Sicherheitsdienstes, sowie der Milizionäre erleichtern könnte. Wie sich Herr Jan Akmin, der im November 1945 nach Pasłęk/Preußisch Holland ankam, äußerte: „Es war die Zeit der Gesetzlosigkeit.“

<sup>533</sup> Es war mit dem Runderlass des MZO vom 22. Mai und der Anordnung des Wojewode von Olsztyn/Alenstein vom 23. Juli 1946 über die Entfernung der Deutschen aus einigen Betrieben geregelt worden. Danach waren die deutschen Beschäftigten aus bestimmten Posten zu entlassen, wenn dem polnischen Staat kein Schaden dadurch zugefügt würde: „Dies betrifft insbesondere das Personal in Restaurants, Cafes, Bars und

Sammelpunkt von der gesonderten Kommission (PUR-, Sicherheitsbeamten und Miliz<sup>534</sup>) kontrolliert. Während dieser Kontrolle wurden hauptsächlich Medikamente (ca. 80 Stück) beschlagnahmt.

Die angekündigte große Aussiedlungsaktion fing in der Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein zuerst Ende Oktober/Anfang November 1946 an und sollte hauptsächlich die Nordkreise<sup>535</sup> der Wojewodschaft, wegen des unter der deutschen Bevölkerung herrschenden Hungers, umfassen.<sup>536</sup> In ihrem Rahmen wurde jeden Mittwoch ein Transport mit rund 1.750 Deutschen aus den einzelnen Kreisen zusammengestellt. Die DOKP (Dyrekcja Okręgowa Kolei Państwowych – Bezirksdirektion der Staatsbahnen) sollte zu diesem Zweck einen mit Öfen ausgestatteten Pendelzug mit einer Länge von 60 Waggons in Dienst stellen. Die Staroste waren verpflichtet, die Auszusiedelnden mit Hilfe eigener Transportmittel (Kraftfahrzeuge, Fuhrwerke) oder zu Fuß zu dem Sammel- und Verladepunkt zu bringen. In jeden Waggon sollen 36 Menschen untergebracht werden. Der Zug sollte bis zum Grenzbahnhof Barść/Forst – Tuplice/Teuplitz unter der Begleitung von KBW (Korpus Bezpieczeństwa Wewnętrznego – Korps für Innere Sicherheit) fahren.<sup>537</sup>

Der Transport aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland ging am 20. November 1946 ab und wies erhebliche Mängel auf: „Am 16. November 1946 begann“, so der Vorsteher der Kreisabteilung des PUR in Morąg/Mohrungen, der über jenen Transport aus Pasłęk/Preußisch Holland berichtete – „auf Fuhrwerken eine ungeordnete Menschenmenge von körperlich Behinderten, Greisen und Frauen mit Kindern ohne Namensverzeichnisse zum Sammelpunkt des PUR zu strömen, so bis zum Abend des 19. November über 2.000 Personen. Während der

---

anderen gastronomischen Betrieben aller Art, in Hotels, Geschäften, Frisiersalons, Krankenhäusern und anderen Unternehmen, die von der Öffentlichkeit besucht werden.“ *„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“*, Dok. 120, S. 257-258; W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 284, S. 554-555.

<sup>534</sup> Es waren: Leiter des PUR, Rąbalski, Kommandant MO – Władysław Jaworski, Aleksander Wieczorkiewicz von dem UB und Dr. Jan Weith.

<sup>535</sup> Bartoszyce/Bartenstein – 30. Oktober, Braniewo/Braunsberg – 6. November, Lidzbark War./Heilsberg – 13. November, Pasłęk/Preußisch Holland – 20. November, Gierdawy/Gerdauen – 27. November, Węgorzewo/Angerburg – 4. Dezember und Kętrzyn/Rastenburg – 11. Dezember.

<sup>536</sup> Von der kritischen Situation in den Kreisen Pasłęk/Preußisch Holland, Braniewo/Braunsberg und Mrągowo/Sensburg wurde auch das Ministerium für Wiedergewonnenen Gebieten unterrichtet. Man hat richtig vermutet, dass diese Vorkommnisse während des sich nähernden Winters und durch die erhebliche Vernichtung der Ernte durch die Mäuse massenhafte Ausmaße annehmen werden. Darüber hinaus bedeutete die Einstellung der Aktion im Januar 1947 ein rapides Anwachsen der Sterblichkeit unter der deutschen Bevölkerung des Kreises, was in dem Verlangen des Starosten nach einer möglichst raschen Wiederherstellung der Transporten zum Ausdruck kam. APO, UW, 391/114, Bl. 6.

<sup>537</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 295, S. 567-569. Die Soldaten des KBW haben die Milizionäre des ORM (Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej – Freiwillige Reserve der Bürgermiliz, die die Transporte von Februar bis Juli begleiteten, ersetzt.



Gepäck- und Personalkontrolle habe ich ein Namenverzeichnis von 1.750 auszusiedelnden Personen angefertigt, dem Rest befahl ich zurückzufahren. Während der Überprüfung der auszusiedelnden Deutschen wurde Bürger Józef Kowalski, der von mir als Vertreter des PUR eingesetzte Beamte, gemeinsam mit Beamten des Sicherheitsdienstes unter dem Vorwurf, sich konfiszierte Gegenstände angeeignet zu haben, festgenommen.<sup>538</sup> Der Kreisleiter von Morąg, Rzewuski, stellte vor allem ein unzureichendes weibliches PUR-Personal fest und dass „das männliche Personal undiszipliniert, aufsässig, arbeitsscheu und arrogant (Lagerarbeiter) oder gänzlich verbrecherischer Natur (Kowalski)“ ist. Weiter berichtete Rzewuski, dass er den Transport mit Brennstoff in Form von kleingehackten Holzscheiten ausstattete, dass die Revision und die Verladung in die Waggons auf höfliche und sachliche Weise stattfanden.<sup>539</sup>

Der Leiter des PUR Jan Akmin in Pasłęk/Preußisch Holland beschrieb die Aussiedlungen wie folgt: „Man hat uns im Ausland vorgeworfen, dass wir brutal und inhuman waren, als wenn wir die Deutschen gequält hätten. Quälerei hat es bei uns nicht gegeben, aber solche Rempelen, Schimpfworte und eine generelle Unfreundlichkeit von der Seite der Miliz kamen vor. Ich weiß nicht, aber manche Milizionäre hegten Groll gegen die Deutschen, der während des Krieges entstand. [...] Es stimmt, die Bedingungen, die in den Waggons herrschten, waren nicht so, wie sie sein sollten. Aber die Zeit der Transporte nach Auschwitz war nicht so lange her...“<sup>540</sup>

Der nächste Transport aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland ging mit insgesamt 1.750 Deutschen am 15. Januar 1947 ab. Wegen der herrschenden Kälte begann man relativ früh mit den Vorbereitungen. Schon am 10. Januar 1947 hat man mit der Beförderung der Bewohner der weit entfernten Kreisen, Dobry/Döbern, Młynary/Mülhausen, Rogajny/Rogehnen angefangen, die auf dem Sammelpunkt in der Kreisstadt vorläufige Unterkunft fanden. Bei dem Transport vom Wohnort zur Sammelstelle sollten die Miliz, der Sicherheitsdienst und Vorstände der betroffenen Gemeinden zusammenarbeiten. Die Gemeindevorsteher sollten auch bei Unterbringung der Deutschen auf den Sammelpunkten in Pasłęk/Preußisch Holland anwesend sein. Die Zahl der Auszusiedelnden, die in einzelnen Waggons transportiert werden durften, betrug wie im Jahr zuvor 36 Personen. Jeder Waggon erhielt eine Nummer. Um Ordnung im Transport halten zu können, sollte jeder Auszusiedelnde mit einer Nummer

---

<sup>538</sup> APO, PUR, 990/47, Bl. 149.

<sup>539</sup> Der Kreisleiter des PUR in Pasłęk/Preußisch Holland Jan Akmin konnte sich an Herrn Rzewuski und seine Kontrolle nicht erinnern.

<sup>540</sup> 8MP.

markiert werden<sup>541</sup>, die einem bestimmten Waggon zugeordnet wurde. Die Erhaltung der Ordnung, besonders an den Grenzübergangspunkten, als die Deutschen aus dem polnischen Zug ausstiegen und in russische Transportmittel einsteigen mussten, war aufrechtzuerhalten. Auch dieser Transport bewies gewisse bürokratische Mängel: Im Schreiben des Staatlichen Repatriierungsamtes von Olsztyn/Allenstein wird dem PUR von Pasłek/Preußisch Holland vorgeworfen, dass der Kommandant des Zuges nicht über die Verzeichnisse der zu Transportierenden verfügte, was zu einer Verzögerung an den Grenzübergangsorten führte. Ein anderes Problem betraf Kranke und an Krätze leidende Menschen, die häufig mit den gesunden Menschen in denselben Waggonen untergebracht wurden. In diesem Zusammenhang erinnerte das Schreiben des Hauptbeauftragten des MZO an das Verbot der Abschiebung von ansteckenden Krankheiten leidenden Menschen. In einem der Waggonen sollte außerdem eine Sanitätsstation eingerichtet werden, die mit 6 amerikanischen Betten und notwendigen Medikamenten ausgestattet werden sollte. Alle Deutschen sollten noch vor der Abreise von einem polnischen Arzt untersucht und einer Desinfektion mit DDT untergezogen werden.<sup>542</sup>

Parallel zu den organisierten Transporten verlief eine andere Art der Bevölkerungsemigration – die freiwillige Ausreise der Deutschen, die auf eigene Faust Richtung Oder aufbrachen. Diese Form der Ausreise entgeht allen Statistiken. Vom polnischen Staat, der die Deutschen aus den Ostgebieten um jeden Preis wegschaffen wollte, wurden diese Versuche begrüßt: „Da gab uns der polnische Bürgermeister frei, um auf eigene Gefahr zu versuchen, das Sammellager Stettin zu erreichen. Vielen glückte es, auch mir, vielen misslang der Versuch, sie kamen zurück ins Arbeitslager.“<sup>543</sup>

Der Starost Zieliński erwähnte in seinem Bericht von 31. November 1945, dass 110 Deutsche auf Grund der individuell ausgestellten Passierscheine den Kreis verlassen haben.<sup>544</sup> Es

---

<sup>541</sup> Ebenda.

<sup>542</sup> APO, UP, 990/II/22.

<sup>543</sup> Erinnerungsbericht der E.B. aus dem Kreis Preußisch Holland, in: *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, Bd. 1/2, S. 173. Gertrud Conrad aus Schmauch/Kr. Preußisch Holland gelangte auf solche Weise mit 13 anderen Bewohnern des Dorfes noch im Juni 1947 in den Westen. *Kreisbuch Preußisch Holland*, S. 417.

<sup>544</sup> APO, UW, 390/118, Bl. 48. Im August 1945 hat man in Olsztyn/Allenstein die Passierscheine den 763 Erwachsenen und 969 Kindern ausgestellt. Insgesamt haben in den Monaten Juni - August 4.658 Deutsche auf Grund der individuellen ausgestellten Passierscheine die Stadt Olsztyn/Allenstein verlassen. Die Ausreiserlaubnis kostete 65 Złoty. *Warmiaczy i Mazurzy w PRL*, Dok. 56, S. 85; Dok. 50, S. 72. Die Zahl der Deutschen, die im Jahr 1945 auf eigene Faust die Region verließen, wird auf 60.000 bis 90.000 geschätzt. *Okręg Mazurski w dokumentach Jakuba Prawina*, S. XVII; W. GIESZCZYŃSKI, S. 238. Viele machten sich auf den Weg Richtung Oder, ohne über den Passierschein zu verfügen. Noch im März 1947 kam es häufig vor, dass Deutsche individuell nach Deutschland ausreisen wollten. APO, UW, 390/288, Bl. 572.

geschah entweder zu Fuß<sup>545</sup> oder, wenn man über das Geld verfügte – mit dem Zug. Die deutsche Zivilbevölkerung kam meistens durch Handel in Besitz von polnischen Złotys: „In den alten Häusern, die kaputt waren, haben wir dann manchmal alte Sachen gefunden, Kleider oder alte Schuhe. Und das haben uns die Polen abgekauft und dafür kriegten wir Złotys. Und diese Złotys haben wir gesammelt und haben in Elbing Fahrkarten gekauft und sind ... ich glaube, meine Mutter und ich, nur wir beide sind los gefahren. Einfach so. In Zug rein und...ja. Bis Frankfurt an die Oder sind wir gefahren.“<sup>546</sup>

Auch Frau Frieda Hauschalter aus Luxethen/Łukszty Kr. Preußisch Holland, die als arbeitsfähige Kraft bis 1947 in Polen aufgehalten wurde und die trotz ihrer schweren Arbeit noch zusätzlich ihren Unterhalt mit Stricken und Waschen verdienen musste, machte sich auf den Weg Richtung Stettin. „Mit meinem Mann, der in Hamburg Arbeit gefunden hatte, war ich in Briefwechsel. Transporte waren wegen der strengen Kälte eingestellt. Wir beschlossen nun, alles auf eine Karte zu setzen und auf eigene Gefahr zu versuchen ins Reich, zu kommen. Bekannte Polen, mit denen wir an der Bahn zusammengearbeitet hatten, besorgten uns Fahrkarten und Anfang Februar habe ich dann mit meiner Tochter, Schwester und Tochter, Frau Fleischer und Sohn bei Nacht unser Dorf heimlich verlassen. Früh morgens fuhren wir von Schlobitten ab. Nach ca. 3 Tagen gelangten wir in Stettin an. Auf der Fahrt sind wir 2 mal kontrolliert worden. In Stettin nahm man uns in keinem Lager auf. Wir sollten wieder zurückfahren oder in die Oder gehen. Wir haben uns dann wieder bei den Polen in der Stadt Arbeit gesucht. Im Mai wurden wieder die Transporte in die Sowjetische Zone geschickt, bei den dritten waren wir auch dabei.“<sup>547</sup>

Mit der Zeit entwickelte sich diese Erscheinung zu einer Prozedur, die den Bahnbeamten und den Funktionären des Sicherheitsdienstes an den Vertriebenen verdienen ließ: „Wer in der glücklichen Lage war, Geschenke, wie versteckte Schmucksachen und dergleichen, anbieten zu können, kam auch heraus.“<sup>548</sup> Frau Anna Herhold aus Lomp/Kr. Pasłęk/Preußisch Holland, die sich mit vielen Dorfbewohnern auf den Weg Richtung Stettin machte, stellte fest: „Zur Fahrkarte kamen wir Deutschen nur durch vorsichtige Bestechung einer Schalterbeamtin.“<sup>549</sup> Wenn man jedoch von der Miliz beim Versuch der illegalen Ausreise nach Deutschland erwischt wurde, musste man erneut Schmiergeld bezahlen: „Am Bahnhof wurden wir, Frau

<sup>545</sup> „Frau Auguste Eichler, Frau Peutrich, Anna Schulz aus Bunden mit Tochter Heidelore wollten unbedingt weg. Da keine Transporte zusammengestellt wurden, gingen sie im Sommer 1946 zu Fuß los. Sie sind zunächst nur bis Stolp in Ostpommern gekommen. Irgendwie ist es ihnen 1946 oder 1947 gelungen, in die damalige sowjetische Zone zu gelangen.“ *Der Heimatbrief ...*, Bd. 3(1995), S. 195.

<sup>546</sup> Interview mit Elli Eggerstedt aus Preußisch Holland. 3WD.

<sup>547</sup> LAA, Ost.-Dok. 2/35, Bl. 60-66.

<sup>548</sup> *Der Heimatbrief ...*, Bd. 3(1995).

<sup>549</sup> Eine illegale Fahrt mit dem Zug bis zur Grenze kostete 1.000 Złotys für einen Mann, 500 für eine Frau und 300 für ein Kind.

Schamp und ich, von zwei Milizleute angehalten und nach unserem Ziel gefragt. Dann führten sie uns in einen abgelegenen Raum, dort ging das Fragen im strengeren Tone weiter, warum wir weg wollten, ob wir noch Wertsachen und deutsches Geld hätten, auch forderten sie von jedem 1.000 Zlotys, und wir hatten doch nichts mehr.“<sup>550</sup>

Andererseits haben die Deutschen, die Richtung Oder führen, die Grenzübergangspunkte – Stettin und Kaławsk blockiert. Die Menschenmassen, die sich dort versammelten, konnten nicht schnell genug weiter geleitet werden, was Störungen in den Abfertigungen der Transporte bereitete. Die Situation der in Kaławsk lagernden Deutschen war dermaßen schlecht, dass viele an Hunger und Entkräftung starben. Das polnische MZO, versuchte mit der Anordnung von 25. April 1946 diese Erscheinung der illegalen Ausreisen der Deutschen einzuschränken.<sup>551</sup> Es erwies sich allerdings als erfolglos. In dieser Situation drohte die britische Seite mit Einstellung der Aussiedlungsaktion, was auch im Januar 1947, nach einer heftigen Pressekampagne, geschah.<sup>552</sup> Darüber hinaus verstärkte die polnische Verwaltung, die Kontrolle an der Westgrenze und ordnete an, dass alle Deutsche, die illegal die Oder zu passieren versuchen, in ihre Wohnorte zurückgeschickt werden müssen. Wie tragisch das Schicksal solcher Menschen war, zeigte das Schreiben des Allensteiner Wojewodschaftsamtes an den Starosten von Pasłek/Preußisch Holland deutlich: 15 Deutsche, hauptsächlich aus Luxeten/Łukszty im Kreis Preußisch Holland/Pasłek<sup>553</sup>, waren zurück in den Kreis abtransportiert. Da die Häuser, in denen die Flüchtlingen früher wohnten, schon besetzt waren, brachte man sie vorläufig auf dem Sammelpunkt des PUR in Pasłek/Preußisch Holland

---

<sup>550</sup> Kreisbuch Preußisch Holland, S. 434.

<sup>551</sup> Der deutschen Bevölkerung wurde verboten, ihre Wohnorte ohne Bewilligung der lokalen Verwaltungsorgane zu verlassen. Die Kontrolle der Wanderbewegung der deutschen Bevölkerung sollte erheblich verschärft werden. B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 183, An. 224.

<sup>552</sup> Der Chef der Polnischen Militärmission in Berlin, General Prawin, hat die Entscheidung folgendermaßen kommentiert: „Den Grund für die scharfe Pressekampagne über unmenschliche Bedingungen der Aussiedlungen [...] haben wir selbst geliefert. Die Frage dieser schlechten Bedingungen, die der Winterzeit nicht entsprachen, wurde schon im Lauf des Dezembers von der deutschen Presse, in leisen Gerüchten, sowie in privaten Warnungen in der Repatriierungsexekutive beim Alliierten Kontrollrat zur Sprache gebracht. Wir haben Warschau durch Vermittlung der Repatriierungsmission darüber unterrichtet. Wir unterrichteten darüber mehrmals und sehr sorgfältig und baten um Anhaltung der Transporte während der Weihnachten und auch später. Trotz der anhaltenden Kälte gingen die Transporte weiter ab. Wenn man die englischen Berichterstattungen als zweckmäßig übertrieben betrachten darf, dann bringen die sowjetischen Meldungen, die bestimmt noch zurückhaltend sind, die Zahl der Erfrorenen auf 262 und wegen der Kälte gestorbenen auf 5 vor.“ S. JANKOWIAK: *Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski do brytyjskiej strefy okupacyjnej*, S. 131-132. Bis zum Ende August 1946 wurden 535 Transporten mit 911.108 Aussiedler (bis zum Oktober waren es schon 1.346.485 inklusive 208.000 Deutsche, die illegal von der SBZ in die Britische Zone auswanderten) von der Britischen Besatzungszone im Empfang genommen. Dann haben die Briten die Zahl der Transporte auf 2 pro Woche reduziert. Vom Anfang der Aktion bis zum Dezember 1946 wurden insgesamt, nach Angaben des PUR, 2.189.286 ausgesiedelt. DERSELBER: *Wysiedlenie i emigracja ludności niemieckiej...*, S. 62.

<sup>553</sup> APO, UW, 391/261, Bl. 38-39. Der Treck bestand ausschließlich aus Frauen (5 zwischen 50 und 60 Jahre alt und zwei junge Frauen) und Kindern.

unter. Der PUR-Leiter, der die Flüchtlinge zu ernähren hatte, forderte erneut eine weitere Ausweisung der Menschen, die einfach zu „displaced persons“ wurden.

Die polnische Seite bemühte sich um Wiederaufnahme der Transporte in die Britische und Sowjetische Besatzungszone. Während die Sowjets die Wiederaufnahme der Transporte von der Einwilligung zur Aussiedlung der qualifizierten deutschen Bergarbeiter (15.000) aus Polen abhängig machten, lehnte die britische Militärverwaltung die Wiederaufnahme der Aussiedlungsaktion mit dem Argument, dass schon 1.400.000 Deutschen die „die Britische Zone abfressen,“ ab. Die Briten genehmigten die Aufnahme von getrennten Familienmitgliedern (hauptsächlich deutsche Kinder), deren Familien sich in der Englischen Zone befanden.

Trotz dieser Probleme in den Verhandlungen und der Verzögerung der Aussiedlungsaktion im Jahr 1947, entfielen mehr als 50 % der Gesamtzahl der ausgesiedelten Deutschen aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland auf dieses Jahr: Die Transporte aus der Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein, die jeden Mittwoch von der Verladestation abfahren, gingen ausschließlich in die Sowjetische Besatzungszone über die Grenzübergangsstelle Tuplice/Forst.

Schon am 20. Februar 1947 ordnete der Wojewode von Olsztyn/Allenstein die Aussiedlung der in den Landgütern der PNZ (Staatliche Liegenschaften – Państwowe Nieruchomości Ziemskie) beschäftigten Deutschen an.<sup>554</sup> Die Aktion sollte insgesamt ungefähr 3.500 Deutsche<sup>555</sup>, mit Ausnahme der angeforderten Fachkräfte, umfassen<sup>556</sup>, entsprechend den gleichen Vorschriften wie die vorherige Aktion. Hauptsammelpunkt war Olsztyn/Allenstein. Der Wojewode Robel machte die Starosten auf die Frage der einheimischen verifizierten Bevölkerung aufmerksam, die man unter keinem Vorwand aussiedeln durfte.

Die Aufstellung der Auszusiedelnden aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland umfasste 571 Deutsche, die in Staatlichen Liegenschaften beschäftigt waren. Doch die Zahl der am 7. Mai 1947 ausgesiedelten Deutschen war etwas höher und betrug 606 Personen, die in 19 Waggons

<sup>554</sup> Ebenda; APO, UW, 391/149, Bl. 21-22. Das zweite Dokument siehe in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 306, S. 587-589.

<sup>555</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Zahl der in den PZN-Gütern beschäftigten Deutschen etwas höher. In seinem nächsten Schreiben von 28. März erwähnt der Wojewode die Zahl von 4.642 Deutschen, die mit drei Transporten nach Westen befördert werden sollten. APO, UW, 391/269.

<sup>556</sup> Der erste Transport betraf die Deutschen aus folgenden Kreisen Braniewo/Braunsberg, Górowo Iławeckie/Landsberg, Lidzbark Warm./Heilsberg, Morąg/Mohrungen, Nidzica/Neidenburg, Olsztyn/Allenstein, Ostróda/Osterode, Pasłęk/Preußisch Holland und Susz/Rosenberg; der zweite Transport erfolgte aus den Kreisen: Giżycko/Lötzen, Kętrzyn/Rastenburg, Mragow/Sensburg, Pisz/Johannisburg Reszel/Rössel, Węgorzewo/Angerburg, Bartoszyce/Bartenstein und Szczytno/Ortelsburg.

nach Olsztyn/Allenstein befördert wurden.<sup>557</sup> Die sowjetische Seite erhob mehrere Vorwände gegen die Transporte, allerdings meistens bürokratischen oder technischen Charakters.<sup>558</sup>

In den nächsten Monaten erfolgten noch zwei große Transporte aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland. Der erste fuhr am 12. Juni 1947 ab und umfasste 1.515 Personen (darunter auch 9 Deutsche aus Olsztyn/Allenstein). Die demographische Struktur des Transports bestätigt die früheren Schlussfolgerungen – 277 Männer, 723 Frauen und 515 Kinder.<sup>559</sup> Die Aussiedlung erfaßte Bewohner der Gemeinden Dobry/Döbern (500 Personen), Młynary/Mülhausen (150), Zielonka Pasłęcka/Grünhagen (500) und Rogajny/Rogehnen (350).<sup>560</sup> Der Zug ging über Toruń/Thorn, Poznań/Posen und den Übergangspunkt in Tuplice/Teuplitz in die Sowjetische Besatzungszone.

Mit dem zweiten und letzten großen Transport vom 4. September 1947 wurden 1.505 Deutschen (294 Mann, 692 Frauen, 519 Kinder) abgeschoben.<sup>561</sup> Schon am 1. September begann man, die zur Aussiedlung vorgesehenen Deutschen in die Kreisstadt zu befördern. An diesem Tag wurden die Bewohner von Młynary/Mülhausen, Rogajny/Rogehnen, Rychliki/Reichenbach, Zielonka Pas./Grünhagen und Wilczęta/Deutschendorf, am nächsten Tag die Deutschen aus Pasłęk/Preußisch Holland, Dobry/Döbern, Jelonki/Hirschfeld und Marianka/Marienfeld auf der Sammelstelle in Baracken der NSKK-Schule (Elbinger Chaussee/Al. Sprzymierzonych) untergebracht. Am 3. September erfolgte die Kontrolle des mitgebrachten Gepäcks durch die Sonderkommission aus Braniewo/Braunsberg (4 Personen), die zusammen mit dem Vertreter des UB vor Ort um 9 Uhr mit der Revision begann. Später trafen Vertreter der Bezirksaufsichtsbehörde zum Finanzschutz aus Morąg/Mohrungen und der Sonderzollkommission aus Gdańsk/Danzig ein, denen beschlagnahmtes Geld und Schmuck übergeben wurden. Gegen 23 Uhr waren die Kontrolle sowie die Beladung des Zuges beendet.<sup>562</sup>

Dieser Transport war einer, über den man relativ genaue Durchschnittsangaben in Bezug auf das Geschlecht und den Wohnort der Aussiedler hat. Sie stellen die folgende Tabelle dar.

<sup>557</sup> APO, UW, 391/261, Bl. 227. APO, UP, 990/II/22. In der Wojewodschaft sank die Zahl der in den PNZ-Gütern beschäftigten Deutschen im Laufe des Jahres von ca. 6.300 auf ca. 400 Personen. W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, S. 469.

<sup>558</sup> Man hat z. B. darauf hingewiesen, dass auf dem ersten und letzten Waggon „Polnischer Pendelzug Nr. ...“ auf deutsch, polnisch und russisch geschrieben oder dass die Waggons mit den Zahlen von 1 bis 55 in einem Viereck mit der Diagonale von 18-20 cm nummeriert werden sollen. APO, UP, 990/II/22.

<sup>559</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 181.

<sup>560</sup> APO, UW, 391/288, Bl. 47.

<sup>561</sup> APO, UW, 391/273; APO, UW, 391/1362, Bl. 167.

<sup>562</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 444. Die ordnungsmäßige Durchführung der Kontrolle schien Priorität gewesen zu sein. In dem Bericht findet sich z. B. kein Wort über den gesundheitlichen Zustand der Deutschen.

Tabelle 1.  
Der Transport von 4. September 1947

<b>Gemeinde</b>	<b>Gesamtzahl</b>	<b>Zahl der Männer</b>	<b>Zahl der Frauen</b>	<b>Zahl der Kinder</b>
Pasłek/Preußisch Holland	149	25	70	54
Dobry/Döbern	90	19	47	24
Jelonki/Hirschfeld	350	75	150	125
Marianka/Marienfeld	128	20	68	40
Młynary/Mülhausen	131	19	69	43
Rogajny/Rogehnen	170	28	77	65
Rychliki/Reichenbach	134	24	69	41
Wilczęta/Deutschendorf	187	49	80	58
Zielonka Pas./Grünhagen	166	35	62	69
<b>Insgesamt</b>	<b>1.505</b>	<b>294</b>	<b>692</b>	<b>519</b>

Quelle: APO, UW, 391/273, Bl. 445.

Frau Dora Stamm, geb. Hoffmann aus Bunden/Bądy, Kreis Preußisch Holland/Pasłek, die mit ihrer Familie mit diesem Transport ausgewiesen wurde, hat die Umstände der Beförderung wie folgt beschrieben: „In Mülhausen mussten wir uns zum Transport anmelden. Es war alles schon ein wenig organisiert. Am 1. September wurden wir dann mit weiteren Deutschen mit Panjewagen abgeholt und zunächst in die ehemalige NSKK-Schule nach Preußisch Holland gebracht. Dort blieben wir, meine Mutter, Klaus und ich, drei Tage. An einem Mittwoch fuhren wir mit einem Güterzug mit 65 Waggons morgens um etwa 8 Uhr ab. Von jetzt ab fuhren wir unter dem Schutz des Roten Kreuz. Es war den Polen verboten, die Familien zu trennen. Trotzdem taten sie es. Wir mussten planmäßig am Donnerstag, früh um 6 Uhr, Frankfurt/Oder eintreffen, denn dort warteten deutsche Ärzte und Krankenschwestern auf uns. Sämtliche Transporte kamen, so wie ich weiß, dort zusammen. Die Russen leiteten die Abwicklung der Transporte. Mehrere Offiziere erkundigen sich am Zug nach unserem Befinden. Dabei stellte sich heraus, dass die Polen einigen Müttern in Preußisch Holland die Kinder aus dem Zug geholt hatten oder die Mütter von den Kindern auf andere Weise getrennt

hatten. Die Russen haben den Zug sofort festgehalten; Er durfte nicht über die Grenze in die Sowjetische Zone. Zwei Tage standen wir auf einem Abstellgleis bis der Bescheid kam, dass nur die getrennten Familien bleiben mussten. Es waren etwa 65 Personen, unter ihnen auch Frau Martha Brand aus Bunden. Ihr hatten sie ihre Tochter, Ida zurückbehalten.“<sup>563</sup>

Der Inspektor des MZO Konstanty Uścińowicz, der im Auftrag des Hauptbeauftragten des MZO Józef Jaroszek nach Pasłęk/Preußisch Holland fuhr, um die Ursachen der Trennung von zwanzig Familien zu prüfen, stellte ernsthafte Mängel im Ablauf der Aussiedlung fest.<sup>564</sup> Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung aus Olsztyn/Allenstein gab zwar den russischen Behörden die Schuld für die Trennung der Familien, man konnte allerdings schnell die Familienmitglieder der abgereisten Personen ermitteln und die Familien komplettieren. Inspektor Uścińowicz ließ diese Personen mit dem nächstmöglichen Zug nach Teuplitz schicken.<sup>565</sup>

Der nächste Vorwurf des Inspektors betraf die Durchführung der Aussiedlungsaktion in der Nacht, was Möglichkeit gab, Gewalttaten an Deutschen auszuüben. Seither wurde dies strikt verboten. Der Inspektor berührte noch die Entlohnung der Deutschen, die häufig in letzter Minute vor der Ausreise stattfand, „was den Lohn zur Fiktion machte, weil das polnische Geld an den Kontrollpunkten durch die Kontrollbehörden eingezogen wird.“<sup>566</sup>

Im Oktober 1947 trat die Aussiedlungsaktion definitiv in die Endphase ein. Das Rundschreiben des Wojewoden vom 15. September kündigte dieses Vorhaben an. Diese Aktion verlief gemäß der schon mehrfach erwähnten Regel; eine gewisse Neuigkeit war allerdings die Anweisung, die auszusiedelnden Deutschen gegen Typhus zu impfen, was mit einer entsprechenden Bescheinigung an der Grenze zu bestätigen war. Wenn eine Bescheinigung nicht vorhanden war, musste der Auszusiedelnde nach seiner Ankunft an der Grenzsammelstelle geimpft werden. Mit den nachfolgenden Transporten sollten auch die von den Familien getrennten Kinder nach Deutschland geschickt werden, für die eine rechtzeitig durch die Starostei vorbereitete Bescheinigung vorgesehen war, mit Namen und Vornamen, Vornamen des Vaters und der Mutter, Geburtsdatum und Geburtsort, den letzten Wohnort, sowie dem Vermerk, dass die betreffende Person deutscher Nationalität ist.<sup>567</sup> Zwei Punkte des Rundschreibens verweisen erneut auf den Versuch des Allensteiner Wojewoden,

<sup>563</sup> *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 196.

<sup>564</sup> „In letzter Zeit wurden, während der Aussiedlungsaktion [...] eine ganze Reihe strafbare Übergriffe und Missstände festgestellt.“ Rundschreiben des Allensteiner Wojewode von 15. September 1947 in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: *Wojewodschaft Allenstein*, Dok. 314, S. 601-605.

<sup>565</sup> Ebenda, Dok. 313, S. 600-601.

<sup>566</sup> Ebenda.

<sup>567</sup> Ebenda, Dok. 314, S. 601-605.



Misshandlungen der Deutschen und Diebstählen an den Sammelpunkten vorzubeugen. Die Anweisungen wiederholen praktisch die mehrmals präsentierte Liste der Wertgegenstände (Armbanduhr, Ehering u.a.), deren Beschlagnahmen streng verboten war.

In die letzten Monaten des Jahres 1947 fielen mehrere Transporte, die allerdings einen etwas anderen Charakter trugen: Da die Zahl der Deutschen im Kreis wesentlich gesunken war (im September 1947 waren es noch über 1.000 Menschen), bestand keine Notwendigkeit mehr, so umfangreiche Abschiebungsaktionen durchzuführen. Stattdessen bevorzugte man kleinere Transporte. Man beabsichtigte außerdem, alle Kranken mit einem gesonderten Sanitätszug auszusiedeln. Mit diesem Transport, der am 2. Oktober 1947 aus Olsztyn/Allenstein abging, wurden auch 15 kranke Deutsche aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland zur Grenze gebracht.<sup>568</sup> Fünf Tage später hat man 120 Personen deutscher Nationalität in den Kreis Morąg/Mohrungen geleitet, wo man einen Aussiedlungstransport organisierte,<sup>569</sup> was eigentlich, angesichts des Transports vom 4. Oktober, der aus Pasłęk/Preußisch Holland abging, seltsam ist. Es ist nicht auszuschließen, dass mit dem Zug von Morąg/Mohrungen auch diesmal getrennte Familienmitglieder nach Deutschland geschickt wurden.

Über die Transporte vom 2. und 4. Oktober beschwerte sich der Starost, dass er nicht früh genug den Dienstauftrag zur Aussiedlung der Deutschen erhielt; am 30. September soll die Anweisung eingegangen sein. Darüber hinaus fing man schon am 2. Oktober mit der Beförderung und der Revision an. Zur Kontrolle des zweiten Transports kam eine gesonderte Zollkommission aus Olsztyn/Allenstein an. Man hat hauptsächlich Geld beschlagnahmt; es waren u.a. 49.345 Złotys, 717 Deutsche Mark in Scheinen und 217 im Hartgeld, 3 Rubel und 120 Sparbücher.<sup>570</sup> Über diese Aussiedlung verfügt man über relativ genaue Angaben, die Auskunft über die Ausgesiedelten in Bezug auf ihre Geschlecht und den Wohnort geben. Diese stellt die Tabelle Nr. 2 vor.

Tabelle 2.

Der Transport aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland von 4. Oktober 1947

<b>Gemeinde</b>	<b>Gesamtzahl</b>	<b>Zahl der</b>	<b>Zahl der</b>	<b>Zahl der</b>
-----------------	-------------------	-----------------	-----------------	-----------------

<sup>568</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 544. Verzeichnis der kranken Deutschen: Ebenda, Bl. 545.

<sup>569</sup> APO, UW, 391/288, Bl. 423.

<sup>570</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 531.

		<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Kinder</b>
Pasłek/Preußisch Holland	89	14	46	29
Dobry/Döbern	30	9	14	7
Jelonki/Hirschfeld	139	20	54	65
Marianka/Marienfeld	152	30	82	40
Młynary/Mülhausen	32	6	14	12
Rogajny/Rogehnen	24	2	11	11
Rychliki/Reichenbach	140	41	64	35
Wilczęta/Deutschendorf	111	21	62	28
<b>Insgesamt</b>	<b>717</b>	<b>143</b>	<b>347</b>	<b>227</b>

Quelle: APO, UW, 391/273, Bl. 532.

Die Hauptphase der Aussiedlungen war mit dem Ende des Jahres 1947 abgeschlossen. Die Zahl der in Polen gebliebenen Deutschen betrug im Januar 1948 113.617 Personen.<sup>571</sup> Im Kreis Pasłek/Preußisch Holland waren es 572 Personen, darunter 92 Personen mit rosa Arbeitsbescheinigung, die in den von der Roten Armee besetzten Gütern arbeiteten, 179 arbeitsfähige, aber nicht beschäftigte Personen, 8 Kranke, 78 Deutsche über 60 Jahre und 215 Kinder bis zum 16 Lebensjahr. Die demographische Aufteilung nach Geschlecht weist auf einen Überschuss von Frauen (247 Mann und 325 Frauen) hin.<sup>572</sup> Die Zentralbehörden in Warschau regelten auch den rechtlichen Status der gebliebenen Deutschen, für die gemäß den MAP-Anordnungen die gleichen Gesetzen wie für jeden anderen Ausländer in Polen galten. Die polnische Verwaltung hatte auch nichts dagegen einzuwenden, wenn die Deutschen individuell in den Westen abreisen wollten. In der Praxis waren aber solche individuelle Ausreisen selten, weil die Deutschen für den Transport selbst aufkommen mussten. Probleme mit der Erhaltung einer Ausreiseerlaubnis hatten gemischte Ehepaare mit Kindern aber auch

<sup>571</sup> B. Nitschke hält diese Angaben allerdings für wenig glaubwürdig. B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 218.

<sup>572</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 50. Diese statistischen Angaben enthielten schon eine gewisse Zahl von Deutschen (331 Personen), die 1946 auf Grund der äußeren Merkmalen (meistens waren es Nachnamen mit der Endsilbe „ski“) als „Autochthone“ qualifiziert und von der Aussiedlung vorläufig ausgeschlossen wurden. Die Sitzung der Kommission in der Kreisstarosteie Pasłek/Preußisch Holland von 13. November 1947 stellte dagegen fest, dass diese Personen „mit ihrem Verhalten volle Verbundenheit mit dem deutschen Volk erwiesen haben“ und beschloss, sie auszusiedeln. APO, UW, 391/273, Bl. 624-631. Gleichzeitig berichtete der Starost Śniecikowski, dass 56 Deutsche von den durch die Rote Armee bewirtschafteten Gütern nicht angefordert wurden. Wiederum verließen einige der angeforderten Arbeiter willkürlich die russischen Höfe und hielten sich in der Kreisstadt auf, wo sie auch registriert wurden. APO, UW, 391/272, S. 23.

alleinstehende Mütter.<sup>573</sup> Die Ausreisen in den Jahren 1948-1950 erfolgten auch nach anderen Regeln. Sie wurden mit der Anordnung des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete vom 22. März 1948 bestimmt und machten das Erhalten einer Ausreiseerlaubnis von der Zustimmung der betreffenden Besatzungszone abhängig. Für die Ausstellung erwähnter Bewilligung waren die sowjetische Botschaft und das Military Permit Office bei der englischen Botschaft in Warschau zuständig.<sup>574</sup>

In der letzten Phase der Aussiedlung entschloss man sich, auch die Frage der getrennten Familienmitglieder zu regeln. Die Gesamtzahl der getrennten Familienangehörigen in der Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein betrug ca. 5.000 bis 5.300, davon bemühten sich ca. 4.000 um die Ausreise nach Deutschland, hauptsächlich in die westlichen Besatzungszonen (80 %). Nur ca. 1.000 bis 1.500 Personen waren zur Ausreise nach Polen zu ihren getrennten Familien bereit.<sup>575</sup> Der Aussiedlung aus Polen unterlagen, gemäß dem Runderlass des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung vom 4. Februar, 1.950 Personen, die eine deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, sowie Personen deutscher Nationalität, wenn ihnen die polnische Staatsbürgerschaft entzogen wurde.<sup>576</sup> In erster Linie durften Mütter, bzw. Väter mit Kindern ausreisen, deren Familien in der Sowjetischen Besatzungszone lebten. Die Aussiedlung in die westlichen Zonen auf Antrag erfolgten auf Grund individueller Genehmigungen und wegen der scharfen Kritik nur in den Sanitätszügen. Die Auszusiedelnden durften Gegenstände des persönlichen Bedarfs und für die Einrichtung am Ort der Ansiedlung nötige Dinge im Rahmen der Transportmöglichkeiten mitnehmen.<sup>577</sup> Zur Vorbereitung auf die Reise waren die Deutschen drei bis vier Tage vorher über den Termin der Abreise zu unterrichten. Man legte Wert auf korrekte Durchführung der Aussiedlung und humanitäres Verhalten gegenüber den Auszusiedelnden; jede Willkür polnischer Organe war auf der Stelle zu bestrafen.<sup>578</sup>

<sup>573</sup> So war es in dem Fall einer Interviewpartnerin aus Pasłęk/Preußisch Holland, die als alleinerziehende Mutter keine Erlaubnis zur Ausreise bekam. 2WDP.

<sup>574</sup> B. NITSCHKE: *Wysiedlenie czy wypędzenie?*, S. 218-219.

<sup>575</sup> Ebenda, S. 226; „*Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...*“, Dok. 224, S. 412.

<sup>576</sup> Grund dieses Erlasses stellte die Vereinbarung vom 2. Januar 1950 zwischen Polen und der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dar. Danach wurden im Rahmen der sog. Familienzusammenführung (Operation „Link“) die Transporte in die DDR wieder aufgenommen. Verifizierte „Autochthonen“ wurden auch von diesen Transporten ausgeschlossen. Sie konnten aber auf Grund von individuell gestellten Anträge eine Ausreiseerlaubnis bekommen. S. JANKOWIAK: *Akcja „Łączenia rodzin“ między Polską a Niemiecką Republiką Demokratyczną w latach 1949-1954*, S. 51-107.

<sup>577</sup> In Bezug auf das Gepäck sind die Anweisungen viel milder geworden. Als unentbehrliche Sachen wurden aufgezählt: Kleidung, Bettzug, Küchengeschirr und ein Grundbestand an Möbel wie Betten, Tisch, 2-4 Stühle.

<sup>578</sup> Diese Vorschriften hatten allerdings mehr mit der Sorge um den Ruf des polnischen Staates im Ausland und um die Fortsetzung der Aktion, als mit der Sorge um die Auszusiedelnden zu tun: „Auf keinem Fall darf jemand in Lumpen oder barfuß ausgesiedelt werden, solche sind von der Sozialfürsorge mit der notwendigsten Kleidung zu versorgen. Von der guten und der dem Zweck entsprechenden Organisation des ersten Transports hängt auch der Erfolg der nachfolgenden ab. Die Frage der Aussiedlung der Deutschen ist eine Angelegenheit des Prestiges

Die nächste Kategorie der deutschen Bevölkerung, die man 1948 auszusiedeln begann, waren deutsche Kinder, die infolge des Krieges von ihren Eltern getrennt wurden. Eine gewisse Zahl von Kindern befand sich im Sommer 1945 irrtümlich in verschiedenen Arbeitslagern. Die Bemühungen der Lagerverwaltung, das Problem durch Überweisung der Kinder in ihre Herkunftsorte zu lösen, waren, wegen der Tatsache, dass ein großer Teil der Kinder aus dem Reich kam und sich nur wegen der Kinderlandverschickung in Ostpreußen befand, nur teilweise erfolgreich. Viele Kinder wurden privat, in Waisenhäusern oder in Anstalten untergebracht. Im Mai 1947 befanden sich 80 Kinder im Waisenhaus im Pasłęk/Preußisch Holland,<sup>579</sup> meist Kinder, die das Zugunglück in Grünhagen überlebten. Archivarische Quellen, sowie Erlebnisberichte weisen darauf hin, dass viele der Kinder der Preußischholländer eine Unterkunft bei befreundeten Familien fanden, wie im Fall der Brüder Rhode.<sup>580</sup> Viele der Kinder wurden allerdings bei polnischen Familien untergebracht. Der Vorwurf, dass der polnische Staat die deutschen Kinder den Eltern entreißen ließ, um sie nachher zu polonisieren,<sup>581</sup> findet keine Bestätigung in den archivarischen Quellen. Andererseits erwähnten Erlebnisberichte mehrmals, dass man die Familien trennte und die Kinder den Müttern entriss. Der Fall aus dem Transport vom 4. September 1947 aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland, sowie die spätere Intervention des Inspektors Jaroszek lassen vermuten, dass es sich um die Willkür lokaler Verwaltungsorgane handelte.<sup>582</sup>

Das erste Rundschreiben zur Aussiedlung deutscher Kinder erging am 12. September 1947. Demnach unterlagen der Aussiedlung: Kinder, deren Eltern Angehörige des Deutschen Reiches waren, oder deren Eltern, auf Grund des Dekrets über den Ausschluss von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft, die polnische Staatsangehörigkeit entzogen wurde. Außerdem beabsichtigte man auszusiedeln: im nationalsozialistischen Geist erzogene Kinder oder solche, die sich ausdrücklich mit dem deutschen Volk verbunden fühlten, sowie Kinder, um deren Ausreise sich die in Deutschland verbliebenen Eltern

---

für den polnischen Staat, und das umso mehr, als ausländische Kreise diese Aktion mit großer Aufmerksamkeit beobachten.“ APO, UW, 391/150, Bl. 60-62. Deutsche Übersetzung in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 326, S. 625.

<sup>579</sup> APO, PRN, 917/II/1. Verzeichnisse der Waisenkinder vom Waisenhaus in Pasłęk/Preußisch Holland: APO, UW, 391/273, Bl. 633.

<sup>580</sup> Interview mit Gerhard Thies.

<sup>581</sup> Es gibt zwar ein Dokument, in dem man die deutschen Waisenkinder bis zum 5. Lebensjahr zur Polonisierung vorschlug. Es waren allerdings nur Anmerkungen der Politischen Abteilung des MAP von 24. September 1945 zur Frage der deutschen Kinder in Polen und in den gewonnenen Gebieten, die nie in Form von Runderlassen oder Dekreten verabschiedet wurden. Vgl. P. MADAJCZYK: Dzieci niemieckie w Polsce po 1945 roku, S. 125-134.

<sup>582</sup> Angesichts der Tatsache, dass viele der Kinder schon in den Westen befördert wurden, (das erwähnte auch die Diakonieschwester Naew), finden diese lokalen Entscheidungen keine Erklärung.

bemühten und Kinder, deren Eltern sich in Gefängnissen, Isolierungs- oder Arbeitslager befanden.<sup>583</sup> Über die Aussiedlung solcher Kinder sollte allerdings die Sonderkommission auf Grund der Gutachten des Vertreters der Sozialfürsorge, der Lehrer, der Pflegeeltern oder des gesetzlichen Betreuers des Kindes, des Leiters des Waisenhauses, in dem das betreffende Kind untergebracht wurde, sowie das Kind entscheiden. Dies ließ das Feld offen für verschiedene Arten vom Amtsmissbrauch. Vieles weist darauf hin, dass die Behörde des Kreises Pasłęk/Kreises Preußisch Holland eine eigene Politik zur Aussiedlung der deutschen Kinder verfolgte und bestrebt war, eine möglichst große Zahl der Kinder im Kreis zu belassen.<sup>584</sup>

Die Transporte nach Deutschland aus dem Jahre 1948 liefen über den Sammelpunkt Lidzbark Warمیński/Heilsberg. Die ersten zwei Beförderungszüge (am 31. Juli und am 13. September 1947) wurden in die Sowjetische Besatzungszone geleitet. Mit dem ersten Transport sind 57 Deutsche aus Pasłęk/Preußisch Holland ausgesiedelt worden;<sup>585</sup> für den zweiten aus Lidzbark Warمیński/Heilsberg waren 81 Deutsche (17 Männer, 35 Frauen und 29 Kinder) aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland vorgesehen.<sup>586</sup> Ca. einen Monat später erfolgte noch ein kleiner Transport in die Sowjetische Besatzungszone, mit dem hauptsächlich Kinder befördert wurden. Der Transport umfasste insgesamt 158 Personen, darunter 8 Männer, 16 Frauen und 134 Kinder.<sup>587</sup>

Insgesamt wurden in den zwei Jahren 1948-1949 ungefähr 342 Personen in die verschiedenen Besatzungszonen befördert, meist Kinder und getrennte Familienmitglieder. In diesen Jahren

<sup>583</sup> P. MADAJCZYK: Dzieci niemieckie w Polsce po 1945 roku, Dok. 3, S. 131-133.

<sup>584</sup> Als Beispiel wird hier folgende Erklärung des 12jährigen Horst zitiert: „In Bezug auf das Schreiben der Hilde Bublies, die den Antrag um meine, d.h. Horst Helwigs und meines Bruders, Hans Werner Ausreise nach Deutschland gestellt hatte, erkläre ich, dass ich diese Person nicht kenne und keine Familie in Deutschland habe. Es gibt Vermutungen, dass die ehemalige Mitarbeiterin des Waisenhauses Erna Saiajka (deutsche) [...] sich, durch die Unterschlebung falscher Vetter, um Ausreise der Kinder bemüht. Ich bin 12 Jahre alt und kenne meine Familie gut. Horst Helwig“. APO, UW, 391/281, Bl. 48. Das Schreiben ist in zwei Schriftarten verfasst worden. Horst Hellwig, der aller Wahrscheinlichkeit nach kein Polnisch konnte, hat es nur unterschrieben. Es ist nicht sicher, ob sich die Allensteiner Behörden eingemischt haben, auf jedem Fall sind die zwei Brüder Hellwig mit den anderen 2 Kindern in die britische Zone ausgesiedelt worden. APO, UW, 391/276, Bl. 25.

<sup>585</sup> Die Verzeichnisse der Ausgesiedelten, die sich im Staatsarchiv Olsztyn/Allenstein befinden, weisen allerdings auf eine etwas höhere Zahl hin – 132 Personen, die mit dem Transport vom 31. Juli in die sowjetische Zone abgeschoben worden waren. Es ist nicht klar, ob man die Namensverzeichnisse von den anderen Transporten hin zugefügt hat (in manchen Fällen sind die Dokumente nicht datiert), oder die Zahl der am 31. Juli abgeschobenen Deutschen war tatsächlich viel höher, als die von dem Wojewode angekündigte Summe. APO, UW, 391/269. Von dem Durcheinander, das in Lidzbark Warمیński/Heilsberg herrschte und wie häufig sich die Zahl der Ausgesiedelten änderte, wurde berichtet in: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 328, 329, S. 628-634.

<sup>586</sup> Entsprechend für andere Kreise waren es: Bartoszyce/Bartenstein – 3 Personen, Lötzen/Giżycko – 253, Kętrzyn/Rastenburg – 244, Morąg/Mohrungen – 104, Mragowo/Sensburg – 370, Olsztyn/Allenstein – 6, Ostróda/Osterode – 32, Reszel, Rössel – 34, Pisz/Johannisberg – 53, Susz 30 und Szczytno/Ortelsburg – 334. APO, UW, 391/269.

<sup>587</sup> APO, UW, 391/269.

konnte man allerdings den Einfluss der politischen Situation in Mitteleuropa auf die deutsche Bevölkerung (auch die Verifizierten) beobachten. Dieser Zustand beunruhigte den Starosten, der am 29. November 1949 vom negativen Verhältnis der verbliebenen Deutschen der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber berichtete; demnach wollten die meisten verbliebenen Deutschen, wie Starost Śniecikowski anmerkte, in die Britische Zone ausreisen, obwohl viele von denen Verwandte in der SBZ hatten. Ein richtiges Problem entstand allerdings in den Sommermonaten, als verifizierte Bewohner Pasłęks/Preußisch Hollands Anträge auf Ausreiseerlaubnis zu stellen begannen. Der weitere Entwicklung dieser Entscheidung wollte man durch Führung von individuellen Gesprächen vorbeugen, während deren man die einheimische Bevölkerung über ihre Rechte aufklären wollte. Man entschied sich außerdem, die deutsche Presse aus der DDR den gebliebenen Deutschen zur Verfügung zu stellen.<sup>588</sup>

In dem Jahr 1950 wurde nur noch eine geringe Zahl Deutscher ausgesiedelt, hauptsächlich Deutsche und ihre Kinder, die auf den staatlichen Landgütern (PGR) gegen Tageslohn beschäftigt waren, meistens auf den Gütern Sakówko/Charlottenhof, Drulity/Draulitten, Soleinen, Słobity/Schlobitten.

Die Gesamtzahl der aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland in den Jahren 1945-1950 ausgesiedelten Deutschen stellt die folgende Tabelle Nr. 3 dar:

Tabelle Nr. 3.  
Transporte aus dem Kreis Pasłęk in den Jahren 1945-1950.

Datum des Transports	Zahl der Auszusiedelnden	Quelle
24.IX.1945	306	390/53, Bl.25.
19.X.1945	262	390/53, Bl. 37. Heimatbrief, Bd. 2(1990), S.187.
11.XI.1945	881	390/118, Bl. 32.
22.XI.1945	732	390/53, Bl. 57.
XII.1945	~467	LAA, Ost.-Dok. 2/35, Bl. 196
12.II.1946	800?	LAA, Ost.-Dok. 1/49, Bl. 205-208; APO, PRN, 917/II/1.
VIII. 1946	52	391/266

<sup>588</sup> APO, UW, 391/276, Bl. 356-357.

20.XI.1946	1.750	391/269; 391/72, Bl. 38.
15.I.1947	1.750	391/268; 990/II/22
7.V.1947	606	391/273, 391/261, 391/288, Bl.47.
12.VI.1947	1.515	391/273, Bl. 181; 391/288, Bl. 690.
4. IX.1947	1.505	990/II/22; 391/273; 391/1362, Bl. 167.
2. X.1947	15	391/288, Bl. 396.
4.X.1947	717	391/273 390/1352, Bl. 9-10, 391/288 391/1362, Bl. 180.
7.X.1947	120	391/288, B.423.
30.VI.1948	84	391/271, 391/269
31.VII.1948	57	391/271, 391/269
12.IX.1948	2 Frauen und 4 Kinder	391/269
13. IX.1948	75 (25 Kinder)	391/269
15.X.1948	3 Kinder	391/269
1949	58 Kinder	391/276
Insgesamt in den Jahren 1948-1949	Ca. 342*	391/276
20.IV.1950	18 (4 Kinder)	391/273
15.V.1950	5 (1 Kind)	391/273
26.VII.1950	2 Kinder	391/273
Insgesamt im Jahr 1950	Ca. 230*	391/276
<b>Insgesamt</b>	<b>~ 11.701</b>	

\* Da die Deutschen in diesen Jahren in mehreren kleinen Transporten nach Deutschland befördert worden sind, ist es nicht möglich, all diese Transporte nachzuweisen und aufzuzählen. Die beiden Gesamtzahlen wurden auf Grund der allgemeinen Statistiken ausgerechnet.

Tabelle Nr. 4

Summe und Prozentzahl der Ausgesiedelten in den folgenden Jahren

1945	1946	1947	1948	1949	1950
2.648	2.602	6.228	141	57	25

22,6 %	22,2 %	53,2 %	1,2 %	0,5 %	0,2 %
--------	--------	--------	-------	-------	-------

Die Bilanz der Aussiedlung aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland weist auf einen charakteristischen Verlauf des Aussiedlungsprozesses hin. Erstens ist die Zahl der im Jahr 1945 abgeschobenen Deutschen erstaunlich hoch und gleicht der Summe der Ausgesiedelten von 1946. Wiederum fällt mehr als 50 % der Gesamtzahl der Abgeschobenen auf das Jahr 1947. Das Verhältnis der Zahlen aus den Jahren 1946-1947 wird mit den abgeschlossenen bilateralen Vereinbarungen erklärt, sowie mit der Einstellung der Transporte im März 1946, die wegen der Durchführung der geplanten Verifizierung beschlossen wurde. Transporte in die Britische Besatzungszone, hauptsächlich 1946, gingen zum größten Teil aus den westlichen Gebieten und Pommern. Wiederum wurden Transporte aus den ehemaligen Ostpreußen in die SBZ hauptsächlich im Jahr 1947 durchgeführt. Doch die Zahl der mit den Transporten im Jahr 1945 abgeschobenen Deutschen ist tatsächlich erstaunlich. Wenn man die geringe Zahl der Beförderungsmittel berücksichtigt, die Hindernisse, auf welche man wegen des Aufenthalts der Roten Armee im Kreis stieß, sowie die Tatsache, dass die Entstehung der lokalen polnischen Verwaltung im Dezember 1945 noch nicht vollkommen abgeschlossen war, wird das Ergebnis der ersten Phase des Prozesses umso beträchtlicher. Dieser große Aufwand der polnischen Verwaltung steht allerdings mit der mehrmals erwähnten spezifischen Situation des Gebietes im Zusammenhang. Das Gefühl der Vorläufigkeit, das sich aus den internationalen Entscheidungen und der spezifischen Dreiecksbeziehung, dem Verhalten der Roten Armee ergab, ließ die gesamten Kräfte der jungen Verwaltung mobilisieren. Bedeutend war auch die Einstellung der neuen Siedler, die in den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland mit dem Bewusstsein ankamen, alles im Osten verlassen zu haben. Andererseits gaben das Durchstehen der Strapazen des Krieges und der zwei Okkupationen, die in Ostpolen auf Grund der komplizierten Nationalverhältnisse besonders grausig verliefen, die Beobachtung der Zwangsaussiedlungen und Verschickungen ins Innere der UdSSR, sowie blutige Partisanenkämpfe den Menschen das besondere Gefühl, alles von vorne anfangen zu können<sup>589</sup> und implizierte ein gewisses Engagement in das öffentliche Leben.<sup>590</sup>

---

<sup>589</sup> Soziologin Halina Murawska hat in ihrer Arbeit in Anlehnung an die Quellen der Oral History die Identitätsprobleme der Um- und Aussiedler aus Nordostpolen, die in der Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein ankamen, untersucht, darunter auch viele heutige Bewohner des Kreises Pasłęk/Preußisch Holland. In vielen der



Schon mit Ende des Jahres 1947 gewannen die Stadt und der Kreis Pasłęk/Preußisch Holland einen polnischen Charakter. Seit Anfang der 50er Jahren, als der Prozess der Aussiedlung eigentlich beendet sein sollte,<sup>591</sup> organisierte das staatliche Reisebüro ORBIS noch individuelle Ausreisen nach Deutschland.<sup>592</sup> Auf Anfang des Jahres 1951 fällt auch eine andere wichtige Zäsur. Auf Grund des Gesetzes vom 8. Januar 1951 mussten alle ehemaligen deutschen Staatsbürger in Polen die polnische Staatsangehörigkeit annehmen. Offiziell gab es im ehemaligen Ostpreußen und in Polen keine Deutschen mehr.<sup>593</sup> Jedoch, wenn man heutzutage Mitglieder der deutschen Minderheit in Pasłęk/Preußisch Holland nach ihrer Nationalität fragt, antworten sie: „Ich bin Deutscher und ich bleibe Deutscher.“<sup>594</sup>

---

umfassenden Interviewsauszüge wurde die während des Krieges entstandene Angst vor Repressionen des sowjetischen Regimes als Hauptgrund für die Entscheidung zur Ausreise angegeben.

<sup>590</sup> Die Gemeinde Wołyniec/Grünhagen, wo die Nachkriegsverhältnisse (inklusive des Namens des Ortes) im Ganzen von angekommenen Aussiedlern gestaltet wurden, kann als Beispiel dienen.

<sup>591</sup> PUR im Pasłęk/Preußisch Holland wurde im Dezember 1950 aufgelöst.

<sup>592</sup> A. SAKSON: Stosunki narodowościowe na Warmii i Mazurach 1945-1997.

<sup>593</sup> Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Nationalkreisrates von Pasłęk/Preußisch Holland Eustachiusz Makiełkowski schrieb schon am 8. November 1950: „Auf dem Territorium des Kreises Pasłęk wohnen keine Deutsche und Volksdeutsche mehr, mit der Ausnahme einer Person, Eliza Hopp, die in Westfalen geboren ist, aber deren Eltern in Polen geboren sind.“ APO, UW, 391/273, Bl. 173.

<sup>594</sup> Es betrifft die ältere Generation, die noch in den 30ern Jahren geboren wurde. 2WDP. Die anderen deutschen Interviewpartner antworteten: „Tak, ja jestem Niemka“ (Ja, ich bin Deutsche). 7WDP; „Ale każdemu ja powiedziałem, czym ja czuję się, no Niemcem nie Polakiem. No, jaki ja Polak?“ (Ich habe jedem gesagt, wie ich mich fühle, ja, ich fühle mich als Deutsche, nicht als Pole. Was für ein Pole bin ich?). 13MDP.

## V

## Verifizierung im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland

Die einheimische Bevölkerung<sup>595</sup> Ostpreußens spielte schon an der Schwelle der Wiedergeburt des polnischen Staates eine bedeutende Rolle. Nach dem Ersten Weltkrieg hat sie sich für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ausgesprochen. Nun, am Ende des Zweiten Weltkrieges, angesichts der geplanten Westverschiebung Polens und Umsiedlung der deutschen Bevölkerung, sollten die polnischsprechenden Ermländer und Masuren einen Beweis für die Legitimität der polnischen Herrschaft in diesem Gebiet liefern. In dieser Hinsicht wurden sie zu einem wichtigen Element der Außenpolitik des PKWN, der dadurch die Bestätigung seiner propagandistischen These über „Polens Rückkehr in das uralte slawische Gebiet“ den Westalliierten entgegenbringen konnte. Das Ergebnis der Volksabstimmung vom Juli 1920 hatte man in Polen vor allem mit der starken Germanisierung der Masuren und Ermländer seit der Bismarck-Ära, der langen Vernachlässigung des Landes in der polnischen Politik, sowie mit der starken deutschen Propaganda, die angesichts der ungünstigen politischen Lage Polens im Sommer 1920, unter dieser Bevölkerungsgruppe Gehör fand, begründet.

Das Bild der Masuren war in Polen in der Zwischenkriegszeit durch das Buch des polnischen Journalisten und Schriftstellers Melchior Wańkowicz, „Na tropach Smętka“ („Auf den Spuren von Smętek“) tief geprägt.<sup>596</sup> Wańkowicz, der 1935 Südostpreußen mit seiner Tochter bereiste, zeichnete mit Wehmut und Trauer, in einem einzigartigen Schreibstil das Land mit „unterjochten und bedrückten Seelen“. In der Beschreibung seiner Ziele – „um in der starren Lava zu wühlen, um nach ihrem inneren Feuer zu suchen“, sowie in der Darstellung dieses

---

<sup>595</sup> Der durch die kommunistische Propaganda geprägte Begriff „Autochthone“ ist umstritten: Während diese Bezeichnung in Polen häufig verwendet wird, wird sie in Deutschland meistens gemieden. Da die Unterteilung der in ehemals deutschen Gebieten lebenden Bevölkerung in Deutschen und „Autochthonen“ der Grund für die in dem Kapitel beschriebene Verifikation war, wurde auch dieser Begriff – allerdings in Anführungszeichen (mit Ausnahme der Zitate) zum Teil übernommen.

<sup>596</sup> Als Bestätigung dienen zwei Journalistenreisen – die erste 1946 Stefan Ogrodzińskis, der nach „befreiten masurischen Seelen“ suchte, die zweite Jacek Walochs, der sich im Sommer 1985 „auf den Spuren von Wańkowicz“ erkunden wollte, was aus den „polnischen Dialekt sprechenden Menschen“ geworden ist. Ungeachtet der Fakten der Vernichtung der einzigartigen Kultur der Masuren und Ermländer, die durch Vermischung prussischer, polnischer und deutscher Elemente entstand, lobte der damalige Staatspräsident Jaruzelski in seinem Telegramm Waloch und seine patriotische Tat. STEFAN SULIMA: Ziemia odnalezionych przeznaczeń, Warszawa 1946; JACEK WALOCH: Na tropach Smętka 50 lat później. Fakty, Bydgoszcz 1985.

Volkes „von romantischer Seele“, das in „eisernen Zangen gehalten wird“, knüpfte er bewusst an die Mickiewiczischen „Dziady“ und allgemein an die Traditionen der Epoche des polnischen Romantyzm und der polnischen Aufstände an, die dem polnischen Volke so nah standen. In dieser Zeit, als die Erinnerung des Kampfes gegen die Germanisierungspolitik im polnischen Volke noch frisch waren, hätte der Wańkowiczschen Jan Kiwicki rasch mit Michał Drzymała in Verbindung gebracht werden können.

Mit dem Krieg, der Okkupation und dem polnischen Postulat der Einverleibung Ostpreußens lebte die Frage der Masuren und Ermländer wieder auf: Bei der Delegatur der Polnischen Regierung im Land (Delegatura Rządu Polskiego na Kraj) entstand das Büro der Westgebiete (BZZ – Biuro Ziem Zachodnich) unter den Historikern Zygmunt Wojciechowski und Władysław Czajkowski. Das Büro führte wissenschaftliche Forschungen durch, besonders zur demographischen und soziologischen Situation Ostpreußens. Die Mitarbeiter des Büros schätzten die Zahl der „bewussten Polen“ in diesem Gebiet auf 110.000 bis 400.000.<sup>597</sup> Die Mitarbeiter der Delegatur gingen in ihrer Denkschrift von 200.000 „polnisch denkenden“ Masuren aus.<sup>598</sup>

Auch die Masuren aus dem Soldauer Gebiet blieben während des Krieges aktiv; der von ihnen gegründete Masurenbund (Związek Mazurów)<sup>599</sup>, der die Zahl der Masuren in Ostpreußen im Jahre 1942 auf 710.000 schätzte,<sup>600</sup> entschied sich, die Londoner Exilregierung nicht um jeden Preis zu unterstützen und ließ im Sommer 1944 die Mitarbeit mit den Lubliner Polen zu.<sup>601</sup> Dementsprechend haben Mitglieder des Bundes wie Karol und Edward Małek, Jerzy Burski, Hieronim Skorupski, Bohdan Wilamowski und Walter Późny am Aufbau der polnischen Verwaltung in Ostpreußen teilgenommen.

Die kommunistischen Anführer, die sich vor allem auf die Machtergreifung konzentrierten und über die Vielfältigkeit der Problematik der einheimischen Bevölkerung nicht genau informiert waren, hatten keinen konkreten Plan zu Südostpreußen erarbeiten können. Anfänglich waren sie auch den Mitgliedern des Masurenbundes gegenüber eher misstrauisch, wegen ihrer Aktivität zu Sanacja-Zeiten. Auch die Leitmotive der Denkschrift des

<sup>597</sup> LESZEK BELZYT: *Między Polską a Niemcami. Weryfikacja narodowościowa i jej następstwa na Mazurach, Warmii i Powiślu w latach 1945-1960*, Toruń 1998, S. 42.

<sup>598</sup> C. KRAFT: *Pierwsze lata w województwie olsztyńskim po drugiej wojnie światowej*, S. 536.

<sup>599</sup> Am 18. März 1943 wurde von den Mitgliedern des Bundes das Masurische Forschungsinstitut (Mazurski Instytut Badawczy) ins Leben gerufen, die „die monographisch-statistische Bearbeitung Ostpreußens, besonders der ethnisch polnischen Gebiete Ermlands, Masurens und Powiśles“ (Elbing/Elbląg, Marienwerder/Kwidzyn, Stuhm/Sztum, Marienburg/Malborg und Rosenberg/Susz) zum Ziel hatten. Das Institut hat unter anderem auch mit der TON (Tajna Organizacja Nauczania – Geheimplatzorganisation) mitgearbeitet. EDMUND WOJNOWSKI: *Warmia i Mazury 1945-1947. Kształtowanie się stosunków politycznych*, Olsztyn 1968, S. 29.

<sup>600</sup> C. KRAFT: *Pierwsze lata w województwie olsztyńskim po drugiej wojnie światowej*, S. 536.

<sup>601</sup> Ebenda; L. BELZYT: *Między Polską a Niemcami*, S. 43.

Masurenbundes, in der man einen hohen Anteil der „Autochthonen“ an der Regierung des Bezirkes, sowie das vorläufige Ende der Ansiedlungswelle aus dem Osten forderte, die zum Teil von der „masurischen Rückwanderung besonders aus dem Rheingebiet“ ersetzt werden sollte, hätten sich als unstimmig mit der Parteilinie und unakzeptabel erwiesen. Daher wurde nur Jerzy Burski zur Arbeit in den Strukturen des PKWN als „Abgeordneter“ zugelassen.

Erst als die Winteroffensive der Roten Armee Erfolg hatte, gründete die Provisorische Regierung das Büro der Westgebiete unter Edmund Giebartowski, mit beschränkten Prärogativen. Die Entstehung des Büros wies erneut auf die Konzeptlosigkeit der Kommunisten für die Polen zugesprochenen Gebiete hin und sollte aller Wahrscheinlichkeit nach ein gewisses Gegengewicht zum Londoner BBZ und dem Masurenbund bilden. Schon im März 1945 verlor das Büro allerdings Teile seiner Kompetenzen an die Sonderkommission unter Edward Ochab vom MAP (Ministerium der Öffentlichen Verwaltung), Jakub Berman vom Außenministerium und Giebartowski. Einen Monat später, am 11. April 1945, übernahm das MAP die volle Kontrolle über diesen künftigen Teil Polens. Minister Ochab nahm gleichzeitig den Posten des Generalbevollmächtigten für die Wiedergewonnenen Gebiete an. Zwei Tage später wurde ihm das PUR unterstellt.

Die Konzeptlosigkeit dauerte bis April 1946; erst dann, als bereits viele Masuren und Ermländer enttäuscht waren und Polen verlassen wollten, entschloss man sich zu gesamtstaatlichen Normen, um die bisherigen regionalen Grundsätze der Verifizierung zu regeln. Bis zu diesem Zeitpunkt bestimmten die Regierungsbevollmächtigten die Politik den Ermländer und Masuren gegenüber. Im Bezirk Masuren ordnete der Regierungsbevollmächtigte Prawin schon am 24. April 1945, also einen Monat vor der formellen Bezirksübernahme, die Registrierung der gesamten einheimischen Bevölkerung an.<sup>602</sup> Voraussetzungen für die Registrierung waren zumindest minimale Kenntnisse der polnischen Sprache sowie ein früherer Einsatz für das Polentum. Demnach erhielten die Registrierten eine Bescheinigung über ihre Zugehörigkeit zum polnischen Volk.<sup>603</sup> Diese Bescheinigung war allerdings nur 3 Monaten lang gültig und gab keinen Anspruch auf Wiedergewinnung des beschlagnahmten Gutes. Obwohl sich insgesamt im Jahr 1945

---

<sup>602</sup> Viele von den einheimischen Bewohnern baten den Wojewode von Olsztyn/Allenstein um Schutz gegen die Verschleppungen ins Innere der Sowjetunion. Vgl. Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, Dok. 13, S. 26-27, Dok. 14, S. 27-28.

<sup>603</sup> W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, S. 450; L. BELZYT: Między Polską a Niemcami; S. A. MAGIERSKA: Ziemie Zachodnie, S. 146.

schätzungsweise ca. 58.000<sup>604</sup> Masuren und Ermländer in dem Bezirk Allenstein registrieren ließen, waren die Ergebnisse dieser Verifizierungsaktion, angesichts der früheren Schätzungen, die von Hunderttausenden „polnisch denkenden Masuren“ sprachen, eher misslungen. Daher wurden die Bedingungen der Verifizierung immer wieder liberalisiert; in der Anweisung Jerzy Burskis vom 26. Mai 1945 befand sich ein Hinweis, dass die Kenntnis der polnischen Sprache in einigen Fällen keine Voraussetzung zur Verifizierung sein sollte.<sup>605</sup> Mit Prawins Verordnung vom 27. Juni 1945 wurden die Kriterien der Registrierung noch liberaler, so dass die Verifizierten keinerlei Treuerklärung abgeben mussten, was dem Erlass des MAP vom 20. Juni widersprach.<sup>606</sup>

All diese Verordnungen hatten allerdings nur provisorischen Charakter. Die wichtigste Frage der Verleihung polnischer Bürgerechte wurde damit nicht entschieden. Da der polnische Staat in dieser Frage nachlässig und konservativ vorging, hatte der Bevollmächtigte Prawin am 7. Dezember 1945 angeordnet, dass allen Ermländern und Masuren, über deren Herkunft die Mitglieder des s.g. Polnischen Nationalitätenkomitees<sup>607</sup> positiv entschieden hatten, die polnische Staatsangehörigkeit auf Grund des Gesetzes vom 20. Januar 1920 erhielten. Zweite Voraussetzung war der schriftliche Verzicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft.<sup>608</sup>

Die Stadt Preußisch Holland gehörte nie zur Polnischen Krone; das Gebiet war zwar schon im Mittelalter zum Teil von polnischer Bevölkerung besiedelt, was in der Gründungsurkunde bestätigt wurde, doch spätere Kontakte der Stadt mit dem polnischen Königreich beschränkten sich fast ausschließlich auf die Abwehr des polnischen Heeres, das die Stadt in fast jedem Krieg zwischen Polen und dem Ordensstaat oder mit Schweden belagert hatte. Mit Ausnahme des Dreizehnjährigen Krieges, als das Patriziat der Stadt Hollandt 1454 in den Preußischen Bund eintrat, der, nachdem der diplomatische Weg kein Ergebnis gebracht hatte,

---

<sup>604</sup> Das sind die Schätzungen von Tadeusz Baryła: Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, S. XVII. Da in den Dokumenten verschiedene Angaben vorkommen, wird die Zahl der registrierten „Autochthonen“ verschieden. Witold Gieszczyński schrieb von 90.000 Einheimischen, S. 238. L. Belzyt dagegen von 70.000 der bis zum 1. Mai verifizierten Masuren und Ermländer: Między Polską a Niemcami, S. 79.

<sup>605</sup> Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina, Dok. 34, S. 36.

<sup>606</sup> Gemäß den Kriterien des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung umfasste die Registrierung die Personen, die am 31. August 1939 auf dem Territorium der neuen Gebiete wohnten, polnischer Nationalität und keine Mitglieder der NSDAP waren, dem Dekret vom 31. August 1944 (über Kriegsverbrecher und Staatsverräter) nicht oblagen und eine Treuerklärung abgaben. L. BELZYT: Między Polską a Niemcami, S. 74.

<sup>607</sup> Polski Komitet Narodowościowy entstand am 16. Juni 1945 und sollte in Fragen der autochthonen Bevölkerung beraten. Dem Komitee gehörten die Masuren und Ermländer an, deren Aufgabe die Begutachtung der Anträge für die Bescheinigungen über die polnische Abstammung war. Nach der Gründung des Nationalrats in Olsztyn/Allenstein wurde es am 28. März aufgelöst.

<sup>608</sup> L. BELZYT: Między Polską a Niemcami, S. 75. Diese Anordnung fand aber keine Unterstützung der zentralen Behörden.

den polnischen König Kazimierz Jagiellończyk durch den Boten Jan Bażyński um Übernahme der Staatshoheit in Preußen bat.<sup>609</sup> Der Thorner Frieden 1466 sprach zwar Teile Preußens mit Elbing dem polnischen Königreich zu, doch Hollandt blieb im Deutschen Orden. Das Deutschtum der Stadt war so unumstritten, dass man gemäß der Entscheidungen der Alliierten von 1918 keine Volksabstimmung in dem Gebiet brauchte. Und trotzdem begann man im Jahre 1945 die Registrierung. Im August 1945 waren es 35 registrierte „Autochthone“ im Kreis.<sup>610</sup> Einen Monat später vergrößerte sich die Summe um 5 Personen<sup>611</sup> und im Oktober 1945 befanden sich schon insgesamt 51 Verifizierte – 32 Personen in Pasłęk/Preußisch Holland und 19 im Kreis.<sup>612</sup> Mitte November berichtete man von 60 Masuren,<sup>613</sup> Anfang Dezember stieg die Zahl um 1 Person<sup>614</sup> und Ende des Jahres erhöhte sich die Summe auf 70 Personen.<sup>615</sup> Im Februar gab es schon 90 verifizierte Personen im Kreis, die allerdings, laut Starost, „völlig germanisiert ohne Sentiment für Polen“ waren.<sup>616</sup> Summa summarum wurden bis zum 27. April 1946, d.h. bis zum Anfang der gesamtstaatlichen Verifizierungsaktion insgesamt 133 „Autochthone“ mit polnischer Staatsangehörigkeit registriert, darunter in der Stadt „44 Masuren mit Familien (insgesamt 74 Personen)“ und im Kreis 18 Verifizierte mit ihren Familienmitgliedern – zusammen 59 Personen. Gleichzeitig wurden 18 Anträge abgelehnt und 21 zurückgezogen.<sup>617</sup> Diese Zurücknahmen kann man als Ankündigung der Änderung in der Haltung der Einheimischen der Verifizierung gegenüber betrachten. Wenn sich viele meistens in der Hoffnung auf Verbesserung der Lebensbedingungen registrieren ließen, waren sie schon Anfang 1946 dermaßen enttäuscht, dass sie sich ebenfalls freiwillig zur Ausreise nach Deutschland eintragen wollten oder heimlich Richtung Stettin aufbrachen. Von dieser Entwicklung berichtete der Starost schon im März 1946: „Viele haben willkürlich ihre Häuser verlassen und machten sich auf den Weg ins Ungewisse. Manche haben ihre

<sup>609</sup> M. BISKUP, G. LABUDA, S. 404; W. RODZIEWICZ, J. WŁODARSKI: Pasłęk. Spotkania z historią i legendą, S. 24. Die Stadt Hollandt schloss sich dem Bund relativ früh an. Im Februar 1545 belagerte der Elbinger Komtur Heinrich Reuss von Plauen die Stadt. Dank der Hilfe der Stadt Elbing, die ebenfalls zum Preußischen Bund gehörte, musste von Plauen ca. eine Woche später kapitulieren und Hollandt verlassen.

<sup>610</sup> APO, UW, 391/272, Bl. 40, APO, UP, 390/53, Bl. 14.

<sup>611</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 1.

<sup>612</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 36-38.

<sup>613</sup> Ebenda.

<sup>614</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 79-82.

<sup>615</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 79. Die statistischen Daten bezüglich der Fortschritte der Registrierung aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland, die verschiedene Dokumente enthalten, unterscheiden sich voneinander. Dies hat schon L. Belzyt festgestellt und darüber hinaus hält er die Verifizierungsangaben vom Bezirk Masuren erst seit dem Dezember 1945 für glaubwürdig. L. BELZYT: *Między Polską a Niemcami*, S. 79. Die Statistiken aus einigen Starosteien, wie z. B. aus dem Kreis Neidenburg/Nidzica, wo schon im Juli 1945 mehr als 5400 Personen als Autochthone registriert wurden, oder aus dem Kreis Osterode/Ostróda, wo die Zahl der im August Verifizierten von 2808 auf 77 im September sank, erschienen tatsächlich als fragwürdig. Im Fall des Kreises Preußisch Holland waren die Unterschiede allerdings geringer. In der Dissertation sind die statistischen Daten aus den monatlichen Berichten des Starosten dargestellt.

<sup>616</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 99-101.

<sup>617</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 106-108.

Anträge um Verleihung der polnischen Staatsangehörigkeit wegen der andauernden Schikanen von Seiten der polnischen Bevölkerung zurückgezogen. [...] Ich möchte auch betonen, dass in der letzten Zeit ganz wenige Anträge gestellt wurden. Viele von denen, obwohl sie polnisch klingende Nachnamen (sic!) haben und auch ein wenig polnisch können, tragen sich in die Liste ein, um ins Reich auszureisen.“<sup>618</sup>

Das Interesse der politischen Klasse und somit auch der Zentralbehörden an der „autochthonen“ Bevölkerung gegenüber war anfangs gering. Erst mit der Entwicklung der politischen Situation wuchs auch das Engagement der Parteien für eine Regelung der rechtlichen Lage dieser Bevölkerungsgruppe. In dem kommenden Referendum hätten die Stimmen der Masuren und Ermländer ein gewisses Wahlpotenzial haben können;<sup>619</sup> doch gerade diese Bevölkerungsgruppe besaß keine Bürgerrechte. Man unternahm also eine ganze Reihe von Versuchen, um diese Situation zu ändern. Warschau wählte jedoch den Weg der kleinen Schritte aus Mangel an Vertrauen gegenüber diesen Menschen, die nun ihr Polnischtum beweisen sollten.

Schon am 15. Januar 1946 kündigte die Regierung die Berufung der gesonderten Verifikationskommissionen an. Am 20. März wurden alle Transporte aus dem Gebiet eingestellt. Die ganze Frage regelte endgültig das Dekret des MZO vom 6. April 1946: Personen, die ihre polnische Herkunft oder ihre Verbundenheit mit dem polnischen Volk bewiesen und den Treueschwur<sup>620</sup> für den polnischen Staat abgelegt hatten, konnten sich verifizieren lassen. Die polnische Herkunft konnte man z. B. mit Hilfe verschiedener Urkunden bezeugen; oft genügte schon ein polnischer Nachname. Zu dem Antrag sollte man Aussagen von zwei Zeugen beifügen, die das Polnischtum des Antragsstellers bestätigten. Über den Antrag, der bis zum 1. Juli (später wurde die Frist um einen Monat verlängert) gestellt werden sollte, entschieden die Behörden der 1. Instanz, nach Beurteilung der Verifikationskommission und des Sicherheitsdienstes. Die positiv verifizierten Personen erhielten auf Grund der Anordnung vom 28. April 1946 die polnische Staatsangehörigkeit.

<sup>618</sup> APO, UP, 390/53, Bl. 102.

<sup>619</sup> CZESŁAW OSEKOWSKI: Mazurzy wobec referendum z 30.06.1946, in: *Borussia*, 1996, Nr. 12, S. 99-112.

<sup>620</sup> Hierzu ein Beispiel eines Antrages an das Nationalitätskomitee in Lötzen/Giżycko: Jestem Mazurem, a więc pochodzenia polskiego. Deklaracji dotąd nie podpisałem. Pochodzenie moje mogą stwierdzić sąsiedzi Mazurzy. Uprzejmie proszę o pozwolenie podpisania deklaracji mazurskiej i przyrzekam, że będę lojalnym obywatelem państwa polskiego. [Ich bin Masure, also polnischer Herkunft. Bis jetzt habe ich keine Deklaration unterschrieben. Meine Herkunft können masurische Nachbarn bezeugen. Ich bitte um Erlaubnis die masurische Deklaration zu unterschreiben und schwöre, dass ich loyaler Bürger des polnischen Staates sein werde.] APO, UW, 391/257, S. 21.

In der Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein wurden die Verifikationskommissionen mit Rundschreiben des Wojewoden Robel Nr. 179 vom 30. April 1946 ins Leben gerufen, im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland am 15. Mai.<sup>621</sup> Der Vorsitzende der Kommission war Zygmunt Paprocki, weitere Mitglieder waren: Piotrowski Aleksander – von der Informations- und Propagandaabteilung, Lubnauer Franciszek, Pagowski Antoni, Łasewicki Mieczysław und Makiełkowski Estachiusz von der PPR. Bevor die Kommission allerdings mit der Verifizierung begann, sank die Zahl der Verifizierten auf 82 Personen im Kreis, was die Kommissionsmitglieder mit der 700 Jahre anhaltenden deutschen „Okkupation“ des Landes erklärten.<sup>622</sup>

Die Kommission beriet in insgesamt fünf Sitzungen – am 27. Juni, 2., 8., 15. und 17. Juli 1946. Nach der ersten Sitzung stieg die Summe der „Autochthonen“ auf 94. Auf der zweiten Sitzung verifizierten die Mitglieder der Kommission über 21 Personen positiv; 17 Anträge sollten demnächst überprüft werden.<sup>623</sup>

Diese Ergebnisse wurden anscheinend als gering beurteilt (Ende des Monats ist die Zahl erneut auf 86 Personen gesunken) und man entschloss sich, entsprechende Aktionen auch auf dem Lande durchzuführen. Am 12. August 1946 berichtete der Starost Śniecikowski von zwei solchen Aktionen – in Łęпно/Lomp und im Wysoka/Hohendorf. Im ersten Fall wurden „Interviews“ mit den Dorfbewohnern durchgeführt, die allerdings feststellten: „Wir sind Deutsche, unsere Väter und Großväter waren ebenfalls Deutsche“.<sup>624</sup> Besonderes Augenmerk galt selbstverständlich den Menschen mit polnisch klingendem Nachnamen. Man kann vermuten, dass mit diesen Bewohnern des Dorfes besondere „Aufklärungsgespräche“ geführt wurden. Doch die Mitglieder der Kommission konnten nur die „einheitliche Einstellung betreffs der Ausreise ins Reich“ feststellen.

Die zweite Aktion im Dorf Hirschfeld verlief etwas erfolgreicher: 10 Dorfbewohner entschieden, sich verifizieren zu lassen. Die Starosteie entschied allerdings nur über 7 Anträge positiv; die Anträge der übrigen 3 Personen wurden, trotz positiver Beurteilung durch die Verifizierungskommission, abgelehnt.<sup>625</sup>

Die Gesamtzahl der während der Aktion verifizierten Personen, denen die polnische Staatsangehörigkeit verliehen wurde, betrug, gemäß dem Bericht vom 12. August, ungefähr

---

<sup>621</sup> APO, UP, 390/90, Bl. 52.

<sup>622</sup> APO, UP, 390/90, Bl. 88.

<sup>623</sup> APO, UW, 392/261, Bl. 183.

<sup>624</sup> APO, UW, 391/258.

<sup>625</sup> Ebenda.



100 Personen.<sup>626</sup> Viele der Anträge wurden jedoch erst nach Ablauf der Frist gestellt, sodass die Zahl am 26. August 1946 auf 135 Personen stieg.<sup>627</sup> Gleichzeitig berichtete der Starost Śniecikowski von 627 „undecklierten“ Masuren, d.h. solcher, die trotz positiver Verifizierung den Treueschwur auf den polnischen Staat nicht ablegen wollten und sich nicht verifizieren ließen, obwohl sie als „zur Verifizierung taugliche“ galten. Diese Personen wurden vorläufig von den Transporten ausgeschlossen.

Die Situation im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland war keine Ausnahme; aus vielen Kreisen der Wojewodschaft berichtete man von geringen Ergebnissen der Aktion und von verifizierten Masuren und Ermländern, die nach einer Ausreisemöglichkeit nach Deutschland fragten. Die Ursachen dafür waren vielfältig. Abgesehen von den „Verifizierten“, die sich prinzipiell als Deutsche betrachteten, war die katastrophale Lage dieser Bevölkerungsgruppe eines der wichtigsten Hindernisse, auf welche die Verifizierungsaktion traf. Der Allensteiner Wojewode beschrieb die Situation wie folgt: „Eine psychisch feindliche Einstellung gegenüber dieser Bevölkerungskategorie bei den Repatriierten und Aussiedlern aus Zentralpolen, die bestrebt sind, sie wie Deutsche zu behandeln.“<sup>628</sup> [...] Das Fehlen von persönlicher Sicherheit, auf Grund dessen die masurische Bevölkerung von Plünderern und Banden ständig schonungslos beraubt wird. [...] Die Sicherheitsbehörden, vor allem die gesellschaftlich nicht gefestigten Einheiten der Bürgermiliz, erlauben sich im Verhältnis zu dieser Bevölkerungsgruppe Übergriffe verschiedener Art. [...] Die schweren Lebensbedingungen dieser Bevölkerung. Es ist kein bedeutender materieller Unterschied zwischen einem Deutschen und einem Autochthonen, der zuvor seines gesamten Hab und Gutes selbst nach der Verifizierung beraubt wurde, zu erkennen.“<sup>629</sup>

Ein wichtiges Element, das die Verifizierungsaktion gefährdete und die Beziehungen zwischen Verifizierten und Polen beeinflusste, war die Frage der s.g. umstrittenen Höfe:

---

<sup>626</sup> Die Aktion wurde formell am 31. Juli 1946 abgeschlossen. Doch auch nach dieser Frist gingen noch Verifizierungsanträge bei der Starostei ein, sodass die Aktion in der Praxis länger dauerte. Erst am 4. September 1946 wurden die Verifizierungskommissionen mit dem Rundschreiben des MZO aufgelöst.

<sup>627</sup> APO, UW, 391/261, Bl. 133. In diesem Bericht erwähnte auch der Starost, dass noch 26 Anträge überprüft werden sollten. Da die Zahl der „Autochthonen“ mit polnischer Staatsangehörigkeit bis zum Oktober 1946 stabil blieb, kann man vermuten, dass sie entweder ablehnend erledigt wurden, oder die Verifizierten keinen Treueschwur ablegten. Die Gesamtzahl der Verifizierten in der Wojewodschaft Olsztyn zu diesem Zeitpunkt betrug 65.919 Personen. APO, UW, 391/266.

<sup>628</sup> In den Erlebnisberichten der Preußischholländer wurde häufig Klage gegen die polnischen Siedler erhoben. Die Aussiedler aus Ostpolen sollen dagegen freundlich gewesen sein.

<sup>629</sup> APO, UW, 391/258. Das Schreiben stammt aller Wahrscheinlichkeit nach vom Leiter der Sozialpolitischen Abteilung im Wojewodschaftsamt, Jeżewski. Das Dokument auch im: W. BORODZIEJ, C. KRAFT: Wojewodschaft Allenstein, Dok. 287, S. 55-560.

Verifizierte „Autochthonen“ forderten die Rückgabe enteigneter Güter. Da diese häufig schon von den polnischen Siedlern bewirtschaftet wurden und die Verifizierten mit einem Ersatzgut nicht einverstanden waren, kam es immer wieder zu Reibereien zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. Die anfängliche Politik des polnischen Staates entschied häufig zu Gunsten der Siedler. Erst der Erlass des MZO vom 31. Januar und 1. August 1946 gewährte den verifizierten Masuren und Ermländern das Recht, das eigene Gut zurückzuerhalten. Die lokale Administration stand häufig auf Seiten der polnischen Neusiedler, sodass viele Anträge auf Rückgabe der Landhöfe in administrativen Verfahren stecken blieben oder zu Gunsten der neuen Siedler entschieden wurden. Das Problem betraf auch den Kreis Pasłęk/Preußisch Holland. Das Ausmaß der Erscheinung ist allerdings nicht einzuschätzen; man weiß nur von zwei Landgütern, die im September 1947 an verifizierte Familien zurückgegeben wurden. Die dort wohnenden 4 polnischen Familien sollten durch Zuteilung anderer Landhöfe entschädigt werden.<sup>630</sup>

Die im Herbst 1946 gestartete Aussiedlungsaktion hat die Situation kompliziert; es stellte sich heraus, dass ein Teil der Verifizierten trotz Verleihung der polnischen Bürgerrechte in den Westen ausreisen wollte. Schon das Monatsprotokoll der sozialpolitischen Abteilung für Oktober 1946 brachte diese Tendenz zum Ausdruck: „Die Korrespondenz jenseits der Oder trägt zu illegaler Ausreise der autochthonen Bevölkerung bei; insbesondere betrifft es Frauen, deren Männer sich in Deutschland aufhalten. Es kommt vor, dass sie Stettin illegal erreichen, die Grenze illegal zu passieren versuchen. Aufgehalten von den Grenzposten, werden sie zurückgeschickt. In letzter Zeit ist ein ganzer Transport von Stettin mit 266 Autochthonen, die illegal über die Oder wollten, eingetroffen.“<sup>631</sup> Gemäß den Statistiken stieg die Zahl der Verifizierten in der Wojewodschaft Allenstein im Oktober zwar um 5,6 %, d.h. um 3637 Personen,<sup>632</sup> doch in vielen Kreisen ging sie drastisch zurück,<sup>633</sup> in Pasłęk/Preußisch Holland reduzierte sie sich um 30 % auf 94 Personen. Dies war aber nicht das einzige Problem der sozialpolitischen Abteilung: „Nach Beendigung der Verifikationsaktion begann man die vorläufigen polnischen Ausweise auszustellen. Ein Teil der Verifizierten will sie nicht annehmen und behauptet, sie seien zwar Masuren, aber deutscher Herkunft oder dass sie zu

---

<sup>630</sup> APO, UW, 391/1362, Bl. 168.

<sup>631</sup> APO, UW, 391/266, Bl. 40.

<sup>632</sup> Ende September gab es in der Wojewodschaft 64.516 verifizierte Personen, einen Monat später schon 68.153. APO, UW, Sygn. 391/266.

<sup>633</sup> Z.B. im Kreis Bartoszyce/Bartenstein um 64%, im Kreis Nidzica/Neidenburg um 39%, im Kreis Reszel/Rössel um 23%. Ebenda.

deutschen Zeiten geboren wären und sie seien nicht sicher, ob die Deutschen in das Land nicht zurückkehren werden und dann in Bezug auf sie Konsequenzen zögen.“<sup>634</sup>

Das Verfahren in der nächsten Verifizierungsphase – vom Spätherbst 1946 bis Ende 1948, änderte sich im Grunde genommen mit der Auflösung der Verifizierungskommissionen nicht; die weitere Durchführung der Verifizierung lag jetzt bei den Gemeinde- und Stadtnationalräten, sowie den Ortsverbände des Polnischen Westverbandes. Mit den kommenden Sejmwahlen taten die Politiker, besonders die Mitglieder des Wojewodschaftsnationalrates, viele propagandistische Gesten dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber: Die Werke der masurischen Schriftsteller Michał Kajka und Karol Małłek wurden veröffentlicht. Gleichzeitig verlänegerte man die Frist für das Antragstellen bis zum 11. Januar 1947. Im Schreiben des Polnischen Westverbandes vom 15. November 1946 hieß es, dass die bisherige Verifizierungsaktion die erhofften Ergebnisse nicht brachte, weil „viele ortsansässige Polen aus vielen Gebieten sich zur Verifizierung nicht einfanden oder weil die Verifizierung auch die unerwünschten Elemente, wie Deutsche und Renegaten, umfasste.“<sup>635</sup> Zu diesem Zweck sollten die Mitglieder des Westverbandes möglichst schnell von jenen Gebieten mit hoher Zahl der „unverifizierten polnischen Bevölkerung“ und von dem Grad des Nationalbewusstseins dort ansässiger Personen berichten.

Die Mitglieder der Allensteiner Westverbandes legten außerdem genaue nationale Kriterien fest, nach denen die Verifizierung in dieser Phase verlaufen sollte: Pole war eine Person, die sich zu Hause der polnischen Sprache bedient und kein Mitglied von verschiedenen politischen Organisationen, wie Gestapo, Polizei oder Militär, war. Das Sprachkriterium galt für diejenigen nicht, die unter der deutschen Okkupation ihre Verbundenheit mit dem polnischen Volk durch ein Engagement zu Gunsten des polnischen Staates bewiesen.<sup>636</sup>

Besonderes Augenmerk galt in dieser Aktion den Kreisen mit relativ hoher Zahl unverifizierter Einwohner wie Pasłęk/Preußisch Holland, in dem sich die Aktion des Westverbandes im Grunde genommen als erfolgreich erwies. Die Zahl der Verifizierten stieg im Dezember 1946 auf 182 Personen, also um fast 100 %.<sup>637</sup>

---

<sup>634</sup> APO, PRN, 917/II/1. Das letzte Argument steht in unmittelbarer Nähe zu schon erwähnter Stuttgarter Rede von Byrnes.

<sup>635</sup> APO, UW, 391/263, Bl. 211-212.

<sup>636</sup> Ebenda.

<sup>637</sup> Ebenda.

Bolesław Romanowski, Referent aus dem Dorf Wołyniec/Grünhagen, behielt diese Verifizierungsaktion in Erinnerung. Aus seinen Äußerungen geht deutlich hervor, wie man im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland „Autochthonen“ ausfindig machen konnte: „Man musste so ein Dokument haben, dass man Masure ist. Viele unterschrieben die Deklaration. Aber die Ida Fischer aus Grünhagen, sie wollte es nicht. [...] Dort wohnte auch noch ein gewisser Konrad Zymbel. Er wollte auch nicht unterschreiben. Aber Alfred Zimmermann, sehr anständiger Mensch... Er war Fahrer beim Starost und nachher wurde er Stadtverordneter, als er schon etwas polnisch konnte. [...] Er war fortschrittlich. Nicht wie die Ida Fischer. Als ihm gesagt wurde, er sei Masure, dann wurde er eins. Er hatte nichts dagegen.“<sup>638</sup>

Da die Verifizierung in der Wojewodschaft Allenstein im Vergleich zu anderen Wojewodschaften der neuen Gebiete langsam voranging, hat das MZO am 20. Februar 1947 ein Rundschreiben erlassen, um die Aktion in dem Bezirk zu beschleunigen.<sup>639</sup> Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland stieg die Zahl der Verifizierten langsam, aber ständig, wie Tabelle Nr. 1 zeigt:

Tabelle Nr. 1

Fortschritte der Verifizierung im Jahre 1947

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
2	5	26	8	25	17	4	6	1	20	13	11

Quelle : APO, UW, 391/263, Bl. 211-212.

Die hohe Zahl der Verifizierten im März ist ohne Zweifel mit dem Rundschreiben des MZO zu erklären. Die Ergebnisse vom Mai und Juli können in Verbindung mit den abgegangenen

<sup>638</sup> Interview mit Bolesław Romanowski.

<sup>639</sup> APO, PUR, 990/II/22.

Transporten stehen. Der PUR-Leiter Jan Akmin erwähnte, dass man die Deutschen häufig noch kurz vor Abschiebung zur Optierung zu überzeugen versuchte. Ein Schreiben des Wojewoden vom Juli 1947 weist auch darauf hin, dass gesonderte Verifizierungskommissionen auf jeder Sammelstelle eingerichtet werden sollten, um die Auszusiedelnden zu prüfen, ob sich unter sie keine Verifizierten eingeschlichen hatten.<sup>640</sup>

Den Schwung in dem Prozess im Herbst und Winter 1947 beeinflussten zwei Ereignisse: Einerseits zog sich die Rote Armee auf Grund des Abkommens vom 9. September 1947 von einigen Gütern zurück. Ein Teil der dort beschäftigten Deutschen wurde aller Wahrscheinlichkeit nach verifiziert. Abgesehen davon stieg auch die Zahl der „unverifizierten Masuren und Ermländer“ im Kreis in dieser Zeit von 425 (am 1. August) auf 763 Personen im September<sup>641</sup> und 768 im Oktober.<sup>642</sup> Andererseits rief das MZO am 28. Oktober 1947 die Verifizierungskommissionen erneut ins Leben, um den Prozess bis Ende des Jahres zu beenden. Während der Sitzung der Kreiskommission am 13. November 1947 erörterte man auch in Pasłęk/Preußisch Holland die Frage der „unverifizierten Autochthonen“, die sich um die Ausreise nach Deutschland bemühten. Gemäß dem Protokoll wurden 331 Personen „mit polnischen Nachnamen“ zur Aussiedlung vorgesehen.<sup>643</sup> Die Aufenthaltsorte der Menschen, die außerhalb der Kreisstadt hauptsächlich auf den großen staatlichen Landgütern wie Drulity/Draulitten oder Robity/Robitten untergebracht waren, deuten darauf hin, dass man viele der arbeitsfähigen Deutschen vom Kreis Pasłęk/Preußisch Holland unter dem Vorwand der Verifizierung behalten wollte.<sup>644</sup>

Der Verlauf dieser Verifizierungsaktion im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland unter Berücksichtigung der verschiedenen Einfluss habenden Faktoren stellt Diagram Nr.1.

---

<sup>640</sup> APO, PUR, 990/II/22

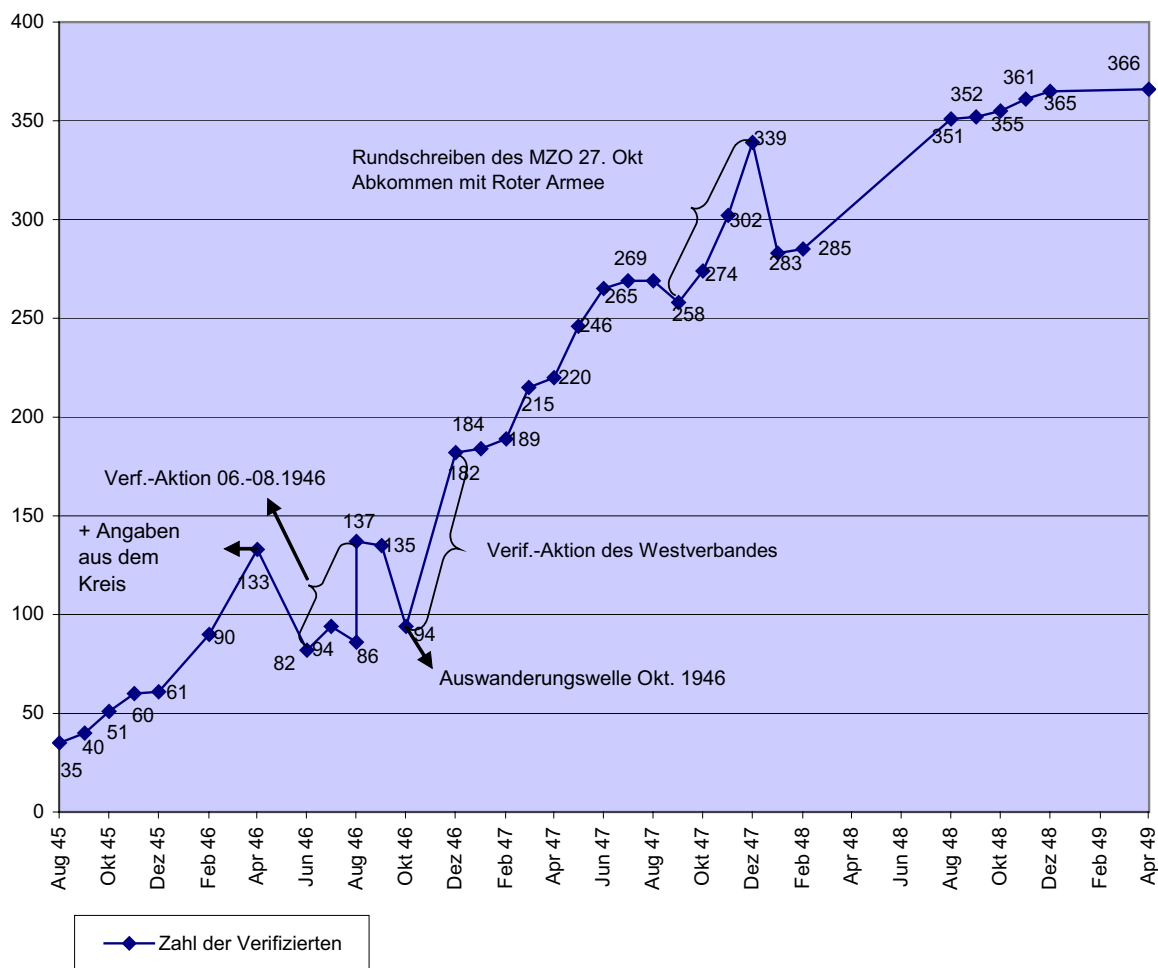
<sup>641</sup> APO, UW, 391/1362, Bl. 168.

<sup>642</sup> APO, UW, 391/1362, Bl. 180.

<sup>643</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 624-631.

<sup>644</sup> Auf ähnliche Schlussfolgerungen weisen die gefundenen Aufstellungen der „undeckelten Masuren“ von Marinefeld/Marianka, Deutschendorf/Wilczęta, Dąbrowa/Döbern und Rogehnen/Rogajny hin. APO, UW, 391/270, Bl. 49-51.

Diagram Nr. 1



1948 beendete man die Verifizierungsaktion im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland. In der nächsten Zeit waren die Fortschritte der Aktion bescheiden – nur 1 Person. Die Zahl der „unverifizierten“ Masuren sank plötzlich im Februar 1948 auf 44 Personen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Deutschen im Kreis von 180 auf 374 im Januar<sup>645</sup> und auf 572 im Mai.<sup>646</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach hat man also die Personen, die die Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit ablehnten, in die Aufstellungen der zur Abschiebung vorgesehenen

<sup>645</sup> APO, UW, 391/272, Bl. 10.

<sup>646</sup> APO, UW, 391/273, Bl. 50.

Deutschen einbezogen und sie ausgesiedelt. In der ganzen Wojewodschaft, in der die Verifizierung offiziell erst 1950 beendet wurde, trat die Aktion zu diesem Zeitpunkt mit Übernahme des Wojewodschaftsamts durch den früheren Chef des Łództer Sicherheitsdienstes, Mieczysław Moczar, in ihre schärfste Phase, als man die Menschen häufig schikanierte und misshandelte, damit sie sich verifizieren ließen.

Der Verifizierungsprozess sollte offiziell mit der Verleihung der polnischen Ausweise gekrönt werden. Aus diesem Anlass führte man eine s.g. Ankietyzacja/Umfrage durch, wo alle Verifizierten sich u.a. zu ihrer nationalen Zugehörigkeit äußern sollten. Es hätte wohl kein deutlicheres Zeichen für das Fiasko der Repolonisierungspolitik geben können, als die Ergebnisse dieser Umfrage: von 106.709 Verifizierten auf der Wojewodschaftsebene<sup>647</sup> bezeichneten sich ca. 35.000 der Verifizierten als Deutsche, mehr als 8500 Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angaben und ca. 5700 Personen, die ablehnten, die Formulare auszufüllen.<sup>648</sup> Die nächste Niederlage erlebte die polnische Verifizierungspolitik nach 1956, als die Vereinbarung zwischen dem Polnischen und Deutschen Roten Kreuz den Anstoß zur Massenausreise der „Autochthonen“ gab. Bis 1958 verließen fast 32.000 der verifizierten Masuren und Ermländer die Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein. Im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland sank die Zahl von 373 Verifizierten auf 20 Personen.<sup>649</sup>

Die Ursachen für diese Haltung der verifizierten Deutschen sind unterschiedlicher Art: Enteignung des Landes und Abneigung der lokalen Verwaltungsorgane, diese Frage zu entscheiden, die katastrophale materielle Lage der Bevölkerung, Hunger und ansteckende Krankheiten, sowie Schikanen der Miliz und polnischen Neusiedler. Der wichtigste Grund der im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland misslungenen Verifizierungsaktion war die Tatsache, dass es dort, vielleicht mit wenigen Ausnahmen, keine Masuren und Ermländer gab. Unabhängig davon trägt die polnische Politik die Verantwortung für die Vernichtung dieser einzigartigen lokalen Kultur. Das tragische Beispiel von Gustav Kayka spiegelt das Los dieser Menschen wider. Sein Großvater Michał Kajka, der in seinen Gedichten den Untergang seiner geliebten Muttersprache beklagte, wurde von der kommunistischen Propaganda zum Volksdichter erklärt. Doch für seine Nachkommen gab es in der Volksrepublik Polen keinen Platz: „Ähnlich wie alle Masuren warteten wir auf Polen. Und als es kam, betrachteten sie uns als Faschisten und Nazis. Ich erinnere mich nicht mehr, wie oft ich in der Schule dafür ins

---

<sup>647</sup> L. BELZYT: *Między Polską a Niemcami*, S. 198.

<sup>648</sup> Ebenda, S. 190.

<sup>649</sup> Ebenda, S. 198.

Gesicht bekam. Wegen allem. Wegen der Abstammung, wegen unseres Aussehen. An den Großvater hat sich niemand erinnert.“<sup>650</sup>

---

<sup>650</sup> Gespräch mit einem Masuren, in: AGNIESZKA WRÓBLEWSKA, ANDRZEJ K. WRÓBLEWSKI: Ausreiseerlaubnis, Dortmund 1996, S. 183.



## VI

Kollektives Gedächtnis. Frage der Konstruktion der Vergangenheit auf Grund der narrativen Interviews und der Heimatliteratur.

Wenn man sich mit dem Thema der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße befasst, fällt als erstes auf, dass der bedeutendste Teil der Literatur zu diesem Thema entweder von Betroffenen selbst stammt, oder viele der Monographien und Publikationen auf deren Erlebnisberichten und Umfragen basieren, die im Rahmen des Großforschungsprojektes „Dokumentation der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder-Neiße“<sup>651</sup> gesammelt wurden. Andererseits haben wir es seit einiger Zeit mit einer besonderen Erscheinung zu tun, die der französische Historiker Pierre Nora als „Marginalisierung der Geschichte“ bezeichnet hat. Darunter versteht Nora einen Prozess, im Laufe dessen Historiker und zeitgeschichtliche Chronisten ihr Monopol für Geschichtsschreibung verlieren.<sup>652</sup> Die traditionellen Prämissen, die als Grundstein der Entwicklung der Geschichte als wissenschaftlichem Fach dienen – Unzuverlässigkeit des menschlichen Gedächtnisses – werden in unserer Gesellschaft nicht mehr wahrgenommen oder als Gefahr empfunden. In diesem Sinne wird „die Rolle der Richter, die über Wahrheit und Lüge der Mäander der Geschichte das Urteil fällen und die in der Auslegung des Geschehenen und der Gestaltung der Erinnerung an die Vergangenheit eine entscheidende Stimme haben, von Zeitzeugen, Medien und Politikern übernommen“.<sup>653</sup> Diese Erscheinung drückt den Triumph des individuellen und kollektiven Gedächtnisses über traditionelle

<sup>651</sup> Bearb. von Theodor Schieder, Bonn 1953.

<sup>652</sup> Epoka upamiętniania. Rozmowa z Pierrem Nora, in: JACEK ŻAKOWSKI: Rewanż pamięci, Warszawa 2002, S. 64.

<sup>653</sup> Die Funktionierung des kollektiven historischen Bewusstseins liefert das Beispiel des Kinderlagers von Rügen, wo die Kinder der Zwangsarbeiter von Volkswagenwerk untergebracht waren. Über das Lager und ungewöhnlich hohe Sterberate unter Säuglingen schrieb schon Hans Mommsen in seinem Buch von 1996. Doch erst zwei Jahre später, nachdem die amerikanische Fernsehstation CBS die Geschichte des Lagers dank dem „zufälligen Fund der Dokumenten im Nationalarchiv in Washington“ angeblich „enthüllte“, fand das Thema Echo in der Öffentlichkeit und bekam dadurch die Möglichkeit, ein Element des kollektiven Gedächtnisses zu werden. Wenn das Buch von Mommsen keine besondere Interesse weckte (die Auflage betrug 3000 Exemplare), konnte man nach der Ausstrahlung der CBS-Sendung auf einmal mehrere Artikel zum Thema lesen. WOJCIECH PIĘCIAK: Niemiecka pamięć. Współczesne spory w Niemczech o miejsce III Rzeszy w historii, polityce i tożsamości (1989-2001), Kraków 2002, S. 284, An. 14.

Historiographie aus.<sup>654</sup> Insofern gewinnen nicht nur lebensgeschichtliche Interviews und Erlebnisberichte der breiten Führungsschichten im Sinne der seit den 80er Jahren in Deutschland popularisierten „oral history“ im Gegensatz zu Traditionsquellen immer mehr an Bedeutung, sondern vor allem die Fernsehdokumentationen und Zeitschriftenserien, die von Guido Knopp und das Programm ZDF-Jahrhundertbus Mitte der 90er Jahren initiiert wurden. Das ZDF-Programm war notabene die deutsche Antwort auf das Projekt des Archivs Shoah, in dessen Rahmen ca. 50.000 Holocaustüberlebende ihr Zeugnis abgelegt hatten.<sup>655</sup> In dem schriftlichen Wort waren es insbesondere die von Wolfgang Sebald in dem Essay „Luftkrieg und Literatur“ (1997) an dem „kollektiven Diktat des Schweigens“<sup>656</sup> der deutschen Schriftsteller geübte Kritik, sowie der in Folge der Debatte Walser-Bubis (1998) enthüllte Konflikt der Erinnerungen, zu dem Walsers Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels den Anstoß gegeben hat.<sup>657</sup> Günther Grass' Novelle „Im Krebsgang“, die vorausgehenden politischen Ereignisse,<sup>658</sup> sowie die danach folgende Pressedebatte gaben für die Verschiebungen der Akzente in der Diskussion der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts nur den Anstoß.

Diese Verschiebungen verzahnten sich mit den soziologischen Veränderungen, die im deutschen kollektiven Gedächtnis und dessen historischer Identität stattfinden. Dieser Trend wurde von Kennern der Thematik, wie Michael Jeismann, als Verschiebung des Schwerpunkts auf die Opfererinnerung bezeichnet, und bezieht sich nicht nur auf deutsche Zeitgeschichte, sondern ist vielmehr ein Bestandteil der Veränderungen in der globalen

<sup>654</sup> PIOTR BURAS: Powrót wypędzonych, czyli (nie tylko) niemieckiego sporu o pamięć ciąg dalszy, in: *Pamięć wypędzonych. Grass, Beneš i środkowoeuropejskie rozrachunki*, bearb. von Piotr Buras, Piotr M. Majewski, Warszawa 2003.

<sup>655</sup> HARALD WELZER: Zurück zur Opfergesellschaft. Verschiebungen in der deutschen Erinnerungskultur, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 3. April 2002.

<sup>656</sup> W. PIĘCIAK, S. 365 und außerdem Pressedebatte: KLAUS HARPPRECHT: Stille, Schicksalslose. Warum die Nachkriegsliteratur von vielem geschwiegen hat? in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Januar 1998; FRANK SCHIRRMACHER: Luftkrieg, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Januar 1998; R. SCHNEIDER: Kein kollektives Schweigegebot, in: *Die Welt*, 28. Januar 1998.

<sup>657</sup> Dokumentation des Streites in: PIOTR BURAS, KAZIMIERZ WÓYCICKI: Spór o niemiecką pamięć. Debata Walser-Bubis, Warszawa 1999; W. PIĘCIAK, S. 251-281.

<sup>658</sup> Es waren vor allem die Verwendung des Begriffs „Genozid“ über die Geschehnisse von Ruanda (und das erst mal nachträglich), womit diese schwierige Frage, die zu diesem Zeitpunkt auf die Verbrechen aus der Vergangenheit (von Kolonialverbrechen, über Armeniergenozid bis zum Holocaust) reduziert war, zum gegenwärtigen Problem der internationalen Politik wurde; der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo, die Berufung auf Auschwitz zu seiner Rechtfertigung und das insgesamt positive Echo auf das deutsche Engagement. MICHAEL JEISMAN: Auf Wiedersehen Gestern! Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart 2001; WILLIAM A. SCHABAS: Genozid im Völkerrecht, Hamburg 2003.

S. 57. Wie bedeutend der Einsatz in Kosovo für die Erinnerungskultur gewesen ist, zeigt die blitzschnelle Reaktion des Innenministers Otto Schily, der schon im Mai 1999 an dem jährlichen Tag der Heimat in Berlin erschien. Seine Rede glich eher einer Gewissenserforschung – der Minister sprach, dass die Linken wegen der Furcht um Bezeichnung um Revanche und falscher Rücksicht (sic!) in der Außenpolitik „das Vertreibungsverbrechen“ nicht wahrnahmen. Der Krieg im Kosovo hat erst an die Untat von 1945 erinnert. Bei dieser Gelegenheit hat sich Schily für das Zentrum der Vertreibungen ausgesprochen. Die Rede des Innenministers: *Das Parlament*, Nr. 26, 25. Juni 1999.

Erinnerungskultur.<sup>659</sup> Harald Welzer hat dies als Umwandlung in die „Opfergesellschaft“ ausgedrückt, die dem Bekenntnis zur „Tätergesellschaft“ entgegengesetzt ist: Die Geschichte wird über das Prisma der Opfer, nicht der Täter, wahrgenommen.

Einen Anstoß, der diese Entwicklung zuließ, gab unter anderem die unhistorische These über „eliminatorischen Antisemitismus“ der Deutschen von Daniel Goldhagen, die kurzzeitig eine Faszination in Deutschland hervorrief. Andererseits wurde der Holocaust seiner nationalen und geographischen Maßstäbe im Lauf der Historisierung der Vergangenheit beraubt, sondern ist viel mehr zu einem Teil des „globalen Lehrstücks“<sup>660</sup> geworden. Des Weiteren wird die Geschichte in „allen ihren Aspekten anerkannt“<sup>661</sup>. In diesem Sinne werden heute „der Holocaust und die Besetzung der Wehrmacht auf der einen Seite, die Vertreibung auf der anderen Seite nicht mehr unvermittelbar gegeneinanderstehen in Anklage und Gegenklage. Beide Erfahrungen können erstmals als zusammengehörig dargestellt und empfunden werden, ohne dass der Mechanismus von Schuldaufrechnung zwangsläufig in Gang kommen muss.“<sup>662</sup> Die durch deutsche kollektive Erinnerung nicht angeneigten Ereignisse, wie z.B. Bombardements der deutschen Städte, bekommen jetzt eine Chance, einen legitimen Platz im kollektiven Gedächtnis der Deutschen in Anspruch zu nehmen. Mit anderen Worten, diese soziologischen und politischen Verschiebungen in der Erinnerungskultur schufen einen neuen Rahmen, der das öffentliche Gedenken an die deutschen Kriegsoffer möglich macht – was früher wegen des Holocaust und des totalen Vernichtungskrieges, sowie im Namen von „political correctness“ – nicht angebracht war. Es ist nicht zu übersehen, dass es derzeit die Menschenrechte sind, die Maßstäbe in der internationalen Politik setzen, und nicht – wie es vor 60 Jahren war – die Perspektive eines dauerhaften Friedens. Darüber hinaus erscheint die Vertreibung der Deutschen heutzutage nicht als verdiente Strafe, sondern als „Missbrauch der universalen Werte“<sup>663</sup>. Dieser Wandel ermöglichte eine normale Entwicklung der kollektiven Erinnerung, in der den negativen Erlebnissen des Kollektivs besonderes Gewicht zukommt. Dieser neue politisch-soziologische Rahmen könnte außerdem das Ende der politischen Isolation der Vertriebenenorganisationen bedeuten.

Markant ist, dass von analogen Veränderungen in der Erinnerungskultur auch Nachbarstaaten Deutschlands betroffen sind – obgleich der Prozess dort anders verläuft. In

---

<sup>659</sup> M. JEISMANN, S. 56.

<sup>660</sup> Ebenda, S. 57.

<sup>661</sup> Falsche Folklore und erfundene Volkstänze. Gespräch mit Günther Grass, Michael Jeismann, Karl Schlögl, in: *Literaturen*, Mai 2002.

<sup>662</sup> M. JEISMANN, S. 82-83.

<sup>663</sup> ZDZISŁAW KRASNODEBSKI: Polskie milczenie, in: *Rzeczpospolita*, 22. Juni 2002.

Polen beispielweise werden nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auch weniger angenehme Aspekte der polnischen Vergangenheit diskutiert – jüngst hat die Frage der Kollaboration von Polen mit dem deutschen Okkupanten in der Zeit des Zweiten Weltkrieges für Aufregung gesorgt.<sup>664</sup> Mit den Schatten der eigenen Vergangenheit werden auch andere europäische Länder, etwa Frankreich,<sup>665</sup> Schweden und Tschechien konfrontiert. Der Versuch „die Leichen aus dem Schrank der polnischen kollektiven Erinnerung“<sup>666</sup> zu holen, ist zumindest in Polen beachtlich: Wie es Wojciech Pięciak feststellte, es wurde in Polen in dem letzten Jahrzehnt mehr als in Deutschland über die Vertreibungsfrage publiziert – ein sachliches und konstruktives Herangehen an die historischen deutsch-polnischen Brennpunkte könnte zur Verringerung der ungewöhnlich starken Differenzen in der Betrachtungsweise der Vergangenheit und der Geschichte (auch in Bezug auf die tief in der Epoche des Mittelalters liegenden Ereignisse, wie z.B. die Herrschaft des Deutschen Ordens in Preußen) in Polen und Deutschland führen. Die jüngste Debatte über das Zentrum der Vertreibungen, die die Meinungsunterschiede unter den Politikern enthüllte, stellte die Robustheit der angeblich sehr guten deutsch-polnischen Beziehungen in Frage.

Diese Konfrontation war eine der Folgen der Historisierung der NS-Vergangenheit, ohne die keine Normalisierung eintreten kann. Dieser Prozess ist allerdings von einem „Krieg der Erinnerungen“ (W. Borodziej), an dem verschiedene Betrachtungsweisen der Vergangenheit beteiligt sind, gekennzeichnet und die Kristallisierung „einer stabilen Topographie der Erinnerung liegt in ferner Zukunft“<sup>667</sup>. Der Erinnerungspolitik der Vertriebenenverbände ist jedoch zweifellos daran gelegen, Elemente der eigenen Vision der Vergangenheit ins künftige nationale Gedächtnis der Deutschen wie der Polen zu übermitteln. Dennoch, solange sich die neue Erinnerungskultur und somit die neue Gesellschaft in den Staaten Europas nicht kristallisiert, kann man über die bevorstehenden Vorstellungen von Zeit und Geschichte – von denen die zukünftige Außenpolitik geprägt wird<sup>668</sup> – nur nachdenken. Laut der oben zitierten These Noras besteht jedoch die Möglichkeit, dass einige Elemente der Anschauungsweise des Geschehenen (wie Kultivierung deutscher Vertreibungs- und Kriegsoffer), die in

---

<sup>664</sup> JERZY KOCHANOWSKI: Polacy do Wehrmacht, czyli pomysły na kolaborację, in: *Polityka*, Nr. 7, 2001; ANETTA RYBICKA: Instytut Niemieckiej Pracy Wschodniej. Kraków 1940-1945, Warszawa 2002.

<sup>665</sup> Der Verlauf dieses Prozesses in Frankreich und die Debatte über „Vichy-Syndrom“ waren besonders heftig.

<sup>666</sup> MAREK ZIÓLKOWSKI: Pamięć i zapomnienie: Trupy w szafie polskiej zbiorowej pamięci, in: *Kultura i społeczeństwo*, 2001, Nr. 3-4, S. 3-22.

<sup>667</sup> ANDREI S. MARKOVITS, SIMONE REICH: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998, S. 79.

<sup>668</sup> Ebenda, S. 22.

Vertriebenenkreisen mit Rücksicht auf jüngere Generationen behütet und gepflegt werden, vom künftigen kollektiven Gedächtnis der Deutschen angeeignet werden könnten.<sup>669</sup>

Die mündlich überlieferten Quellen, deren Auswertung und Verwendung, und im Fall der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten haben wir grundsätzlich mit solcher Art von Quellen zu tun, bergen eine Gefahr in sich. Denn Erinnerung ist eine Struktur gestaltet von Gegenwart und Umgebung – das letzte ist im Fall der interviewten Personen besonders sichtbar, weil sie auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Kreisgemeinschaft Preußisch Holland eine relativ homogene und konstante Gruppe darstellen, deren Gedächtnis durch das kultivierte Erinnern in Form von jährlichen Treffen und zahlreichen Veröffentlichungen (Heimatbriefe, Monographien, Bilderbände) zur Heimatthematik geprägt und mitgestaltet wird. Das alles bezeugt davon, dass das kulturelle Gedächtnis dieser Gruppe auf Grund existierenden Bedarfs die alte Heimat zu erinnern, besonders in der Zeit als der Rest der deutschen Gesellschaft die Vertreibung der Deutschen wegen der Furcht um Bezeichnung und Revanche nicht wahrnehmen wollte oder konnte, in vollem und seit längerer Zeit entwickelt ist. Insofern sagen die Erlebnisberichten der Vertriebenen nicht nur viel über das tatsächliche Geschehen aus der angeführten Zeitperiode aus, sondern viel mehr über die Gruppe selbst. In dem Fall ist es also von großer Bedeutung zu fragen, nicht was sich die befragten Personen erinnern – und das ohne die mündlich überlieferten Quellen zu marginalisieren – sondern nach welchen Kriterien sie ihre Erinnerungen aus dem Gedächtnis hervorrufen. Die Merkmale des Erinnerten der befragten Personen sollten in dieser Hinsicht – um die dahinter stehenden Mechanismen zumindest minimal zu präsentieren – hervorgehoben werden.

Die Konstruktion der Erinnerung an die alte Heimat verlief in den verschiedenen Altersgruppen der Vertriebenen aus Preußisch Holland ganz unterschiedlich. Die älteste Generation ertrug den Verlust der Heimat am schlechtesten. Sie wurden als erwachsene Menschen ausgewiesen, denen die deutsche Anwesenheit im Lande seit Generationen und mit einer gewissen Kontinuität bewusst war. Eigenes Leid, Trauma und Scham waren die dominanten Empfindungen dieser Altersgruppe, insofern verdrängten sie häufig die

---

<sup>669</sup> Laut Simone Reichs und Andrei Markovits' These wird das künftige deutsche kollektive Gedächtnis von Opferbewusstsein und Opfererfahrung geprägt. Ebenda, S. 331. Das beste Beispiel, dass sich die Wahrnehmung der Vergangenheit in deutscher Gesellschaft ändert, ist das geplante Zentrum Gegen Vertreibungen. Ein ähnliches Projekt – die Errichtung eines Ostpreußischen Landesmuseums in kleinen Lüneburg rief Juni 1987 eine Demonstration hervor.

Vergangenheit<sup>670</sup> – viele der Interviewpartner (Jahrgänge 1924-1931) kennen auf Grund des Schweigens der Eltern deren Fluchtstrapazen nur oberflächlich.<sup>671</sup> In vielen Fällen stellten die aufgeschriebenen Erlebnisberichte die einzige Möglichkeit dar, das Schicksal der Eltern im Januar 1945 und in den Monaten danach zu erfahren. Das Schweigen konnte auf andere Weise nicht gebrochen werden.<sup>672</sup> Der Prozess der Überwindung der Vergangenheit wurde zusätzlich vom unfreundlichen Verhalten der Einheimischen in ihrer neuen Heimat erschwert.<sup>673</sup>

Die jüngere Generation, schon nicht so schwer vom Krieg und NS-Regime belastet, bewahrte andere Erinnerungen an Ostpreußen – hier setzte sich die Konstruktion des Bildes von der Heimatstadt Preußisch Holland aus anderen Beweggründen zusammen – stark ausgeprägtes selektives Gedächtnis, teilweise mit Vergessen als „sozial bedingte Lücke im kollektiven Gedächtnis“<sup>674</sup>. Ist „Gedächtnis“ eine Struktur, geprägt durch Interaktion eigener Wahrnehmungsweisen und aktueller Handlungszusammenhänge, bedeutet Vergessen alles außerhalb dieser Struktur.<sup>675</sup> Vergessen in dem Sinne kann also auch Eliminierung der traumatischen Ereignisse aus dem Bewusstsein bedeuten, die sich in tiefem Konflikt mit dem soziologischen Ich befinden.<sup>676</sup> Doch in dieser Dissertation wird sie mit der Existenz eines gewissen soziologischen Rahmens in Verbindung gebracht – genauer gesagt – mit der Ersetzung des Rahmens der alten soziologischen Ordnung durch einen neuen. Im Grunde

<sup>670</sup> Eine ähnliche Frage nur in Bezug auf die Überlebenden der Bombardements erörterte Sebald in dem erwähnten Essay.

<sup>671</sup> Interview mit Hildegard Kruppa, Herr Moysich.

<sup>672</sup> „Sie kamen also nicht mehr weg. Und meine Mutter... Sie hat mir das nie erzählt. Aber mein Onkel... sie ist mit dem Onkel Emil also zusammen weg. Und mein Bruder... Mein Bruder hat wahrscheinlich nichts gewusst, aber... meine Mutter hat mir das nie erzählt und mein Onkel auch nicht aber ich habe einen Erlebnisbericht von ihnen, schriftlich, gelesen. Was also passiert ist, dass meine Mutter auch vergewaltigt worden ist. Das steht definitiv fest. [...] Meine Mutter hat nie darüber gesprochen. Ich habe auch nie gefragt. Muss ich sagen. Vielleicht hätte ich fragen sollen. Man hat solche Themen... wohl... bewusst ausgeklammert, weil man damit nie mehr konfrontiert werden will. Damit also nicht... Alte Wunden noch frei sind.“ Interview mit Herrn Moysich.

<sup>673</sup> Diese Tatsache, die fast jede interviewte Personen betonte, wurde von einem im dänischen Lager untergebrachten Flüchtlinge wie folgt dargestellt: „Nun sind wir in Deutschland, dem großen Sehnsucht- und Wunschtraum aller hinter Stahldraht internierten heimatlosen deutschen Flüchtlinge. Wenn es auch nicht die Heimat selbst ist, so ist es doch das Land, zu dem auch einst unsere Heimat gehörte. Doch man wird das Gefühl nicht los, dass man aus der Fremde in die Fremde kommt. Obwohl wir alle illusionslos hergekommen sind – denn auch wir haben auch hinterm Stacheldraht von der großen Not erfahren – haben wir eine derartige Gleichgültigkeit und Kälte seitens deutscher Ortsansässiger uns Dänemark-Flüchtlingen gegenüber nicht erwartet!“ Erlebnisbericht von Gustav Plaumann, LAA, Ost-Dok. 5/67, Folg. 1, S. 47. Nur Herr Friese hat sich über das Verhalten der Ortsansässigen nicht beklagt.

<sup>674</sup> MARIA HIRSCHOWICZ, ELŻBIETA NEYMANN: Społeczne ramy niepamięci, in: *Kultura i Społeczeństwo*, 2001, Nr. 3-4, S. 24.

<sup>675</sup> LUTZ NIETHAMMER: Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, Bonn 1999, S. 557.

<sup>676</sup> Eine der befragten Personen, die zwar nicht aus Preußisch Holland, sondern aus Kreuzburg/Kluczborck stammte, verdrängte in ihrem Gedächtnis alle Ereignisse aus den Jahren 1945-1947 (bis zur Ausweisung aus Polen), vor allem die Erinnerungen an das Nachkriegslager Lambsdorf/Lambinowice, wo sie als 11jähriges Mädchen gewesen ist. Erst die Erwähnung des Namens des Lagers Jahrzehnte nach dem Krieg in der Presse stimulierte ihr Gedächtnis. Heutzutage kann sie sich daran nur fragmentarisch erinnern. Die befragte Person war nach dem Krieg nie in ihrem Heimatort.

gerät alles, was in den neuen Rahmen nicht hineinpasst, d.h. der neuen Weltordnung widerspricht, in Vergessenheit, wird aus der Erinnerung ausgeklammert. Vergessenheit in diesem Sinne wirkt hier, ähnlich wie die von Maurice Halbwachs als Zwang bezeichnete Situation, da alle unangenehmen Aspekte einstiger Gesellschaft vergessen werden, weil laut der Definition vergangener Zwang an Wirkung verliert.<sup>677</sup>

Dieser Aspekt stellt ohne Zweifel die Erinnerung der Deutschen an den Umgang mit den Juden im Dritten Reich dar: Die Eröffnungsfrage fast jeden Interviews betraf die Kinderjahre in Preußisch Holland; in drei Fällen war die Eröffnungsfrage nicht notwendig.<sup>678</sup> Nur in einem Interview wurden jüdische Mitbürger und die Kristallnacht in Preußisch Holland erwähnt,<sup>679</sup> in anderen – nur auf Nachfrage.<sup>680</sup> Eine ähnliche Tendenz zeichnet sich in der Heimatliteratur ab. Der mehrmals schon erwähnte Heimatforscher Robert Helwig berichtete zwar über jüdische Mitbürger in seiner „Geschichte der Stadt Preußisch Holland“, doch fast ausschließlich im Zusammenhang mit statistischen Daten (Volkszählung). In seiner Monographie fällt außerdem eine deutliche Diskrepanz zwischen den relativ genau beschriebenen Anfängen jüdischer Ansiedlung in Preußisch Holland und den Zeiten des Nationalsozialismus auf, als er feststellte, dass es Anfang 1939, infolge der „Abwanderungswelle“ (sic!) nach 1933 keine Juden mehr in der Stadt gab.<sup>681</sup> Die Heimatbriefe des Kreises Preußisch Holland repräsentieren eine gleichartige Denkweise.<sup>682</sup>

<sup>677</sup> MAURICE HALBWACHS: *Spoleczne ramy pamieci*, Warszawa 1969, S. 168.

<sup>678</sup> Interview mit Gerhard Thies, Herrn Friese und Rudi Fabrewitz. Herr Thies und Herr Friese sind allerdings als ehrenamtliche Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg tätig, was die Konfrontation mit der Vergangenheit nahezu alltäglich macht. Darüber hinaus benötigten sie keine Eröffnungsfrage, um mit der Erzählung anzufangen. Es ist zu betonen, dass die drei Interviewpartner Soldaten waren.

<sup>679</sup> „Eins ist es mir auf jedem Fall eingefallen... 1938... ich kann mich also noch sehr gut an die Reichskristallnacht erinnern und ich weiß, dass ich damals bei uns im November zur Schule gegangen bin und gesehen habe, dass ein Haufen Leute in die Stadt reinrannten, in die Langestraße. Und ich war neugierig, und bin also hinterher gegangen und habe mich dann durchgedrängt, durch einen ganzen Haufen Menschen, die vor Textilgeschäft standen, wo die Kleidung... und habe dann gesehen, dass dort die Schaufenster eingeschlagen waren und ich wusste, dass dieses Haus, dieses Geschäft jüdisch war, und dann habe ich also gesehen, dass ein SA-Mann einen Stein genommen hat und geschmissen hat und dann diese alte Frau, die im Laden war, die versuchte, die Sachen zu retten, die der über die Nase getroffen hat. Das habe ich nie vergessen, das Bild habe ich heute noch vor Augen.“; „Und ich weiß, einer... der war Halbjude, der konnte also nicht in die Hitlerjugend und der war also völlig deprimiert und hat immer Anschluss gesucht und alle haben ihn denn nun links liegen gelassen. Ich weiß nicht, weil die dabei so Angst hatten oder weil die bedroht waren.“ Interview mit Herrn Moysich.

<sup>680</sup> „Das war furchtbar. Wissen Sie, wie das war. Und hier, ein Bäcker, Falk Nazi war. Der hat hier gewohnt, gleich hinter dem Gebäude... da ist jetzt nichts. Der hatte eine Bäckerei. Und die Frau war Jüdin. Da haben sie die Frau von dem Bäcker genommen. Ich weiß nicht, was mit ihr geworden ist, da habe ich keine Ahnung. Aber die waren furchtbar mit den Juden hier.“ 2WDP.

<sup>681</sup> R. HELWIG, S. 245, 331. Hier muss allerdings hervorgehoben werden, dass die Manuskripte der Heimatgeschichte im Jahre 1944 fertig waren, insofern durfte Robert Helwig zu damaliger Zeit nur auf bestimmte Weise von den jüdischen Mitbürgern berichten. Dies bezieht sich aber nicht auf die späteren Auflagen der Heimatgeschichte.

<sup>682</sup> Die Umbenennung der Gemeinde Judendorf in Hermannswalde und des Wohnplatzes Juden in Buchental wurde z.B. kommentarlos erwähnt. (*Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1996), S. 279). Im ähnlichen Ton hat man die Juden aus Mülhausen dargestellt: „An Friedhöfen gab es den evgl., den kath., und den jüdischen Friedhof,

Eine Ausnahme von dieser Tendenz der gesamten Heimatliteratur,<sup>683</sup> ist das früher (1978) herausgegebene Kreisbuch Preußisch Hollands, das neben deutschen Erinnerungen an die Flucht, auch Briefe einer jüdischen Nachbarin abdruckte.<sup>684</sup>

Das nächste charakteristische Merkmal in der Erinnerungen der Interviewpartner ist das zweifellos verständliche Gedenken an eine nur glückliche und sorglose Kindheit<sup>685</sup> – für die befragten Personen waren es fast ohne Ausnahme unbeschwerte Zeiten: „Das ganze war sehr schön. Die Landschaft und ich denke, damals die Menschen, die waren einfach und hielten zusammen, das, der eine nicht hatte, wurde von anderem Stückchen abgegeben. Ja, auch die Kindheit war sehr schön. Wir haben spielen können, wo wir wollten, ob das in der Ecke war, oder da, uns hat niemand weg gejagt. Wir haben... bei uns zu Hause war ein riesengroßer Hof, wo ich gewohnt habe, ja und wir waren viele Kinder da auf dem Hof, das war einfach schön. Das war schöner als heute.“<sup>686</sup> „Wir als Kinder... den wunderbaren Marmeladenmuss auf Brot, haben wir viel aufgenommen. Das gibt's heute nicht. Ja... und so haben wir da gespielt. Dann haben wir auch viel Versteck gespielt, abends. [...] Und es gab bei uns den Klapperstorch und den Bober. Und dann hat mein Vater ein Mal den Klapperstorch gemalt. Und den Bober und den Schimmelreiter. Was wir hochgenommen haben, das waren die Süßigkeiten, Schokoladepätzchen, alles, das konnten wir alles mitnehmen. Nachher wurde es immer unter den Kindern verteilt. Da war eine große Zinkwanne voll mit Süßigkeiten. Ein Traum für Kinder. Das war zu der Zeit.“<sup>687</sup>

Die Erinnerung der Interviewpartner an slawische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene ist ebenfalls selektiv. In mehreren Interviews wurden beide Elemente des Lebens in den Kriegsjahren häufig ohne Nachfrage erwähnt,<sup>688</sup> vielleicht wegen ihrer relativ hohen Zahl in der Stadt (es befanden sich dort mindestens zwei Kriegsgefangenenlager – für Franzosen und Russen) und der neuesten Debatte über Entschädigung für Ostarbeiter. Auf diese Wiedergutmachung ist die häufige Ansicht verschiedener Interviewten zurückzuführen,

---

letzterer lag in der Biegung der Elbinger-Straße und wurde im Zweiten Weltkriege auf Anordnung von Hitler planiert. Desgleichen waren sämtliche jüdische Familien der Aufenthalt verleidet worden und abgewandert.“ (Ebenda, S. 588)

<sup>683</sup> JUTTA FAEHNDRICH: Erinnerungskultur und Umgang mit Vertreibung in Heimatbüchern deutschsprachiger Vertriebenen, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, 52/2003, H. 2, S. 191- 228.

<sup>684</sup> Kreisbuch Preußisch Holland, S. 535-546.

<sup>685</sup> Was betont werden muss, ist die Tatsache, dass die drei ehemaligen Wehrmachtssoldaten – Gerhard Thies, Rudi Fabrewitz und Herr Friese – sich in ihren Erzählungen anstatt an die Kindheit auf ihren Soldatenweg konzentriert hatten. Es fällt deutlich im Interview mit Herrn Friese auf – auf die Anfrage wegen seiner Kindheit hat er geantwortet: „Also, kurz gemacht, ich bin Freiwilliger gewesen. In der Wehrmacht und zwar bin ich... ich bin auch zur Schule gegangen usw. Ich war Luftwaffenhelfer.“

<sup>686</sup> Interview mit Elli Eggerstedt (Jg. 1931).

<sup>687</sup> Interview mit Günter Rustau (Jg. 1931).

<sup>688</sup> Interview mit Herrn Moysich, Gerhard Thies, Günther Rustau.



wonach die Lage der „Fremdarbeiter“ in Preußisch Holland dermaßen gut war, dass die Entscheidung der Bundesrepublik über Ausbezahlung der Opferrente keineswegs Deckung in den Fakten hätte: „Der Junge, der Russe, der ist mit solcher pajda (vom Polnischem – Scheibe) Brot, wissen Sie, beschmiert und Belag. Der hat sich so erholt. Der war nachher so fest, der Junge da, der hat sich so gefreut. Der hat Gänse gehütet auf Stoppelfelder gebracht die Gänse. Dann hat er aufgepasst, damit die nicht in Schaden gehen und so. Der hat es hier sehr gut gehabt.“<sup>689</sup>; „Es wundert mich, dass die Polen es heute irgendwie eine Wiedergutmachung haben wollen. Sie bekamen Geld oder wenig Geld, sie wurden gepflegt, sie mussten arbeiten. Wie ist es mit mir in russischer Kriegsgefangenschaft gegangen?“<sup>690</sup>; „Es ist nicht alles wahr, was gesagt wird. Dass die Polen es hier schlecht gehabt haben. Das stimmt nicht. Das lehne ich ab.“<sup>691</sup>

Die Arbeitsbedingungen in Ostpreußen, wo die Zwangsarbeiter in Familien lebten, waren zwar in vieler Hinsicht besser als in industriellen Gebieten des Dritten Reiches; es ist aber nicht zu übersehen, dass man mit diesen Aussagen die Bedürfnisse der Arbeiter ausschließlich auf die physiologische Ebene reduzierte. Den weniger angenehmen Aspekten des Lebens eines Zwangsarbeiters, wie z.B. Kennzeichnungspflicht, wichen die Interviews meistens, mit einer Ausnahme: „Denn ich habe später auch Zivilarbeitern von den Polen geholfen, die damals während des Krieges nachher mit dem „P“ hier auf der Brust vor den Deutschen auf die Straßen gehen mussten [...]“.<sup>692</sup> In der Stadt gab es ferner Fälle sexuellen Missbrauchs polnischer Arbeiterinnen durch ihre deutsche Arbeitgeber.<sup>693</sup> Einen dieser Fälle dokumentierte Hanny Strauß in ihrem Erlebnisbericht ausführlich. Was in dieser Darlegung jedoch auffällt, ist die empfindungslose Darstellungsweise der Tragödie: „Er war ein sehr starker kräftiger Mann, sie ein kleines, zartes Mädchen von 19 Jahren. Ich fragte sie, warum sie nicht abschliesse. Sie erzählte, dass er ihr den Schlüssel weggenommen habe. Ich sagte zu ihr: ‘Hedwig, Sie wissen, dass ich das melden muss.’ Damals wurden alle schwer bestraft, die sich mit dem ‘Feind’ einließen.“<sup>694</sup> Das in dem Handeln präsenste Fehlen an Empathie – es ist auffallend, dass die Aufmerksamkeit von Frau Strauß sich alleine auf den Verstoß gegen das Gesetz, nicht auf das Opfer der Untat fokussierte – kontrastiert mit ihrer Entscheidung: Frau Strauß stellte dem polnischen Mädchen frei, den Täter bei der Polizei anzuzeigen, was für die polnische Ostarbeiterin ohne Zweifel von Vorteil gewesen wäre. Frau Strauß durfte und

---

<sup>689</sup> 2WDP.

<sup>690</sup> Interview mit Gerhard Thies.

<sup>691</sup> Interview mit Gerhard Rustau.

<sup>692</sup> Interview mit Herrn Moysich.

<sup>693</sup> Gerhard Thies berichtete von zwei solchen Fällen.

<sup>694</sup> H. H. STRAUß, S. 14-15.

vielleicht auch wollte das Mitleid mit dem Mädchen nicht vorweisen – Hedwig gehörte laut der nationalsozialistischen Ideologie nicht zu den „rassengerechten Menschen.“

Eine gewisse ambivalente Tendenz herrschte auch in den Erinnerungen an die Kriegsgefangenen von Preußisch Holland vor – man berichtete viel und gerne von den französischen Soldaten, während das Thema des russischen Lagers meist unausgesprochen blieb. An die Franzosen konnte man sich unproblematisch erinnern, weil die Bedingungen ihrer Gefangenschaft relativ mild waren.<sup>695</sup> Französische Kriegsgefangene kamen durch ihre Arbeit – in dieser Hinsicht ähnlich wie Zwangsarbeiter – in Kontakt mit den Einwohnern. Ihr Aufenthalt in der Stadt konnte sich auch infolge der durch ihre intimen Beziehungen mit einigen Preußischholländerinnen hervorgerufenen Skandale im Gedächtnis der Interviewpartner einprägen.<sup>696</sup> Das Lager für die sowjetischen Kriegsgefangener blieb dagegen für die Insassen verschlossen, sodass Informationen über die dort herrschenden Bedingungen äußerst schwierig an die Preußischholländer durchdringen konnten – ganz zu schweigen von den Interviewpartnern, von denen sich viele zur damaligen Zeit noch im Kindesalter befanden, die vom Grauen des Krieges durch die einerseits bewusst eingeführten administrativen Maßnahmen (Bewegungsfreiheit blieb für die russischen Kriegsgefangenen untersagt), andererseits elterliche Fürsorge abgeschirmt waren. Doch die Diskrepanz zwischen den relativ breiten Berichten über die Franzosen und dem Schweigen über das russische Lager ist auffällig: Nur in einem Fall wurde auch über die sowjetischen Kriegsgefangenen im narrativen Teil des Interviews berichtet.<sup>697</sup> In anderen Fällen – nur auf Nachfrage.<sup>698</sup>

Nicht nur die Erinnerung der Betroffenen ist von starker Selektivität geprägt – das Problem betrifft auch die Heimatliteratur. Zu den dort tabuisierten Themen gehören ohne Zweifel der Zeitraum des Nationalsozialismus und wenn es auch unverständlich vorkommen mag – teilweise Flucht und Vertreibung.<sup>699</sup> In den ersten 6 Heften des Heimatbriefes (Jahrgänge

<sup>695</sup> Der Polizeileutnant Thies soll beispielweise auf die Tatsache hin, dass die Franzosen einen Radioapparat besaßen, ein Auge zugeedrückt haben. Interview mit Gerhard Thies.

<sup>696</sup> Interview mit Gerhard Thies, Günther Rustau, 7 WDP, H. H. STRAUß, S. 15.

<sup>697</sup> „Aber den Franzosen ging es verhältnismäßig gut. Wem es also nicht gut ginge, das waren die russischen Kriegsgefangene. Die wurden also sogar ganz miserabel behandelt. Also, wenn heute einer sagt: ‘Das gab’s nicht’, dann lügt er.“ Interview mit Herrn Moysich.

<sup>698</sup> „Das weiß ich nicht. Wie ich sagte, wir waren Kinder, wir haben auch nicht so ... aber dass ein Lager war, das weiß ich. [...] Und da hat man gehört, dass die dann zum Stacheldraht gegangen sind und haben um Essen gebeten. Da haben sogar welche Leute immer wohl ein bisschen Essen rübergeworfen. Aber wie gesagt, als Kind... man ist einfach so darüber weg gegangen.“ Interview mit Elli Eggerstedt; „Frage: *Ja, und was ist mit den russischen Kriegsgefangenen? Die wurden wohl nicht so gut behandelt wie die Franzosen.* Antwort: Sie waren im Lager, neben den Franzosen, in diesem Lager untergebracht. Was mit denen geschehen ist, weiß ich nicht. F: *Die wurden aber nicht gut behandelt.* A: In der Verpflegung nicht.“ Interview mit Gerhard Thies.

<sup>699</sup> Diese Erscheinung betrifft allerdings das im Jahre 1978 erschienene Heimatbuch des Kreises Preußisch Holland nicht. Die Publikation enthält 9 Erlebnisberichte.

1984-1989), also auf fast 700 Seiten der Heimatgeschichte kommt das Thema der Flucht dreimal vor (vom Umfang sind es weniger als 2 Seiten) – und nicht als ein selbständiger Aufsatz oder mindestens ein Kapitel eines Aufsatzes, sondern immer als ein Bestandteil der chronologischen Geschichtsbeschreibung eines Ortes. Erst der Heimatbrief Nr. 7 (1990) enthält zugleich einen Erlebnisbericht von Gertrud Thiede über den Fluchttreck aus Rossitten, sowie die Ereignisse der Wintermonate 1945-46 in Mülhausen und Abschiebung der Familie Groß durch die Polen.<sup>700</sup>

Die Zäsur der Jahre 1989 und 1990, als die Oder-Neiße-Grenze von der Bundesregierung anerkannt wurde, ist hier deutlich – in späteren Ausgaben des Heimatbriefes wird die Thematik der Flucht und generell der Vertreibung viel häufiger aufgegriffen. Doch die Vertreibung als unbestrittenes Faktum taucht dagegen mehrmals auf – schon im Geleitwort der ersten Ausgabe fielen Worte, die die Vertreibung als das maßstabgebende Ereignis der Heimatbriefe einsetzten.<sup>701</sup> Doch der offensichtliche Zweck der Werke bleibt nach wie vor nicht die Vertreibung selbst, sondern das Leben vor der Vertreibung zu dokumentieren, wie es auch im erwähnten Geleitwort hieß: „Der Heimatbrief soll als Brücke zur Heimat dienen und mit dazu beitragen, dass das Band der Landsleute noch enger geknüpft wird und gleichzeitig als ein Instrument der praktischen Heimatpflege dokumentieren, dass der Kreis Preußisch Holland in unserem Bewusstsein weiterlebt und mithelfen, dass das Wissen über die Heimat an die nachfolgenden Generationen weitergegeben wird.“<sup>702</sup> Die Vertreibung selbst wird als Faktum in Kontext mit dem Zweiten Weltkrieg nicht gebracht – dagegen aber mit der Charta der Heimatvertriebenen von 1950.<sup>703</sup>

In diesem Zusammenhang sprach der Kreisvertreter Bernd Hinz 1984 seine Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarn aus, in den Grenzen, die „als gerecht empfunden werden oder in den Grenzen, die in einem freien Europa bedeutungslos geworden sind.“<sup>704</sup> Jedoch auch in diesem Aspekt ist die Zäsur des Jahres 1990 und damit des legitimationsstiftenden deutsch-polnischen Grenzvertrags auffällig – demnach hat sich der Kreisvertreter Hinz in diesem Jahr zum ersten Mal in klaren Worten für eine „friedliche

---

<sup>700</sup> GERTRUD THIEDE: Der Treck kam fast geschlossen durch, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 2(1990), S. 153-156; HERBERT GROß: Die letzten Monate in der Heimat, in: *Ebenda*, S. 181-189.

<sup>701</sup> „Vor 40 Jahren begann nämlich für sie ein unendlich schwerer Leidensweg, auf dem Mord, Vergewaltigung, Raub, Plünderung, Schikanen usw. ständige Begleiter waren. Neben den an der deutschen Bevölkerung begangenen Verbrechen kam noch die qualvolle Vertreibung aus der angestammten Heimat hinzu.“ *Ebenda*, Bd. 1 (1984), S. 3-4.

<sup>702</sup> *Ebenda*.

<sup>703</sup> Der Text der Charta ist auf der Webseite des Bundes der Vertriebenen zugänglich. Darüber breiter: RALPH GIORDANO: Der böse Geist der Charta, in: *Die Welt*, 18. Februar 2002; WOLFGANG BÜSCHER: Der gute Geist von Bad Cannstatt, in: *Ebenda*, 19. Februar 2002.

<sup>704</sup> *Der Heimatbrief...*, Bd. 1(1984), S. 4.

Veränderung des Status der Oder-Neiße-Grenze mit dem Ziel eines freien europäischen Kondominiums“ mit weitgehender Autonomie dort lebender Völker ausgesprochen.<sup>705</sup>

Die gleiche Reduzierung der Geschichte beobachtet man über den Zweiten Weltkrieg – die hervorragende Bearbeitung der Kämpfe der 4. deutschen Armee bei Preußisch Holland von Rudolf Kandt erschien erst in der 11. Ausgabe im Jahre 1994.<sup>706</sup> Die Darstellung des Krieges beginnt fast immer Ende 1944/Anfang 1945, d.h. mit dem Näherrücken der Front, als der Krieg jeden Einwohner des Ortes betraf. Dieses Muster findet sich nicht nur in den Erlebnisberichten der vertriebenen Bewohner des Kreises – man kann auch nicht fordern, dass diejenigen, die schwere Wintermonate überlebten und über keine historische Vorbereitung verfügen, über Ursachen und Folgen des Krieges diskutieren. Ihre Aufgabe war, Zeugnis abzulegen. Eine andere Sache ist es allerdings, wenn man eine ausführliche Chronik eines Ortes verfasst und tief bis ins Mittelalter und das feudale System zurückgreift. Dies wird hier am Beispiel der Geschichte Opittens von Horst Zlomke (1996)<sup>707</sup> dargelegt. Dieser Beitrag ist wohl eine der markantesten Auslegungen dieser Epoche, doch er weicht von dem Weg, den Helwig und seine Geschichte von 1944 (der Ausklang über Ereignisse vom Januar 1945 entstand Jahre danach) markierte, nicht ab. Diese Auslegung ist nicht nur in einigen Punkten fehlerhaft (der Teil über den Kruschwitzer Vertrag und „wiederholten polnischen Missionierungsversuchen“)<sup>708</sup>, sondern auch von Selektivität geprägt: Von den das prussische Land „plündernden Polen“ wurde in dem Aufsatz häufig berichtet, von den prussischen Angriffen auf polnisches und litauisches Land dagegen niemals. Der gelegte Schwerpunkt ist der eigenen Vorstellung der Fakten angepasst (Betonung der germanischen Stämme im Lande, aber Schweigen über die Anwesenheit von Slawen), von emotionaler Polarisierung zwischen Negativem und Positivem (aus der Sicht des Verfassers)<sup>709</sup> geprägt. Nach der allgemeinen historischen Übersicht kommt der Autor zur Dorfgeschichte, in deren letzten Absatz das Datum 1945 auftaucht – das Jahr 1933 und andere Ereignisse aus der Zeit des Nationalsozialismus (diese Bezeichnung, sowie die anderen für das Regime charakteristischen

<sup>705</sup> Ebenda, Bd. 2(1990), S. 138.

<sup>706</sup> RUDOLF KANDT: Vor 50 Jahren – die militärische Tragödie im Kreis Preußisch Holland Ende Januar/Anfang Februar, in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 15-31. Obwohl Helwig seinen „Ausklang“ mit dem Datum 1939 anfang, druckte der Herausgeber des Heimatbriefes nur den Teil, der mit der sowjetischen Offensive beginnt, was die These über den schmalen Horizont in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg bestätigt.

<sup>707</sup> *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1996), S. 335-356.

<sup>708</sup> Das Kulmer Land wurde zu Lehnen gegeben.

<sup>709</sup> Der Verfasser schrieb beispielweise von „freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen Prussen und Germanen, dagegen aber wurde beim „Zusammentreffen von Prussen und Polen von Kämpfen“ berichtet. „Polnische“ Missionierungsversuche „endeten stets mit Raub und Plünderung der Polen im Prussenland“, doch die vom Deutschen Orden betriebene Missionierung wird plötzlich als durchaus positiv bewertet: „1231 begann der Ritterorden mit der Christianisierung der Prussen. Gewiss ist dabei viel Blut, vor allem Prussenblut, geflossen. [...] Der Ritterorden hat niemals eine Ausrottung der Prussen beabsichtigt, doch ist sie erfolgt. Er beachtete vielmehr die Missionierungsgrundsätze des Papstes, bekehrte Heiden zu schützen.“

Ausdrücke kommen in der Publikation selten vor<sup>710</sup>), sowie des Krieges fallen aus. Das Datum 1939 und der „Polenfeldzug“ wurden im Kapitel „Persönlicher Einsatz für die Heimat“ erwähnt. Nach der Chronik des Dorfes wurden außerdem die Opitter Landwirtschaft, das Dorfleben, die Dorfbewohner und die Flucht dokumentiert. Das Ende des Aufsatzes widmete der Verfasser dem Rossitter Treck und dem Wiedersehen in der Heimat.

Diese subjektive Verkürzung des Krieges nur auf das Ende seit dem Einmarsch der Roten Armee bedeutet, dass der Krieg rückblickend ins Bewusstsein der Bevölkerung von Preußisch Holland gerückt war: Viele Söhne und Väter wurden zwar eingezogen, doch Ostpreußen wurde erst im Sommer 1944/Winter 1945 richtig Kriegsschauplatz. Robert Helwig schrieb, dass „ein erste Eingriff in die Unversehrtheit des Stadtbildes, der bei vielen Bürgern sehr schmerzliche Gefühle auslöste“ im März 1943 geschah, als das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Markt dem Kriege geopfert werden musste.<sup>711</sup> Alle Interviewpartner bezeugten, dass Ostpreußen quasi eine Insel war, wohin Tausende ausgebombter Kinder im Rahmen der Kinderlandverschickung geschickt werden konnten. Von den deutschen Gräueltaten, die etwa in den besetzten Ländern oder an der Front begangen waren, wurde die Öffentlichkeit nicht informiert; Berichte über Katyń und Nemmersdorf wurden dagegen von der NS-Propaganda breit ausgeschlachtet. Insofern fehlte es noch 50 Jahre nach dem Krieg an der Vorstellungskraft, dass die deutsche Wehrmacht, in der sich ja auch faktisch Mitglieder jeder deutschen Familie befanden, in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstickt sein konnte. Ansonsten glorifizierte man den deutschen Soldat oft: „Das [...] ist innerlich bei mir auf Unverständnis gestoßen, dass unsere glorreiche, nicht ironisch gemeint, wirklich glorreiche Armee, das nicht verhindern konnte. [...] Und hier, jeder Soldat, der an der Front gewesen war, der uns begegnet war, der uns geholfen hat, meine Frau kann auch sagen, deutsche Soldaten haben geholfen, wo sie konnten, haben immer gesagt, weg, überall hin, nur nicht hier, unter dem Russen. [...]“<sup>712</sup>

Auch der Volkssturm war eine der unsinnigsten Entscheidungen in der Kriegsführung von Preußisch Holland, wurde glorifiziert – zumindest in der Heimatliteratur. Robert Helwig griff in seiner außergewöhnlich pathetischen Beschreibung des Volkssturms auf historische Ereignisse zurück und setzte die Volkssturmmänner den alten Verteidigern gleich, die in den Mauern der mittelalterlichen Stadt geschlossen das polnische und schwedische Heer abgewehrt hatten: „Insgesamt aber darf gesagt werden, dass Preußisch Hollands Bürger von

<sup>710</sup> Diese Erscheinung unterscheidet sich vom Inhalt der Interviews; die Befragten vertraten die Ansicht, dass solche Elemente der nationalsozialistischen Vergangenheit, wie HJ, BDM, NSSK dazu gehörten und sprachen häufig und gerne von ihnen.

<sup>711</sup> R. HELWIG, S. 353. Von diesem Vorfall hat allerdings keiner der Interviewpartner berichtet.

<sup>712</sup> Interview mit Bruno Behrendt.

1945 den gleichen Heldenmut zeigten, wie dereinst ihre Vorfahren, als sie die Stadt Preußisch Holland [diese Bezeichnung der territorialer Zugehörigkeit „Preußisch“ bekam die Stadt erst im Jahre 1701 – mit der Entstehung des Preußischen Königreichs – JW] 1520 gegen ein gewaltiges Polenheer<sup>713</sup> und 1659 gegen die Schweden verteidigten.“ Dieser Vergleich ist historisch fehlerhaft und diente der Berufung auf die Geschichte und Tradition als Argument für den Sinn des Volkssturms, ebenso der Vergleich der Verteidigung der Marienburg 1945 mit der des Jahres 1410, als „die Mannen des großen Hochmeisters Heinrich von Plauen den Ansturm des riesigen Polenheeres abwehrten.“<sup>714</sup> Weniger pathetisch war die Darstellung des Preußischholländer Volkssturms durch andere Autoren. Gräfin Dönhoff sah vor allem die Unsinnigkeit dieser Anordnung: „So hob denn ein großes Wehklagen im Dorf an. Da kamen sie herangehumpelt, der lahme Marx, der halbblinde Kather, der alte Hinz, begleitet von ihren weinenden Frauen. Sie erhielten beim Bürgermeister italienische Gewehre und jeder abgezählt 18 Patronen, mehr gab es nicht. Und dann zogen sie hinaus in die eisige Winternacht ihrem nur allzu gewissen Schicksal entgegen.“<sup>715</sup>

Höchst polemisch bleibt die Darstellung des Nationalsozialismus – oder besser gesagt – dessen Ausblendung und Marginalisierung: Das Regime wird in den Interviews meistens auf das Niveau der NS-Jugendorganisationen – besonders in den Berichten der 14-17jährigen – reduziert: „Auch als wir denn beim Jungvolk, wie hieß es denn, Jungmädchen, das war schön. Wir hatten jeden Sonntag was zu tun, wir mussten immer zum Dienst gehen, in unseren Uniformen. Das war einfach so. Und da hat noch keiner gemeckert. Oder wenn die großen Wettkämpfe waren, es war einfach schön, wir durften dann marschieren, singen, das gehörte einfach dazu. [...] Ja, das war schön. Wenn der Führer Geburtstag hatte, es war ein Tag und es war ein Supertag, die Kinder waren stolz, wenn wir da antreten mussten, auf dem Markt, da ganz oben, neben dem Rathaus, alle stehen und mit Fahnen und wir in Uniform und hier so einen dicken Kragen und weiße Bluse. Es gehörte dazu. Das war schön. Ich kann das immer wieder sagen.“<sup>716</sup>; „Was damals also üblich war, das war Deutschjungvolk bei den Nazis. Das war Pflicht. Das war also zwar nicht so, man muss das schon sagen, dass der gewisse Teil von denen, die damals bei der Hitlerjugend waren, nicht wegen der Idee drin, sondern einfach, weil einem etwas geboten wurde. Es wurde ein Lagerleben geboten, es wurde Lagerfeuer geboten, es wurden Geländespiele gemacht, eine Art von Räuber und Gendarm und dann in

<sup>713</sup> Die Bezeichnung der polnischen Armee ist mehr als übertrieben. Holland spielte tatsächlich eine Schlüsselrolle in dem letzten Krieg zwischen Polen und dem Deutschen Orden – die Stadt wurde allerdings – gerade wegen des Mangels an der Artillerie – erst während der zweiten Belagerung genommen. M. BISKUP, G. LABUDA, S. 471.

<sup>714</sup> R. HELWIG, S. 353-360. Auszüge des „Ausklanges“ außerdem in: *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1994), S. 31-38.

<sup>715</sup> M. GRÄFIN DÖNHÖFF: Namen, die keiner mehr nennt..., S. 16.

<sup>716</sup> Interview mit Elli Eggerstedt.

Weißer und Indianer, das war, was den Jungen damals so lag und dass wir waren dabei.“<sup>717</sup>; „Ich war HJ-Führer, also... ich hab’ das aber angegeben, ich hab’ überall... ich habe in meinen ganzen Papieren das angegeben, was es war. Ich bin dafür bestraft worden mit 20 Mark, ne mit 40 Mark. Ich hab’ auch Einspruch dagegen erhoben, weil ich unter 18 war und dann hat man mich mit 20 Mark bestraft, weil ich zum Zoll gehen wollte und musste so ein Dings haben. Na ja, jedenfalls das hat mich weniger gejuckt.“<sup>718</sup>

Die Interviewpartner, die etwas früher geboren waren und auch das andere Gesicht des Nationalsozialismus kennen lernen konnten, waren in ihren Aussagen etwas sachlicher: „Dass ich in der HJ war, war ein Muss. Man hat mich auch gefragt, ob ich in die Partei eintreten wollte. Ich habe ja gesagt. Mir blieb nichts anderes übrig. Sagte mir mein Vater auch. Dazu sagte er noch, du musst später selbst entscheiden, was gut und böse ist. Ich musste auch vorsichtig sein, was ich als sein Sohn sah, denn keiner traute dem anderen, denn sind die Dinge vorgekommen, dass die Söhne, die Kinder die Eltern angezeigt haben, vor allem, wenn ein Vater es verhindert wollte, dass sein Sohn sich freiwillig zur Wehrmacht oder gar zur Waffen-SS melde. Man hatte Schwierigkeiten bekommen, man wurde zum Arrest gewiesen.“<sup>719</sup> „Türk kam ins Konzentrationslager und er begegnete mir kurze Zeit danach. Er sah fürchterlich aus. Abgemagert, gelb im Gesicht, also eine ungesunde Farbe. Ich fragte meinen Vater, was ist Konzentrationslager, der sagte, das ist ein Erziehungslager, da musste man schwer arbeiten und wird politisch geschult. So geht es denjenigen, die gegen das Gesetz verstoßen. Und in übrigen spricht man nicht darüber. Dann ist ein Viehhändler, der hatte ein Verhältnis mit einer Fremdarbeiterin, Polin. Er wurde auch bestraft. Eine Schlachtermeisters Frau hat sich mit einem Franzosen eingelassen. Die kam auch ins KZ. Es kam auch die Apotheker Tochter, die wurde auch erwischt und zwar immer wieder von guten Mitbürgern an die Partei verpfeifen.“<sup>720</sup> „Wissen Sie, als der Krieg kam, hat es keine Männer gegeben, alle wurden eingezogen. Und wenn ein Mädchen etwas mit einem Franzosen hatte, dann sie haben den Franzosen erschossen und das Mädchen musste in ein schweres Gefängnis. Ins Zuchthaus nach Danzig.“<sup>721</sup>

Eine ähnliche Verkürzung dieses Zeitraumes prägt auch die Heimatliteratur: Auf den 20 Seiten des Kapitels über politische Ereignisse 1871-1945 in Helwigs Heimatgeschichte sind

---

<sup>717</sup> Interview mit Herrn Moysich.

<sup>718</sup> Interview mit Herrn Friese.

<sup>719</sup> Interview mit Gerhard Thies.

<sup>720</sup> Ebenda.

<sup>721</sup> 7WDP.

lediglich die vier letzten Absätze dieser Zeit gewidmet.<sup>722</sup> Die gleiche Darstellung dieser Zeitperiode findet sich in den Heimatbriefen: aus dem dreiteiligen Aufsatz über die Verwaltung des Landkreises Preußisch Holland 1933-1945 kann ein Leser nur von der vorbildlichen Organisation der Stadt und des Kreises erfahren.<sup>723</sup> Das Regime ist auf eine „kommentarlose-naive“ (Jutta Faehndrich) Weise dargestellt, in der sich Nationalsozialismus auf die Aufstellung der NSDAP-Organisationen im Ort,<sup>724</sup> Erfolge bei Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und andere Leistungen, wie Entwässerungsarbeit beschränkte. Kritik am Regime gab es kaum.<sup>725</sup>

Gleichzeitig wird das Leben vor der Machtübernahme 1933 idealisiert: Dazu tragen auch die Leitthemen der Heimatbriefe bei, die häufig tief in die Vergangenheit greifen. Dem Leser eines Heimatbriefes wird beispielweise viel über das Musikleben in Mülhausen (Nr. 2), das Oberländische Vorlaubenhaus (Nr. 6) und die Verleihungsurkunde der Stadtrechte vom 29. September 1297 angeboten. Auch die Darstellung der Geschichte einzelner Dörfer gleicht diesem Schema. Von einer Seite ist es selbstverständlich, dass man die verlorene Heimat mindestens auf solche Art verewigen will; doch andererseits erweckt die Lektüre der Heimatbriefe und der Heimatgeschichte den Eindruck, dass das friedliche und glückliche Leben in Preußisch Holland jäh und grundlos endete – Winteroffensive, Flucht, russische und polnische (sic!) Besetzung und Abschiebung.

Aus dem ganzen Bündel der Merkmale in der Vorstellung des Gewesenen aus der Heimatliteratur und den Interviews, kann nur ein Fazit gezogen werden: Das dort dargestellte Bild des Lebens in Preußisch Holland in der Zeit des 2. Weltkrieges ist nicht vollständig – es ist nicht die Welt, die die Zeugen tatsächlich miterlebt hatten, sondern sie gleicht viel mehr einer Wunschvorstellung von der verschollenen Heimat.<sup>726</sup> Diese verschwundene Welt sollte

---

<sup>722</sup> R. HELWIG, S. 269-289. In den vorausgehenden Absätzen wurden die Stimmenverhältnisse mehrerer Reichstagswahlen und der Präsidentenwahl von 1932 mit dem klaren Ziel, den Aufschwung der NSDAP in Preußisch Holland zu dokumentieren dargestellt.

<sup>723</sup> *Der Heimatbrief...*, Bd. 3(1995), S. 139-162, S. 271-295, S. 403-437.

<sup>724</sup> Hierzu Darstellung von Robert Helwig: „Seit 1933 wurde das öffentliche Leben wie in allen deutschen Städten fast ausschließlich durch die braunen Uniformen bestimmt. Preußisch Holland war nicht nur Sitz der Kreisleitung, sondern Standort des S.A. Standarte Jäger 12, eines S.A. Reitersturmes, je eines Sturmes des SS, des N.S.K.K. (Kraftfahrkorps), des N.S.F.K. (Fliegerkorps) sowie des Bannes Oberland (3) der HJ (Hitlerjugend). Dazu kamen eine Arbeitsdienstabteilung und die Motorsportschule des N.S.K.K.“ (S. 289). Notabene gilt dieses Muster für mehrere Heimatbücher aus anderen Kreisen und Bezirken. Vgl. J. FAEHNDRICH, S. 206.

<sup>725</sup> Nur in der Geschichte von Deutschendorf kam der Begriff „Diktat“ vor. Deutschendorf. Kreis Preußisch Holland. Chronik-Geschichte-Dokumentation, bearb. von Erich Reuss, Mönchengladbach 1993, S. 183, S. 132.

<sup>726</sup> Nach Heidegger ist Geschichte nicht nur eine menschliche Projektion der Gegenwart in die Vergangenheit; vor allem ist es Projektion eines Wunschtraumes. Zitiert nach: JACUES LE GOFF: Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt/Main 1992, S. 148.



allerdings in der von Heimatforschern präsentierten Form als der „Akt der Semiotisierung“<sup>727</sup> und „gepflegten Semantik“<sup>728</sup>, in diesem Fall Ritualisierung der Kommunikation – institutionell erhalten bleiben, gleichzeitig als „Akt der Festschreibung eines gemeinschaftlich verbindlichen Kanons der Erinnerung“<sup>729</sup> in die nächsten Generationen tradiert werden. Man merkt hier deutlich das Moment des Übergangs des mündlich bewahrten kommunikativen Gedächtnisses der Vertriebenen in das kulturelle Gedächtnis, das in objektiverer Form der Heimatliteratur mit dem Gedanken an die nächsten Generationen bewahrt werden soll. Im Lauf dieses Prozesses wurde eine gewisse Wissensstruktur geformt. Dieses Wissen (Assmann nannte es „Identitätskonkret“) ist ein Stützpunkt im Entwicklungsgang des Bewusstseins eigener Einzigartigkeit, bietet dem Kollektiv „eine normative und schöpfende Bettung in der Kreation oder Reproduktion eigener Identität.“<sup>730</sup> Resultat dieser „Identitätskonkretheit“, die Assmann für emotionale Schattierung – auf positive (das sind wir) und negative teilte, ist immer die „Horizontbildung“, d.h. dieses eben erwähnte Wissen ist durch eine scharfe Grenze von dem, was nicht dazu gehört, getrennt. Die strikt eingesetzten und konstanten Grenzpfähle des Horizonts sind die über das Schicksal entscheidenden Ereignisse aus der Vergangenheit, die durchaus identitätsstiftend für die ganze Gruppe sind – hier ist es natürlich die sowjetische Winteroffensive 1945 und das damit verbundene Leid und der Verlust der Heimat. Dieser Horizont und seine konstanten Grenzpunkte schließen auch die Erinnerungen an alles, was sich in dessen Rahmen nicht einschließt – wie das Leiden der sowjetischen Völker – aus. Die Reaktion eines Vertriebenen auf den eindeutigen Versuch, das Interview auch auf das Vorgehen der Wehrmacht in der Sowjetunion zu bringen: „Das ist kein Thema jetzt!“<sup>731</sup>, ist das beste Beispiel. Hier stellt sich allerdings die Frage, wie einheitlich das untersuchte Kollektiv ist und welche Prämissen wären für die Entwicklung der eigenen, nicht mit dem kollektiven Horizont einheitlichen, aber häufig kompatiblen Identität notwendig.

Nun, in der Arbeit wurde schon auf die Unterschiede zwischen den neueren Heimatliteratur (Heimatbriefe erschienen seit dem Jahr 1984) und dem etwas älteren (Erscheinungsjahr – 1978) Heimatbuch angedeutet. Der beste Gradmesser für die Feststellung dieser Unterschiede ist, wie Jutta Faehndrich bemerkte, das oben untersuchte Verhältnis zu den jüdischen Mitbürgern. Die Existenz dieser weitgehenden Differenzen weist entweder auf die Verschiebungen in dem Horizont hin, die mit dem Generationswechsel (der Kreisvertreter

<sup>727</sup> JAN ASSMANN: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in früheren Hochkulturen, München 1990. Hier zitiert nach: J. FAEHNDRICH, S. 194.

<sup>728</sup> NIKLAS LUHMANN: Gesellschaftsstruktur und Semantik, Frankfurt/Main 1981.

<sup>729</sup> J. FAEHNDRICH, S. 194.

<sup>730</sup> JAN ASSMANN: Pamięć zbiorowa a tożsamość kulturowa, in: *Borussia*, 2003, Nr. 29, S. 11-16.

<sup>731</sup> Fernsehinterview mit Bruno Behrendt.

und Verleger der Heimatbriefe repräsentiert schon die nach dem Krieg geborene, somit auch unbelastete Generation) zustande kamen, oder dass der Horizont des Kollektivs nicht für alle Individuen einheitlich ist, d.h. der Standpunkt ist von anderen Ereignissen gestaltet worden. Aufschluss über die möglichen Prämissen der Entwicklung dieses Unterschieds gibt uns eines der oben erwähnten Interviews<sup>732</sup>: Die Wahrnehmung der Geschichte der befragten Person prägten eindeutig andere Ereignisse: Als einziger Interviewpartner verleugnet Herr Moysich seine Erinnerungen an den Nationalsozialismus in Preußisch Holland nicht, er bemüht sich auch, zu verstehen, wie es zur solchen Entwicklung kommen konnte.<sup>733</sup> Im Sinne von Assmanns Erwägungen bedeutet es, dass sein Horizont durch andere Meilensteine der Vergangenheit bestimmt wurde, demzufolge ist er nicht mit dem Standpunkt der anderen Individuen des Kollektivs identisch. Die Bedingungen dieser Erscheinung liegen allerdings nicht in der Erziehung, wie der Befragte es vermutet; das Faktum ist viel mehr mit einer seiner Lebensepisoden in Zusammenhang zu bringen: Wegen eines kleinen Fehlers (verkehrte Abschickung zweier Pakete) während seiner Lehre in der Maschinenfabrik Eduard Pelz, wurde er unter dem Sabotagevorwurf (Herr Moysich war damals 15) in die Partei mitgenommen und dort verprügelt. Und nicht nur die Schläge, sondern auch die Ohnmacht<sup>734</sup> waren es, die Risse an dem Bild des Nationalsozialismus und in der Erinnerung an die Kindheit in Preußisch Holland hinterließen und für die Verschiebung seines Blickwinkels Verantwortung trugen. Dieses identitätsstiftende Ereignis ließ dem Interviewten zwar die Selektion aus dem Erinnerungsprozess ausschließen, doch es hindert ihn nicht, sich mit dem Kollektiv zu identifizieren, wenn auch nicht vollständig – das dominante und Grenzen durchziehende Ereignis bleibt natürlich der Verlust der Heimat.

Obwohl das Verhältnis zu den Juden als sozusagen „Lackmuspapier“ der Betrachtungsweise der Vergangenheit dienen kann, kann man auch andere Differenzen zwischen den Interviews und der in der Heimatliteratur präsentierten Leitlinie feststellen: Erwähnung der KZs und der

---

<sup>732</sup> Interview mit Herrn Moysich.

<sup>733</sup> „Dann habe ich gesehen, dass ein Steinsetzmeister einen gefangenen Franzosen geschlagen hat, das waren also alles Sachen, die bei mir, weiß ich nicht, vielleicht auf Grund meines Elternhauses oder auf Grund der Erziehung, oder ... ich weiß es nicht, jedenfalls, das war etwas, was ich damals nicht verstanden habe und auch heute noch nicht verstehe. Das waren also solche Eindrücke, die ich nicht vergessen habe und die heute noch immer lebendig sind.“ [...] „Ich mach’ zum Beispiel folgendes: Ich habe mir zum Beispiel die Tagebücher von Goebbels gekauft. Von seinem... von 1923 oder 22 bis 1945. Mich interessiert einfach, was ist in diesen Leuten vorgegangen. Was wollten die eigentlich, was haben die vorgehabt?“

<sup>734</sup> „Dann hat meine Mutter mich gefragt: Sag mal, was ist da eigentlich passiert, dann habe ich ihr das erzählt und unternehmen konnte man nichts. Denn wenn man etwas unternommen hätte, dann wäre sie auch weg. [...] Jeden Falls hatte es damals kein Zweck, so liefen damals die Sachen ab, das war also schon, schon schlimm. Da beteiligte sich auch der Meister dran, an dieser Prügelei. Das war also... gut ich war 15 Jahre alt und ich habe nicht weiter darüber nachgedacht, ich war einfach unaufmerksam, das kann man, das hätte man vielleicht mir zum Vorwurf machen können, aber diese Art, wie man damals reagiert hat, man gesagt hat, ich habe damals Sabotage gemacht, das war also schon irre.“

Kriegsgefangenenlager von Preußisch Holland. Beide Aspekte blieben in der Heimatliteratur unberührt<sup>735</sup>, obwohl sie offensichtlich wichtig in der Erinnerung mehrerer Preußischholländer sind. Hier entsteht allerdings die Frage, ob und in welchem Grad das Kulturgedächtnis die kommunikative Erinnerung der Vertriebenen beeinflussen kann. Assmann bezeichnete diese Erscheinung als „Verbindlichkeit“ und schrieb dem in dem Kulturgedächtnis erhaltenen Wissen zwei Funktionen zu: Die normative Aufgabe (Gestaltung der Handlungsweisen), und die Erziehungsfunktion.<sup>736</sup> Es bedeutet, dass die objektivierte Kultur, die aus der alltäglichen Kommunikation herauswuchs, das kommunikative Gedächtnis des Kollektivs und der Individuen tatsächlich beeinflusst, gestaltet oder gar zu verändern vermag. Dieser Prozess ist ganz deutlich in der Feststellung einer befragten Person zu erkennen: „Was mir aufgefallen ist in den Büchern, die von der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland veröffentlicht wurden, die Berichte der Flüchtlinge und, und, und. Der Einzug der Russen war nicht gerade angenehm, es war noch schlimmer und grausamer, als die Polen kamen. Die nahmen dann noch das letzte.“<sup>737</sup> Bei dieser Aussage muss ein Exkurs gemacht werden. Die Beobachtung durch Herrn Thies, dass es in der preußischholländischen Heimatliteratur der häufige Vergleich zwischen zwei Nationen – Polen und Russen, die im Bewusstsein der Vertriebenen mit dem Verlust der Heimat immer in Kontext gebracht werden und deren Verhalten – merkwürdigerweise zu Gunsten der Russen – verglichen wurde, entspricht schon einer gewissen Tendenz. Diese Generalisierung – das Verhalten der polnischen Miliz wird auf die ganze polnische Nation übertragen – zeigt sich beispielweise im Brief von Minna Wischkau vom 13. April 1947: „Die Russen haben so was [in den Keller einsperren] nicht gemacht, aber das Polenvolk, die Miliz, das war furchtbar.“<sup>738</sup> Auch der Bericht von Adolf Lehmann aus Deutschendorf ist von ähnlichen Überlegungen geprägt: „Im November 1945 zog der Russe nach dem Samland ab, dann kam der Pole und er war schlimmer als der Russe. So lange der Russe war, wurde noch Essen und Brot ausgegeben. Doch der Pole nahm uns das Letzte weg.“<sup>739</sup> Diese Erscheinung ist ohne Zweifel mit dem oben erwähnten Gleichsetzung der polnischen Anwesenheit in Ostpreußen im Jahre 1945 mit der sowjetischen Besetzung, sowie mit der häufigen Darstellung von „plündernden“ Polen in Zusammenhang zu bringen. Parallel genießt Russland (und vorher die Sowjetunion) gewisse Vorzüge in Vertriebenenkreisen.

<sup>735</sup> Robert Helwig berichtete nur von Kriegsgefangenenlager aus der Zeit des ersten Weltkrieges. R. HELWIG: Ebenda, S. 282-284.

<sup>736</sup> J. ASSMANN: *Pamięć zbiorowa a tożsamość kulturowa*, S. 11-16.

<sup>737</sup> Interview mit Gerhard Thies.

<sup>738</sup> *Der Heimatbrief...*, Nr. 18, 2001/2002, S. 64.

<sup>739</sup> Deutschendorf, S. 183.

Im Sinne von Assmanns Erwägungen kann man allerdings nicht behaupten, dass diese Tendenz eben eine Wirkung der „Erziehungsfunktion“ des Kulturgedächtnisses wäre – das Feld für dessen Auswirkung stellen vielmehr die nächsten Generationen dar, obwohl, wie schon oben erwähnt, auch die Generation, deren alltägliche Kommunikation zur Herauskristallisierung der objektivierten Kultur beitrug, nicht immun gegen die Gestaltungskraft des Kulturgedächtnisses ist. Herrschende Institutionen und Klassen bringen herrschende Erinnerungen hervor.<sup>740</sup> Um dieses Ziel zu erfassen, muss das Kulturgedächtnis stark ritualisiert und in institutionelle Zangen gefasst werden. Deswegen ist jede Minute des Heimattreffens strikt geplant, jedes Jahr finden gleiche Rituale statt, nur einige der Akteure werden wechseln.

Als Fazit dieser Erwägungen muss wiederholt werden, dass die preußischholländischen Vertriebenen eher ein heterogenes Kollektiv bilden, so bleibt die Erinnerung an die Vertreibung nach wie vor dominant. Eine prägende und entscheidende Rolle in der Gestaltung der Erinnerung an die Heimat spielt ohne Zweifel die Kreisgemeinschaft Preußisch Holland in der Landsmannschaft Ostpreußen und die unter ihrer Ägide verlegten Publikationen. Einige Elemente der Erinnerung werden zweifellos in das deutsche kollektive Gedächtnis eingehen, begünstigt durch den politisch-soziologischen Wandel. Pierre Nora sagte, Erinnerung sei die Geschichte der Menschen, denen das Recht auf Geschichte genommen wurde<sup>741</sup>, und das trifft gewiss auch auf die Vertriebenenkreise zu, natürlich nicht im ganzen Zeitraum der Bonner Republik. Im Lauf dieses Wandels wird sich nicht nur die Vorstellung von Zeit und Geschichte ändern, sondern gerade auch die deutsche Außenpolitik, die die künftigen Beziehungen zu Deutschlands Nachbarländern, vor allem aber in Europa bestimmen wird.<sup>742</sup>

---

<sup>740</sup> S. REICH, A. MARKOVITS, S. 69.

<sup>741</sup> J. ŻAKOWSKI, S. 64.

<sup>742</sup> S. REICH, A. MARKOVITS, S. 325-333.

## ZUSAMMENFASSUNG

Die polnische Schriftstellerin, Olga Tokarczuk schrieb einmal, die wichtigste menschliche Aufgabe bestehe darin, das, was zu Grunde geht, zu retten, anstatt neue Dinge zu erschaffen. Tokarczuk, die in Schlesien geboren wurde und auch heutzutage bei Ruda Śląska (Ruda) lebt, war sich der sich überschneidenden, diversen kulturellen Einflüsse in der Region bewusst. Diese Wirklichkeit, die sich in ihren Werken widerspiegelt, betrachtet sie als eine Koexistenz verschiedener Welten – die eine real und betastbar, die andere gehört der Vergangenheit an und ist nur in Erinnerung des bestimmten Kollektivs erhalten. Die zwei Realitäten schließen sich zwar nicht gegeneinander aus, bleiben aber häufig füreinander verschlüsselt. Für die eine Gruppe, die in dem Land die Erinnerung besucht, erscheint es häufig fremd, weil dort eine andere Sprache und andere Kultur herrschen. Das andere Kollektiv empfindet dagegen ein Mischgefühl aus Mitleid und Verständnis, aber auch Verwunderung, dass man eher nach Fundamenten der nicht existierenden Häuser und Spuren der verwilderten Gärten sucht, anstatt das „neue Kirchendach“ (Tokarczuk) zu bewundern.

Die Vertreibung der Deutschen gehört nach wie vor zu den schwierigen Themen in der deutschen und polnischen Historiographie. Schon 1995 schrieb Włodzimierz Borodziej über die zwei Gedächtnisse der beiden Nationen, die miteinander im Konflikt stehen. Zehn Jahre später, innerhalb derer die Revision der Geschichte auf beiden Seiten der Oder fort dauerte und sich weiter entwickelte, ist der gemeinsame Nenner für die Auslegung der Geschichte immer noch nicht gefunden worden. Diese Differenzen sind nur nicht aus dem Weg geschaffen worden: Man bekommt den Eindruck, sie sind tiefer und schärfer geworden. Und das, obwohl Historiker beider Staaten hervorragende und beträchtliche Arbeit auf diesem Feld geleistet haben.

Im Jahr 2004 erschien im Deutschen Taschenbuchverlag die neueste Ausgabe eines Monumentalwerks, dessen „leitende Grundsätze aus der Zeit nach der Weimarer Republik stammten“ (Mathias Beer), die „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, ein „politisch verwertbares Farbbuch“.<sup>743</sup> Von dieser Dokumentensammlung,

---

<sup>743</sup> MATHIAS BEER: Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, hrsg. von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle, Fischer Frankfurt/Main 2000, S. 274-3001.

deren über 5000 Zeugenberichte nur ein Bruchteil von dem sind, was sich im Bundesarchiv Koblenz befindet, die enormes menschliches Leid und Gehenne der Tausenden von Menschen bezeugen, versprach man sich im damaligen Bundesministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte auf einer künftigen Friedenskonferenz die deutsche Verhandlungsposition für die Gebiete östlich der Oder und Neiße verbessern zu können. Deshalb wurde der Ergebnisband über die Vorgeschichte der Vertreibung samt ethnischen Flurbereinigungen und der von der völkischen und NS-Rassenideologie getragenen Aussiedlungen, nie veröffentlicht, weil er das politisch verfolgte Ziel gefährdet hätte. Die neueste Ausgabe erschien ebenfalls ohne den Ergebnisband. Diese Interpretation der Geschichte, in der nicht Aufklärung über die Vertreibung im Zentrum, sondern das Bestreben nach Schaffung einer kollektiven Opferidentität steht, wurde schon zu einer Tendenz in dem Umgang mit der Vergangenheit von Vertriebenenverbände und bedeutet – mit Worten von Frank Ebbinghaus – die Zelebrierung der Geschichte auf Küchentischhöhe.<sup>744</sup> Die Herauslösung der gesellschaftlichen Wahrnehmung aus der historischen Kausalität verzerrt die Geschichte, wie es Bundestagvizepräsidentin Antje Vollmer ausdrückte, „nicht im Sinne des Mitleids mit den Vertriebenen, sondern im Sinne einer offenen Rechnung“.<sup>745</sup>

Die polnischen Stellungnahmen zu diesem Umgang mit der Vergangenheit kann mit den Worten des früheren polnischen Ministerpräsidenten, Tadeusz Mazowieckis kurz zusammengefasst werden: Man müsse unterscheiden, ob die Vertreibung der Deutschen das Ziel oder die Folge des Krieges war. Die breite polnische Öffentlichkeit hat zwar die deutschen Opfer des Krieges anerkannt, doch der seit dem Zerfall des Kommunismus andauernde Prozess der Revision der Geschichte in Polen, der den deutschen Erwartungen entgegenkommt, hat seine Grenze, weil – und unser Nachbar und auch die deutschen Vertriebenen müssen diese Erkenntnis gewinnen – es ein besonderer Krieg für die osteuropäischen Länder war. Es war ein Krieg, der nicht nur ihre staatliche, sondern auch ihre physische Existenz bedrohte. Und es war ein Krieg, der eine breite Akzeptanz und Unterstützung des deutschen Volkes bekommen hatte. Infolge des Krieges verlor Polen, ein loyales Mitglied der Siegeskoalition, ein Drittel seines Territoriums - einzigartig in der Geschichte. Jalta, ein Symbol der neuen europäischen Nachkriegsordnung, bedeutete und bedeutet auch heutzutage für Polen eine der schwersten Niederlage in seiner Geschichte. Zwei tief in polnischem Bewusstsein verankerte Städte – Lwów i Wilno (Lemberg und Wilna) – gingen an die UdSSR und der Verlust dieser Provinzen mündete in der Ausbürgerung der dort

<sup>744</sup> FRANK EBBINGHAUS: Geschichte auf Küchentischhöhe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Januar 2002. (Seine Kritik betraf allerdings die Guido Knopps Serienreihe „Die große Flucht“.)

<sup>745</sup> ANTJE VOLLMER: Tiefe Resignation, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09. Februar 2002.

beheimateten polnischen Bevölkerung nach Westen, was die Aussiedlungen der Deutschen unmittelbar vorantrieb.

In diesen zahlreichen publizistischen Debatten, mannigfachen Meinungen und Veröffentlichungen zu dem Thema bleibt aber die grundlegenden Fragen offen: Wie schreibt man eigentlich über die Vertreibung? Ist es möglich, die verschiedenen Auslegungen dieses Zeitabschnittes unter einen Hut zu bringen? Und vor allem: Wie konfrontiert man die trockene wissenschaftliche Sprache mit der enormen menschlichen Tragödie und Verlust der Zeitzeugen? Die aufgeworfenen Fragen sind berechtigt und desto wichtiger, weil von der Flucht und Vertreibung mehrere Millionen von Deutschen betroffen waren, was dieses Ereignis zu einem kollektiven Erlebnis der deutschen Nation machte. Andererseits trugen starke Politisierung und Instrumentalisierung dieses Problems auf beiden Seiten zu Missverständnissen, Kontroversen und falschen Wahrnehmungen bei. Daher versucht die vorliegende Dissertation, einen angemessenen Bezug zu den individuellen Leidenserfahrungen und historischen Kontexten der Ereignisse herzustellen. Der Balanceakt gelingt am besten durch eine mikrohistorische Perspektive: Eine geographische Beschränkung erlaubt eine detaillierte historische Darstellung der Vertreibung auf Kreisebene und die Konzentrierung auf reale Menschen und ihr individuelle Schicksale.

Der historischen Einordnung diente die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung (Kap.1), die neben der Darstellung der Vergangenheit von Preußisch Holland/Pasłęk (Einführung) bis tief in die Geschichte des 19. Jahrhunderts und Bildung der Nationalstaaten in Europa zurückgreift. Kapitel 2., 3., 4. stellen die eigentlichen Geschehnisse der Vertreibung in chronologischer Weise dar, von der großen Flucht der Preußischholländer, über die Etablierung der militärischen Verwaltung und deren Folgen für die deutsche Bevölkerung des Kreises bis zu deren Aussiedlungen durch die polnische Verwaltung. Die Geschehnisse um diesem Zeitraum sind so in parallele Ereignisse eingebettet, wie Besetzung und Verwaltung des Landes durch die Rote Armee, Antritt des neuen Herrschaftssystems und der daraus entstehenden Rivalität um die Staatsgewalt, Eintreffen der neuen polnischen Bevölkerung aus dem einst polnischen Osten. Die sowjetische Militärverwaltung erwies sich als bedeutendster Faktor in der Gestaltung des neuen Lebens im Kreis Preußisch Holland/Pasłęk im Jahre 1945, sodass ein zusätzliches Kapitel zur Aufenthalt und Tätigkeit der Rotarmisten notwendig wurde. Die Rolle der Roten Armee verlor zwar mit der Zeit an der Bedeutung, doch sie war bis zu ihrem Rückzug 1948 – auch wenn die Zahl der im Kreis stationierenden Einheiten drastisch sank – ein wichtiger Mitspieler in der lokalen Politik, der ungern seine Herrschaft

teilte und nur zögernd mit den polnischen Behörden kooperierte. Die materielle Existenz der sowjetischen Einheiten war durch ihre Besetzung der Landgüter im Kreis und ganzen Ostpreußen gesichert, die gleichzeitig als Umschlagplätze für die sowjetische Raubpolitik dienten und bei der Lösung einer wichtigen politischen Aufgabe behilflich waren: Bei der langsamen graduellen und kontrollierten Unterwerfung des Landes und neuen Einwohner, sowie der Einführung eines neuen Staatssystems.

Kapitel 4. (Aussiedlungen der Deutschen aus dem Kreis Preußisch Holland/Pasłęk) bringt vor allem neue Ergebnisse über die Zahl der ausgesiedelten Deutschen: Der Untersuchung nach liegt sie höher, als bisher angenommen, bei etwa 11.700 Personen.<sup>746</sup> Da diese Bilanz die gestorbenen oder auf eigene Faust ausgereisten Deutschen nicht einschließt, muss die Endsumme der im Sommer 1945 im Kreis lebenden Deutschen nach oben korrigiert werden: Im Chaos der Nachkriegsmonaten konnte die polnische Verwaltung die deutschen Einwohner des Kreises statistisch nicht besser erfassen. Volkszählungen der Vorkriegszeit bleiben wenig aussagekräftig, weil 1945 viele Flüchtlingen aus Nord- und Südostpreußen im Kreis Preußisch Holland lebten.

Die Dynamik der Aussiedlungen aus dem Kreis Pasłęk/Preußisch Holland zeigt erhebliche Unterschiede im Vergleich mit den Abschiebungen aus den gesamten ehemals deutschen Gebieten: Erstens liegt die Zahl der in den 6 Monaten, seit Übergabe der Bahnverbindung an die polnischen Behörden, ausgesiedelten Deutschen bei immerhin 22,6 %, was paradoxerweise das starke Bemühen und gewisse Effizienz der polnischen Repatriierungsbehörden zeigt. Natürlich war auch die Folge, dass die Aussiedlung in dieser Phase unter katastrophalen Umständen stattfand. Demnach ist es durchaus berechtigt, diese Phase als „Vertreibung“ zu bezeichnen. Zweitens fällt mehr als 53% der Ausgesiedelten auf das Jahr 1947 – in gesamten ehemals deutschen Gebieten wurden Aussiedlungen meistens 1946 durchgeführt (siehe Anhang 1 und 2). Diese Tendenz steht mit der Verifizierungsaktion in Wojewodschaft Olsztyn/Allenstein in Verbindung, die Kapitel 5 (Verifizierung im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland) breiter darstellt. Im Endergebnis erweist sich die sog. Verifizierung im Kreis Pasłęk/Preußisch Holland als reine propagandistische und historisch vollkommen unbegründete Handlung polnischer Bürokratie: Von den 399 bis 1949 "verifizierten" Personen verblieben nach 10 Jahren im Kreis nur 20 Personen.

Die Dissertation endet mit dem Kapitel über das kollektive Gedächtnis der Deutschen und die Frage der Konstruktion der Vergangenheit (Kap. 7). Die mündlichen Überlieferungen sind

---

<sup>746</sup> Die Schätzungen von Stanisław Żyromski müssen nach oben korrigiert werden. ŻYROMSKI STANISŁAW: Przesiedlenie ludności niemieckiej z województwa olsztyńskiego poza granice Polski w latach 1945 do 1950, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1969, Nr. 3, S. 395-413.



grundsätzlich mit Vorsicht zu behandeln, sind nur bedingt historisch zuverlässige Quelle, schon weil sich die Landsmannschaften als konstant homogene Gruppe darstellen, deren Gedächtnis sie durch das kultivierte Erinnern auf jährlichen Treffen und mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Heimatthematik (Heimatbriefe, Monographien, Bilderbände) formen. Ihr kulturelles Gedächtnis speist sich auch aus der Zeit vor der Wende 1989/1991, als die Erinnerung der Vertriebenen an die alte Heimat unter den Verdacht der Revanche geriet. Insofern sagen die Erlebnisberichten der Vertriebenen nicht nur viel über das tatsächliche Geschehen aus der angeführten Zeitperiode aus, sondern auch über ihre Gruppe selbst. Die kritische Auswertung der Interviews und der Heimatliteratur ist jedoch keine moralisierende Beurteilung der Vertriebenen, sondern lediglich eine qualitative Analyse der spezifischen Wahrnehmung der Vergangenheit unter den Befragten Personen und in der Heimatliteratur.

Zur deutschen Minderheit in Paślęk gehören heutzutage weniger als 10 Personen aus der Kriegsgeneration.<sup>747</sup> Das Gros der Preußischholländer lebt verstreut in Ganzdeutschland, einige im Ausland. Neue unterschiedliche Lebenswege wurden eingeschlagen – was sie verbindet ist die Vergangenheit und die Erinnerung. Die Preußischholländer betonen zwar, hier ihren Platz gefunden zu haben, doch ihre Heimat sei „dort geblieben“. Denn „Heimat ist dort, wo dich Bäume kennen, nicht dort wo du Bäume kennst“.<sup>748</sup>

---

<sup>747</sup> Telefongespräch mit Irene Obiala.

<sup>748</sup> Gerhard Hauptmann, ein Russendeutsche, der nach dem Zusammenbruch des Kommunismus seine inzwischen nach Deutschland emigrierten Kinder folgte. Der Titel der Fernsehsendung zu diesem Thema ist mir leider entgangen.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1. UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN:

#### Państwowe Archiwum w Olsztynie/Staatsarchiv, Olsztyn:

Urząd Pełnomocnika Rządu na Okręg Mazurski/Amt des Bevollmächtigten der polnischen Regierung im Masurischen Bezirk – Sign. 390:

- 13 Okólniki i Zarządzenia. Sprawozdania Urzędów Niezespólnych 1945-1946
- 19 Protokoły i sprawozdania ze zjazdu starostów i referentów 1945-1946
- 22 Sprawy mienia poniemieckiego i wywóz mienia 1945-1946
- 25 Weryfikacja 1946
- 53 Sprawozdania miesięczne Starostwa Powiatowego Pasłęk
- 59-61 Zmiany granic w Okręgu Mazurskim
- 71-72 Repatriacja ludności niemieckiej 1945-1946
- 73 Sprawy ludności niemieckiej
- 79 Ustalanie nazw miejscowości
- 104 Statystyka 1945
- 105 Statystyka 1945-1946
- 118 Wydział Osiedleńczy. Statystyka powiatu Pasłęk 1945-1946
- 140 Sprawozdania i protokoły kontrolne powiatu Pasłęk 1945-1946
- 158 Sprawozdania sytuacyjne Starostwa Pasłęk 1945
- 240- 243 Akta Grup Operacyjnych 1945
- 249 Spis przedsiębiorstw do wywiezienia do ZSRR 1945-1946
- 260 Protokoły przejęcia zakładów od władz radzieckich 1945
- 274 Rejestr Polaków pochodzenia mazurskiego i warmińskiego deklarujących pochodzenie polskie

Urząd Wojewódzki/Wojewodschaftsamt – Sign. 391:

- 59 Sprawy mienia poniemieckiego i wywóz mienia
- 67 Akta Vice-Wojewody Wilamowskiego (akcja osiedleńcza)
- 76 Raporty statystyczne i sprawozdania
- 80 Sprawozdania i materiały dotyczące Ziem Odzyskanych
- 87 Sprawozdania Wydziału Społeczno-Politycznego
- 88 Sprawozdania Wydziału Wojskowego 1946-1947
- 90 Sprawozdania Wydziału Osiedleńczego
- 99 Sprawozdania Wydziału Rolnictwa i Reform Rolnych 1947-1949
- 114 Sprawozdania Starosty Powiatowego w Pasłęku
- 124 Sprawozdania Zarządu PNZ
- 134 Sprawozdania, protokoły, zestawienia ewidencji ludności
- 147 Spis powiatów Województwa Olsztynskiego
- 148-149 Teczka spraw różnych 1946
- 151 Sprawozdania i zarządzenia starost powiatowych
- 152 Sprawozdania miesięczne Powiatowych Inspektorów Samorządowych
- 154 Sprawozdania Powiatowych Inspektorów Samorządowych
- 155 Sprawozdania sytuacyjne
- 156 Sprawozdania starostw powiatowych
- 158-161 Sprawozdania sytuacyjne
- 180-182, 187 Protokoły z inspekcji powiatowych
- 210 Inspekcje osiedleńcze
- 212 Inspekcje rolne 1948
- 214 Inspekcje referatów rybackich 1946-1947
- 223 Ewidencja ludności

- 239 Sprawy graniczne 1946
- 240-243 Sprawy bezpieczeństwa i napadów
- 245 Napisy niemieckie
- 247-248 Sprawy różne 1946-1947
- 256 Protokoły różne Okręgowych Komisji Narodowościowych 1946
- 257 Sprawozdania Wojewódzkiej Komisji Narodowościowej
- 258 Sprawozdania Komisji Weryfikacyjnych
- 259 Akcja weryfikacji i opieki nad ludnością autochtoniczną
- 260 Spisy zarejestrowanych Mazurów i Warmiaków
- 261 Sprawozdania weryfikacji ludności mazursko-warmińskiej
- 263 Sprawozdania stwierdzenia polskiej przynależności
- 266 Sprawy repatriacji
- 267-270 Repatriacja Niemców
- 271 Wykaz Niemców przeznaczonych do repatriacji
- 272 Rejestracja i ewidencja ludności niemieckiej i weryfikacje
- 273 Repatriacja
- 274 Wstrzymanie Niemców fachowców od repatriacji
- 275 Ewidencja ludności niemieckiej
- 276-279 Repatriacje
- 280 Repatriacja dzieci niemieckich
- 281 Wykaz dzieci niemieckich, których rodziny proszą o repatriację
- 284 Sprawozdania Wydziału i Powiatów 1946-1947
- 287 Sprawozdania Wydziału i Powiatów 1946-1949
- 288-289 Sprawozdania starostw powiatowych
- 290 Sprawozdania Urzędów Niezespólnych
- 1347-1348 Dane statystyczne
- 1352 Protokoły i sprawozdania dotyczące ludności miejscowej 1945-1948
- 1356 Sprawy różne 1946
- 1357 Sprawy różne 1947
- 1358 Sprawy różne 1948
- 1362-1367 Sprawozdania starostw powiatowych
- 1368 Sprawozdania i formularze statystyczne powiatowych akcji osiedleńczych
- 1382 Sprawozdania z akcji osiedleńczej powiatu Pasłęk
- 1402 Sprawy zwrotu majątków autochtonom 1947-1948
- 1502 Zapotrzebowanie na osadników w gr. Zaw. Samodzielnych Pasłęk
- 1951 Nieruchomości zniszczone przez Armię Czerwoną
- 2117 Administracja majątków państwowych 1946-1949
- 2123-2124 Użytkowanie majątków państwowych przez Armię Czerwoną
- 2289 Gospodarstwa Pasłęk 1948
- 2305 Sprawozdania miesięczne PUR i Urzędów Likwidacyjnych
- 2325 Akty nadania nazwisk
- 2329 Wykazy Mazurów, którzy podpisali deklarację wierności Polsce. Wykazy młodzieży miejscowej
- 2463-2464 Rejestr wydanych poświadczeń i aktów uznania obywatelstwa polskiego
- 2469 Akty weryfikacyjne ludności miejscowej
- 2509 Sprawy graniczne 1946-1950
- 2271 Majątek Marianowo

PUR w Pasłęku/Staatliches Repatriierungsamt – Sign. 990/II

- 11 Sprawozdania miesięczne i sytuacyjne 28.VII.1945-31.XII.1946
- 17 Zestawienia statystyczne z ruchu repatriantów i przesiedleńców 25.I – 30-IX.1947
- 20 Sprawozdania z akcji przesiedleńczej i interwencyjnej 1.II-30.IX.1950
- 21 Sprawozdania personalne 31.I – 31.XII.1947
- 22 Tajne. Transporty Niemców 12-III.1946-10.I.1948

Powiatowa Rada Narodowa w Pasłęku 1946-1950/ Kreisnationalrat in Pasłęk - Sign. 917/II

Akta Wydziału Powiatowego w Pasłęku 1946-1950/ Akten der Kreisabteilung in Pasłęk – Sign. 1013/II

**Archium Akt Nowych w Warszawie/Archiv Neuer Akten, Warschau:**

Ministerstwo Administracji Publicznej/Ministerium Öffentlicher Verwaltung – Sign. 199:

- 23 Repatriacja ludności niemieckiej B-714
- 27 Kontakty z dowódcami Armii Czerwonej
- 157 Załączniki do sprawozdań Pełnomocnika Rządu RP na Okręg Mazurski B-848
- 753 Mniejszości narodowe B- 1772
- 758 Repatriacja Niemców B-1778
- 2491 Armia Czerwona na Ziemiach Odzyskanych B-47219

Ministerstwo Przemysłu i Handlu/Handels- und Industrieministerium – Sign. 195

- 4350 Delegatura na Okręg Mazurski. Sprawozdania z inspekcji
- 4353 Zestawienie obiektów przejętych od władz radzieckich
- 4362 Wykazy obiektów zajętych przez Armię Czerwoną

Ministerstwo Ziem Odzyskanych/Ministerium für die Wiedergewonnen Gebieten – Sign. 196

- 60 Stan bezpieczeństwa na Ziemiach Odzyskanych 1945-1948
- 61; B-70 i B-5161 Współpraca z Armią Czerwoną na Ziemiach Odzyskanych Korespondencja, odpisy rozmów i porozumień
- 62; B-71, B- 5162 Współpraca z Armią Czerwoną. Delegatura Rządu RP przy PGW
- 146; B- 5250 Sprawy przejęcia pomieszczeń przekazanych przez Armię Czerwoną
- 333; B- 5437 Zachowanie się żołnierzy i oficerów Armii Czerwonej
- 337; B-5441 Magazyny i zakłady zbożowe pozostające w dyspozycji Armii Czerwonej
- 491; B- 5601, B- 101 Sprawy bezpieczeństwa na Ziemiach Odzyskanych

Ministerstwo Rolnictwa i Reform Rolnych/ Ministerium der Landwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Reformen – Sign. 162

- 3112-3114 Majątki ziemskie w posiadaniu Armii Czerwonej 1945-1946
- 3115 Majątki ziemskie w posiadaniu AC. Biuro Funduszu Ziemi. Majątki ziemskie w użytkowaniu AC 1946-1949
- 3116-3118 Majątki ziemskie w posiadaniu AC 1948-1949
- 3119 Województwo Olsztyńskie
- 3121 Przekazywanie majątków przez AC 1945
- 3123 Wykaz majątków przekazanych PGW

**Centralne Archium Wojskowe w Rembertowie/Zentral Militararchiv, Rembertów:**

Liczba Niemców w łagrach – Sign. CAW, KAR, VIII.800.20.414

**Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych/Archiv des Außenministeriums:**

Departament Polityczny/Wydział Radziecki – Sign. 6/453, 6/454, 6/489  
 Biuro ds repatriacji – Sign. 22/2  
 Gabinet Ministra – Sign. 15/20

**Lastenausgleichsarchiv in Koblenz:**

Ost-Dokumentation:  
 Fragenberichte zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa/Ostprien – Sign. 1/49, 1/50

## 2. VERÖFFENTLICHTE QUELLEN:

- BARYŁA TADEUSZ: Warmiacy i Mazurzy w PRL. Wybór dokumentów. Rok 1945, Olsztyn 1994.
- BARYŁA TADEUSZ: Okręg Mazurski w raportach Jakuba Prawina. Wybór dokumentów, Olsztyn 1996.
- Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa, hrsg. von Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte, Bonn 1963.
- Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder-Neiße, hrsg. von T. Schieder, Bonn 1953.
- FILIPKOWSKI TADEUSZ: Zagadnienia Prus Wschodnich w memoriałach przedłożonych Polskiemu Komitetowi Wyzwolenia Narodowego, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1980, Nr. 1, S. 53-79.
- LIPPÓCZY PIOTR, WALICHNOWSKI TADEUSZ: Przesiedlenie ludności niemieckiej z Polski po II wojnie światowej w świetle dokumentów, Warszawa 1986.
- MADAJCZYK PIOTR: Dzieci niemieckie w Polsce po 1945 roku, in: *Dzieje Najnowsze*, 1999, Nr. 1, S. 125-134.
- PASIERB BRONISŁAW: przyczynek do problemu repolonizacji Warmii i Mazur, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1989, Nr. 1-4, S. 85-103.
- Protokół obrad KC PPR w maju 1945 roku, hrsg. von A. Kochański, Warszawa 1992.
- STANKOWSKI WITOLD: Lager für Deutsche in Polen am Beispiel Pommerellen/Westpreußen (1945-1950), Bonn 2001.
- Teczka specjalna J. W. Stalina. Raporty NKWD z Polski, opr. Tatjana Cariewskaja, Warszawa 1998.
- Teheran-Jalta-Potsdam. Dokumentensammlung, hrsg. von Sch. P. Sanakojew, B. L. Zybulewski, Moskau 1978.
- „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ Die Deutsche östlich von Oder und Neiße 1945-1950, hrsg. von W. Borodziej, H. Lemberg, Marburg 2000.
- Wysiedlenia Niemców i osadnictwo ludności polskiej na obszarze Krzyżowa-Świdnica (Kreisau-Schweidnitz) w latach 1945-1945. Wybór dokumentów, hrsg. von K. Jonca, Wrocław 1997.

## 3. LITERATUR:

1848. *Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen*, hrsg. von Heiner Timmermann, Berlin 1999.
- ACHREMCZYK STANISŁAW: Historia Warmii i Mazur. Od pradziejów do 1945 roku, Olsztyn 1992.
- AHRENS WILFRIED: Verbrechen an Deutschen. Die Wahrheit, die Bonn verschweigt, Sauerlach-Arget 1980.
- ALY GÖTZ: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/Main 1995.
- ALY GÖTZ: Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten des deutschen Denkens, Berlin 1997.

- ALY GÖTZ, SUSANNE HEIM: Deutsche Herrschaft „im Osten“: Bevölkerungspolitik und Völkermord, in: *Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945*, hrsg. von Peter Jahn, Reinhard Rürup, Berlin 1999.
- AMMON HERBERT: Das Stiefkind der Geschichte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. September 1997.
- ARNDT WOLFGANG: Die Flucht und Vertreibung, Freidberg 1984.
- ASSMANN JAN: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in früheren Hochkulturen, München 1990.
- ASSMANN JAN: Pamięć zbiorowa a tożsamość kulturowa, in: *Borussia*, 2003, Nr. 29, S. 11-16.
- BANASIAK STANISŁAW: Działalność osadnicza PUR na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1947, Poznań 1963.
- BANASIAK STANISŁAW: Państwowy Urząd Repatriacyjny w latach 1944-1946, in: *Przegląd Zachodni*, 1961, Nr. 4, S. 345-364.
- BANASIAK STANISŁAW: Przesiedlenie Niemców z Polski w latach 1945-1950, Łódź 1968.
- BARTOSZEWICZ HENRYK: Polityka Związku Sowieckiego wobec państw Europy Środkowo-Wschodniej w latach 1944-1948, Warszawa 1999.
- BASIŃSKI EUZEBIUSZ: W jednym organizmie. Podstawy i przebieg procesu intergracyjnego nad Odrą i Bałtykiem, Warszawa 1977.
- BECKER GERD: Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen und den ehemals deutschen Ostgebieten. Vorgeschichte, Ursachen und Abläufe, Gießen 1988.
- BENZ WOLFGANG: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/Main 1985.
- BEER MATHIAS: Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa“ im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1998, Bd. 46, S. 345-389.
- BEKKER KLAUS: Flucht übers Meer. Ostsee – Deutsches Schicksal 1945, Oldenburg 1964.
- BELZYT LESZEK: Między Polską a Niemcami. Weryfikacja narodowościowa i jej następstwa na Mazurach, Warmii i Powiślu w latach 1945-1960, Toruń 1998.
- BELZYT LESZEK: Zur Frage des nationalen Bewusstseins der Masuren in 19. und 20. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, 45, Nr. 1, 1996, S. 35-71.
- BELZYT LESZEK: Zum Verfahren der nationalen Verifikation in den Gebieten des ehemaligen Ostpreußens 1945-1950, in: *Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschland*, 39, 1990, S. 253.
- BIAŁECKI TADEUSZ: Przesiedlenie ludności niemieckiej z Pomorza Zachodniego po II wojnie światowej, Poznań 1969.
- BISKUP MARIAN, GERHRAD LABUDA: Dzieje Zakonu Krzyżackiego w Prusach. Gospodarstwo-Społeczeństwo-Państwo-Ideologia, Gdańsk 1986.
- BLANKEHAGEN WILHELM: Im Zeichen des Schwertes. Erinnerungen an den Weg der 131. Inf. Division, Osterode am Harz 1982.
- BÖDDEKER GÜNTER: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, München 1980.
- BOOCKMAN HARTMUT: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992.
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: „Afera“ stuttgartarcka, in: *Res Publica*, Nr. 10, 1998, S. 28-36.

- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Dekrety Bieruta? Ustawy dyskryminujące Niemców już dawno utraciły w Polsce moc prawną, in: *Dialog. Deutsch-polnisch Magazin /Magazyn polsko-niemiecki*, Nr. 61/2002, S. 21-22 .
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Die neuen Nord- und Westgebiete Polens: Eine Integrationsbasis von System und Gesellschaft 1945-1946?, in: *Mentalitäten-Nationen-Spannungsfelder. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Hans Lemberg*, hrsg. von Eduard Mühle, Marburg 2001, S. 173-182 .
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Die polnische Grenzdiskussion im Lande und im Exil (1939-1945) in: *Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von H. Lemberg, Marburg 2000.
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Dwie pamięci, in: *Polityka*, 1. Juli 1995.
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Historiografia polska w wypędzeniu Niemców, in: *Polska 1944/1945. Studia i materiały*, Bd. 2, Warszawa 1996.
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Konstruowanie pamięci: dziedzictwo wypędzeń w dzisiejszej Europie, in: *Borussia*, 2003, Nr. 30, S. 138-141.
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Polen-Deutschland im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, in: *Polska-Niemcy. Tysiąc lat sąsiedztwa*, Warszawa 2000, S. 197-239.
- BORODZIEJ WŁODZIMIERZ: Polen und Deutschland im 20. Jahrhundert, in: *Polen und Deutschland in Europa*, hrsg. von O. Müller, M. Sicking, Aachen 1999, S. 48-50.
- BRANDES DETLEF: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945: Pläne und Entscheidungen zum "Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München - Oldenbourg 2005.
- BRANDES DETLEF: Die Vertreibung als negativer Lernprozess. Vorbilder und Ursachen der Vertreibung der Deutschen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 53(2005), H.10.
- BRANDES DETLEF: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943, München 1998.
- BROSZAT MARTIN: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: *Deutsche Rundschau*, 1958, Jg. 84, S. 53- 68.
- BROSZAT MARTIN: Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1954, Bd. 2, S. 202-213.
- MARTIN BROSZAT: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Frankfurt/Main 1965.
- BROSZAT MARTIN: Zweihundertjahre deutscher Polenpolitik, Frankfurt/Main 1972.
- BUCHHOFER EKKEHARD: Die Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft in Polen nach 1945, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 17, 1968, S. 297-335.
- BUGAJ F. NIKOŁAJ: „Specjalnateczka Stalina.“ Deportacje i reemigracja Polaków, in: *Zeszyty Historyczne*, 1994, Nr. 107, S. 76141.
- BÜSCHER WOLFGANG: Der gute Geist von Bad Cannstatt, in: *Die Welt*, 19. Februar 2002.
- BURAS PIORT, WÓYCICKI KAZIMIERZ: Spór o niemiecką pamięć. Debata Walser-Bubis, Warszawa 1999. Cenzura w PRL. Relacje historyków, hrsg. von Z. Romek, Warszawa 2000.
- CHOJNOWSKA ALDONA: Operacja „Wisła“. Przesiedlenie ludności ukraińskiej na ziemie północne i zachodnie, in: *Zeszyty Historyczne*, H. 102, Paryż 1992, S. 3-102.
- CHOLEWA BEATA: Migracja Niemców z Dolnego Śląska po II wojnie światowej, in: *Przegląd Zachodni*, 1990, Nr. 2.
- CHOLEWA BEATA: Problem obywatelstwa Niemców mieszkających na Ziemiach Odzyskanych po II wojnie światowej, in: *Sobótka*, 1990, Nr. 1.
- Chronik der Kirchspiele Schmauch und Reichenwalde, bearb. von K. Jordan, Mönchengladbach 2003.

- CIESIELSKI STANISŁAW: Przesiedlenie ludności polskiej z Kresów Wschodnich do Polski w latach 1944-1947, Warszawa 1997.
- CIESIELSKI STANISŁAW, HRYCIUK GRZEGORZ, SREBRAKOWSKI ALEKSANDER: Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej, Wrocław 1994.
- CYGANEK KAZIMIERZ: Szkice historyczne o Pasłęku. Kronika parafialna, Bd. 4, Pasłek 1973.
- CZERNIAKIEWICZ JAN: Repatriacja ludności polskiej z ZSRR, Warszawa 1987.
- Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, hrsg. von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle, Fischer Frankfurt/Main 2000.
- Die Beziehungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, (Helsinki 1975): XIX. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 20. bis 25. Mai 1986 in Saarbrücken, hrsg. von Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1987.
- Die Bildung des frühmodernen Staates – Stände und Konfessionen, hrsg. von Heiner Timmermann, in: Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 62, Saarbrücken 1989.
- Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Martin Broszat und Klaus Schwabe, München 1989.
- Die Entstehung der Nationalbewegung in Europa 1750-1849, hrsg. von H. Timmermann, in: *Dokumenten und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen*, Bd. 71, S. 10-11.
- Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen. Ereignissen. Folgen, hrsg. von W. Benz, Frankfurt/Main 1985.
- Die Vertreibung in der SBZ/DDR, Bd. 1 – Ankunft und Aufnahme 1945, hrsg. von M. Wille, Wiesbaden 1995.
- DIECKERT KURT, GROSSMANN HORST: Der Kampf um Ostpreußen. Ein authentischer Dokumentbericht, München 1960.
- DMITRÓW EDMUND: Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945-1948, Warszawa 1987.
- DOBRYZYCKI WIESŁAW: Granica zachodnia w polityce polskiej 1944-1947, Warszawa 1974.
- DOBSON CHRISTOPHER, MILLER JOHN, PAYNE RONALD: Die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, Wien 1979.
- DOMAGAŁA BOŻENA: Mniejszość niemiecka na Warmii i Mazurach. Rodowód kulturowy, organizacja und tożsamość, Olsztyn 1996.
- DOMAGAŁA BOŻENA: Warmia i Mazury – dezintegracja tożsamości po 1945 roku, in: *Borussia*, 1992, Nr. 3-4. S. 54-64.
- DÖHNHOFF MARION GRÄFIN: Kindheit in Ostpreußen, Berlin 1988.
- DÖHNHOFF MARION GRÄFIN: Mord bleibt Mord, in: *Die Zeit*, 17. März 1977.
- DÖHNHOFF MARION GRÄFIN: Namen, die keiner mehr nennt, Köln 1980.
- DUBICKI TADEUSZ: Początki działalności grupy operacyjnej KERM „Prusy Wschodnie“ na terenie Warmii i Mazur, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1981, Nr. 1, S. 37-54.
- DYMARSKI MIROSLAW: Ziemie postulowane (ziemie nowe) w prognozach i działalności polskiego ruchu oporu, Wrocław 1997.
- DYROFF STEFAN: Niemiecka pamięć Prus Wschodnich w Oberschleißheim, in: *Borussia*, 2003, Nr. 30, S. 47-52.



- EBBINGHAUS FRANK: Geschichte auf Küchentischhöhe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Januar 2002.
- Entwicklung der Nationalbewegungen in Europa 1850-1914, hrsg. von Heiner Timmermann, in: *Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzehausen*, Bd. 84, Berlin 1998.
- Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-45, hrsg. von Peter Jahn und Reinhard Rürup, Berlin 1999.
- ESCH MICHAEL G.: „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939-1950, Marburg 1998.
- FAEHNDRICH JUTTA: Erinnerungskultur und Umgang mit Vertreibung in Heimatbüchern deutschsprachiger Vertriebenen, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, 2003, Nr. 52, H. 2.
- Falsche Volklore und erfundene Volkstänze. Gespräch mit Günther Grass, Michael Jeismann, Karl Schlögl, in: *Literaturen*, Mai 2002.
- FIEDIUNINSKI J.: Na alarm, Warszawa 1964.
- FILIPKOWSKI TADEUSZ: Ludność rodzima ziem zachodnich i północnych, in: *Dzieje Najnowsze*, 1972, nr 2.
- FISCH BERNHARD: „Die Russen wollten uns einfach verhungern lassen“. Die Tätigkeit der sowjetischen Kommandantur von Königsberg zur Lebensmittelversorgung der deutschen Zivilbevölkerung 1945, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, 2002, H. 3.
- FISCH BERNHARD: Masuren – heißes Gefühl und kalte Wissenschaft, in: *Masurische Storchepost*, 1992, Nr. 3, S. 33-36.
- FISCH BERNHARD: Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreußen tatsächlich geschah, Berlin 1997.
- FISCH BERNHARD: Zur politisch-ideologischen Vorbereitung der sowjetischen Soldaten auf die Begegnung mit der Zivilbevölkerung Ostpreußens (Oktober 1944-Mai 1945). Analyse zeitgenössischer Pressezeugnisse, in: *Olsztynskie Studia Niemcoznawcze*, 1989, Bd. 3, S. 89-108.
- FITTKAU GERHARD: Mój trzydziesty trzeci rok życia, Olsztyn 1994.
- Flucht und Vertreibung, hrsg. von D. Blumenwitz, Köln – Bonn – Berlin – München 1987.
- Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung, hrsg. von R. Streibel, Wien 1994.
- FRANZEN ERIK K.: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer. Mit einer Einführung von Hans Lemberg, München 2002.
- FRISZKE ANDRZEJ: O kształt niepodległej, Warszawa 1989.
- GEISS IMANUEL: »Ethnische Säuberungen«, Massaker und Genozid. Ein historischer Überblick, in: *Sozial.Geschichte*, 2004, H. 1, S. 44-74.
- Geschichte des großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 5, hrsg. von H. Gossens, Berlin 1967.
- GIESZCZYŃSKI WITOLD: Państwowy Urząd Repatriacyjny w osadnictwie na Warmii i Mazurach (1945 - 1950), Olsztyn 1999.
- GIORDANO RALPH: Der böse Geist der Charta, in: *Die Welt*, 18. Februar 2002.
- GOLCZEWSKI KAZIMIERZ: Przymusowa ewakuacja z prowincji nadbałtyckich III Rzeszy (1943-1945), Poznań 1971.
- GONDEK LESZEK: Polskie misje wojskowe 1945-1949, Warszawa 1981.
- GOSCHLAR KONSTANTIN: „Versöhnung“ und „Viktimisierung“. Die Vertriebenen und der deutsche Opferdiskurs, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 53(2005), H.10.

- GÖTHEL THOMAS: Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik, Köln 2002.
- GÓRA WŁADYSŁAW: Działalności Grup Operacyjnych w zakresie tworzenia administracji polskiej i uruchomienia przemysłu na terenach wyzwolonych, in: *Z Pola Walki*, 1964, Nr. 2, S. 197-198.
- GROSS JAN T.: Und wehe, du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941, Freiburg 1988.
- GÖTHEL THOMAS: Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationale Minderheiten in der Weimarer Republik, in: *Kölner Beiträge zur Nationsforschung*, Bd. 8, Köln 2002.
- GRUBE FRANK, RICHTER GERHARD: Flucht und Vertreibung – Deutschland zwischen 1944-1947, Hamburg 1980.
- GRÜNER KARL: Ilija Ehrenburg in und über seiner Zeit, in: *Osteuropa*, 13, 1963, H. 5.
- Grünhagen mit den Orten des Kirchspiels. Chronik – Geschichte – Dokumentation, bearb. von G. Schneider, Mönchengladbach 1995.
- GUDERIAN HEINZ: Wspomnienia żołnierza, Warszawa 1958.
- HAAR INGO: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.
- HABERMAS JÜRGEN: Warum ein "Demokratiepreis" für Daniel J. Goldhagen? Eine Laudatio, in: *Die Zeit*, 14. März 1997.
- HACKMANN JÖRG: Die Nationalitäten in Ostpreußen in der preußischen Politik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: *Mare Balticum* 2, 1997, S. 38-49.
- HACKMANN JÖRG: Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem, in: *Deutsches Historisches Institut. Quellen und Studien*, Bd. 31, Wiesbaden 1996.
- HALBWACHS MAURICE: Społeczne ramy pamięci, Warszawa 1969.
- HARPPRECHT KLAUS: Stille, Schicksalslose. Warum die Nachkriegesliteratur von vielem geschwiegen hat? in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Januar 1998.
- HARTMANN STEFAN: Zur national-politischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masuren vor dem ersten Weltkrieg, in: *Zeitschrift für Ostforschung*, 42, 1993, S. 40-83.
- HAUSER PRZEMYSŁAW: Kolonista niemiecki na ziemiach polskich w XIX i XX wieku. Mit i rzeczywistość, Poznań 1994.
- HAUSER PRZEMYSŁAW: Mniejszość niemiecka na Pomorzu w okresie Międzywojennym, Poznań 1998.
- HELWIG ROBERT: Die Geschichte der Stadt Preußisch Holland, bearb. von Bernd Hinz, Mönchengladbach 1987.
- HERTZ- EICHENRODE D.: Die Wende zum Nationalismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: *Olsztynskie Studia Niemcoznawcze*, 1986, Nr. 1, S. 59-114.
- HILLGRUBER ANDREAS, HÜMMELCHEN GERHARD: Chronik des zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945, Düsseldorf 1978.
- HIRSCH HELGA: Schweres Gepäck: Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2004.
- HIRSCH HELGA: Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern, Berlin 1998.
- HIRSCH HELGA: Wie das Trauma seine Spuren hinterlässt, in: *FAZ*, 31.08.2002.

- HIRSCHOWICZ MARIA, NEYMANN ELŻBIETA: Społeczne ramy niepamięci, in: *Kultura i Społeczeństwo*, 2001, Nr. 3-4, S. 23-49.
- Historia II wojny światowej 1939-1945, Bd. 2, hrsg. von D.F. Ustinov, Warszawa 1983.
- JANICKI LECH: Aspekty prawne konfiskaty mienia niemieckiego w Polsce po II wojnie światowej, in: *Przegląd Zachodni*, 1994, Nr. 4.
- JANKOWIAK STANISŁAW: Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski do brytyjskiej strefy okupacyjnej w Niemczech w latach 1945-1949, in: *Studia Historica Slavo-Germanica*, Bd. XXI, 1996/1997, S. 119-1937.
- JANKOWIAK STANISŁAW: Akcja „łączenia rodzin“ między Polską a Niemiecką Republiką Demokratyczną w latach 1949-1954, in: *Przegląd Zachodni*, 1995, Nr. 3, S. 51-74.
- JANSEN CHRISTIAN, WECKBECKER ARNO: Der "Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/1940, in: *Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, München 1992.
- JASIŃSKI GRZEGORZ: Mazury w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej, *Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie. Rozprawy i materiały*, Nr. 143, Olsztyn 1994.
- JASTRZĘBSKI WŁODZIMIERZ: Obozy NKWD w Polsce północnej, in: *Pommerania*, 1991, Nr. 3, S. 12-14.
- JAWORSKI MIECZYŚLAW: Główne problemy Ziem Odzyskanych, Warszawa 1970.
- JAWORSKI MIECZYŚLAW: Na piastowskim szlaku. Działalność Ministerstwa Ziem Odzyskanych w latach 1945-1949, Warszawa 1973.
- JEISMANN MICHAEL: Auf Wiedersehen Gestern! Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart 2001.
- JOCKHEK LARS: Ein Nationalmythos in 'Eastman Color': Die Schlacht bei Tanneberg 1410 in polnischem Monumentalfilm *Krzyżacy* von Aleksander Ford, in: *Zeitschrift für Osteuropaforschung*, Nr. 51, 2002.
- KARNER STEFAN: Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1994, Nr. 3.
- KERSKI BASIL: Historia i pamięć w aktualnych debatach politycznych między Niemcami a Polakami, in: *Borussia*, 2003, Nr. 30, S. 33-46.
- KERSTEN KRYSTYNA: Jałta w polskiej perspektywie, Londyn – Warszawa 1955.
- KERSTEN KRYSTYNA: Osadnictwo wojskowe w 1945 roku. Próba charakterystyki, in: *Przegląd Historyczny*, Bd. LV, 1964, S. 640-659.
- KERSTEN KRYSTYNA: Narodziny systemu władzy, Poznań 1990.
- KERSTEN KRYSTYNA: Nowy model terytorialny Polski a kształtowanie postaw ludności w pierwszych latach władzy ludowej, in: *Dzieje Najnowsze*, VI, 1974, H. 2, S. 7-31.
- KERSTEN KRYSTYNA: Repatriacja ludności polskiej po II wojnie światowej, Wrocław 1974.
- KERSTEN KRYSTYNA: U podstaw kształtowania się nowej struktury agrarnej ziem zachodnich (1945-1947), in: *Polska Ludowa. Materiały i studia*, Bd. 1, 1962, S. 37-83.
- KERSTEN KRYSTYNA, SZAROTA TOMASZ: Kształtowanie się pierwszego planu osadniczego ziem zachodnich w 1945 roku. Wybór dokumentów, in: *Polska Ludowa. Materiały i studia*, Bd. 5, 1966, S. 127-189.
- KIEREJCZYK EDWARD: Województwo olsztyńskie w latach 1945-1949. Kształtowanie się administracji ogólnej, rad narodowych i samorządu terytorialnego, Olsztyn 1980.
- KITTEL HILDEGARD: Koniec dzieciństwa, in: *Karta*, Nr. 21, 1997, S. 83-87.

- KLIER FREYA: Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutschen Frauen in sowjetischen Arbeitslagern, Frankfurt/Main 1996.
- KŁOSKOWSKA ANTONIA: Kultury narodowe u korzeni, Warszawa 1996.
- KOCHANOWSKI JERZY: Nienawiść ograniczona. Niemieccy jeńcy wojenni i społeczeństwo polskie 1945-1950, in: *Przegląd Socjologiczny*, 2000, Bd. 49, H. 2, S. 115-138.
- KOCHANOWSKI JERZY: Polacy do Wehrmacht, czyli pomysły na kolaborację, in: *Polityka*, Nr. 7, 2001.
- KOŁAKOWSKI PIOTR: NKWD i GRU na ziemiach polskich 1939-1945, Warszawa 2002.
- KOŁOMEJCZYK NORBERT: Ziemia zachodnie w działalności PPR, Poznań 1966.
- Komplex wypędzenia, hrsg. von W. Borodziej, A. Hajnicz, Kraków 1998.
- KOPELEW LEW.: In Ostpreußen, Göttingen 1996.
- KOPELEW LEW.: Aufbewahren für alle Zeit, Göttingen 2002.
- KOSIŃSKI LESZEK: Procesy ludnościowe na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1960, Warszawa 1963.
- KOSSERT ANDREAS: Die Masuren im Spannungsverhältnis des deutsch-polnischen Konflikts in der Zwischenkriegszeit (1919-1939), Berlin 1996.
- KOSSERT ANDREAS: Masuren: Ostpreußens vergessener Süden, Berlin 2001.
- KOSSERT ANDREAS: Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005.
- KOSSERT ANDREAS: Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1871- 1956, in: *Deutsches Historisches Institut. Quellen und Studien*, Bd. 12, Wiesbaden 2001.
- KOTOWSKI WOJCIECH: Lojalizm czy irredenta? Miejszość niemiecka wobec państwa polskiego w latach 1919-1939, Wrocław 1992.
- KOWACZ BRONISŁAW: Miejsce przechodnie, in: *Karta*, 1997, Nr. 21
- KRAFT CLAUDIA: Pierwsze lata w województwie olsztyńskim po drugiej wojnie światowej. Trudne początki nowego społeczeństwa, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1999, Nr. 4, S. 532- 553.
- KRASNODEBSKI ZDZISŁAW: Polskie milczenie, in: *Rzeczpospolita*, 22. Juni 2002.
- Kreisbuch Preußisch Holland. Ein ostpreußisches Heimatbuch bearb. von Martin Büthner, Irmgard von Minnigerode, A. H. Müller, Martin Lassen, Helmut Jänecke, Rautenburg – Glückstadt 1978.
- KREKELER NORBERT FRIEDRICH: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1973.
- KROCKOW CHRISTIAN VON: Czas kobiet: wspomnienia z Pomorza 1944-1947 według relacji Libussy Fritz-Krockow, Warszawa, 1990.
- KROGULSKI MARIUSZ LESŁAW: Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944-1956, 2 Bde, Warszawa 2001.
- KRZEMIŃSKI ADAM: Polnische Deutschlandbilder, in: *Dialog*, Nr.1, 1992.
- KRUK ERWIN: Kronika z Mazur, Warszawa 1989.
- KUHN ERNST: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, München-Wien 1987.
- KULA MARCIN: Pamięć o historii uwikłana w jej bieg, in: *Przegląd Socjologiczny*, 2000, Bd. 49, H.2, S. 29-50.
- LE GOFF JACUES: Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt/Main 1992.
- LEHNDORFF HANS VON: Ostpreußisches Tagebuch. Erinnerungen eines Arztes 1945-1947, München 1961.
- LENZ SIEGFRIED: So zärtlich war Suleyken, München 2002.
- LESIAKOWSKI K.: Mieczysław Moczar „Mietek“. Biografia polityczna, Warszawa 1998.

- LIPSKI JAN JÓZEF: Wir müssen uns alles sagen... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Warszawa 1996.
- Ludność niemiecka na ziemiach polskich i jej powojenne losy, hrsg. von W. Jastrzębski, Bydgoszcz 1995.
- LUHMANN NIKLAS: Gesellschaftsstruktur und Semantik, Frankfurt/Main 1981.
- LUSTIGERS ARNO: Rotbuch. Stalin und die Juden, Berlin 2000.
- LUTHER TAMMO: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalisten, in: Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, München 2004.
- ŁACH STANISŁAW: Przemiany społeczno-polityczne na Pomorzu Zachodnim 1945-1950, Poznań 1978.
- ŁUCZAK CZESŁAW: Od Bismarcka do Hitlera. Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze, Poznań 1998.
- ŁUKASIEWICZ GENOWEFA: Wokół genezy i przebiegu akcji "Wisła", in: *Dzieje Najnowsze*, VI, 1974, H. 4, S. 34-51.
- ŁUKOWSKI WOJCIECH: O tożsamości mieszkańców Mazur, in: *Borussia*, Nr. 10, S. 48.
- ŁUKOWSKI WOJCIECH: Polnisch-ukrainischen Lebenswelten in lokalen masurischen Räumen, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Heimat und Ethnizität*, B. VIII, 1999, H. 1.
- MACHOCKI WŁADYSŁAW: Die Sowjetarmee in Polen. Die wirtschaftliche Ausbeutung der Wiedergewonnenen Gebieten durch die sowjetische Armee 1945-1947, in: *Osteuropa*, 49, 1999, 2, S. 197-207.
- MACHOCKI WŁADYSŁAW: Polnisch-sowjetische Freundschaft auf „Banditen und Raub“ reduziert? Die rote Armee in Polens Wiedergewonnenen Gebieten 1945-1947, in: *Osteuropa*, 48, 1998, 3, S. 286-299.
- MADAJCZYK PIOTR: Na drodze pojednania: wokół orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich z 1965 roku, Warszawa 1994.
- MADAJCZYK PIOTR: Niemcy polscy, (1944-1989), Warszawa 2001.
- MADAJCZYK PIOTR: Przyłączenie Śląska Opolskiego do Polski, 1945-1948, Warszawa 1996.
- MAGIERSKA ANNA: Przywrócić Polsce. Przemysł na Ziemiach Odzyskanych 1945-1946, Warszawa 1986.
- MAI ULRICH: Gedanken über räumliche Identität, in: *Zeitschrift für Wirtschaft Geographie*, Jg. 33, H. 1/ 2, Frankfurt/Main 1999.
- MAŁŁEK KAROL: Interledium mazurskie. Wspomnienia 1920-1939, Warszawa 1968.
- MAŁŁEK KAROL: Polskie są Mazury. Wspomnienia 1945-1966, Warszawa 1972.
- MANN GOLO: Deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M 1997.
- MARKOVITS ANDREI S., REICH SIMONE: Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht. Mit einem Vorwort von Joschka Fischer, Berlin 1998.
- MARON JERZY, AUGUSIEWICZ SŁAWOMIR, KASPAREK NORBERT: Wokół dziejów militarnych wschodniopomorskiego obszaru działań wojennych, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1999, Nr. 4, S. 556-575.
- MAZUR GRZEGORZ: Biuro Informacji i Propagandy SZP/ZWZ/AK 1939-1945, Warszawa 1987.
- MEISSNER BLANKA: Ewakuacja niemieckich władz administracyjnych i niemieckiej ludności z okupowanych ziem Polski w latach 1944-1945, Warszawa 1987.
- MISZTAL JAN: Weryfikacja narodowościowa na Śląsku Opolskim, Warszawa 1984.
- MISZTAL JAN: Weryfikacja narodowościowa na Ziemiach Odzyskanych, Warszawa 1990.
- MITSCHERLICH ALEXANDER, MARGARETE: Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1973.

- Mniejszości narodowe w Polsce: państwo i społeczeństwo polskie a mniejszości narodowe w okresach przełomów politycznych (1944-1989), hrsg. von P. Madajczyk, Warszawa 1998.
- MÜLLER ROLF-DIETER: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt /Main 1996.
- MURAWSKA HALINA: Przesiedleńcy z Kresów Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej w Olsztyńskim, in: *Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego*, Nr. 193, Olsztyn, 2000.
- MUSIAŁ BOGDAN: NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1999, Bd. 47, S. 25-56.
- NAIMARK M. NORMAN: Ethnische Säuberung in vergleichender Perspektive: Themen für ein Dokumentationszentrum über die Vertreibung, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51(2003), H. 1.
- NAIMARK M. NORMAN: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004.
- NAWRATIL HEINZ: Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand. Motive. Bewaltung, München 1984.
- NEUMANN RUDOLF: Ostpreußen unter polnischer unter sowjetischer Verwaltung, Frankfurt/Main 1968.
- NIETHAMMER LUTZ: Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, Bonn 1999.
- NITSCHKE BERNADETTA: Organizacja wysiedleń ludności niemieckiej i ich przebieg w 1946 roku, in: *Sobótka*, 1989, H. 1-2. S. 113-135.
- NITSCHKE BERNADETTA: Polacy wobec Niemców – odpowiedzialność Niemców za zbrodnie wojenne, in: *Zeszyty Historyczne*, 1998, H. 123, S. 3-26.
- NITSCHKE BERNADETTA: Wysiedlenie czy wypędzenie? Ludność niemiecka w Polsce w latach 1945-1949, Toruń 2001.
- NITSCHKE BERNADETTA: Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945-1950, Zielona Góra 1999.
- NOWAK EDMUND: Cień Łambinowic. Próba rekonstrukcji dziejów obozu pracy w Łambinowicach 1945-1946, Opole 1991.
- NOWAK EDMUND: Spis osądzonych i zmarłych w obozie pracy w Łambinowicach (lipiec 1945-październik 1946), Opole 1998.
- NOWAK EDMUND: Symbolika Łambinowic, in: *Dialog*, 11, 1997, Nr. 3-4.
- NOWAK EDMUND: Symbolika Łambinowic w stosunkach polsko-niemieckich. Szkice z dziejów obozu w Lamsdorf, in: *Geschichte und Gegenwart*, H.2, Opole 2000.
- OGRODOWCZYK ARKADIUSZ: Nad Odrą i Bałtykiem. Osadnictwo wojskowe na zachodnich i północnych ziemiach polskich po drugiej wojnie światowej, Warszawa 1979.
- OGRODOWCZYK ARKADIUSZ: Pomorze przywrócone. Wkład Wojska Polskiego w przejęcie i zagospodarowanie Pomorza Zachodniego 1945-1947, Warszawa 1974.
- ORŁOWSKI HUBER: Ślady a recykling pamięci, in: *Borussia*, 2003, Nr. 29, S. 27-36.
- ORZECZOWSKI MARIAN: Odra – Nysa Łużycka – Bałtyk w polskiej myśli politycznej okresu II wojny światowej, Wrocław 1969.
- OŚĘKOWSKI CZESŁAW: Mazurzy wobec referendum z 30.06.1946, in: *Borussia*, 1996, Nr. 12, S. 99-112.
- OVERMANS RÜDIGER: Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Bilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Wehrmacht- und Vertreibungsverluste, in: *Der Zweite Weltkrieg: Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*, hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997.

- Pamięć wypędzonych. Grass, Beneš i środkowoeuropejskie rozrachunki, bearb. von P. Buras, P.-M. Majewski, Biblioteka "WIEZI", Warszawa 2003.
- PASIERB BRONISŁAW: Polska myśl polityczna okresu drugiej wojny światowej wobec Niemców, Poznań 1990.
- PASIERB BRONISŁAW: Przyczynek do repolonizacji Warmii i Mazur, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1989, Nr. 1-4, S. 85-102.
- Pasłek. Z dziejów miasta i okolic 1297-1997, hrsg. von Józef Włodarski, Pasłek 1997.
- PIĘCIAK WOJCIECH: Niemiecka pamięć. Współczesne spory w Niemczech o miejsce III Rzeszy w historii, polityce i tożsamości (1989-2001), Kraków 2002.
- PISKORSKI JAN M.: Polacy i Niemcy: czy przeszłość musi być przeszkodą, Poznań 2004.
- PODLASEK MARIA: Wypędzenie Niemców z terenów na wschód od Nysy i Odry Łużyckiej. Relacje świadków, Warszawa 1995.
- Polska ludność rodzima na ziemiach zachodnich i północnych po II wojnie światowej, Teil 2, hrsg. von R. Rauzinski, S. Senft, Opole 1990.
- PRAWIN JÓZEF: Wspomnienia, Warszawa 1959.
- Problemy rozwoju gospodarczego i demograficznego Ziem Zachodnich w latach 1945-1958, hrsg. von B. Gruchmann, J. Ziółkowski, Poznań 1960.
- Reichenbach mit den Orten des Kirchspiels, Kreis Pr. Holland/Ostpreußen, bearb. von P. Wenzel und B. Hinz, Mönchengladbach 1997.
- REICHLING GERHRAD: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebenen, Aussiedler 1940-1985, Berlin 1986.
- REXHAUSEN REX: Das Bild des Nachkriegslagers in Lamsdorf im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 50/2001, S. 48-71.
- REUSS ERICH: Deutschendorf. Kreis Preußisch Holland. Chronik – Geschichte – Dokumentation, Mönchengladbach 1993.
- RITSCHER BODO: Zur Herausbildung und Organisation des Systems in Speziallager des NKVD der UdSSR in der sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands im Jahre 1945, in: *Deutschland-Archiv*, 1993, Nr. 6.
- RODZIEWICZ WIESŁAW, WŁODARSKI JÓZEF: Pasłek. Spotkania z historią i legendą, Pasłek 1996.
- ROGALL JOACHIM: Die Tragödie einer Grenzlandbevölkerung – polnische Forschungen über die Masuren, in: *Zeitschrift für Ostforschung*, Nr. 41, 1992, S. 102-11.
- ROMANOW ZENON: Ludność niemiecka na ziemiach północnych 1945-1947, Słupsk 1992.
- ROSS HANS: Die „Präventivkriegspläne“ Pilsudskis von 1933, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1955, S. 344-363.
- RYBICKA ANETTA: Instytut Niemieckiej Pracy Wschodniej. Kraków 1940-1945, Warszawa 2002.
- RYBICKI HIERONIM: Powstanie i działalność władzy ludowej na zachodnich i północnych obszarach Polski, Poznań 1976.
- RYBICKI PAWEŁ: O podstawach migracji na Ziemię Odzyskane, Wrocław 1948.
- SACK JOHN: Oko za oko. Przemilczana historia Żydów, którzy w 1945 roku mścili się na Niemcach, Gliwice 1995.
- SAKSON ANDRZEJ: Mazurzy – społeczność pogranicza, Poznań 1990.
- SAKSON ANDRZEJ: Polacy i Niemcy: Stereotypy i wzajemne postrzeganie, Poznań 2001.

- SAKSON ANDRZEJ: Polityka władz wobec ludności rodzimej Warmii i Mazur w okresie stalinizmu (1945-1955), in: *Przegląd Zachodni*, Bd. 46, 1990, Nr. 2, S. 23-24.
- SAKSON ANDRZEJ: Stosunki narodowe na Warmii i Mazurach 1945-1947, Poznań 1997.
- ANDRZEJ SAKSON: Warmia i Mazury po 1945 roku – nowa tożsamość czy dezintegracja?, in: *Borussia*, 1992, nr. 3-4, S. 44-53.
- SAKSON ANDRZEJ, STERZYŃSKA JOANNA: Postawy mieszkańców Ziemi Zachodnich i Północnych a pretensje środowisk ziomkowskich, in: *Zeszyty Instytutu Zachodniego*, Nr. 23, 2001.
- SALZBORN SAMUEL: Geschichtspolitik in den Medien: Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 2003, H. 12, S. 11201130.
- SALZBORN SAMUEL: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.
- SALZBORN SAMUEL: Kampf gegen die Aufklärung. Das ethnokulturelle Konzept der Volksgruppenpolitik, in: *Forum Wissenschaft*, 1/03.
- SALZBORN SAMUEL: Kollektive Unschuld. Anmerkung zu Funktion und Intention der neuen Debatte um Flucht und Vertreibung, in: *Freitag*, 26. April 2002.
- SALZBORN SAMUEL: Niemieckie kłamstwo, in: *Wprost*, 28. September 2003.
- SALZBORN SAMUEL: Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession, in: *Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert*, MICHAEL KLUNDT, IDEM, MARC SCHWIETRING, GERD WIEGEL, Giessen 2003.
- SCHABAS WILLIAM A.: Genozid im Völkerrecht, Hamburg 2003.
- SCHIRRMACHER FRANK: Luftkrieg, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Januar 1998.
- SCHNEIDER R.: Kein kollektives Schweigegebot, in: *Die Welt*, 28. Januar 1998.
- SCHOLZ FRANZ: Dziennik Görlitz-Zgorzelec 1945-1946, Konkard 1993.
- SCHOLZ FRANZ: Dziennik niemieckiego księdza, in: *Karta*, 1991, 21.
- SCHWAN GESINE: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt/Main 1997.
- SEEBER EVA: Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die ČSR 1941-1945, Berlin 1984.
- SEEBER EVA: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964.
- SKUBISZEWSKI KRZYSZTOF: Granica zachodnia w świetle traktatów, Poznań 1995.
- SKUBISZEWSKI KRZYSZTOF: Wyszczęlenie Niemców po drugiej wojnie światowej, Warszawa 1968.
- SOBCZAK KAZIMIERZ: Wyzwolenie Elbląga, Powiśla i Żuław w 1945 roku, in: *Rocznik Elbląski*, Bd. 2, Gdynia 1963, S. 232-233.
- SOBCZAK KAZIMIERZ: Wyzwolenie Warmii i Mazur 1945, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1961, Nr. 1.
- SOBCZAK JANUSZ: Hitlerowskie przesiedlenia ludności niemieckiej w dobie II wojny światowej, Poznań 1966.
- Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. von A. von Plato, Berlin 1998.
- STAWECKI PIOTR, WRZESIŃSKI WOJCIECH: Plebiscyty na Warmii, Mazurach i Powiślu w 1920 roku. Wybór źródeł, *Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie. Rozprawy i materiały*, Nr. 95, Olsztyn 1986.



- STRAUCHOLD GRZEGORZ: Odzyskanie czy zagarnięcie. Mazurzy w 1945 roku, in: *Borussia*, 1996, Nr. 12, S. 94-108.
- STRAUCHOLD GRZEGORZ: Polska ludność rodzima ziem odzyskanych i północnych. Opinie nie tylko publiczne z lat 1944-1948, *Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie. Rozprawy i materiały*, Nr. 151, Olsztyn 1995.
- STRAUSS H. H.: Der weite Weg. Wie ich es sah, Königslutter 1999.
- SULIMA STEFAN: Ziemia odnalezionych przeznaczeń, Warszawa 1946.
- SURMANN JAN: „Unfinished Business” und Holocaust-Erinnerung. Die US-Geschichtspolitik der 90er Jahre zwischen „Holocaust-era assets“ und Menschenrechtsdiskurs, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 53(2005), H. 4.
- SURMINSKI ARNO: Flucht und Vertreibung: Europa zwischen 1939 und 1948, Hamburg 2004.
- SZACKA BARBARA: Pamięć zbiorowa i wojna, in: *Przegląd Socjologiczny*, 2000, Nr. 2, S. 11-28.
- SZAROTA TOMASZ: Niemcy i Polacy. Wzajemne postrzeżenie i stereotypy, Warszawa 1996.
- SZAROTA TOMASZ: Osadnictwo miejskie na Dolnym Śląsku w latach 1945-1948, Wrocław 1969.
- SZPOCIŃSKI ANDRZEJ: Miejsca pamięci, in: *Borussia*, 2003, Nr. 29, S. 17-23.
- Tematy polsko-niemieckie: Historia, literatura, edukacja, hrsg. von E., R. Traba, J. Hachmann, Olsztyn 1997.
- THER PHILIP: Deutsche und polnische Vertriebene in der SBZ/DDR und in Polen 1944-1947, Göttingen 1998.
- THER PHILIP: Erinnern oder aufklären. Zur Konzeption eines Zentrum gegen Vertreibungen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 51(2003), H. 1.
- THORWALD JÜRGEN: Die große Flucht. Es begann an der Weichsel. Das Ende an der Elbe, Klagenfurt 2000.
- TILITZKI CHRISTIAN: Alltag in Ostpreußen 1940-1945. Die geheim Lageberichte des Königsbergerjustiz, Leer 1991.
- TOEPPEN MAX: Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur preußischen Landes- und Kulturgeschichte. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt, Danzig 1870 (Reprint Aalen 1978).
- Tożsamość kulturowa społeczeństwa Warmii i Mazur, hrsg. von B. Domagała und A. Sakson, *Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego*, Olsztyn 1998.
- TRABA ROBERT: Anpassen, Anstoßen oder leben lassen? Die ostpreußische Südgrenze als identitätsstiftender Faktor für die Masuren und ihren polnischen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Studien zur internationalen Schulbuchforschung*, hrsg. von Georg-Eckert-Institut, Braunschweig 1999.
- TRABA ROBERT: Konstrukcja i proces dekonstrukcji polskiego mitu, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1999, Nr. 4, S. 515-531.
- TRABA ROBERT: Kraina tysiąca jezior. Szkice o historii i pamięci, Olsztyn 2003.
- TRABA ROBERT: Próby państwowej monopolizacji pamięci: Tanneberg-Grunwald, in: *Polska – Niemcy – Europa. Księga jubileuszowa z okazji 70 urodzin profesora Holzera*, Warszawa 2000, S. 485-502.
- TRABA ROBERT: Świadomość historyczna i postawy narodowe w Polsce po roku 1989, in: *Fenomen nowoczesnego nacjonalizmu w Europie Środkowej*, hrsg. von B. Linka, J. Lüera i K. Struve, Opole 1997.
- URBAN THOMAS: Der Verlust: die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, Bonn 2005.
- URBAN THOMAS: Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993.
- URBAN THOMAS: Wypędzeni wszystkich krajów, in: *Rzeczpospolita*, 29. August 2002.
- Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, hrsg. von H. Orłowski, H. Lemberg, Poznań 1996.

- Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, hrsg. von K. Bachmann, J. Kranz, unter Mitarbeit von J. Obermeier, Bonn 1998.
- Vertreibung europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeption, hrsg. von Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej, Stefan Troebst, Wiesbaden 2003.
- Vertreibung und Stasiakten. Deutsche und polnische Historiker suchen in den Archiven, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Mai 1997, S. 7.
- Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, Bonn 1989.
- VIEFHAUS ERWIN: Nationale Autonomie und parlamentarische Demokratie. Zur Minderheitenproblematik in Ostmitteleuropa nach 1919, in: *Politischen Ideologien und nationalstaatliche Ordnung*, hrsg. von Kurt Kluxen und Wolfgang J. Mommsen, Oldenbourg – München – Wien 1968, S. 377-392.
- VOLLMER ANTJE: Tiefe Resignation, in: *Süddeutsche Zeitung*, 09. Februar 2002.
- Von Ostpreußen in die Lüneburger Heide: Vertreibung und Eingliederung 1945-1953; Katalog zur Ausstellung „Ostpreußen in der Lüneburger Region – Flucht und Vertreibung vor 50 Jahren“ im Ostpreußischen Landesmuseum, hrsg. von R. Kabus, A. Zühlke, Lüneburg 1995.
- W stronę Odry i Bałtyku. Wybór źródeł (1795-1950), Bd. 3: O Odrę, Nysę Łużycką i Bałtyk (1939-1944), hrsg. von W. Wrzesiński, Wrocław – Warszawa 1990.
- WACH WŁADYSŁAW: Osadnictwo i działalność władzy ludowej na zachodnich i północnych obszarach Polski 1945-1948, Poznań 1976.
- WACH WŁADYSŁAW: Weryfikacja ludności miejscowej na Mazurach i Warmii, in: *Strażnica Zachodnia*, 1946, nr 6.
- WAGNER MATTIAS: „Wir waren alle Fremde“. Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1945, in: *Bielefelder Geographische Arbeiten*, Bd. 3, Münster 2001.
- WAKAR ALEKSANDER: Kształtowanie się władzy ludowej na Warmii i Mazurach 1945-1947, Olsztyn 1996.
- WALOCH JACEK: Na tropach Śmętka 50 lat później. Fakty, Bydgoszcz 1985.
- Wege aus dem Osten. Flucht und Vertreibung einer ostpreußischen Pfarrersfamilie, hrsg. von M. Schwarz, München 1997.
- WELZER HARALD: Zurück zur Opfergesellschaft. Verschiebungen in der deutschen Erinnerungskultur, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 3. April 2002.
- WIECHERT ERNST: Die Jerominkinder, Frankfurt/Main – Berlin 1994.
- Władze komunistyczne wobec ziem odzyskanych po II wojnie światowej, hrsg. von S. Łach, Słupsk 1997.
- Władze RP na obczyźnie podczas II wojny światowej, hrsg. von Z. Błażyński, Londyn 1991.
- WŁODARSKI JÓZEF: Kalendarium 700-lecia Paśłka, in: *Głos Paśłka*, Nr. 9, 1997.
- Wojna domowa czy nowa okupacja? Polska po roku 1944, hrsg. von A. Ajnenkiel, Wrocław 1998.
- WOJNOWSKI EDMUND: Warmia i Mazury 1945-1947. Kształtowanie się stosunków politycznych, Olsztyn 1998.
- Wokół stereotypów Polaków i Niemców, hrsg. von W. Wrzesiński, Wrocław 1991.
- WÓYCICKA ZOFIA: Od Weepers do Wieprza, czyli: historia przeżyta czy historia pamiętana, in: *Borussia*, 2003, Nr. 29, S. 67-83.
- WÓYCICKI KAZIMIERZ: Politykowanie historią a wypędzenie, in: *Dialog*, 3-4/97, S. 94-95.
- „Wpisani w Paśłek“, hrsg. von Zbigniew Wątorski, Paśłek 1997.

- WRZESIŃSKI WOJCIECH: Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej 1864-1945, *Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie. Rozprawy i materiały*, Nr. 141, Olsztyn 1994.
- WRZESIŃSKI WOJCIECH: Ruch polski na Warmii, Mazurach i Powiślu 1920-1939, Olsztyn 1973.
- WRZESIŃSKI WOJCIECH: Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej 1864-1945, Warszawa 1984.
- Wypędzeni ze wschodu. Wspomnienia Polaków i Niemców, hrsg. von H.-J. Bömelburg, R. Stößinger, R. Traba, Olsztyn 2001.
- Z pogranicza kurpiowsko-mazurskiego 1945-1957, hrsg. von K. Sopuch, W. Dudziak, Ostrołęka 1993.
- Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku, hrsg. von J. Jasiński, Olsztyn 1993.
- DE ZAYAS ALFRED M.: Anmerkung zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1987.
- DE ZAYAS ALFRED M.: Das Recht auf die Heimat, ethnische Säuberung und das Internationale Kriegsverbrechengericht für das ehemalige Jugoslawien, in: *Archiv des Völkerrechts*, Bd. 35, H. 1, 1997, S.34.
- DE ZAYAS ALFRED M.: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Frankfurt/Main – Berlin 1988.
- DE ZAYAS ALFRED M.: Zeugnisse der Vertreibung, Krefeld 1983.
- ZBINIEWICZ F.: Misja wyzwolenia Armii Czerwonej w Europie, in: *Wojskowy Przegląd Historyczny*, 1983, Nr. 2-3, S.
- ZBINIEWICZ F.: Pomoc Armii Radzieckiej dla Polski w świetle dokumentów z lat 1944-1945, in: *Wojskowy Przegląd Historyczny*, 1968, Nr. 1, S.
- ZEIDLER MAURICE: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/1945, München 1996.
- ZERNACK KLAUS: Preußen – Deutschland – Polen: Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin 1991.
- Ziemie Odzyskane pod wojskową administracją radziecką po Drugiej Wojnie Światowej. Konferencja pod red. Stanisława Łacha, Słupsk 2000.
- ZIÓŁKOWSKI MAREK: Pamięć i zapomnienie: Trupy w szafie polskiej zbiorowej pamięci, in: *Kultura i społeczeństwo*, 2001, Nr. 3-4, S. 3-22.
- ŻAKOWSKI JACEK: Rewanż pamięci, Warszawa 2002.
- ŻENCZYKOWSKI TADEUSZ: Polska Lubelska 1944, Warszawa 1990.
- ŻYROMSKI STANISŁAW: Przesiedlenie ludności niemieckiej z województwa olsztyńskiego poza granice Polski w latach 1945 do 1950, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie*, 1969, Nr. 3, S. 395-413.
- ŻYROMSKI STANISŁAW: Kształtowanie się społeczności wiejskiej w województwie olsztyńskim w latach 1945-1959, in: *Współczesne przemiany wsi olsztyńskiej. Materiały seminariów w latach 1970-1971*, Olsztyn 1973, S. 33-42.

Anhang 1.  
Vorläufiger Ausweis.

Справку даю об  
СПРАВКА № 57029

Гр. Ross Margott  
8 8 1915

Приписан к Fr. Holland  
Картею до King 43  
Мари 25  
Stefena Augusta 23

В семье в число 2  
детей

ПОЛЕСК.

Борис К. [Signature]  
[Signature]

13 VI 45 1945 г.

Vorläufiger Ausweis Nr. 57029

Br. Ross Margott

8.8.1915

angemeldet in

Stefena Augusta 23

Zahl der Kinder

2

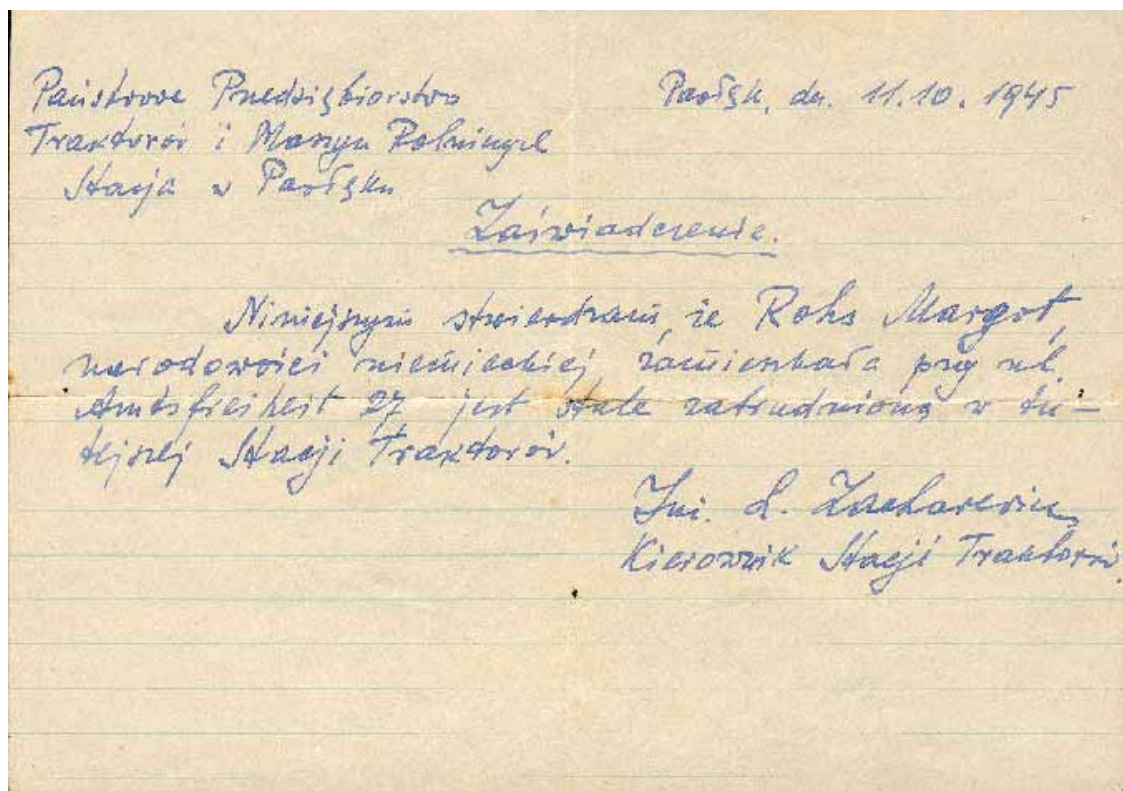
[Unterschrift]

Bürgermeister

Datum

Anhang 2.

Arbeitsbescheinigung.



Staatlicher Betrieb  
für die Traktoren und Landwirtschaftlichen Maschinen  
in Pasłęk

Datum

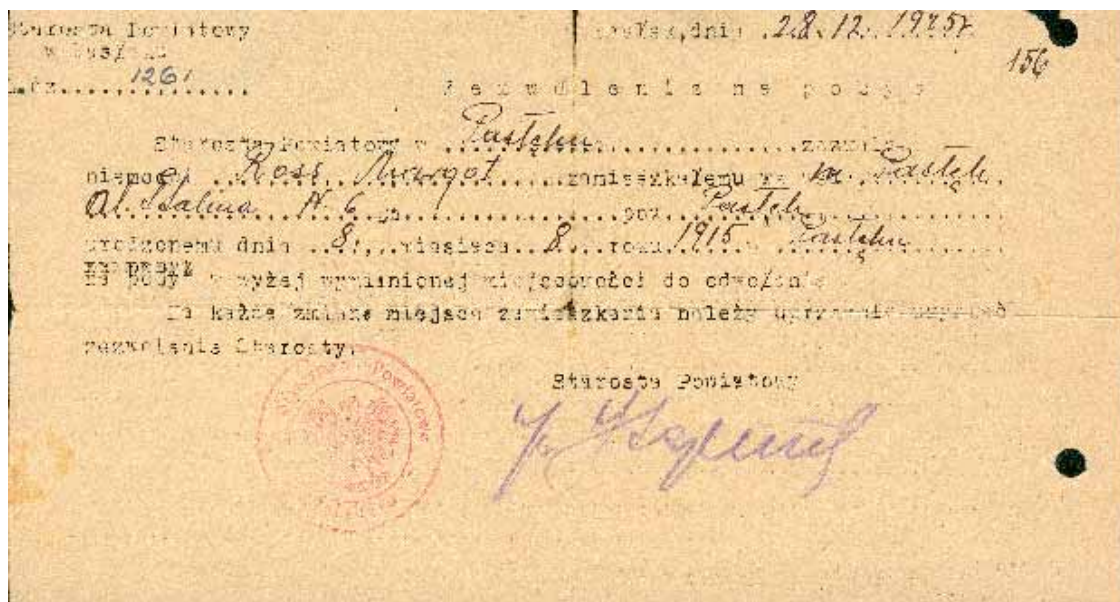
**Bescheinigung**

Hiermit bestätige ich, dass Roks Margott,  
deutscher Nationalität, wohnhaft in  
Amtsfreiheit 27 in örtlicher Traktorenstation  
eingestellt ist.

Ing. L. Zacharewicz  
Leiter der Station

## Anhang 3.

## Aufenthaltserlaubnis.



Kreisstarosteij  
In Pasłęk  
Nr. 1261

[Ort, Datum]

## Aufenthalterlaubnis

Kreisstarost in Pasłęk gewährt bis zur Wiederruf  
der deutsche\* Ross Margot, wohnhaft in Pasłęk  
Stalin-Allee 6, Kreis Pasłęk,  
geb. 8.8.1915 in Pasłęk  
Aufenthaltserlaubnis.

Jede Änderung des Wohnortes benötigt  
Genehmigung der Starosteij.

[Stempel]

Kreisstarost [Unterschrift]

\* Originale Schreibweise

**Curriculum vitae:****Persönliche Daten:**

Name: Joanna Ewa Wiśniewska

Anschrift: Traugutta 21  
14-400 Pasłęk  
Polen  
Zur Zeit:  
Bei den Drei Pfählen 25  
28205 Bremen  
Deutschland  
[wisjoan@yahoo.de](mailto:wisjoan@yahoo.de)

Geburtsdatum: 21.12.1976

Geburtsort: Olsztyn/Polen

Familienstand: ledig

Staatsangehörigkeit: polnisch

**Schulbildung:**

1983-1991: Grundschule in Pasłęk/Polen

1991-1995: Allgemeinbildender Lyzeum in Pasłęk mit dem Schwerpunkt  
Geisteswissenschaften

1995: Abitur

**Hochschulbildung:**

1995-2000: Studium der Geschichte an der Universität Gdańsk/Danzig  
mit dem Schwerpunkt Archivforschung

- 1997-2000: Teilnahme am Seminar von Prof. Dr. hab. Marek Andrzejewski
- März-Mai 1999: Stipendium an der Universität Bremen im Fachbereich 08:  
Sozialwissenschaften
- März 2000: Stipendium der „Marion-Gräfin-Dönhoff“ Stiftung
- Juli 2000: Magisterabschluss an der Universität Gdańsk/Danzig  
Thema der Magisterarbeit: „Von Ostpreußen nach Hamburg ist kein  
langer Weg. Eine Biographie von Marion Gräfin Dönhoff“
- September 2001: Studienaufenthalt + Ulpan am Technion Haifa/Israel
- 2001- 2005: Promotion unter Leitung von Prof. Dr. Krasnodębski, Universität  
Bremen, Fachbereich: Kulturgeschichte Osteuropas